

PROGNOSE FÜR 2003 UND 2004: KONJUNKTUR-
AUFSCHWUNG NICHT IN SICHT

WIRTSCHAFTSCHRONIK

DER VERBRAUCHERPREISINDEX ALS
DEFLATIONSINDIKATOR

WETTBEWERBSPOLITIK IN ÖSTERREICH UNTER
NEUEN RAHMENBEDINGUNGEN

ÖSTERREICH, FINNLAND UND SCHWEDEN
IN DER EU

ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Präsident

Dr. Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vorstand

Dr. Hannes Androsch

Mag. Christian Domany, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Waltraud Klasnic, Landeshauptmann der Steiermark

Dkfm. Ferdinand Lacina

Dr. Stephan Koren, Generaldirektor der Österreichischen Postsparkasse AG

Univ.-Prof. Dr. Michael Landesmann, Wissenschaftlicher Leiter des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche

Dr. Klaus Liebscher, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Dipl.-Ing. Peter Mitterbauer, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Dr. Sepp Rieder, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke

Dr. Norbert Rozenich

Rudolf Schwarzböck, Präsident der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs

Abgeordneter zum Nationalrat Friedrich Verzetnitsch, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Adolf Wala, Präsident der Oesterreichischen Nationalbank

Mag. Thomas Wieser, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Vizepräsidenten

Dr. Erich Streissler, Professor für Nationalökonomie an der Universität Wien

Mag. Herbert Tumpel, Präsident der Bundesarbeitskammer

Kuratorium

August Astl, Giorgio Dominese, Wolfgang Duchatzek, Harald Ettl, Lorenz Fritz, Günther Goach, Rudolf Gruber, René Alfons Haiden, Franz Helbich, Hans Hofinger, Manfred Holztrattner, Hansjörg Jäger, Ernst John, Dietrich Kärner, Christian Konrad, Heinrich Kopetz, Paul Mailáth-Pokorny, Werner Muhm, Walter Netfig, Erich Pramböck, Erwin Pröll, Claus Raidl, Gerhard Randa, Wolfgang Rutenstorfer, Herbert Sausgruber, Gerhard Silberbauer, Richard Silvestri, Herwig van Staa, Ulrich Stacher, Gerhard Steger, Andreas Treichl, Heinrich Treichl, Franz Vranitzky, Hubert Wipplinger, Josef Wöhner, Bruno Zluwa

Leiter: Helmut Kramer

Stellvertretende Leiter: Karl Aiginger, Angela Köppl, Karl Musil

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Karl Aiginger, Josef Baumgartner, Gudrun Biffl, Michael Böheim, Fritz Breuss, Margarete Czerny, Martin Falk, Oliver Fritz, Alois Guger, Franz R. Hahn, Peter Huber, Ulrike Huemer, Gernot Hutschenreiter, Serguei Kaniovski, Angelina Keil, Wolfgang Klameth, Daniela Kletzan, Norbert G. Knoll, Angela Köppl, Kurt Kratena, Gerhard Lehner, Hannes Leo, Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Markus Marterbauer, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Gerhard Palme, Michael Peneder, Wolfgang Pollan, Wilfried Puwein, Marcus Scheiblecker, Marianne Schöberl, Margit Schratzenstaller, Stephan Schulmeister, Franz Sinabell, Egon Smeral, Thomas Url, Ewald Walterskirchen, Yvonne Wolfmayr-Schnitzer, Michael Wüger

Organisation und Verwaltung

Ulrike Bachmaier, Maria Bauer, Gertrude Czettl, Gabriela Hötzer, Christine Kautz, Gwendolyn Kremser, Peter Leser, Andrea Luger-Hoefling, Eva Novotny, Robert Novotny, Vera Plass, Andrea Ranzenberger, Leopold Schehswendter, Ilse Schulz, Gabriele Schober, Gerhard Schwarz, Monika Skrobaneck, Kristin Smeral, Christine Stoidl, Karin Syböck, Marianne Uitz, Tatjana Weber

Wissenschaftliche Assistenz und Statistik

Martina Agwi, Christine Braun-Krone, Monika Dusek, Sabine Fragner, Ursula Glauning, Lucia Glinesner, Andrea Grabmayer, Dagmar Guttman, Andrea Hartmann, Eva Jungbauer, Christine Kaufmann, Brigitte Klose, Susanne Kopal, Irene Langer, Eva Latschka, Elisabeth Lebar, Christa Magerl, Elisabeth Neppel-Oswald, Traude Novak, Birgit Novotny, Sonja Patsios, Waltraud Popp, Annamaria Rammel, Brigitte Schütz, Eva Sokoll, Martha Steiner, Maria Thalhammer, Roswitha Übl, Evelyn Wanderer, Alexandra Wegscheider, Gabriele Wellan, Dietmar Weinberger, Gertrude Wenz

Konsulenten

Peter Egger, Heinz Hollenstein, Michael Pfaffermayr, Kurt Rothschild, Stefan Schleicher, Gunther Tichy, Rudolf Winter-Ebner

Herausgeber: Helmut Kramer
Schriftleiter: Wolfgang Pollan •
Redaktion: Ilse Schulz •
Technische Redaktion:
Tatjana Weber

Medieninhaber (Verleger) und
Redaktion: Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung • Wien 3, Arsenal,
Objekt 20

A-1103 Wien, Postfach 91 •
Telefon +43 1 798 26 01-0 •
Fax +43 1 798 93 86 •
<http://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung
Druck: Ueberreuter Print und Digimedia
GmbH., 2100 Korneuburg

P.b.b., Erscheinungsort Wien,
Verlagspostamt 1030

Preis pro Jahrgang (12 Hefte und
Online-Zugriff): € 204,00 • Preis pro
Heft: € 20,40 • Downloadpreis
pro Artikel: € 11,00

Inhalt

467 ■ **Prognose für 2003 und 2004: Konjunkturaufschwung nicht in Sicht**

Markus Marterbauer

Die österreichische Wirtschaft leidet unter einem anhaltenden Nachfragemangel. Das Bruttoinlandsprodukt wird deshalb heuer um nur 0,7% wachsen, für das kommende Jahr sind die Ausichten sehr vage (+1,2%). Derzeit schwächt sich die Zunahme des Warenexports aufgrund der Nachfrageschwäche bei wichtigen Handelspartnern und der – vor allem indirekten – Effekte der Abwertung des Dollars gegenüber dem Euro ab. Eine deutliche Erholung kündigt sich in den internationalen Rahmenbedingungen auch für das Jahr 2004 nicht an. Angesichts unterausgelasteter Kapazitäten und zurückhaltender Absatzerwartungen bleiben die Investitionen der Unternehmen schwach. Die Investitionsquote ist seit 2000 markant zurückgegangen, die Sachgütererzeugung dürfte auch heuer nicht zunehmen. Die privaten Konsumausgaben werden nur verhalten ausgeweitet, da die Steigerung der verfügbaren Einkommen niedrig bleibt und die Sparquote leicht steigen dürfte. Einzig in der Bauwirtschaft zeichnet sich nach mehreren Jahren ungünstiger Entwicklung eine Erholung ab.

Das anhaltend geringe Wirtschaftswachstum und die starke Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes schlagen sich in einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit nieder. Die Arbeitslosenquote wird im Jahr 2004 7,1% der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. 4,4% laut Eurostat erreichen. Konjunkturreffekte werden auch in den öffentlichen Haushalten spürbar, der Finanzierungssaldo dürfte sich leicht auf –1,2% des BIP verschlechtern. Der hohe Außenwert des Euro dämpft den Preisauftrieb, mit einer Inflationsrate von 1,3% bleibt Preisstabilität gewahrt.

484 **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**

Das Kapitel "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" wurde wesentlich erweitert und bietet nun auf 13 Seiten Informationen zu folgenden Themen:

Konjunkturindikatoren für das Ausland • Wechselkurse • Weltmarkt-Rohstoffpreise • Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995 • Zahlungsbilanz • Tourismus • Außenhandel • Zinssätze • Landwirtschaft • Sachgütererzeugung • Bauwirtschaft • Binnenhandel • Verkehr • Bankenstatistik • Arbeitsmarkt • Preise und Löhne • Staatshaushalt • Soziale Sicherheit • Umwelt • Entwicklung in den Bundesländern

497 **Wirtschaftschronik**

Angelina Keil

501 **Der Verbraucherpreisindex als Deflationsindikator**

Wolfgang Pollan

Das Sinken der Preise in einigen asiatischen Ländern sowie das Stocken des Wirtschaftswachstums in den Industrieländern lösten eine Diskussion darüber aus, ob auch in den Industrieländern eine Deflation drohe. In der öffentlichen Diskussion wird Deflation üblicherweise als Verfall der Verbraucherpreise definiert. Der vorliegende Beitrag geht der Frage nach, wieweit der Verbraucherpreisindex, dessen Aufgabe es ist, Veränderungen des Lebensstandards zu messen, ein geeigneter Indikator für gesamtwirtschaftliche Nachfrageschocks sein kann.

Inhalt

- 515 **Wettbewerbspolitik in Österreich unter neuen Rahmenbedingungen. Zwischenbilanz und Ausblick**

Michael Böheim

Am 1. Juli 2002 trat in Österreich ein neues Wettbewerbsregime in Kraft. Eine Zwischenbilanz nach einem Jahr fällt höchst widersprüchlich aus: Zwar haben sich die institutionellen Rahmenbedingungen durch die Reform grundsätzlich verbessert; nach wie vor bestehen jedoch gravierende Defizite hinsichtlich der inhaltlichen, methodischen und strategischen Ausrichtung der österreichischen Wettbewerbspolitik. Der positive Beitrag der Wettbewerbspolitik zu Wirtschaftswachstum und Innovationsaktivitäten wird in Österreich von den wirtschaftspolitischen Verantwortungsträgern grundsätzlich unterschätzt; das ist auch auf die historisch wenig ausgeprägte Wettbewerbskultur in Österreich zurückzuführen. Besonders schwer wiegt deshalb, dass Wettbewerbspolitik in Österreich noch immer überwiegend "unter Ausschluss der Öffentlichkeit" vollzogen wird. Dies macht eine effektive "competition advocacy" nahezu unmöglich.

- 529 **Österreich, Finnland und Schweden in der EU. Wirtschaftliche Auswirkungen**

Fritz Breuss

Nach der Schaffung des Binnenmarktes vor zehn Jahren hat die EU die Wirtschafts- und Währungsunion als letzte Stufe der wirtschaftlichen Integration verwirklicht. Eine Analyse der Auswirkungen des EU-Beitritts für Österreich, Finnland und Schweden mit einem Integrationsmodell ergibt, dass Finnlands Wirtschaft am meisten profitierte vor Österreich und Schweden.

Summaries

- 481 Economic Outlook for 2003 and 2004: Business Cycle Upturn not in Sight
- 513 The Consumer Price Index as a Deflation Indicator
- 528 New Framework for Austrian Competition Policy
- 556 Austria, Finland and Sweden in the European Union

Online-Zugriff

■ Auf der WIFO-Website sind die Artikel der WIFO-Monatsberichte ab dem Heft 1/1998 in elektronischer Form im Volltext verfügbar (PDF). Seit dem Heft 1/2003 liegen die Artikel überdies in einer HTML-Version vor. Förderer und Mitglieder des WIFO sowie Abonnenten haben kostenlosen Zugriff auf alle Artikel.

Sie können die Berechtigung für den Online-Zugriff auf einzelne Artikel oder im Abonnement auch elektronisch anfordern. Login-Namen und Passwort erhalten Sie in diesem Fall innerhalb weniger Minuten per E-Mail, die Verrechnung erfolgt per Zahlschein oder Kreditkarte (die Preise entsprechen jenen der gedruckten Ausgabe).

<http://www.wifo.ac.at/publ/mb>

Markus Marterbauer

Konjunkturaufschwung nicht in Sicht

Prognose für 2003 und 2004

Die Wirtschaft wird im Jahr 2003 um nur 0,7% wachsen. Unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen eines akzentuierten Mangels an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage im Euro-Raum und einer markanten Abwertung des Dollars gegenüber dem Euro ist ein Konjunkturaufschwung auch im Jahr 2004 wenig wahrscheinlich. Das BIP-Wachstum könnte dann in Österreich bei 1,2% liegen. Damit würde die Wirtschaftskrise in ihr viertes Jahr treten.

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. • Abgeschlossen am 25. Juni 2003. E-Mail-Adresse: Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

Die österreichische Wirtschaft wuchs im I. Quartal 2003 gegenüber dem Vorjahr um nur 0,5%. Die Steigerung der Inlandsnachfrage blieb verhalten, der Warenexport stagnierte, und die Ausrüstungsinvestitionen lagen unter dem Wert des Vorjahres. Derzeit gibt es keine Anzeichen für eine Konjunkturerholung. Das Wirtschaftswachstum wird im Jahr 2003 deshalb nur 0,7% betragen.

Die Aussichten für 2004 sind weiterhin sehr vage. Ein Konjunkturaufschwung müsste vom Export und den Investitionen ausgehen. Dafür sind die Rahmenbedingungen ungünstig: Im Euro-Raum herrscht verbreitet Mangel an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage. Die Konsumenten halten Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter zurück, die Unternehmen schieben Investitionsprojekte wegen unzureichender Absatzerwartungen auf. Wirtschaftspolitische Impulse wären für eine Belebung der Nachfrage notwendig, sind aber nicht in Sicht. Dazu kommt die markante Abwertung des Dollars gegenüber dem Euro, die Verluste an Weltmarktanteilen für die europäischen Exporteure, eine Abschwächung von Nachfrageimpulsen aus den USA und einen Verlust an Attraktivität als Investitionsstandort nach sich zieht. Grundlage der WIFO-Prognose bildet die Annahme eines Wechselkurses von 1,13 \$ je € für das Jahr 2003 und 1,16 \$ je € für 2004.

Die Nachfrage nach österreichischen Exportgütern ist sowohl im EU-Binnenmarkt als auch – wegen zahlreicher Rückschläge im Aufholprozess – in Ost-Mitteleuropa schwach. Hingegen erzielen die österreichischen Unternehmen bemerkenswerte Erfolge in Südosteuropa. Der Anstieg des real-effektiven Wechselkurses (2003 +3%) dämpft die Wettbewerbsfähigkeit und kann durch den Rückgang der Lohnstückkosten in der Sachgütererzeugung kurzfristig nicht kompensiert werden, Marktanteilsverluste drohen. Das Wachstum der Warenexporte schwächt sich markant ab, es beträgt heuer real nur noch 2,5%. 2004 wird es kaum höher ausfallen (+3¼%). Auch der Reiseverkehr leidet unter der Verunsicherung der europäischen Konsumenten: Nach zwei guten Jahren muss heuer mit realen Exporteinbußen gerechnet werden (-1%).

Der Investitionsattentismus der heimischen Unternehmen hält an. Die Investitionsquote sinkt markant (von 24% des BIP im Jahr 2000 auf 21½% 2003). Dies ist vor allem auf den Einbruch der Ausrüstungsinvestitionen zurückzuführen – sie sind 2001 und 2002 kumuliert nominell um 13% gesunken. Angesichts unterausgelasteter Kapazitäten und zurückhaltender Absatzerwartungen kann auch für 2003 und 2004 kein Investitionsaufschwung erwartet werden. Dieser bildet aber die Voraussetzung für eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums und eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt.

Die Sachgüterproduktion dürfte wegen fehlender Nachfrage auch heuer nicht zunehmen. Der kräftige Abbau von Industriearbeitsplätzen setzt sich fort. Hingegen zeichnet sich in der Bauwirtschaft eine vorsichtige Erholung ab: Das Produktionswachstum liegt mit +1½% (2003) und +1¾% (2004) erstmals seit 1996 über jenem der Gesamtwirtschaft. Seit dem Sommer des Vorjahres hat sich der Tiefbau dank verstärkter Investitionen in die Straßen- und Schieneninfrastruktur belebt. Der WIFO-Konjunkturtest lässt nun auch auf eine bevorstehende Aufwärtsentwicklung im Hochbau, vor allem im Wohnungsneubau schließen.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

		1999	2000	2001	2002	2003	2004
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt							
Real		+ 2,7	+ 3,5	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,2
Nominell		+ 3,4	+ 5,0	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,7
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real		+ 3,0	+ 6,5	+ 1,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,8
Private Konsumausgaben, real		+ 2,3	+ 3,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,6
Bruttoanlageinvestitionen, real		+ 2,1	+ 5,9	- 2,2	- 4,6	+ 0,8	+ 1,8
Ausrüstungen ²⁾		+ 4,9	+11,8	- 2,9	- 9,4	± 0,0	+ 2,0
Bauten		+ 0,0	+ 1,2	- 1,5	- 0,5	+ 1,4	+ 1,7
Warenexporte ³⁾							
Real		+ 7,7	+13,1	+ 7,5	+ 4,3	+ 2,5	+ 3,3
Nominell		+ 7,0	+15,6	+ 6,5	+ 4,1	+ 2,0	+ 2,8
Warenimporte ³⁾							
Real		+ 6,9	+10,9	+ 5,7	- 1,6	+ 1,7	+ 3,5
Nominell		+ 6,7	+14,7	+ 5,0	- 2,2	+ 0,9	+ 2,7
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. €	- 6,33	- 5,36	- 3,94	+ 1,57	+ 0,80	+ 0,45
	in % des BIP	- 3,2	- 2,6	- 1,9	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,2
Sekundärmarktrendite ⁴⁾	in %	4,7	5,6	5,1	5,0	3,9	4,0
Verbraucherpreise		+ 0,6	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,3
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾		4,0	3,7	3,6	4,3	4,3	4,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾		6,7	5,8	6,1	6,9	7,0	7,1
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁷⁾		+ 1,2	+ 1,0	+ 0,4	- 0,5	+ 0,1	+ 0,3
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 2,3	- 1,5	+ 0,3	- 0,6	- 1,1	- 1,2

¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Einschließlich sonstiger Anlagen. – ³⁾ Laut Statistik Austria. – ⁴⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). – ⁵⁾ Laut Eurostat. – ⁶⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁷⁾ Unselbständig Beschäftigte ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst.

Das Wachstum der verfügbaren Realeinkommen festigt sich etwas gegenüber 2001 und 2002. Neben geringerem Preisauftrieb trägt dazu heuer auch eine Ausweitung der Transfers (Kinderbetreuungsgeld, Pensionen) bei. Für eine merkliche Erhöhung der Konsumausgaben bleibt die Einkommensteigerung aber zu schwach. Die Ausgaben der privaten Haushalte für dauerhafte Konsumgüter und Reisen könnten auch durch einen Anstieg der Sparquote gedämpft werden. Dieser bildet ein erhebliches Risiko für die Konjunktur. Die WIFO-Prognose unterstellt eine leichte Zunahme des Sparanteils am verfügbaren Einkommen von 7,5% (2002) auf 8% (2004) und rechnet mit einer Ausweitung der realen Konsumausgaben um 1,3% (2003) bzw. 1,6% (2004). Damit bleibt das Konsumwachstum deutlich hinter dem langjährigen Durchschnitt (+2¼%) zurück.

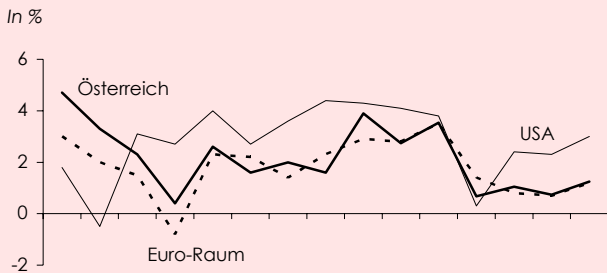
Der hohe Außenwert des Euro dämpft den Preisauftrieb. Die Inflationsrate wird heuer und im nächsten Jahr jeweils nur 1,3% betragen. Die Preise von Energie, Industriewaren und Nahrungsmitteln tragen dazu bei, hingegen erhöhen sich die Wohnungsmieten beträchtlich (+5%).

Das anhaltend schwache Wirtschaftswachstum und eine weiterhin starke Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes haben eine Fortsetzung des Anstiegs der Zahl der Arbeitslosen auf heuer 239.000 und 244.000 im Jahr 2004 zur Folge. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 7,1% der unselbständigen Erwerbspersonen laut traditioneller österreichischer Berechnungsmethode bzw. 4,4% der Erwerbspersonen laut Eurostat. Die steigende Zahl der Teilnehmer an Schulungen und am Altersteilzeit-Programm hebt die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten heuer leicht über das Vorjahresniveau (+2.000). Auch im kommenden Jahr ist der Anstieg der als beschäf-

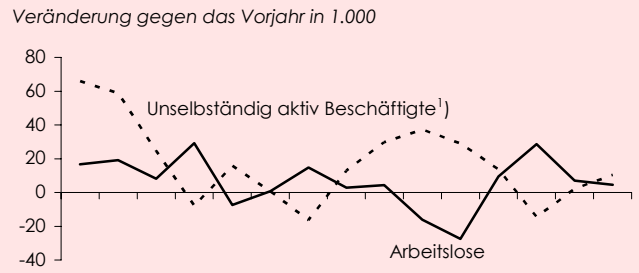
tigt gezählten Personen (+10.000) nicht auf eine Konjunkturerholung, sondern auf institutionelle Veränderungen zurückzuführen. Die Beschäftigungsquote liegt in Österreich laut Labour-Force-Konzept von Eurostat bei 68% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und damit nur wenig unter dem für das Jahr 2010 angestrebten EU-Ziel. Laut traditioneller österreichischer Berechnungsmethode (Lebensunterhaltskonzept) beträgt sie allerdings lediglich 62%, weil nur jene Erwerbstätigen erfasst werden, die Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze beziehen.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

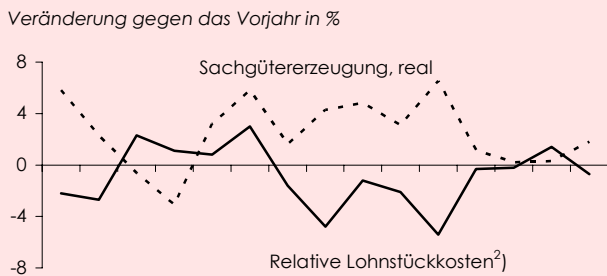
Wirtschaftswachstum



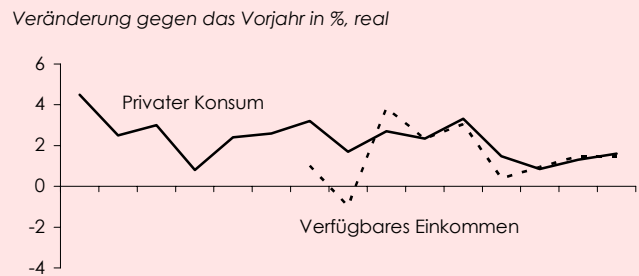
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



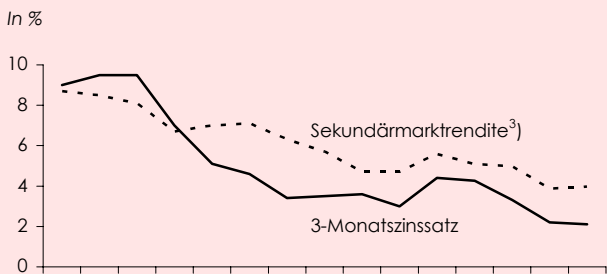
Wettbewerbsfähigkeit und Produktion



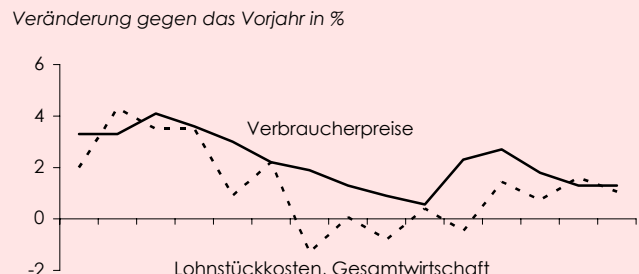
Konsum und Einkommen privater Haushalte



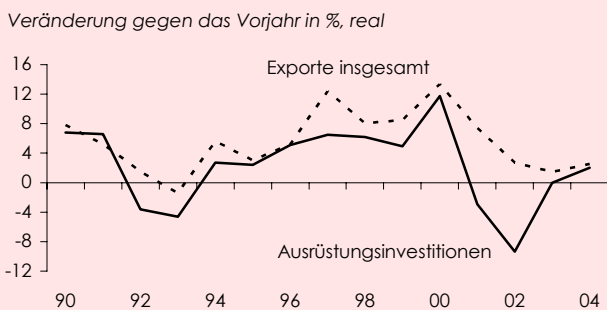
Kurz- und langfristige Zinssätze



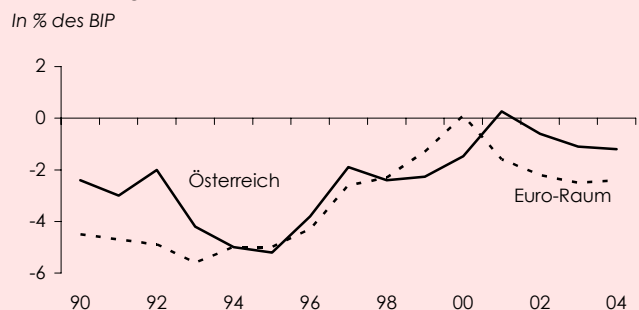
Preise und Lohnstückkosten



Export und Investitionen



Finanzierungssaldo des Staates



1) Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. – 2) In der Sachgütererzeugung, gegenüber den Handelspartnern, in einheitlicher Währung. – 3) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Die Steuereinnahmen entwickelten sich in der ersten Jahreshälfte günstig. Auf der Ausgabenseite wird der Staatshaushalt allerdings u. a. durch den starken Anstieg der Mittel für Familienförderung belastet. Der Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Kriterien dürfte heuer bei -1,1% des BIP liegen. Die Revision der Konjunkturprognose wirkt sich kaum aus, weil sie vor allem von der Abschwächung im Export ausgeht. Im kommenden Jahr dürften die Konjunkturreffekte in den öffentlichen Haushalten spürbarer werden; deshalb erwartet das WIFO einen Finanzierungssaldo von -1,2% des BIP.

Anhaltender Nachfragemangel im Euro-Raum

Im Euro-Raum prägen schwache Unternehmensinvestitionen und zurückhaltende Konsumausgaben die Konjunktur. Die Abwertung des Dollars gegenüber dem Euro dämpft die Expansion der Exporte. Das BIP wird heuer um nur ¾% wachsen. Derzeit gibt es keine Anzeichen für einen Konjunkturaufschwung. Das Wachstum könnte mit 1¼% auch im kommenden Jahr sehr gering ausfallen. Aktive Impulse der Wirtschaftspolitik fehlen.

Europas Wirtschaft löst sich nicht aus der Stagnation, jeglicher Impuls für einen Konjunkturaufschwung fehlt. Die Produktion wuchs im I. Quartal 2003 im Vorjahresvergleich um 0,8% und war somit saisonbereinigt nicht höher als im IV. Quartal 2002. Die Quartalsprognosen der Europäischen Kommission und der Eurogrowth-Indikator lassen für das II. und III. Quartal nur eine Rate zwischen +½% und +¾% gegenüber dem Vorjahr erwarten. Das Wachstum wird im Euro-Raum auch im Durchschnitt des Jahres 2003 bei nur ¾% liegen. Die seit mehr als zwei Jahren anhaltende Wirtschaftskrise hat einen merklichen Anstieg von Arbeitslosigkeit und Budgetdefiziten zur Folge: Die Arbeitslosenquote erreichte im April saisonbereinigt bereits 8,8% und war damit um ¾ Prozentpunkte höher als 2001. Die konjunkturbedingt schwache Entwicklung des Steuer- und Beitragsaufkommens und die steigenden Aufwendungen für Arbeitslosigkeit schlagen sich in wachsenden Haushaltsdefiziten nieder.

Übersicht 2: Annahmen über die internationale Konjunktur

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt, real						
OECD insgesamt	+ 3,2	+ 3,8	+ 0,8	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,8
USA	+ 4,1	+ 3,8	+ 0,3	+ 2,4	+ 2,3	+ 3,0
Japan	+ 0,1	+ 2,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,8
EU	+ 2,8	+ 3,5	+ 1,5	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,2
Euro-Raum	+ 2,8	+ 3,5	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,2
Deutschland	+ 2,0	+ 2,9	+ 0,6	+ 0,2	± 0,0	+ 0,8
Ost-Mitteleuropa ¹⁾	+ 3,3	+ 4,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,8
Asien (ohne Japan)	+ 6,7	+ 6,8	+ 4,9	+ 6,0	+ 4,5	+ 4,5
Welthandel, real	+ 6,0	+12,7	+ 0,0	+ 2,5	+ 3,3	+ 4,5
OECD-Exporte	+ 5,7	+12,0	- 0,5	+ 2,7	+ 3,0	+ 4,0
Intra-OECD-Handel	+ 7,8	+11,4	- 0,9	± 0,0	+ 2,3	+ 3,5
Marktwachstum ²⁾ Österreichs	+ 7,4	+13,1	+ 2,9	+ 2,0	+ 2,5	+ 3,8
Weltmarkt-Rohstoffpreise ³⁾						
Insgesamt	+12,0	+32,0	-11,0	+ 1,0	+ 6,0	-11,0
Ohne Rohöl	- 8,0	+ 1,0	- 7,0	± 0,0	+ 3,0	- 3,0
Erdölpreis ⁴⁾ \$ je Barrel	17,3	28,0	23,6	24,1	26,0	22,0
Wechselkurs \$ je Euro	1,067	0,924	0,896	0,945	1,13	1,16

¹⁾ Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – ²⁾ Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ³⁾ HWWA-Index, Dollarbasis, 1990 = 100. – ⁴⁾ Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

Die Wirtschaftskrise im Euro-Raum ist primär eine Folge des Fehlens von Binnennachfrage: Hatte diese im Durchschnitt der achtziger und neunziger Jahre um 2¼% pro Jahr expandiert, so wuchs sie im Jahr 2001 um nur 1% und 2002 um 0,3%. Die Unternehmen schränkten ihre Investitionen in den letzten zwei Jahren markant ein. Die niedrige Kapazitätsauslastung (80,8% im II. Quartal 2003) und die ungünstigen Absatzerwartungen geben keinen Anlass für eine Ausweitung des Kapitalstocks. Die privaten Haushalte sind in ihren Konsumausgaben sehr zurückhaltend. Darin mag die Sorge um den Arbeitsplatz und die weitere Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme ebenso zum Ausdruck kommen wie das seit vielen Jahren merkliche Zurückbleiben der Lohnsteigerungen gegenüber dem Produktivitätswachstum. Von Seiten der öffentlichen Nachfrage gibt es keine zusätzlichen Impulse. Zwar steigen die Budgetdefizite der öffentlichen Haushalte (Euro-Raum 2003 etwa 2½% des BIP), dies ist aber nur das (passive) Ergebnis der schlechten Konjunktur. Eine aktive Konjunkturstimulierung ist im Euro-Raum nicht zu beobachten. In manchen Ländern (Deutschland, Portugal) agiert die Budgetpolitik sogar deutlich prozyklisch: Sie kürzt die Staatsausgaben für Investitionen und Transfers oder erhöht Steuern. Dies verschärft

den Nachfragemangel. Außerhalb der Währungsunion haben Schweden und Großbritannien ihre öffentlichen Investitionen merklich gesteigert.

Die Investitions- und Konsumschwäche wird nun durch eine Dämpfung des Exports infolge der Abwertung des Dollars gegenüber dem Euro verstärkt. Der Wechselkurs hatte im Jänner 2003 noch 1,06 \$ je € betragen, im Mai erreichte er 1,16 \$. Diese rasche und markante Abwertung des Dollars beeinträchtigt die Konjunktur in Europa deshalb so entscheidend, weil bislang die einzig nennenswerten Impulse aus dem Ausland kamen. Die Aufwertung des Euro bremst das Wirtschaftswachstum in Europa in mehrfacher Hinsicht:

- Sie verringert die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Exporteure auf den Weltmärkten, Europa verliert Marktanteile.
- Impulse des etwas stärkeren Nachfragewachstums in den USA werden nur eingeschränkt auf Europa übertragen.
- Die Unternehmensgewinne geraten unter Druck; damit werden die Investitionen gedämpft.
- Europa könnte als Standort für internationale Investitionen an Attraktivität verlieren.

Die ungünstige Wechselkursentwicklung wird mit einer Verzögerung von zwei bis drei Quartalen in der Produktion spürbar. Der Eurogrowth-Indikator gibt die Wachstumsdämpfung im 1. Halbjahr 2003 um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt und im III. Quartal bereits um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt wieder.

Von der Höherbewertung des Euro ist die Exportwirtschaft Deutschlands besonders betroffen. Deutschland gehört zu den erfolgreichsten Exportnationen und profitiert von hohem technologischen Niveau. Nur die Erfolge im Export bewahrten die Wirtschaft in den letzten zwei Jahren vor einem Rückgang des BIP. Das Wachstum der Ausfuhr verlangsamte sich allerdings in den letzten Monaten merklich. Damit kommen die Probleme in drei wichtigen Bereichen der Binnennachfrage besonders zum Tragen: Die Bauinvestitionen schrumpfen weiter deutlich; die Ausgaben der privaten Haushalte gingen im Vorjahr real zurück, wobei der Anstieg der Sparquote in der Wirtschaftskrise besonders beunruhigend erscheint; die öffentlichen Investitionen wurden gedrosselt, vor allem auf Ebene der mit erheblichen Finanzproblemen belasteten Gemeinden. Aufgrund der Schwäche der Binnennachfrage, die durch die Exportdämpfung verstärkt wird, befindet sich die deutsche Wirtschaft derzeit in einer Rezession. Im Jahresdurchschnitt dürfte das BIP auf dem Niveau des Vorjahres verharren.

Die europäische Wirtschaftspolitik vertraute in den letzten zwei Jahren darauf, dass sich ein Konjunkturaufschwung aufgrund von Impulsen aus dem Ausland von selbst einstellen würde. Diese Strategie erwies sich als nicht erfolgreich, die europäische Wirtschaft befindet sich im dritten Jahr einer Stagnation. Starke Konjunkturimpulse aus dem Ausland sind derzeit wenig wahrscheinlich: Zum einen schottet die Höherbewertung des Euro den Binnenmarkt von Impulsen der Weltwirtschaft ab, zum anderen erweisen sich aber auch die Expansionskräfte der Weltwirtschaft als fragil.

In den USA ist trotz stark expansiver Impulse der Geld- und Fiskalpolitik noch immer kein selbsttragender Aufschwung in Gang gekommen. Die Wirtschaft wächst heuer um $2\frac{1}{4}\%$, eine deutliche Wachstumsbeschleunigung ist nicht festzustellen. Die Stimmung der Konsumenten hat sich seit dem Ende des Irak-Krieges etwas gefestigt, die Konsumnachfrage verstärkt sich aber nicht merklich. Die ungünstige Entwicklung des Arbeitsmarktes – die Arbeitslosenquote erreichte im Mai saisonbereinigt 6% – und der Pro-Kopf-Einkommen spielt dafür eine wesentliche Rolle. Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern zeigt Schwächen. Angesichts günstiger Finanzierungskonditionen wurden 2001 und 2002 viele Pkw angeschafft, dieser Boom läuft nun aus. Die Investitionen der Unternehmen in Ausrüstungsgüter und Software hatten sich im 2. Halbjahr 2002 noch markant erholt, zu Jahresbeginn 2003 folgte allerdings ein unerwarteter Rückschlag – die schwache Kapazitätsauslastung und die niedrigen Gewinne veranlassen die Unternehmen zu Zurückhaltung. Ein besonderes Risiko für die

Deutschlands Wirtschaft befindet sich zum zweiten Mal seit 2001 in einer Rezession. Dies ist das Ergebnis des Ausfalls an Inlandsnachfrage.

Impulse von der Weltwirtschaft bleiben schwach

Die Konjunkturimpulse aus den USA bleiben schwach. Die Wirtschaft expandiert in den USA 2003 und 2004 um 2% bis 3%. Nachfrageimpulse für Europa werden durch die Abwertung des Dollars gegenüber dem Euro gedämpft.

Konjunktur bildet die Überbewertung der Immobilienmärkte: Die Häuser- und Wohnungspreise stiegen in den letzten Jahren drastisch. Ein Abflachen der Preisentwicklung schränkt die weitere Verschuldungsmöglichkeit privater Haushalte ein. Ein Platzen dieser spekulativen Blase könnte sogar erhebliche Finanzierungsprobleme auslösen.

Allerdings gibt es auch einige positive Signale: Die Aktienmärkte haben ihren Tiefstand überwunden und zeigen seit April eine starke Auftriebstendenz. Hält diese an, so kann davon eine Belebung von Konsum und Investitionen ausgehen. Allerdings scheinen die Kurs-Gewinn-Verhältnisse bereits wieder sehr hoch, und Rückschläge sind nicht auszuschließen. Vor allem aufgrund des Kursanstiegs auf den Aktienmärkten verbesserten sich die gesamtwirtschaftlichen Frühindikatoren im Mai deutlich. Auftragseingänge und Industrieproduktion haben sich stabilisiert.

Mit Ausnahme Japans bleibt Asien ein Wachstumspol der Weltwirtschaft. Das BIP der Region expandiert mit fast +5% pro Jahr deutlich rascher als das der großen Industrienationen. Vor allem die chinesische Wirtschaft zeigt sich seit Jahren gegenüber den Krisenphänomenen der Weltwirtschaft resistent. Die strenge Kapitalverkehrsregulierung trug dazu positiv bei. Aber auch Südkorea, Taiwan und die anderen "Tigerstaaten" erholen sich aus der Finanz- und Wirtschaftskrise von 1998/99. Das Auftreten der Lungenkrankheit SARS hat allerdings kurzfristig einen Einbruch der Tourismusdienstleistungen zur Folge, die in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen haben.

EU-Wirtschaftspolitik gefordert

Die Aufwertung des Euro macht es unmöglich, einen Konjunkturaufschwung in der EU allein von Impulsen der Weltwirtschaft zu erhoffen. Die europäische Wirtschaftspolitik ist gefordert, das Wirtschaftswachstum anzuregen und die Nachfrage zu stimulieren. Die geldpolitischen Rahmenbedingungen sind relativ günstig: Die EZB hat ihren Hauptrefinanzierungssatz jüngst um ½ Prozentpunkt reduziert. Die Neudefinition des Inflationsziels ("nahe 2%") eröffnet in Kombination mit dem merklichen, großteils wechselkursbedingten Rückgang des Preisauftriebs für die nächsten Monate weitere Spielräume. Allerdings sind die Möglichkeiten der Geldpolitik, die Ausgaben der Unternehmen und Haushalte zu stimulieren, in einer Konjunktursituation, die von deutlich destabilisierten Erwartungen geprägt ist, begrenzt. Für die Unternehmen bilden pessimistische Absatzerwartungen das wesentliche Investitionshemmnis. Die privaten Haushalte verschieben angesichts ungünstiger Beschäftigungs- und Einkommenserwartungen Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter.

In dieser Situation bedarf es fiskalischer Impulse, die unmittelbar die Nachfrage beeinflussen. Öffentlichen Investitionen ist der Vorzug gegenüber Steuersenkungen zu geben, die direkt nur verfügbare Einkommen und Gewinne, nicht aber die Ausgaben für Konsum und Investitionen erhöhen. Die Absicht der Europäischen Kommission, in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank eine Initiative zur Erhöhung der öffentlichen Investitionen in die Wege zu leiten, ist zu begrüßen. Eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen, die in den letzten Jahren auf ein langfristig zu niedriges Niveau gesunken sind, könnte unmittelbar die gesamtwirtschaftliche Nachfrage anregen und darüber hinaus die Erwartungen von Unternehmen und Haushalten positiv beeinflussen. Eine Verbesserung der europäischen Verkehrsinfrastruktur ist – vor allem in Zusammenhang mit der bevorstehenden Erweiterung der EU – ohne Zweifel ein richtiger Ansatzpunkt dafür.

Darüber hinaus sollten die Ziele, die die EU in Lissabon formuliert hat, eine Leitlinie für ein zukunftsweisendes Investitionsprogramm bilden: Im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien besteht in Europa erheblicher Aufholbedarf. Die Bildungs- und Qualifizierungssysteme müssen verbessert werden, Forschung und Entwicklung sollten besondere Schwerpunkte bilden. Sowohl die ungünstigen Konjunkturaussichten als auch die Lissabon-Ziele verlangen nach einer aktiven Wirtschaftspolitik, die rasche Nachfrageimpulse mit Weichenstellungen für langfristiges Wirtschaftswachstum verbindet.

In Österreich hält die Wachstumsschwäche der Jahre 2001 und 2002 (BIP +0,7% bzw. +1%) auch heuer an. Bezüglich der Entwicklung im kommenden Jahr sind die Unsicherheiten sehr groß, derzeit deutet wenig auf eine Konjunkturbelebung hin. In den vergangenen zwei Jahren kam vom Außenhandel ein deutlich positiver Wachstumsbeitrag, ohne diesen wäre die heimische Wirtschaft geschrumpft. Die Konjunkturimpulse aus dem Ausland verringern sich nun. Dies ist vor allem ein Ergebnis der Nachfrageschwäche bei den wichtigsten Handelspartnern, aber auch der direkten und indirekten Auswirkungen der Abwertung des Dollars gegenüber dem Euro.

Die vorliegende WIFO-Prognose bedeutet, dass im Jahr 2004 das Wirtschaftswachstum zum vierten Mal in Folge bei nur etwa 1% liegt. Dies weicht markant vom Muster eines "normalen" Konjunkturzyklus ab und impliziert Wohlfahrtsverluste, die jenen der drei Rezessionen der letzten Jahrzehnte entsprechen. Eine Rezession dauerte in Österreich in der Vergangenheit zwischen einem halben und einem Jahr und ging dann in einen meist kräftigen Aufschwung über. Der Konjunkturaufschwung beginnt in Österreich typischerweise im Exportsektor, weitet sich dann auf die Ausrüstungsinvestitionen aus und erfasst erst mit einiger Verzögerung die anderen Komponenten der Binnennachfrage.

Kein Konjunkturaufschwung absehbar

Heuer wird Österreichs Wirtschaft um nur 0,7% expandieren. Auch für 2004 zeichnet sich kein Konjunkturaufschwung ab. Das Wachstum könnte dann bei 1,2% liegen. Es würde somit im vierten Jahr in Folge bei nur etwa 1% verharren.

Übersicht 3: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004
	Mrd. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>								
Land- und Forstwirtschaft	4,62	4,55	4,55	4,55	- 0,7	- 1,5	± 0,0	± 0,0
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	40,61	40,71	40,83	41,57	+ 1,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,8
Energie- und Wasserversorgung	5,41	5,92	5,95	6,00	+ 1,7	+ 9,3	+ 0,5	+ 1,0
Bauwesen	13,36	13,42	13,60	13,84	- 4,8	+ 0,4	+ 1,4	+ 1,7
Handel ²⁾	24,41	24,79	25,21	25,72	- 0,3	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,0
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	7,42	7,57	7,57	7,61	+ 5,9	+ 2,1	± 0,0	+ 0,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	13,98	14,04	14,11	14,18	- 0,9	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Kreditinstitute und Versicherungen	13,53	12,91	12,72	12,84	- 0,5	- 4,6	- 1,5	+ 1,0
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	28,87	29,36	29,80	30,24	+ 4,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,5
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	11,70	11,66	11,61	11,55	- 0,2	- 0,3	- 0,5	- 0,5
Sonstige Dienstleistungen	24,79	25,03	25,15	25,35	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,8
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	188,69	189,96	191,10	193,46	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 1,2
Bruttoinlandsprodukt	198,67	200,76	202,25	204,78	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,2

¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Ein solches positives Szenario ist 2004 nicht ganz ausgeschlossen: Ausgehend von einer weiteren Erholung der Aktienkurse könnte sich das Wirtschaftswachstum in den USA merklich beschleunigen. Dies könnte den Dollar auf den Devisenmärkten stärken und so Europa zu einem attraktiveren Investitionsstandort machen. Eine Belebung der europäischen Exporte und Investitionen könnte zusammen mit einer expansiven Wirtschaftspolitik der schleppenden Binnennachfrage die dringend benötigten Impulse verleihen. Dieses Szenario erscheint aus heutiger Sicht allerdings wenig wahrscheinlich.

Realistischer ist ein Szenario, in dem eine verhaltene Erholung der Nachfrage in den USA nicht ausreichend auf Export und Investitionen in Europa übertragen wird. Der dabei unterstellte durchschnittliche Dollar-Euro-Kurs von 1,13 (2003) bzw. 1,16 (2004) erweist sich als entscheidende Konjunkturbremse. Das wichtigste Konjunkturproblem Europas bleibt aber die anhaltende Schwäche der Binnennachfrage.

Auch in Österreich ist die Inlandsnachfrage nicht imstande, selbständig eine Konjunkturerholung einzuleiten. Das Wachstum des privaten Konsums verharrt bei etwa 1½% pro Jahr. Zwar zeigt sich eine leichte Erholung der Bauinvestitionen, die Entwick-

lung der Binnennachfrage bleibt aber insgesamt merklich unter dem langjährigen Durchschnitt. In der vorliegenden Konjunkturprognose dürften deshalb für das Jahr 2004 die Risiken nach unten überwiegen.

Exportwirtschaft vor schwierigen Herausforderungen

Die Zurückhaltung der Nachfrage in West- und Osteuropa sowie die effektive Aufwertung belasten die Warenausfuhr, Marktanteilsverluste drohen. Die Schwäche importintensiver Nachfrageaggregate und der Rückgang der Importpreise haben einen geringen Überschuss in der Handels- und der Leistungsbilanz zur Folge.

Vom Export kamen im vergangenen Jahr die wichtigsten Impulse für das Wirtschaftswachstum: Die Warenausfuhr war real um 4¼% höher als 2001. Die österreichischen Unternehmen steigerten die Ausfuhr nach Südost- und Osteuropa sowie Asien beträchtlich und gewannen teils kräftig Marktanteile. Die Nachfrage aus Kroatien, Serbien, Rumänien und Bulgarien blieb auch zu Jahresbeginn rege. Österreichs Exporteure erlangten in diesen Nischen eine starke Marktstellung.

Hingegen zeigten sich die Lieferungen in die ostmitteleuropäischen Länder schwächer. Der wirtschaftliche Aufholprozess entfaltet in den EU-Beitrittsländern nur verhaltene Dynamik und erfährt immer wieder Rückschläge. In Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn wuchs die Wirtschaft in den letzten fünf Jahren im Durchschnitt um nur ¾ Prozentpunkte rascher als im Euro-Raum. Die effektive Aufwertung gegenüber dem Euro bremste in einigen Beitrittsländern die Expansion. Leistungsbilanzdefizite weisen darauf hin, dass der Aufholprozess erheblich vom Kapitalzufluss aus Westeuropa abhängt.

Die österreichischen Exporteure stehen vor schwierigen Zeiten. Die Ausfuhr in den Binnenmarkt der EU blieb zu Jahresbeginn unter dem Vorjahresniveau – ein Ergebnis der schlechten Entwicklung der Nachfrage wichtiger Handelspartner. Die Aufwertung des Euro trifft wohl insbesondere die deutsche Exportindustrie, zu der österreichische Betriebe enge Zulieferbeziehungen unterhalten. Sie belastet damit die heimischen Betriebe vor allem indirekt: Österreichs Export wird zu 83% in Euro abgewickelt und nur zu 14% in Dollar. Der real-effektive Wechselkurs dürfte heuer um 3% über dem Niveau des Vorjahres liegen. Diese Aufwertung entspricht jener des Jahres 1995, als die italienische Lira und einige andere Währungen gegenüber der DM deutlich an Wert verloren.

Übersicht 4: Entwicklung der Nachfrage

	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004
	Mrd. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>								
Konsumausgaben insgesamt	148,90	149,52	150,99	152,82	+ 1,0	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2
Private Haushalte ¹⁾	111,88	112,83	114,30	116,13	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,6
Staat	37,02	36,69	36,69	36,69	- 0,5	- 0,9	± 0,0	± 0,0
Bruttoinvestitionen	46,02	43,43	43,52	44,23	- 4,0	- 5,6	+ 0,2	+ 1,6
Bruttoanlageinvestitionen	45,97	43,86	44,20	45,01	- 2,2	- 4,6	+ 0,8	+ 1,8
Ausrüstungen ²⁾	21,21	19,22	19,22	19,61	- 2,9	- 9,4	± 0,0	+ 2,0
Bauten	24,76	24,63	24,98	25,40	- 1,5	- 0,5	+ 1,4	+ 1,7
Vorratsveränderung ³⁾	0,05	- 0,43	- 0,68	- 0,78				
Statistische Differenz	0,48	0,32	0,00	0,00				
Inländische Verwendung	195,40	193,27	194,51	197,05	- 0,1	- 1,1	+ 0,6	+ 1,3
Exporte	107,04	109,94	111,54	114,37	+ 7,4	+ 2,7	+ 1,5	+ 2,5
Reiseverkehr	10,40	10,66	10,56	10,56	+ 5,4	+ 2,6	- 1,0	± 0,0
Minus Importe	103,76	102,45	103,80	106,65	+ 5,9	- 1,3	+ 1,3	+ 2,7
Reiseverkehr	8,35	7,89	7,81	7,81	+ 5,1	- 5,6	- 1,0	± 0,0
Bruttoinlandsprodukt	198,67	200,76	202,25	204,78	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,2
Nominell	211,86	216,60	221,50	227,42	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,7

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzungen. – ³⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Aufgrund der effektiven Aufwertung steigen heuer die relativen Lohnstückkosten erstmals seit 1995 gegenüber den Handelspartnern (+1½%). In der Folge werden die heimischen Exporteure heuer ihre Marktanteile nur halten können und im kommenden Jahr leichte Einbußen erleiden. Das in Relation zu den Handelspartnern starke Produktivitätswachstum in der Exportindustrie (Stundenproduktivität 2003 +3%) kann den Wechselkurseffekt nur längerfristig kompensieren.

Die Nachfrageschwäche bei den Handelspartnern und die effektive Aufwertung drücken die Exportsteigerung: Die Warenausfuhr dürfte heuer real um nur noch 2½% höher ausfallen als im Vorjahr. Für das kommende Jahr wird eine Rate von +3¼% er-

wartet. Aufgrund des verhaltenen Anstiegs der Produzentenpreise und des scharfen Wettbewerbs dürften die Exportpreise in beiden Jahren leicht zurückgehen (jeweils $-\frac{1}{2}\%$).

Die Warenimporte sanken im vergangenen Jahr real um 1,6%. Dies spiegelt die Schwäche der Binnennachfrage wider, insbesondere den Einbruch der Ausrüstungsinvestitionen. Heuer dürfte die Einfuhr um nur $1\frac{1}{4}\%$ steigen, weil die importintensiven Nachfrageaggregate – die Warenexporte, die Ausrüstungsinvestitionen und die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter – kaum wachsen. Gleichzeitig sinken die Importpreise aufgrund der Aufwertung des Euro merklich. Die Terms-of-Trade verbessern sich etwas.

Der Saldo der Handelsbilanz war im Vorjahr zum ersten Mal seit Jahrzehnten ausgeglichen – eine Folge des Mangels an Inlandsnachfrage. Heuer und 2004 dürfte die Handelsbilanz einen geringfügigen Überschuss aufweisen. Die Importnachfrage bleibt schwach, und der Rückgang der Importpreise verbessert die Bilanz. Auch die Leistungsbilanz dürfte ihren leicht positiven Saldo beibehalten. Der Überschuss in der Reiseverkehrsbilanz stabilisiert sich bei etwa 2 Mrd. €. Die Österreicher disponieren ihre Ausgaben im Ausland zurückhaltend. Die Sommersaison 2002 und die vergangene Wintersaison verliefen im österreichischen Tourismus sehr günstig. Nun verschlechtern sich die Aussichten: Zwar profitieren die österreichischen Anbieter von der Zurückhaltung vor allem deutscher Urlauber im Bereich der Fernreisen, allerdings dürften die Ausgaben der deutschen Gäste aufgrund der Einkommenseinbußen generell gedämpft ausfallen. Im kommenden Jahr zeichnet sich keine Erholung im Tourismus ab.

Der Einbruch der Investitionen in Maschinen, Fahrzeuge und Elektrogeräte beeinflusste die Konjunktur in den vergangenen zwei Jahren wesentlich. Die Ausrüstungsinvestitionen gingen zwischen 2000 und 2002 kumuliert nominell um 13% zurück. Im 1. Halbjahr 2003 hielt der Investitionsattentismus der heimischen Unternehmen an, die Ausrüstungsinvestitionen waren im I. Quartal laut vorläufigen Ergebnissen der WIFO-Quartalsrechnung real um etwa 1% niedriger als im Vorjahr. Laut WIFO-Investitionstest vom Juni planen die Unternehmen der Sachgütererzeugung im Jahresdurchschnitt neuerlich eine Kürzung ihrer Investitionsausgaben (nominell $-1,1\%$). Angesichts der schlechten Auslastung der Kapazitäten und der großen Unsicherheiten über den weiteren Konjunkturverlauf wird die Umsetzung von Investitionsprojekten weiter aufgeschoben. Einzig in der Kfz-Industrie werden in größerem Umfang neue Kapazitäten geschaffen. Im IV. Quartal sind aufgrund des Auslaufens der Investitionszuwachsprämie von 10% mit Anfang 2004 Vorzieheffekte zu erwarten. Trotzdem dürften die Ausrüstungsinvestitionen heuer den niedrigen Wert des Vorjahres nicht übersteigen.

Für 2004 wird kein dynamischer Investitionsaufschwung erwartet. Ersatzinvestitionen könnten an Bedeutung gewinnen, für Erweiterungsinvestitionen besteht angesichts der ungünstigen Wirtschaftslage und der freien Kapazitäten allerdings kaum Notwendigkeit. Das niedrige Zinsniveau setzt zwar – sofern die Leitzinsänderungen an die Kreditkunden weitergegeben werden – positive Signale, mit einer Belebung der Investitionstätigkeit kann aber nur bei einer markanten Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und einem Stimmungsumschwung in den Unternehmen gerechnet werden.

Auffallend ist der beträchtliche Rückgang der Investitionsquote in den letzten Jahren: Die gesamten Bruttoanlageinvestitionen betragen im Jahr 2000 noch 24% des BIP, heuer machen sie nur noch $21\frac{1}{2}\%$ aus. Darin kommt der erhebliche Vertrauensverlust der Unternehmen in die weitere Wirtschaftsentwicklung zum Ausdruck. Investitionen sind die Schlüsselgröße der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Ohne eine Belebung der Investitionstätigkeit kann weder eine Rückkehr zu angemessenen Raten des Wirtschaftswachstums noch eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt erwartet werden.

Ausgeprägte Investitions- zurückhaltung der Unternehmen

Der Einbruch der Ausrüstungsinvestitionen trug 2001 und 2002 wesentlich zur Konjunkturlaute bei. Angesichts unterausgelasteter Kapazitäten und zurückhaltender Absatzerwartungen kann auch für 2003 und 2004 kein Investitionsaufschwung prognostiziert werden. Dieser bildet aber die Voraussetzung für eine Belebung des Wirtschaftswachstums und eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt.

Industrieproduktion stagniert

Im WIFO-Konjunkturtest für die österreichische Sachgütererzeugung hat sich die Beurteilung der Produktionsentwicklung und der Geschäftslage durch die Unternehmen seit Ende 2002 verschlechtert. Die Abschwächung der Nachfrage aus dem Ausland trifft vor allem die Hersteller von Vorprodukten. Aktuelle Produktionswerte liegen seit Jahresende 2002 nicht mehr vor, weil die entsprechende Erhebung von Statistik Austria erst mit sehr großer Verzögerung durchgeführt werden kann. Dies erschwert die Einschätzung der Konjunktur erheblich. Nach den Ergebnissen des WIFO-Konjunkturtests dürfte die Wertschöpfung im I. Quartal auf dem Niveau des Vorjahres gelegen sein.

Übersicht 5: Produktivität

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Gesamtwirtschaft</i>						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 2,7	+ 3,5	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,2
Erwerbstätige ¹⁾	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,7	- 0,4	+ 0,2	+ 0,3
Vollzeitäquivalent	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,5	- 0,6	- 0,2	+ 0,2
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+ 1,3	+ 2,8	+ 0,0	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,9
Vollzeitäquivalent	+ 1,5	+ 2,6	+ 0,2	+ 1,7	+ 0,9	+ 1,0
<i>Sachgütererzeugung</i>						
Produktion ²⁾	+ 3,1	+ 6,5	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 1,8
Beschäftigte ³⁾	- 0,7	+ 0,0	+ 0,2	- 2,5	- 2,2	- 1,0
Stundenproduktivität ⁴⁾	+ 4,5	+ 6,6	+ 1,4	+ 3,5	+ 3,0	+ 3,1
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten ⁵⁾	- 0,6	- 0,1	- 0,4	- 0,7	- 0,4	- 0,3

¹⁾ Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – ²⁾ Nettoproduktionswert, real. – ³⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ⁴⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁵⁾ Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria.

Für 2003 kann keine Erholung der Konjunktur in der Sachgütererzeugung angenommen werden. Die Unternehmen leiden unter Nachfragemangel und reagieren mit einem erheblichen Abbau von Beschäftigten. Die Produktion dürfte wie 2002 auch heuer nicht zunehmen. Erst sobald sich die Auftragslage aus dem Ausland bessert, kann mit Produktionszuwächsen gerechnet werden.

Erholung in der Bauwirtschaft gewinnt an Breite

Nach einer Verbesserung im Tiefbau dürfte nun auch eine leichte Erholung im Hochbau bevorstehen.

Der Rückgang der Bauinvestitionen trug in den vergangenen zwei Jahren zur Wirtschaftskrise bei. Nun mehren sich die Anzeichen für eine vorsichtige Belebung der Branche. Seit Mitte 2002 werden die Tiefbauaktivitäten verstärkt, der dringend notwendige Infrastrukturausbau kommt besser in Gang. Sowohl im Straßen- als auch im Schienenbau ermöglichte die Ausweitung des öffentlichen Finanzierungsrahmens zusätzliche Investitionsimpulse. Allerdings ist die Verschuldung der Finanzierungsgesellschaften Asfinag und SCHIG schon sehr hoch, mittelfristig zeichnen sich Probleme ab. Die Einführung der Lkw-Maut ab 2004 kann hier nur zum Teil Abhilfe schaffen.

Im WIFO-Konjunkturtest zeigen sich nun auch die im Hochbau tätigen Unternehmen optimistischer. Zwar bleibt der Industrie- und Gewerbebau verhalten, im Büro- und Wohnungsbau werden aber steigende Auftragseingänge verzeichnet. Im Bürobau dürfte dies kaum nachhaltig sein, weil bereits jetzt erhebliche Überkapazitäten bestehen. Hingegen besteht im Wohnungsneubau wachsender Bedarf. Die Belebung der Nachfrage nach Mietwohnungen zeigt sich in steigenden Mieten und einer Zunahme der Baubewilligungen.

Die Bauwirtschaft dürfte mit Raten von +1½% (2003) und +1¼% (2004) erstmals seit 1996 rascher wachsen als die Gesamtwirtschaft. Dennoch verliert die Branche weiter an Beschäftigung.

Zurückhaltende Konsumausgaben, Gefahr eines Anstiegs der Sparquote

Die Pro-Kopf-Realeinkommen entwickeln sich heuer dank des Rückgangs der Inflationsrate günstiger als bislang angenommen. Nach Abzug von Steuern und Beiträgen zeichnet sich erstmals seit 2000 ein leichter Zuwachs je Arbeitnehmer ab (+½%). Die starke Ausweitung von Transfers (Kinderbetreuungsgeld, Pensionserhöhung) lässt auch die realen Nettomasseneinkommen gegenüber dem Vorjahr etwas wachsen

(+1%). Im Jahr 2004 ist für beide Größen mit einer geringfügig schwächeren Ausweitung zu rechnen: Zum einen dürften die Gehaltsabschlüsse angesichts niedriger Inflation und schlechter Konjunktur etwas zurückbleiben, zum anderen gehen von der Budgetpolitik kaum Impulse auf das verfügbare Einkommen mehr aus.

Übersicht 6: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoverdienste pro Kopf ¹⁾	+ 1,8	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,0
Vollzeitäquivalent	+ 2,2	+ 2,7	+ 1,7	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,2
Realeinkommen pro Kopf ¹⁾						
Brutto	+ 1,0	+ 0,9	- 0,6	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,7
Netto	+ 0,5	+ 1,5	- 1,0	- 0,5	+ 0,4	+ 0,3
Nettomasseneinkommen, nominell	+ 3,7	+ 4,5	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,0
Gesamtwirtschaft						
Lohnstückkosten	+ 0,4	- 0,5	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,1
Sachgütererzeugung						
Lohnstückkosten	- 1,2	- 4,5	+ 1,8	- 0,2	- 0,5	- 0,6
Relative Lohnstückkosten ²⁾						
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	- 2,1	- 5,4	- 0,3	- 0,2	+ 1,4	- 0,7
Gegenüber Deutschland	- 0,8	- 1,8	+ 0,1	+ 0,0	- 1,4	- 1,2
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren						
Nominell	+ 0,6	- 2,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 3,2	+ 0,6
Real	- 1,3	- 3,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,9	+ 0,5

¹⁾ Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR). – ²⁾ In einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Zunahme der Einkommen bleibt zu schwach, um eine merkliche Ausweitung der Konsumausgaben zuzulassen. Überdies dürfte die Sparquote eine vorsichtige Aufwärtstendenz haben. Die Fehlerkorrekturmodelle der Konsumfunktion lassen erwarten, dass die Konsumenten im dritten Jahr schwacher Einkommensentwicklung nicht mehr mit einer Verringerung des Sparanteils reagieren, sondern eher das Konsumwachstum dämpfen. Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Pensionsreform könnten die Konsumenten Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter und Ferienreisen aufschieben und einen größeren Teil des Einkommens für die private Pensionsvorsorge aufwenden. Darin liegt in einer Phase mangelnder Nachfrage ein erhebliches Risiko für die Konjunktur. Konkrete Daten über die Entwicklung der Sparquote am verfügbaren Einkommen stehen für das laufende Jahr noch nicht zur Verfügung. Die vorliegende Prognose geht von einem leichten Anstieg von 7,5% (2002) auf 8,0% (2004) aus. Unter diesen Rahmenbedingungen ist eine Ausweitung der Konsumnachfrage um real 1,3% (2003) bzw. 1,6% (2004) wahrscheinlich.

Der Preisauftrieb auf der Verbraucherebene hat sich im April und Mai deutlich verlangsamt. War die Inflationsrate zu Jahresbeginn noch bei 1,7% gelegen, so betrug sie zuletzt nur noch 1,1%. Ihre Abschwächung ist vor allem das Ergebnis einer starken Verbilligung von Energieträgern. Die Weltmarkt-Rohstoffpreise lagen auf Dollarbasis bereits leicht unter dem Niveau des Vorjahres, die markante Aufwertung des Euro verstärkt ihren Rückgang deutlich. Diese Preisrückgänge werden erst mit Verzögerung auf der Verbraucherebene wirksam.

Während die Preise von Energie sowie von industriell-gewerblichen Waren und Nahrungsmitteln den gesamtwirtschaftlichen Preisauftrieb dämpfen, weisen einige Dienstleistungskategorien weiterhin einen beträchtlichen Preisauftrieb auf. Dazu gehören insbesondere die Wohnungsmieten (2003 +5% gegenüber dem Vorjahr). Heuer dürften sowohl der Anstieg des Verbraucherpreisindex als auch jener des Harmonisierten Verbraucherpreisindex 1,3% gegenüber dem Vorjahr betragen.

Auch 2004 wird der Preisauftrieb sehr verhalten sein (+1,3%). Die Nachfrageschwäche dämpft die Inflation ebenso wie der mäßige Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten. Aus den Annahmen über Rohölpreise und Euro-Wechselkurs erge-

Stabile Preise

ben sich ebenfalls inflationsdämpfende Wirkungen. Einzig die Wohnungskosten steigen merklich.

Der deutliche Rückgang der Inflation löste in den letzten Monaten auf internationaler Ebene eine Diskussion über Deflationsgefahren aus. Eine Deflation im Sinn rückläufigen gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus zeichnet sich für den Euro-Raum insgesamt derzeit nicht ab, kann aber für einzelne Länder nicht ausgeschlossen werden. Allerdings ist die europäische Wirtschaft durch einen markanten Mangel an Gesamtnachfrage ("deflatorische Lücke") geprägt.

Übersicht 7: Konsum, Einkommen und Preise

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 2,3	+ 3,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,6
Dauerhafte Konsumgüter	+ 7,3	+ 3,8	+ 2,0	- 0,2	+ 0,7	+ 2,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 1,6	+ 3,2	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 2,3	+ 3,1	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,5
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte ²⁾	8,5	8,3	7,4	7,5	7,8	8,0
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Direktkredite an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 5,2	+ 6,7	+ 3,5	+ 1,2	+ 3,3	+ 3,7
	In %					
Inflationsrate						
National	0,6	2,3	2,7	1,8	1,3	1,3
Harmonisiert	0,5	2,0	2,3	1,7	1,3	1,3
Kerninflation ³⁾	0,7	0,9	2,3	2,0	1,4	1,5

¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – ³⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Arbeitslosigkeit steigt weiter

Die Konjunkturlaute hat erhebliche negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Dies spiegelt sich vor allem in den Beschäftigtenzahlen. Die Stagnation der Produktion in der Sachgütererzeugung bewirkt einen deutlichen Rückgang der Beschäftigung. Von Jänner bis Mai lag die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse in der Industrie um 13.700 (-2¼%) unter dem Niveau des Vorjahres. Trotz leichter Produktionszuwächse verliert auch die Bauwirtschaft weiter Arbeitsplätze (Jänner bis Mai -3.500). Während die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze markant sinkt, wird jene der Teilzeitstellen ausgeweitet. Der Dienstleistungssektor erhöht seinen Beschäftigtenstand insgesamt leicht, auch wenn in den Bereichen Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung weiter Personal abgebaut wird. In anderen Dienstleistungsbranchen wird die Beschäftigung ausgeweitet. Dazu zählen der Tourismus, unternehmensnahe Dienstleistungen (einschließlich Leiharbeit) sowie das Unterrichts- und Gesundheitswesen. Auch die öffentliche Verwaltung weist mehr Beschäftigte als im Vorjahr aus. Dies ist darauf zurückzuführen, dass ein Teil der Arbeitslosen in Schulungsmaßnahmen in diesem Sektor als beschäftigt gezählt wird.

Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten (unselbständig Erwerbstätige ohne Bezug von Kinderbetreuungsgeld und ohne Präsenzdienst) umfasst auch jene Arbeitslose, die längerdauernde Schulungen absolvieren. Sie enthält darüber hinaus Bezieher von Altersteilzeitgeld, die bereits geblockt ihre Frühpension in Anspruch nehmen, aber noch im Beschäftigtenstand der Unternehmen aufscheinen. Diese beiden institutionellen Besonderheiten hoben die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten in den ersten fünf Monaten des Jahres leicht über den Vorjahresstand (+1.100).

Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten dürfte deshalb auch im Jahresdurchschnitt 2003 geringfügig über dem Vorjahresniveau liegen (+2.000). Während die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte weiter steigt (+8.000), geht jene der Inländer neuerlich zurück (-6.000). Die starke Zunahme der Ausländerbeschäftigung ist eine Folge großzügiger Beschäftigungsbewilligungen, etwa der Ausweitung des Zugangs für Saisoniers. Sie ist ein wesentlicher Grund dafür, dass sich das Arbeitskräfteangebot nicht mehr wie in der Vergangenheit prozyklisch entwickelt, sondern trotz schlechter Konjunktur steigt. Die Zahl der Arbeitslosen erhöht sich heuer um 7.000 gegenüber dem Vorjahr und erreicht im Jahresdurchschnitt 239.000. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 7,0% laut traditioneller österreichischer Berechnungsmethode bzw. 4,3% laut Eurostat. Nicht als arbeitslos gezählt werden weiterhin alle Teilnehmer an Schulungsmaßnahmen. Deren Zahl ist heuer um 8.000 höher als im Vorjahr und um 15.000 höher als im Jahr 2000.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit setzt sich aufgrund der anhaltenden Schwäche des Wirtschaftswachstums und einer weiterhin starken Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes fort. Die Zahl der Arbeitslosen erhöht sich bis 2004 auf 244.000 (+50.000 gegenüber dem Tiefstand des Jahres 2000).

Übersicht 8: Arbeitsmarkt

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	
Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000							
Nachfrage nach Arbeitskräften							
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 38,2	+ 30,8	+ 15,1	- 11,2	+ 4,8	+ 12,3	
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	+ 37,2	+ 28,9	+ 13,6	- 14,6	+ 2,0	+ 10,5	
Veränderung gegen das Vorjahr	in %						
Inländer	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,4	- 0,5	+ 0,1	+ 0,3	
Ausländische Arbeitskräfte	+ 29,4	+ 15,5	+ 4,2	- 19,7	- 6,4	+ 2,5	
Selbständige ³⁾	+ 7,8	+ 13,4	+ 9,5	+ 5,1	+ 8,4	+ 8,0	
	+ 1,0	+ 1,9	+ 1,5	+ 3,4	+ 2,8	+ 1,8	
Angebot an Arbeitskräften							
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter							
15- bis 64-Jährige	+ 19,8	+ 25,2	+ 28,1	+ 22,9	+ 19,1	+ 1,0	
15- bis 59-Jährige	- 2,6	- 17,5	- 14,2	- 5,5	+ 3,1	+ 3,0	
Erwerbspersonen ⁴⁾	+ 22,2	+ 3,4	+ 24,7	+ 17,3	+ 11,8	+ 16,9	
Überschuss an Arbeitskräften							
Vorgemerkte Arbeitslose ⁵⁾	- 16,1	- 27,4	+ 9,6	+ 28,5	+ 7,0	+ 4,6	
Stand	in 1.000	221,7	194,3	203,9	232,4	239,4	244,0
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen ⁶⁾	4,0	3,7	3,6	4,3	4,3	4,4	
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	6,0	5,3	5,5	6,2	6,3	6,4	
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾	6,7	5,8	6,1	6,9	7,0	7,1	
Beschäftigungsquote							
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾⁷⁾	62,3	62,5	62,5	62,0	61,9	62,1	
Erwerbstätige ⁶⁾⁷⁾	68,5	68,4	68,4	68,3	68,3	68,4	

1) Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. – 2) Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – 3) Laut WIFO. – 4) Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – 5) Laut Arbeitsmarktservice. – 6) Laut Eurostat (Mikrozensus). – 7) In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

2004 bleibt das Wirtschaftswachstum weiterhin viel zu schwach, um eine positive Beschäftigungsdynamik auszulösen. Die Zahl der Arbeitsplätze steigt jedoch geringfügig (+0,3%), vor allem wegen des Altersteilzeiteffekts (etwa +5.000). Zudem wird die Ausländerbeschäftigung aufgrund des erleichterten Familienzugangs zum Arbeitsmarkt weiter deutlich zunehmen. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte sich im Jahr 2004 neuerlich erhöhen und im Jahresdurchschnitt 244.000 erreichen. Die Arbeitslosenquote wird dann 7,1% bzw. 4,4% laut Eurostat betragen. Sie liegt damit deutlich über dem von der Bundesregierung im Rahmen des Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung gewählten Ziel von 3,5%.

Eurostat stellt die Lage auf dem Arbeitsmarkt gemäß dem Labour-Force-Konzept dar: Als beschäftigt gelten alle selbständigen und unselbständigen Erwerbstätigen (einschließlich der geringfügig Beschäftigten und Mithelfenden in der Landwirtschaft). Die Beschäftigungsquote liegt laut diesem Konzept bei gut 68% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, etwas unter dem im Rahmen der Lissabon-Agenda bis zum Jahr 2010 vorgesehenen Ziel von 70%. Laut traditioneller österreichischer Berechnungsmethode (Lebensunterhaltskonzept) beträgt die Beschäftigungsquote etwa 62%; sie berücksichtigt nur jene Erwerbstätigen, die Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze beziehen.

Staatshaushalt von schwacher Konjunktur geprägt

Die anhaltende Schwäche der Konjunktur belastet die öffentlichen Haushalte. Das Defizit des Gesamtstaates dürfte 2003 und 2004 bei jeweils etwa 1% des BIP liegen.

Zu Jahresbeginn entwickelten sich die Steuereinnahmen relativ günstig. Vor allem das Aufkommen an Umsatzsteuer wies einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr auf, der deutlich über das Wachstum der nominellen Konsumausgaben und der Handelsumsätze hinausging. Hier könnte die intensivere Betrugsbekämpfung erste Erfolge zeigen. Während das Aufkommen an Lohnsteuer wie erwartet zunahm, blieben die Unternehmenssteuern beträchtlich zurück. Die Einnahmen an direkten Steuern dürften heuer neuerlich unter dem Wert des Vorjahres liegen. Auf der Ausgabenseite kommt insbesondere der starke Anstieg der Mittel für Familienförderung zum Tragen. Der Finanzierungssaldo des Staates dürfte heuer $-1,1\%$ des BIP ausmachen. Er ist damit etwas niedriger als im Rahmen der Budgeterstellung vom Finanzministerium angenommen. Die Revision der Konjunkturprognose wirkt sich heuer auf die öffentlichen Haushalte kaum aus, weil sie primär von einer Abschwächung im Export ausgeht.

Übersicht 9: Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	In % des BIP					
<i>Budgetpolitik</i>						
Finanzierungssaldo des Staates						
Laut Maastricht-Definition ¹⁾	- 2,3	- 1,5	+ 0,3	- 0,6	- 1,1	- 1,2
Laut VGR	- 2,4	- 1,6	+ 0,1	- 0,8	- 1,3	- 1,4
Primärsaldo des Staates laut VGR	+ 1,3	+ 2,2	+ 3,8	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,1
	In %					
<i>Geldpolitik</i>						
Dreimonatszinssatz	3,0	4,4	4,3	3,3	2,2	2,1
Sekundärmarktrendite ²⁾	4,7	5,6	5,1	5,0	3,9	4,0
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Effektiver Wechselkursindex</i>						
Nominell	+ 1,5	- 2,5	+ 1,0	+ 1,4	+ 3,6	+ 0,7
Real	- 1,1	- 3,4	+ 0,3	+ 0,6	+ 3,0	+ 0,5

¹⁾ Einschließlich Zinsströme aus Swap-Vereinbarungen, die der Staat abschließt. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).

Im Jahr 2004 dürften die Konjunkturreffekte im Budget stärker spürbar werden. Die Wachstumsschwäche zieht eine Dämpfung der Einnahmen an direkten Steuern nach sich, die hohen Kosten der Arbeitslosigkeit kommen noch deutlicher zum Tragen. 2004 tritt ein erster Teil einer Abgabenreform in Kraft, der Entlastungen im Bereich der Lohnsteuer und der Besteuerung nicht entnommener Gewinne sowie Belastungen im Bereich der Energiesteuern, Kranken- und Unfallversicherungsbeiträge vorsieht.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass der Spielraum der Gestaltung von Einmalmaßnahmen, Ausgliederungen und statistischen Zuordnungen relativ groß ist. Das WIFO berücksichtigt in seiner Budgetprognose primär die Konjunkturzusammenhänge. Auf dieser Basis ergibt sich im Jahr 2004 ein Staatsdefizit von $1,2\%$ des BIP ($2\frac{3}{4}$ Mrd. €), um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt mehr als vom Finanzministerium angenommen.

Markus Marterbauer

Business Cycle Upturn not in Sight

Economic Outlook for 2003 and 2004

In 2003, the economy will grow by only 0.7 percent. Under the current framework conditions of deficient overall demand in the euro area and a marked depreciation of the dollar vis-à-vis the euro, prospects of a cyclical rebound remain elusive even for 2004. With GDP growth projected at an annual average 1.2 percent, economic sluggishness may enter its fourth year.

All staff members of the Austrian Institute of Economic Research contribute to the Economic Outlook. Cut-off date: 25 June 2003. • E-Mail Address: Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

In the first quarter 2003, the Austrian economy grew by only 0.5 percent year-on-year. The rise in domestic demand remained moderate, goods exports stagnated, and investment in machinery and equipment failed to reach the year-earlier level. At present, there are no signs for a recovery of business activity. For the whole year 2003, GDP growth is unlikely to exceed 0.7 percent.

Prospects for 2004 continue to be vague. A cyclical impulse would have to come from exports and investment, but the framework conditions are unfavourable, given the widespread lack of aggregate demand in the euro area. Consumers are holding back spending on durable goods, while firms postpone the implementation of investment projects in view of weak sales prospects. A revival of demand would require stimulus from policy action, but the latter is not in sight. The marked depreciation of the dollar vis-à-vis the euro is complicating matters further, as it implies losses of foreign market shares for European exports, a dampening of US demand for foreign goods and services, and a lower attractiveness of Europe as a target of foreign investment. The present projections are based upon the assumption of an exchange rate of 1.13 \$ per euro for 2003 and 1.16 \$ per euro for 2004.

Demand for Austrian export goods is weak, not only within the EU Single Market, but also in East-Central Europe, because of numerous setbacks in the catching-up process. By contrast, Austrian companies are highly successful on south-eastern European markets. The rise in the real-effective exchange rate by an estimated 3 percent in 2003 is weighing on competitiveness; since this cannot be compensated in the short run by the fall in unit labour costs in manufacturing, some losses of market shares should be expected. Growth of merchandise exports is decelerating markedly, to a projected volume rate of only 2.5 percent this year and little more in 2004 (+3¼ percent). Tourism is also suffering from the undermined confidence of European consumers: following the good results over the past two years, 2003 is likely to see a decline in real foreign gross earnings by 1 percent.

Domestic companies continue to hold back with capital spending. The investment ratio is falling markedly, from 24 percent of GDP in 2000 to 21½ percent in 2003. The main reason is the slump in spending on machinery and equipment, which fell by a total 13 percent in nominal terms over the last two years. In the face of poor capacity utilisation and subdued sales expectations, a rebound in business fixed investment should not be expected for 2003 and 2004 either. Such a rebound would, however, be crucial for stronger GDP growth and a turnaround on the labour market.

Production in manufacturing is likely to continue its stagnation in 2003, in the absence of stronger demand, with the number of industrial jobs falling sharply. In construction, however, there are signs of a tentative recovery, as output growth of 1½ percent in 2003 and 1¾ percent in 2004 could, for the first time since 1996, exceed that of overall GDP. Already since last summer, civil engineering has staged a recovery, owing to higher investment in road and railway infrastructure. The regular

WIFO business survey now points to an imminent pick-up also in the building sector, notably new-home construction.

Growth of real disposable income is firming somewhat vis-à-vis 2001 and 2002, due not only to lower inflation, but also to higher child-care and retirement benefits. Still, income gains will not be strong enough as to allow sizeable increases in private consumption. Household spending on durable consumer goods and travel may also be dampened by a rise in the saving ratio, which constitutes a considerable cyclical risk. The WIFO forecast assumes a slight increase in the saving ratio, from 7.5 percent of disposable income in 2002 to 8 percent in 2004, allowing real private consumption gains of 1.3 percent in 2003 and 1.6 percent in 2004, distinctly below the long-term average growth rate of 2¼ percent.

<i>Main results</i>		1999	2000	2001	2002	2003	2004
		Percentage changes from previous year					
GDP							
Volume		+ 2.7	+ 3.5	+ 0.7	+ 1.0	+ 0.7	+ 1.2
Value		+ 3.4	+ 5.0	+ 2.3	+ 2.2	+ 2.3	+ 2.7
Manufacturing ¹ , volume		+ 3.0	+ 6.5	+ 1.3	+ 0.3	+ 0.3	+ 1.8
Private consumption expenditure, volume		+ 2.3	+ 3.3	+ 1.5	+ 0.9	+ 1.3	+ 1.6
Gross fixed investment, volume		+ 2.1	+ 5.9	- 2.2	- 4.6	+ 0.8	+ 1.8
Machinery and equipment ²		+ 4.9	+11.8	- 2.9	- 9.4	± 0.0	+ 2.0
Construction		+ 0.0	+ 1.2	- 1.5	- 0.5	+ 1.4	+ 1.7
Exports of goods ³							
Volume		+ 7.7	+13.1	+ 7.5	+ 4.3	+ 2.5	+ 3.3
Value		+ 7.0	+15.6	+ 6.5	+ 4.1	+ 2.0	+ 2.8
Imports of goods ³							
Volume		+ 6.9	+10.9	+ 5.7	- 1.6	+ 1.7	+ 3.5
Value		+ 6.7	+14.7	+ 5.0	- 2.2	+ 0.9	+ 2.7
Current balance	billion €	- 6.33	- 5.36	- 3.94	+ 1.57	+ 0.80	+ 0.45
As a percentage of GDP	%	- 3.2	- 2.6	- 1.9	+ 0.7	+ 0.4	+ 0.2
Long-term interest rate ⁴	%	4.7	5.6	5.1	5.0	3.9	4.0
Consumer prices		+ 0.6	+ 2.3	+ 2.7	+ 1.8	+ 1.3	+ 1.3
Unemployment rate							
Percent of total labour force ⁵	%	4.0	3.7	3.6	4.3	4.3	4.4
Percent of dependent labour force ⁶	%	6.7	5.8	6.1	6.9	7.0	7.1
Dependent employment ⁷		+ 1.2	+ 1.0	+ 0.4	- 0.5	+ 0.1	+ 0.3
General government financial balance according to Maastricht definition							
As a percentage of GDP	%	- 2.3	- 1.5	+ 0.3	- 0.6	- 1.1	- 1.2

¹ Value added, including mining and quarrying. – ² Including other products. – ³ According to Statistics Austria. – ⁴ 10-year central government bonds (benchmark). – ⁵ According to Eurostat. – ⁶ According to Labour Market Service. – ⁷ Excluding parental leave and military service.

The high euro exchange rate is dampening price increases. Headline inflation is expected at only 1.3 percent, both this year and next. Prices of energy, industrial goods and food will be of stabilising influence, while rents will exert upward pressure (+5 percent).

Sluggish activity and the sustained strong increase in labour supply will drive unemployment further up, to a projected total of 239,000 this year and 244,000 in 2004. This corresponds to an unemployment rate of 7.1 percent of the dependent labour force according to the conventional national definition, or 4.4 percent of the total labour force (Eurostat definition). It is only the rising number of participants in labour market training and the "part-time retirement" programme that will cause the number of actively employed to edge up by 2,000 this year. A further gain of 10,000 projected for next year will again not be generated by a cyclical recovery, but by institutional changes in employment registration. The employment ratio in Austria, according to the labour force concept of Eurostat, is close to 68 percent of the working-age population and thus not much below the EU target for 2010. However, according to the traditional Austrian calculation following the means-of-living concept, it is only 62 percent, as only those people are counted as employed whose income exceeds a minimum threshold.

Government tax revenues have developed favourably in the first semester 2003. On the expenditure side, however, the strong rise in family benefit payments is weighing on the budgetary balance. The general government deficit in the Maastricht definition is projected at 1.1 percent of GDP for the current year. The downward revision of the growth forecast is of little influence in this regard, as it is mainly due to weaker export growth. Next year, however, the cyclical impact should be felt more strongly, leading to an expected deficit of 1.2 percent of GDP.

■ Aktienkursdynamik und Realkapitalbildung in den USA und in Deutschland

Langfristig entwickelten sich Aktienkurse und Realinvestitionen in den USA und Deutschland tendenziell gegenläufig. Dabei sind zwei unterschiedliche Entwicklungsphasen zu unterscheiden: Zwischen 1960 und 1982 erhöhten sich Realkapitalstock und Nettogesamtwert der Unternehmen wesentlich stärker als ihr Börsenwert (Marktkapitalisierung). Zwischen 1982 und 1999 verlagerte sich die Veranlagung der nicht-finanziellen Unternehmen von der Realkapitalbildung zur Bildung von Finanzvermögen, gleichzeitig verlangsamte sich das langfristige Wachstum von Realinvestitionen und Gesamtwirtschaft. Realkapitalstock und Nettogesamtwert der Unternehmen stiegen viel langsamer als ihr Börsenwert. Die starken Kursverluste seit dem Jahr 2000 haben einerseits die Überbewertung der Aktien korrigiert, andererseits die Finanzlage der Unternehmen stark verschlechtert. Die Studie dokumentiert die wichtigsten Widersprüche zwischen der empirischen Evidenz und den Erwartungen der Gleichgewichtstheorie und skizziert einen alternativen Erklärungsansatz.

- **Hypothesen über Aktienkursdynamik und Realkapitalbildung**

Entwicklung des Finanzsektors und Wirtschaftswachstum – Aktienkursdynamik und "Behavioral Finance" – Erwartungsbildung, Transaktionsverhalten und Preisdynamik auf Aktienmärkten – Transmissionskanäle zwischen Aktienkursdynamik und Investitionsnachfrage

- **Datenbasis, Untersuchungszeitraum und Gliederung der Studie**

- **Aktienkursdynamik und makroökonomische Performance**

- **Gewinnentwicklung, Investitionsdynamik und Finanzvermögensbildung der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften**

Funktionelle Einkommensverteilung, Investitionen und ihre Finanzierung – Finanzvermögensbildung und ihre Komponenten

- **Die Entwicklung von Real- und Finanzvermögen der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften**

- **Aktienkursdynamik und die Entwicklung der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften**

Entwicklung von Aktienkursen, Nettogesamtwert und Marktkapitalisierung des "non-financial business" – Aktienrendite, Eigenkapitalrendite und Zinssätze – Aktienkurse und Handelsvolumen – Niveau von Nettogesamtwert und Marktkapitalisierung der nicht-finanziellen Aktiengesellschaften

- **Investitionsdynamik der nicht-finanziellen Aktiengesellschaften**

- **Bestimmungsgründe der Realinvestitionen der Unternehmen**

Gefördert vom Jubiläumsfonds
der Oesterreichischen
Nationalbank • Juli 2003 •
128 Seiten • 50 €, Download 40 €

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24343

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<http://www.wifo.ac.at/cgi-bin/tabellen/tabhome.cgi>).

Konjunkturindikatoren für das Ausland

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Dreimonatszinssatz
- Übersicht 4: Sekundärmarktrendite

Wechselkurse

- Übersicht 5: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 6: HWWA-Index

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995

- Übersicht 7: Bruttowertschöpfung und Verwendung des Bruttoinlandsproduktes
- Übersicht 8: Einkommen und Produktivität

Zahlungsbilanz

- Übersicht 9: Cash-Prinzip
- Übersicht 10: Accrual-Prinzip

Tourismus

- Übersicht 11: Übernachtungen
- Übersicht 12: Zahlungsströme im internationalen Tourismus
- Übersicht 13: Hauptergebnisse des Tourismus-Satellitenkontos (TSA) für Österreich
- Übersicht 14: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Tourismus und Freizeitwirtschaft in Österreich

Außenhandel

- Übersicht 15: Export, nominell
- Übersicht 16: Import, nominell

Zinssätze

- Übersicht 17: Kurz- und langfristige Zinssätze

Landwirtschaft

- Übersicht 18: Landwirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995
- Übersicht 19: Markt- und Preisentwicklung

Sachgütererzeugung

- Übersicht 20: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 21: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Bauwirtschaft

- Übersicht 22: Produktion
- Übersicht 23: Preise und Arbeitsmarkt

Binnenhandel

- Übersicht 24: Umsätze und Beschäftigung im Einzelhandel

Verkehr

- Übersicht 25: Güter- und Personenverkehr

Bankenstatistik

- Übersicht 26: Einlagen und Kredite

Arbeitsmarkt

- Übersicht 27: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 28: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 29: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

Preise und Löhne

- Übersicht 30: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 31: Tariflöhne
- Übersicht 32: Effektivverdienste

Staatshaushalt

- Übersicht 33: Staatsquoten

Soziale Sicherheit

- Übersicht 34: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 35: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 36: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung
- Übersicht 37: Beiträge des Bundes

Umwelt

- Übersicht 38: Energiebedingte CO₂-Emissionen
- Übersicht 39: Umweltrelevante Steuern im Sinne der VGR

Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 40: Bruttowertschöpfung
- Übersicht 41: Tourismus
- Übersicht 42: Sachgütererzeugung
- Übersicht 43: Bauwesen
- Übersicht 44: Arbeitsmarkt

Konjunkturindikatoren für das Ausland

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2000	2001	2002	2002		2003		2002		2003			
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März	April
	In %, saisonbereinigt												
OECD insgesamt	6,3	6,5	6,9	6,9	7,0	7,0	7,0	7,0	7,1	7,0	7,0	7,1	7,1
USA	4,0	4,8	5,8	5,9	5,8	5,9	5,8	5,9	6,0	5,7	5,8	5,8	6,0
Japan	4,7	5,0	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4	5,3	5,5	5,5	5,3	5,4	5,4
Kanada	6,8	7,2	7,6	7,6	7,6	7,6	7,4	7,5	7,5	7,4	7,4	7,3	7,5
EU	7,8	7,4	7,7	7,6	7,7	7,8	7,9	7,8	7,8	7,9	7,9	8,0	8,0
Euro-Raum	8,5	8,0	8,4	8,3	8,4	8,5	8,7	8,5	8,6	8,7	8,7	8,8	8,8
Deutschland	7,8	7,8	8,6	8,5	8,6	8,8	9,2	8,8	8,9	9,0	9,2	9,3	9,4
Frankreich	9,3	8,5	8,7	8,7	8,8	8,9	9,0	8,9	8,9	9,0	9,0	9,1	9,1
Italien	10,4	9,4	9,0	9,0	9,0	8,9	8,9	8,9	8,9	8,9	8,9	8,8	8,7
Spanien	11,3	10,6	11,3	11,3	11,4	11,5	11,4	11,5	11,5	11,4	11,4	11,4	11,4
Niederlande	2,8	2,4	2,8	2,7	2,8	3,1	3,6	3,1	3,2	3,4	3,6	3,8	3,9
Belgien	6,9	6,7	7,3	7,3	7,3	7,5	7,8	7,5	7,6	7,7	7,8	7,8	7,9
Österreich	3,7	3,6	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,4	4,3	4,2	4,3	4,3
Portugal	4,1	4,1	5,1	4,7	5,2	6,1	6,8	6,1	6,3	6,6	6,8	7,0	7,3
Finnland	9,7	9,1	9,1	9,1	9,1	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0
Griechenland	11,0	10,4	9,9	9,9	9,9	9,6	.	9,6	9,6
Irland	4,3	3,9	4,4	4,3	4,4	4,4	4,5	4,4	4,4	4,5	4,5	4,5	4,6
Luxemburg	2,3	2,1	2,8	2,7	2,9	3,1	3,3	3,1	3,2	3,3	3,3	3,4	3,5
Großbritannien	5,4	5,0	5,1	5,1	5,2	5,0	5,0	5,1	4,9	5,0	5,1	5,0	.
Schweden	5,6	4,9	4,9	4,8	4,9	5,1	5,3	5,1	5,1	5,4	5,2	5,3	5,4
Dänemark	4,4	4,3	4,5	4,4	4,6	4,7	5,0	4,7	4,8	4,9	5,0	5,1	5,0
Schweiz ¹⁾	1,8	1,7	2,5	2,4	2,7	3,0	3,2	3,0	3,0	3,1	3,2	3,4	3,6
Norwegen	3,4	3,6	3,9	3,8	3,8	4,1	4,2	4,1	4,1	4,2	4,1	4,3	4,5
Polen	16,4	18,5	19,9	19,8	20,0	20,2	20,2	20,2	20,2	20,2	20,2	20,2	20,2
Ungarn	6,3	5,6	5,6	5,5	5,6	5,8	5,8	5,8	5,8	5,8	5,8	5,9	5,9
Tschechien	8,7	8,0	7,3	7,3	7,2	7,2	7,1	7,3	7,2	7,1	7,1	7,1	7,0
Slowakei	18,7	19,4	18,6	18,9	18,4	18,1	17,3	18,1	17,9	17,6	17,3	17,0	16,8

Q: Eurostat, OECD. – 1) Nationale Definition. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 2: Verbraucherpreise

	2000	2001	2002	2002			2003	2002		2003			April
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Verbraucherpreisindex													
OECD insgesamt	+ 3,9	+ 3,4	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,6
USA	+ 3,4	+ 2,8	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,2
Japan	- 0,7	- 0,7	- 0,9	- 0,9	- 0,8	- 0,5	- 0,2	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Kanada	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,2	+ 1,3	+ 2,3	+ 3,8	+ 4,5	+ 4,3	+ 3,9	+ 4,5	+ 4,6	+ 4,3	+ 3,0
EU	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,3
Harmonisierter VPI													
Euro-Raum	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,1
Deutschland	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,0
Frankreich	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,6	+ 1,9
Italien	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,9	+ 3,0
Spanien	+ 3,5	+ 2,8	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,6	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,9	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,2
Niederlande	+ 2,3	+ 5,1	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,1	+ 3,4	+ 3,5	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,1	+ 2,5
Belgien	+ 2,7	+ 2,4	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,4
Österreich	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,3
Portugal	+ 2,8	+ 4,4	+ 3,7	+ 3,5	+ 3,8	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,1	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,1	+ 3,8	+ 3,7
Finnland	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,4	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,3
Griechenland	+ 2,9	+ 3,7	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,9	+ 3,5	+ 3,3	+ 4,2	+ 3,9	+ 3,3
Irland	+ 5,3	+ 4,0	+ 4,7	+ 4,8	+ 4,4	+ 4,6	+ 4,9	+ 4,7	+ 4,6	+ 4,7	+ 5,1	+ 4,9	+ 4,6
Luxemburg	+ 3,8	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,7	+ 3,4	+ 2,7	+ 2,8	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,7	+ 3,0
Großbritannien	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5
Schweden	+ 1,3	+ 2,7	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,9	+ 1,4	+ 1,7	+ 2,6	+ 3,3	+ 2,9	+ 2,3
Dänemark	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,5
Schweiz	+ 1,6	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,7
Norwegen	+ 3,0	+ 2,7	+ 0,8	- 0,3	+ 1,1	+ 1,9	+ 3,8	+ 1,8	+ 2,6	+ 4,2	+ 4,1	+ 3,2	+ 2,5
Polen	+ 10,1	+ 5,5	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,1
Ungarn	+ 9,8	+ 9,2	+ 5,3	+ 5,5	+ 4,6	+ 4,8	+ 4,7	+ 4,8	+ 4,8	+ 4,7	+ 4,5	+ 4,7	+ 3,9
Tschechien	+ 3,9	+ 4,8	+ 1,8	+ 2,3	+ 0,7	+ 0,5	- 0,4	+ 0,4	+ 0,5	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,1
Slowakei	+ 12,0	+ 7,3	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,9	+ 7,6	+ 2,7	+ 3,2	+ 7,3	+ 7,6	+ 7,9	+ 7,7

Q: Statistik Austria, OECD. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 3: Dreimonatszinssatz

	2000	2001	2002	2002			2003	2002	Jänner	Februar	2003	April	Mai
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezem-ber			März		
	In %												
USA	6,5	3,7	1,7	1,8	1,8	1,5	1,3	1,3	1,3	1,3	1,2	1,2	1,2
Japan	0,2	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kanada	5,8	4,0	2,6	2,6	2,9	2,8	3,0	2,8	2,9	2,9	3,2	3,3	3,3
Euro-Raum	4,4	4,3	3,3	3,4	3,4	3,1	2,7	2,9	2,8	2,7	2,5	2,5	2,4
Großbritannien	6,1	5,0	4,0	4,1	3,9	3,9	3,7	4,0	3,9	3,7	3,6	3,6	3,6
Schweden	4,0	3,7	4,1	4,3	4,2	3,9	3,6	3,7	3,7	3,6	3,4	3,4	3,2
Dänemark	4,9	4,6	3,5	3,7	3,5	3,2	2,8	3,0	3,0	2,8	2,6	2,6	2,5
Schweiz	3,0	2,8	1,0	1,3	0,7	0,6	0,4	0,5	0,5	0,5	0,2	0,2	0,2
Norwegen	6,7	7,2	6,9	6,9	7,2	6,9	5,7	6,6	6,0	5,7	5,5	5,3	4,9
Polen	16,6	13,8	6,4	9,2	5,3	4,4	3,9	6,1	6,1	0,0	5,7	5,7	0,0
Ungarn	11,0	10,8	8,9	8,6	9,4	8,9	6,4	8,2	7,6	5,3	6,3	6,4	.
Tschechien	5,4	5,2	3,5	3,9	3,1	2,7	2,5	2,6	2,7	2,5	2,4	2,5	2,5

Q: OECD. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Übersicht 4: Sekundärmarktrendite

	2000	2001	2002	2002			2003	2002	Jänner	Februar	2003	April	Mai
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezem-ber			März		
	In %												
USA	6,1	5,6	5,3	5,7	5,0	4,9	4,7	4,7	4,8	4,6	4,7	4,7	4,2
Japan	1,7	1,3	1,3	1,4	1,2	1,0	0,8	1,0	0,8	0,8	0,7	0,7	0,6
Kanada	5,9	5,5	5,3	5,5	5,1	5,1	5,0	4,9	5,0	4,9	5,1	4,9	4,5
Euro-Raum	5,4	5,0	4,9	5,3	4,8	4,5	4,2	4,4	4,3	4,1	4,1	4,2	3,9
Deutschland	5,3	4,8	4,8	5,1	4,6	4,4	4,0	4,3	4,2	4,0	4,0	4,2	3,8
Frankreich	5,9	5,4	5,3	5,5	5,1	4,9	4,4	4,8	4,4	4,3	4,6	4,5	3,9
Italien	5,6	5,2	5,0	5,4	4,9	4,7	4,2	4,6	4,4	4,2	4,2	4,3	4,0
Spanien	5,4	4,9	4,6	5,0	4,5	4,1	3,5	4,0	3,7	3,5	3,5	3,7	3,3
Niederlande	5,4	4,9	4,9	5,2	4,7	4,5	4,1	4,4	4,2	4,0	4,0	4,2	3,9
Belgien	5,6	5,1	4,9	5,2	4,7	4,5	4,1	4,4	4,2	4,0	4,1	4,3	4,0
Österreich	5,6	5,1	5,0	5,3	4,8	4,6	4,1	4,5	4,3	4,0	4,1	4,2	3,9
Portugal	5,6	5,2	5,0	5,3	4,9	4,6	.	4,6	4,3
Finnland	5,5	5,0	5,0	5,3	4,8	4,6	4,1	4,4	4,3	4,1	4,1	4,2	.
Irland	5,5	5,0	5,0	5,3	4,8	4,6	4,1	4,3	4,2	4,0	4,1	4,2	.
Luxemburg	5,5	4,9	4,7	5,1	4,6	4,1	3,6	4,0	3,6	3,5	3,5	.	.
Großbritannien	5,3	4,9	4,9	5,2	4,7	4,6	4,3	4,6	4,4	4,3	4,3	4,5	4,2
Schweden	5,4	5,1	5,3	5,6	5,2	5,0	4,6	4,9	4,7	4,5	4,6	4,7	4,4
Dänemark	5,7	5,1	5,1	5,4	4,9	4,7	4,3	4,6	4,4	4,2	4,3	4,4	4,1
Schweiz	3,9	3,4	3,2	3,4	3,1	2,7	2,4	2,4	2,4	2,4	2,5	2,7	2,4
Norwegen	6,2	6,2	6,4	6,8	6,3	6,1	5,4	5,9	5,7	5,3	5,3	5,3	5,0

Q: OeNB, OECD. Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Wechselkurse

Übersicht 5: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

	2000	2001	2002	2002		2003		2002	2003	2003	2003	2003	2003
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai
	Fremdwährung je Euro												
Dollar	0,92	0,90	0,94	0,92	0,98	1,00	1,07	1,02	1,06	1,08	1,08	1,08	1,16
Yen	99,53	108,73	118,07	116,49	117,27	122,47	127,63	124,20	126,12	128,60	128,16	130,12	135,83
Schweizer Franken	1,56	1,51	1,47	1,47	1,46	1,47	1,47	1,47	1,46	1,47	1,47	1,50	1,52

Veränderung gegen das Vorjahr in %

Effektiver Wechselkursindex													
	2000	2001	2002	2002	2002	2003	2003	2002	2003	2003	2003	2003	2003
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai
Nominell	- 2,5	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,3	+ 4,4	+ 2,8	+ 4,0	+ 4,5	+ 4,7	+ 4,7	+ 5,1
Industriewaren	- 2,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,3	+ 2,0	+ 2,2	+ 4,1	+ 2,7	+ 3,7	+ 4,2	+ 4,4	+ 4,4	+ 4,9
Real	- 3,2	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,5	+ 3,6	+ 2,1	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,9	+ 3,6	.
Industriewaren	- 3,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,7	+ 1,7	+ 3,5	+ 2,2	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,8	+ 3,6	.

Q: OeNB. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauning@wifo.ac.at, Christa.Mager@wifo.ac.at

Weltmarkt-Rohstoffpreise

Übersicht 6: HWWA-Index

	2000	2001	2002	2002		2003		2003					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Auf Dollarbasis	+ 31,5	- 10,9	+ 1,2	+ 4,5	+ 25,8	+ 34,4	+ 6,7	+ 40,2	+ 44,0	+ 20,8	+ 3,2	+ 5,0	+ 12,1
Auf Euro-Basis	+ 51,8	- 8,5	- 4,2	- 5,4	+ 12,7	+ 9,7	.	+ 16,6	+ 16,2	- 2,1	- 15,7	- 16,9	.
Ohne Energierohstoffe	+ 18,3	- 6,4	- 4,9	- 5,9	+ 0,8	- 6,2	.	- 3,7	- 5,8	- 8,8	- 8,2	- 9,1	.
Nahrungs- und Genussmittel	+ 3,4	- 5,7	+ 3,0	+ 2,5	+ 8,2	- 4,1	.	- 1,1	- 1,9	- 9,2	- 7,9	- 9,6	.
Industrierohstoffe	+ 24,4	- 6,7	- 7,6	- 8,8	- 2,1	- 6,9	.	- 4,6	- 7,3	- 8,6	- 8,5	- 9,0	.
Energierohstoffe	+ 73,9	- 9,4	- 3,8	- 5,1	+ 19,1	+ 17,8	.	+ 27,6	+ 28,1	+ 1,0	- 19,0	- 20,2	.
Rohöl	+ 79,5	- 10,9	- 3,8	- 4,5	+ 21,1	+ 20,1	.	+ 30,2	+ 31,4	+ 2,3	- 18,9	- 20,3	.

Q: Hamburger Weltwirtschaftsarchiv. • E-Mail-Adresse: Annamaria.Rammel@wifo.ac.at

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 1995

Übersicht 7: Bruttowertschöpfung und Verwendung des Bruttoinlandsproduktes

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2001	2002		2003		
								IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real												
<i>Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen</i>													
Land- und Forstwirtschaft	+ 7,7	+ 3,3	- 1,6	- 0,7	- 1,5	+ 0,0	+ 0,0	- 0,9	- 0,9	- 2,1	- 3,0	+ 0,2	- 0,7
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	+ 4,7	+ 3,0	+ 6,5	+ 1,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,8	- 3,4	- 1,2	+ 1,9	+ 0,7	- 0,4	+ 0,1
Energie- und Wasserversorgung	+ 3,3	+ 3,9	- 1,6	+ 1,7	+ 9,3	+ 0,5	+ 1,0	+ 12,9	+ 8,8	+ 15,2	+ 10,7	+ 4,4	+ 2,8
Bauwesen	+ 3,9	+ 1,3	+ 1,2	- 4,8	+ 0,4	+ 1,4	+ 1,7	- 5,9	- 1,4	+ 1,9	- 1,0	+ 1,6	+ 0,6
Handel ²⁾	+ 4,3	+ 3,0	+ 3,6	- 0,3	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,0	- 1,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 3,7	+ 1,9	+ 2,1
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 3,8	+ 3,2	+ 5,0	+ 5,9	+ 2,1	- 0,0	+ 0,5	+ 4,9	+ 5,4	+ 0,4	+ 3,1	- 2,4	- 3,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 3,3	+ 2,2	+ 2,4	- 0,9	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	- 1,4	- 0,5	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,0
Kreditinstitute und Versicherungen	+ 3,1	- 1,8	+ 10,2	- 0,5	- 4,6	- 1,5	+ 1,0	+ 3,8	+ 0,1	- 6,6	- 6,5	- 5,2	- 3,9
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	+ 5,7	+ 3,9	+ 6,0	+ 4,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	+ 1,9	+ 1,9	+ 0,8	- 0,2	- 0,3	- 0,5	- 0,5	+ 0,3	- 0,0	- 0,2	- 0,2	- 0,8	+ 0,3
Sonstige Dienstleistungen	+ 3,1	- 0,8	+ 2,7	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,0
<i>Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche</i>													
Unterstellte Bankgebühr	+ 4,1	+ 2,1	+ 4,2	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 1,2	- 0,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,4
Gütersteuern minus Gütersubvention	+ 5,0	- 1,7	+ 12,2	+ 3,8	- 4,8	.	.	+ 7,4	- 0,2	- 5,2	- 4,8	- 8,7	- 2,0
Bruttoinlandsprodukt	+ 3,9	+ 2,7	+ 3,5	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,2	- 0,4	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,5
<i>Verwendung des Bruttoinlandsproduktes</i>													
Konsumausgaben insgesamt	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,0	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,5	- 0,4	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,4
Private Haushalte	+ 2,7	+ 2,3	+ 3,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,8	- 0,1	+ 1,1	+ 1,5	+ 0,7
Staat	+ 2,8	+ 3,1	+ 0,0	- 0,5	- 0,9	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,5	- 0,7	- 1,1	- 0,8	- 0,9	- 0,2
Bruttoinvestitionen ⁵⁾	+ 4,0	+ 4,2	+ 2,9	- 4,0	- 5,6	+ 0,2	+ 1,6	- 7,3	- 6,5	- 4,1	- 2,5	- 9,6	- 1,0
Bruttoanlageinvestitionen	+ 3,9	+ 2,1	+ 5,9	- 2,2	- 4,6	+ 0,8	+ 1,8	- 4,5	- 6,7	- 5,1	- 2,0	- 4,9	- 0,5
Ausrüstungen ⁶⁾	+ 6,2	+ 4,9	+ 11,8	- 2,9	- 9,4	- 0,0	+ 2,0	- 7,7	- 7,9	- 13,3	- 5,1	- 10,5	- 1,4
Bauten	+ 2,3	+ 0,0	+ 1,2	- 1,5	- 0,5	+ 1,4	+ 1,7	- 2,1	- 5,4	+ 2,7	+ 0,2	- 0,7	+ 0,5
Inländische Verwendung ⁷⁾	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,7	- 0,1	- 1,1	+ 0,6	+ 1,3	- 1,0	- 1,5	- 0,8	- 0,3	- 1,8	+ 0,7
Exporte	+ 8,1	+ 8,5	+ 13,4	+ 7,4	+ 2,7	+ 1,5	+ 2,5	+ 4,4	+ 2,4	+ 6,6	+ 3,0	- 0,7	- 2,2
Importe	+ 5,7	+ 9,0	+ 11,6	+ 5,9	- 1,3	+ 1,3	+ 2,7	+ 3,3	- 1,3	+ 2,9	- 0,2	- 6,1	- 2,2
Außenbeitrag ⁸⁾	+ 1,0	- 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 2,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,6	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,7	+ 2,9	- 0,1

Q: Statistik Austria, WIFO. 2003 und 2004: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Einschließlich Vorratsveränderung. – ⁶⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – ⁷⁾ Einschließlich statistischer Differenz. – ⁸⁾ In Prozentpunkten. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 8: Einkommen und Produktivität

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2001		2002			2003	
								IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %													
<i>Nominell</i>														
Bruttonationaleinkommen	+ 4,4	+ 3,0	+ 5,0	+ 2,0	+ 3,1	+ 1,8	+ 2,5	+ 0,4	+ 2,5	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,3	+ 2,3	
Arbeitnehmerentgelte	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,6	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,4	
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 6,9	+ 2,1	+ 8,3	+ 2,9	+ 1,8	+ 1,5	+ 3,1	- 1,1	+ 1,1	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,8	
Abschreibungen	+ 4,2	+ 3,8	+ 5,0	+ 5,1	+ 3,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 4,7	+ 4,3	+ 3,9	+ 3,5	+ 3,1	+ 2,8	
Nettonationaleinkommen	+ 4,5	+ 2,8	+ 5,0	+ 1,4	+ 3,0	+ 1,6	+ 2,5	- 0,4	+ 2,2	+ 3,0	+ 3,4	+ 3,3	+ 2,2	
Verfügbares Nettonational- einkommen	+ 4,2	+ 2,9	+ 5,2	+ 1,6	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,3	- 0,6	+ 1,6	+ 2,7	+ 2,5	+ 3,2	+ 2,0	
<i>Real</i>														
Bruttonationaleinkommen	+ 3,9	+ 2,2	+ 2,9	+ 0,0	+ 2,2	.	.	- 0,1	+ 1,3	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,0	+ 0,8	
Abschreibungen	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,9	+ 3,8	+ 2,7	.	.	+ 3,4	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,0	
Nettonationaleinkommen	+ 4,0	+ 2,0	+ 2,8	- 0,6	+ 2,1	.	.	- 0,7	+ 1,0	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,0	+ 0,6	
Verfügbares Nettonational- einkommen	+ 3,7	+ 2,1	+ 2,9	- 0,5	+ 1,7	.	.	- 0,9	+ 0,4	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,9	+ 0,4	
<i>Gesamtwirtschaftliche Produktivität</i>														
BIP real je Erwerbstätigen	+ 2,9	+ 1,3	+ 2,8	+ 0,0	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,9	- 0,7	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,6	+ 0,9	
BIP real je Einwohner	+ 3,8	+ 2,6	+ 3,3	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,1	- 0,6	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,4	
<i>BIP nominell</i>	Mrd. €	0,19	0,20	0,21	0,21	0,22	0,22	0,23	54,39	52,11	53,70	55,01	55,77	53,38

Q: Statistik Austria, WIFO. Zu Marktpreisen; 2003 und 2004 Prognose. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Zahlungsbilanz

Übersicht 9: Cash-Prinzip

	2000	2001	2002	2002		2003		2002		2003			April
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem- ber	Dezemb- er	Jänner	Februar	März	
	Mrd. €												
Leistungsbilanz	- 5,54	- 4,12	+ 0,81	+ 0,33	- 1,57	+ 1,58	+ 0,93	+ 0,94	+ 1,13	- 0,09	+ 0,53	+ 0,49	+ 0,45
Warenzahlungen	- 7,09	- 6,24	- 2,40	- 0,25	- 1,13	+ 0,51	- 1,05	+ 0,68	- 0,12	- 0,55	- 0,22	- 0,28	- 0,11
Dienstleistungen	+ 4,01	+ 4,70	+ 5,59	+ 0,79	- 0,00	+ 1,35	+ 2,85	+ 0,33	+ 0,72	+ 1,14	+ 0,90	+ 0,80	+ 0,51
Einkommen	- 0,97	- 1,28	- 0,80	+ 0,36	- 0,23	- 0,25	- 0,67	+ 0,10	+ 0,23	- 0,81	+ 0,02	+ 0,12	+ 0,10
Laufende Transfers	- 1,49	- 1,31	- 1,58	- 0,57	- 0,21	- 0,03	- 0,20	- 0,16	+ 0,30	+ 0,13	- 0,17	- 0,15	- 0,05
Vermögensübertragungen	- 0,26	- 0,54	- 0,58	+ 0,11	- 0,18	- 0,29	- 0,07	- 0,06	- 0,22	- 0,01	- 0,01	- 0,05	- 0,04
Kapitalbilanz	+ 5,21	+ 3,48	- 3,34	- 0,25	+ 1,49	- 1,16	- 1,02	- 0,09	- 2,01	+ 1,04	- 1,76	- 0,30	+ 0,14
Statistische Differenz	+ 0,59	+ 1,17	+ 3,11	- 0,19	+ 0,26	- 0,13	+ 0,17	- 0,79	+ 1,10	- 0,93	+ 1,25	- 0,15	- 0,55

Q: OeNB. Alle Werte aus vorläufigen Monatsdaten. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Übersicht 10: Accrual-Prinzip

	1998	1999	2000	2001	2002	2001				2002			
						I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
	Mrd. €												
Leistungsbilanz	- 4,68	- 6,33	- 5,36	- 3,94	+ 1,56	+ 0,26	- 2,02	- 1,51	- 0,66	+ 1,92	- 0,48	- 1,45	+ 1,57
Güter	- 3,29	- 3,38	- 2,99	- 1,40	+ 3,50	- 0,91	- 0,52	- 0,09	+ 0,12	+ 0,42	+ 1,03	+ 0,74	+ 1,32
Dienstleistungen	+ 2,12	+ 1,65	+ 1,74	+ 2,13	+ 2,00	+ 2,28	- 0,03	- 0,38	+ 0,27	+ 2,60	- 0,42	- 1,18	+ 1,00
Einkommen	- 1,78	- 2,70	- 2,66	- 3,31	- 2,25	- 0,89	- 0,90	- 0,74	- 0,78	- 0,62	- 0,48	- 0,50	- 0,65
Laufende Transfers	- 1,74	- 1,90	- 1,45	- 1,36	- 1,68	- 0,21	- 0,57	- 0,31	- 0,27	- 0,48	- 0,61	- 0,50	- 0,09
Vermögensübertragung	- 0,31	- 0,25	- 0,47	- 0,60	- 0,56	- 0,06	- 0,07	- 0,18	- 0,29	- 0,03	+ 0,01	- 0,28	- 0,26
Kapitalbilanz	+ 5,53	+ 6,61	+ 4,68	+ 4,40	- 5,73	- 0,74	+ 1,45	+ 2,68	+ 1,02	- 4,81	- 0,36	+ 1,50	- 2,06
Direktinvestitionen im Ausland	- 2,47	- 3,10	- 6,23	- 3,90	- 5,74	- 0,69	- 0,74	- 1,81	- 0,66	- 2,22	- 0,85	- 1,84	- 0,83
Direktinvestitionen in Österreich	+ 4,08	+ 2,79	+ 9,60	+ 6,76	+ 1,75	+ 1,15	+ 1,57	+ 2,45	+ 1,59	+ 0,76	- 0,26	+ 0,70	+ 0,55
Portfolioinvestitionen	+ 5,90	- 2,55	+ 3,23	+ 5,97	- 5,51	+ 0,97	- 3,57	+ 2,71	+ 5,85	- 0,31	- 1,16	- 2,21	- 1,83
Sonstige Investitionen	+ 0,74	+ 7,92	- 2,49	- 6,64	+ 2,19	- 4,59	+ 3,25	+ 0,04	- 5,34	- 3,81	+ 1,69	+ 4,67	- 0,35
Offizielle Währungsreserven	- 2,91	+ 1,96	+ 0,84	+ 2,07	+ 1,81	+ 1,91	+ 0,82	- 0,69	+ 0,04	- 0,11	+ 0,69	+ 1,08	+ 0,15
Statistische Differenz	- 0,54	- 0,04	+ 1,15	+ 0,13	+ 4,73	+ 0,55	+ 0,64	- 0,99	- 0,07	+ 2,91	+ 0,84	+ 0,23	+ 0,75

Q: OeNB. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Tourismus

Übersicht 11: Übernachtungen

	2000	2001	2002	2002		2003		2002		2003			April
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem- ber	Dezemb- er	Jänner	Februar	März	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
In allen Unterkunftsarten	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,4	- 5,4	+ 0,7	+ 2,9	- 2,8	+ 1,9	+ 3,7	+ 1,0	- 4,6	- 4,6	+ 28,5
Inländer	+ 2,6	+ 1,0	- 1,5	- 2,9	- 1,5	- 2,2	- 1,9	- 0,3	+ 0,1	+ 1,1	+ 4,2	- 12,3	+ 12,5
Ausländer	+ 0,0	+ 1,4	+ 2,5	- 6,6	+ 1,5	+ 5,0	- 3,1	+ 3,9	+ 4,5	+ 0,9	- 7,1	- 2,6	+ 36,5
Aus Deutschland	- 1,6	+ 0,9	+ 1,3	- 9,6	+ 1,4	+ 1,4	- 7,0	- 2,9	+ 0,8	- 2,2	- 10,3	- 8,8	+ 50,9
Aus den Niederlanden	+ 5,0	+ 4,1	+ 7,1	+ 14,9	+ 7,2	+ 16,7	+ 1,1	+ 9,3	+ 16,9	- 0,4	- 9,1	+ 29,1	+ 32,1
Aus Italien	- 5,3	+ 5,7	+ 4,9	+ 6,8	+ 3,9	- 4,3	- 5,1	+ 2,6	- 8,6	+ 5,2	- 1,2	- 16,7	- 4,0
Aus der Schweiz	+ 3,8	+ 6,9	+ 6,2	+ 0,6	+ 4,8	+ 6,8	+ 4,3	+ 7,4	+ 9,4	+ 10,7	- 0,6	+ 5,1	+ 27,9
Aus Großbritannien	+ 10,2	- 0,9	+ 6,6	- 5,8	+ 1,4	+ 14,9	+ 2,7	- 1,2	+ 19,5	+ 9,9	+ 14,5	- 18,0	+ 32,4
Aus den USA	+ 19,9	- 15,9	- 15,2	- 28,7	- 17,9	+ 23,7	+ 1,4	+ 32,3	+ 21,7	+ 5,4	+ 1,2	- 1,6	- 7,4
Aus Japan	+ 1,6	- 9,6	- 8,6	- 16,0	- 14,1	+ 32,9	+ 17,4	+ 61,9	+ 25,0	+ 18,0	+ 25,8	+ 10,8	- 30,0

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 12: Zahlungsströme im internationalen Tourismus

	1998	1999	2000	2001	2002	2001				2002			2003
						II. Qu.	III. Qu. Mio. €	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.
Exporte	11.357	11.771	12.361	13.397	14.045	2.786	3.571	2.752	4.652	2.835	3.776	2.782	4.582
Einnahmen i. e. S.	10.058	10.354	10.752	11.453	12.025	2.333	3.006	2.350	4.153	2.381	3.157	2.334	4.042
Personentransport	1.299	1.417	1.608	1.944	2.020	453	565	402	499	454	619	448	541
Importe	9.286	9.366	10.048	10.961	10.825	2.860	3.450	2.569	2.174	2.803	3.398	2.451	2.130
Ausgaben i. e. S.	8.556	8.623	9.215	10.032	9.947	2.615	3.200	2.373	1.979	2.578	3.140	2.251	1.958
Personentransport	730	743	833	929	878	245	250	196	195	225	258	200	172
Saldo	2.071	2.405	2.313	2.436	3.220	-74	121	183	2.478	32	378	331	2.452
Ohne Personentransport	1.502	1.730	1.537	1.421	2.078	-282	-194	-23	2.174	-197	17	83	2.084

Q: OeNB, WIFO. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 13: Hauptergebnisse des Tourismus-Satellitenkontos (TSA) für Österreich

	2000	2001	2002
		Mio. €	
<i>Touristische Nachfrage</i>			
Ausgaben ausländischer Besucher	12.288	13.386	14.045
Übernachtende Touristen	11.031	11.946	12.475
Tagesbesucher	1.257	1.440	1.570
Ausgaben inländischer Besucher	10.344	10.965	11.166
Urlaubsreisende	8.188	8.672	8.804
Übernachtende Touristen ¹⁾	4.844	5.259	5.365
Tagesbesucher	3.344	3.413	3.439
Geschäftsreisende	2.156	2.293	2.362
Übernachtende Touristen	835	917	945
Tagesbesucher	1.321	1.376	1.417
Ausgaben der Inländer in Wochenendhäusern und Zweitwohnungen	822	856	882
Gesamtausgaben (Urlaubs- und Geschäftsreisen, einschließlich Verwandten- und Bekanntenbesuche)	23.454	25.207	26.093
<i>Gesamtwirtschaftliches Angebot</i>			
Gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung (BIP)	204.842	211.857	216.730
<i>Touristische Wertschöpfung</i>			
Direkte Wertschöpfung des Tourismus laut TSA (Urlaubs- und Geschäftsreisen)	12.848	13.566	14.090
Anteil am BIP laut TSA in %	6,3	6,4	6,5

Q: Statistik Austria, WIFO. 2000 und 2001: endgültig, 2002: vorläufig. Zur Methodik siehe Smeral, E., Franz, A., Laimer, P., "Ein Tourismussatellitenkonto für Österreich. Ökonomische Zusammenhänge, Methoden und Hauptergebnisse", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(1), S. 29-37, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search_get_abstract_type?p_language=1&pubid=21031. – ¹⁾ Einschließlich Aufwendungen im Zuge von Kuraufenthalten. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 14: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Tourismus und Freizeitwirtschaft in Österreich

	2000	2001	2002	2000	2001	2002
		Mio. €		Anteile am BIP laut TSA in %		
<i>Tourismus-Satellitenkonto</i>						
Direkte Wertschöpfung des Tourismus laut TSA						
Ohne Dienst- und Geschäftsreisen	11.869	12.500	13.052	5,8	5,9	6,0
Einschließlich Dienst- und Geschäftsreisen	12.848	13.566	14.090	6,3	6,4	6,5
		Mio. €		Beitrag zum BIP in %		
TSA-Erweiterungen						
Direkte und indirekte Wertschöpfung des Tourismus (ohne Dienst- und Geschäftsreisen)	18.742	20.164	20.883	9,1	9,5	9,6
Direkte und indirekte Wertschöpfung des Freizeitkonsums der Inländer am Wohnort	17.109	17.709	18.240	8,4	8,4	8,4
Direkte und indirekte Wertschöpfung von Tourismus und Freizeitwirtschaft in Österreich	35.851	37.873	39.123	17,5	17,9	18,1

Q: Statistik Austria, WIFO. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Außenhandel

Übersicht 15: Export, nominell

	2002	2003	2002	2003	2000	2001	2002	2003	2002		2003		
		März ¹⁾		März ¹⁾				März ¹⁾	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März
	Mrd. €		Anteile in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Insgesamt	77,3	19,4	100,0	100,0	+ 15,6	+ 6,5	+ 4,1	+ 3,0	+ 1,1	+ 2,1	+ 3,8	+ 2,9	+ 2,3
Intra-EU	46,5	11,7	60,2	60,3	+ 12,5	+ 6,1	+ 3,1	+ 0,8	+ 3,7	+ 1,4	+ 0,9	- 1,8	+ 3,2
Deutschland	24,7	6,3	32,0	32,5	+ 10,4	+ 3,9	+ 2,2	+ 3,3	+ 2,8	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,9	+ 6,1
Italien	6,6	1,7	8,5	8,9	+ 19,4	+ 4,6	+ 3,7	+ 5,4	+ 3,6	+ 9,8	+ 10,4	+ 4,1	+ 2,2
Extra-EU	30,7	7,7	39,8	39,7	+ 21,0	+ 7,3	+ 5,6	+ 6,5	- 2,7	+ 3,0	+ 8,6	+ 10,5	+ 0,9
Ost-Mitteleuropa	7,9	1,9	10,3	9,8	+ 16,8	+ 3,9	+ 4,0	- 1,8	- 1,9	- 1,6	- 3,2	- 4,4	+ 2,2
Ungarn	3,3	0,8	4,3	3,9	+ 16,9	- 4,3	+ 0,9	- 12,5	- 10,7	- 6,9	- 10,8	- 17,0	- 9,6
Tschechien	2,2	0,6	2,9	2,9	+ 17,7	+ 7,6	+ 3,6	+ 7,9	+ 4,6	+ 1,1	+ 8,7	+ 3,2	+ 11,8
Südosteuropa	4,1	1,0	5,3	5,3	+ 19,5	+ 18,3	+ 14,3	+ 9,6	+ 9,9	+ 5,7	+ 5,6	+ 16,9	+ 6,6
Frühere UdSSR	1,6	0,4	2,1	2,1	+ 43,3	+ 36,4	+ 3,1	+ 19,2	- 9,2	- 20,2	+ 17,8	+ 18,8	+ 20,6
NAFTA	4,7	1,1	6,0	5,9	+ 27,3	+ 12,0	+ 0,0	+ 1,0	- 12,6	+ 0,5	+ 9,8	+ 2,7	- 8,0
USA	4,0	1,0	5,2	5,0	+ 27,2	+ 12,4	+ 1,6	- 1,5	- 12,5	- 0,9	+ 7,9	+ 0,7	- 11,4
Japan	0,9	0,2	1,2	1,0	+ 25,1	- 0,6	- 0,1	- 9,9	- 17,4	+ 7,0	- 9,4	- 1,2	- 16,9
OPEC	1,1	0,2	1,4	1,3	+ 0,2	+ 40,2	- 12,7	- 9,5	- 66,4	+ 1,8	- 22,9	+ 1,3	- 6,3
NOPEC	4,1	0,8	5,4	4,4	+ 26,1	+ 14,1	+ 7,2	- 2,9	+ 49,9	- 4,8	- 4,6	+ 21,2	- 19,2
Agrarwaren	4,0	1,0	5,2	5,4	+ 10,3	+ 15,6	+ 5,7	+ 8,9	+ 3,3	+ 10,4	+ 8,8	+ 10,1	+ 7,9
Roh- und Brennstoffe	4,3	1,1	5,6	5,7	+ 18,2	+ 16,1	+ 12,1	- 0,0	+ 22,3	+ 5,5	+ 4,5	- 1,6	- 2,7
Industriewaren	68,9	17,2	89,2	89,0	+ 15,8	+ 5,6	+ 3,5	+ 2,9	- 0,1	+ 1,3	+ 3,5	+ 2,8	+ 2,3
Chemische Erzeugnisse	7,9	2,0	10,2	10,2	+ 13,6	+ 10,1	+ 11,5	+ 3,4	+ 2,9	+ 10,2	+ 17,5	- 5,2	- 1,3
Bearbeitete Waren	17,3	4,4	22,4	22,8	+ 13,3	+ 5,0	+ 0,8	+ 4,2	+ 0,1	+ 1,0	+ 2,7	+ 4,4	+ 5,4
Maschinen, Fahrzeuge	33,0	8,1	42,8	42,1	+ 17,8	+ 5,0	+ 2,8	+ 2,9	- 2,0	+ 1,3	+ 3,3	+ 5,1	+ 0,6
Konsumnahe Fertigwaren	10,0	2,5	13,0	12,8	+ 9,0	+ 9,0	+ 1,2	+ 0,7	- 0,1	- 6,2	- 4,5	- 0,2	+ 6,7

Q: Statistik Austria, Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. – ¹⁾ Kumuliert. • E-Mail-Adressen: Irene.Langer@wifo.ac.at, Gabriele.Wellan@wifo.ac.at

Übersicht 16: Import, nominell

	2002	2003	2002	2003	2000	2001	2002	2003	2002		2003		
		März ¹⁾		März ¹⁾				März ¹⁾	Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	Februar	März
	Mrd. €		Anteile in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Insgesamt	76,9	19,4	100,0	100,0	+ 14,7	+ 5,0	- 2,2	+ 1,0	- 5,5	- 2,4	- 1,1	+ 1,9	+ 2,0
Intra-EU	50,6	12,7	65,8	65,2	+ 10,3	+ 3,8	- 1,6	+ 0,0	- 4,3	- 3,8	- 2,3	+ 1,4	+ 0,8
Deutschland	31,0	7,7	40,3	39,5	+ 11,5	+ 4,5	- 2,8	- 1,4	- 6,7	- 3,9	- 1,9	+ 0,8	- 2,9
Italien	5,4	1,4	7,1	7,3	+ 8,0	+ 5,4	- 3,5	+ 3,2	- 1,1	+ 2,2	+ 2,8	+ 3,3	+ 3,5
Extra-EU	26,3	6,8	34,2	34,8	+ 24,4	+ 7,4	- 3,4	+ 2,8	- 7,7	+ 0,4	+ 1,1	+ 2,9	+ 4,2
Ost-Mitteleuropa	6,9	1,8	9,0	9,3	+ 22,6	+ 8,4	+ 0,8	+ 11,9	+ 8,0	+ 10,8	+ 8,0	+ 9,5	+ 17,8
Ungarn	2,6	0,6	3,3	3,2	+ 19,7	+ 3,2	- 4,9	+ 6,9	+ 3,3	+ 0,5	+ 3,7	- 1,0	+ 18,2
Tschechien	2,2	0,6	2,9	3,2	+ 18,2	+ 10,3	+ 5,5	+ 19,9	+ 9,3	+ 13,3	+ 15,9	+ 20,2	+ 23,1
Südosteuropa	1,9	0,5	2,5	2,5	+ 22,7	+ 15,6	+ 9,7	+ 14,3	+ 15,9	+ 18,9	+ 7,4	+ 20,7	+ 14,9
Frühere UdSSR	1,8	0,5	2,3	2,8	+ 71,4	- 10,3	- 0,4	+ 14,8	+ 30,0	+ 20,2	+ 20,2	- 9,5	+ 39,6
NAFTA	4,2	0,9	5,4	4,6	+ 21,5	+ 0,8	- 12,1	- 28,4	- 43,5	- 18,7	- 19,1	- 21,3	- 39,0
USA	3,7	0,8	4,8	4,0	+ 17,7	+ 2,5	- 11,8	- 30,8	- 44,7	- 18,1	- 18,5	- 26,7	- 40,5
Japan	1,7	0,4	2,1	2,3	+ 23,4	- 12,8	- 6,0	+ 13,3	+ 15,9	+ 5,2	+ 1,3	+ 11,0	+ 29,4
OPEC	1,0	0,3	1,4	1,5	+ 50,7	- 1,1	- 16,0	+ 41,2	- 42,3	+ 40,9	+ 5,5	+ 64,4	+ 53,1
NOPEC	4,9	1,2	6,4	6,2	+ 26,6	+ 24,4	- 8,4	- 1,0	+ 6,5	- 22,5	- 5,0	+ 9,2	- 5,6
Agrarwaren	4,5	1,1	5,9	5,6	+ 4,1	+ 11,0	+ 0,8	+ 0,2	- 10,2	- 4,2	+ 0,7	+ 0,4	- 0,5
Roh- und Brennstoffe	8,6	2,3	11,1	12,1	+ 47,4	+ 6,5	+ 1,7	+ 8,9	+ 4,9	+ 14,6	+ 2,3	+ 11,9	+ 12,3
Industriewaren	63,9	16,0	83,0	82,3	+ 12,3	+ 4,4	- 2,9	- 0,0	- 6,3	- 4,5	- 1,7	+ 0,7	+ 0,8
Chemische Erzeugnisse	8,6	2,3	11,2	12,0	+ 12,2	+ 8,7	+ 4,6	+ 15,5	- 1,3	- 3,7	+ 11,8	+ 8,6	+ 26,0
Bearbeitete Waren	12,4	3,1	16,1	15,8	+ 12,3	+ 6,1	- 6,6	+ 0,8	- 6,5	- 1,6	- 0,7	+ 2,3	+ 0,9
Maschinen, Fahrzeuge	30,3	7,4	39,4	37,8	+ 14,4	+ 2,6	- 4,0	- 4,1	- 6,0	- 7,8	- 5,5	+ 0,9	- 6,9
Konsumnahe Fertigwaren	12,0	3,1	15,6	15,7	+ 7,0	+ 5,2	- 3,2	- 2,3	- 7,9	- 5,1	- 2,3	- 3,1	- 1,6

Q: Statistik Austria. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. – ¹⁾ Kumuliert. • E-Mail-Adressen: irene.Langner@wifo.ac.at, Gabriele.Wellan@wifo.ac.at

Zinssätze

Übersicht 17: Kurz- und langfristige Zinssätze

	2000	2001	2002	2002			2003		2003			2003	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu. In %	II. Qu.	Februar	März	April	Mai	Juni
Geld- und Kapitalmarktzinssätze													
Basiszinssatz	3,4	3,9	2,7	2,8	2,8	2,6	2,2	2,0	2,2	2,2	2,2	2,2	1,7
Taggeldsatz	4,1	4,4	3,3	3,3	3,3	3,2	2,8	2,4	2,8	2,8	2,6	2,6	2,2
Dreimonatszinssatz	4,4	4,3	3,3	3,4	3,4	3,1	2,7	2,4	2,7	2,5	2,5	2,4	2,2
Sekundärmarktrendite:													
Benchmark	5,6	5,1	5,0	5,3	4,8	4,6	4,1	.	4,0	4,1	4,2	3,9	.
Sekundärmarktrendite insgesamt	5,4	4,7	4,4	4,8	4,3	3,9	3,4	3,2	3,3	3,4	3,5	3,2	2,9
Sollzinssätze der inländischen Kreditinstitute													
Kommerzkredite	6,5	6,4	5,8	5,8	5,9	5,7	5,4	.	5,4	5,3	5,1	.	.
Privatkredite	7,4	7,3	6,7	6,8	6,8	6,7	6,3	.	6,4	6,2	6,1	.	.
Hypothekarkredite	5,8	5,9	5,3	5,3	5,3	5,2	4,9	.	4,9	4,8	4,6	.	.
Habenzinssätze der inländischen Kreditinstitute													
Spareinlagen täglich fällig	0,7	0,6	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	.	0,3	0,3	0,3	.	.
Spareinlagen über 12 Monate	3,1	3,3	2,8	2,9	2,8	2,6	2,3	.	2,3	2,2	2,2	.	.
Kapitalparbrief	3,6	3,7	3,2	3,5	3,3	3,0	2,6	.	2,6	2,5	2,4	.	.

Q: OeNB, EZB. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauningner@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Landwirtschaft

Übersicht 18: Landwirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 1995

	Ø 1994/ 1996	1998	1999	2000	2001	2002	Ø 1994/ 1996	1998	1999	2000	2001	2002
	Mio. € zu Erzeugerpreisen						Mio. € zu Herstellungspreisen					
Produktionswert												
Pflanzliche Erzeugung	2.343	2.167	2.333	2.165	2.235	2.232	2.812	2.544	2.667	2.499	2.579	2.575
Tierische Erzeugung	2.693	2.286	2.280	2.412	2.577	2.410	2.980	2.450	2.359	2.495	2.696	2.570
Übrige Produktion	449	487	522	509	512	531	449	487	522	509	512	531
Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs												
	5.485	4.940	5.134	5.086	5.323	5.173	6.241	5.481	5.547	5.504	5.787	5.677
Bruttowertschöpfung Landwirtschaft	2.468	2.040	2.096	2.125	2.268	2.098	3.199	2.582	2.509	2.543	2.732	2.602
Nettowertschöpfung Landwirtschaft	1.860	1.252	1.175	1.202	1.385	1.249
1.000 Jahresarbeitseinheiten												
Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft	194,9	179,6	177,7	170,3	167,3	165,2	.	- 2,0	- 1,1	- 4,1	- 1,8	- 1,3
Real, Ø 1994/1996 = 100												
Nominell, Ø 1994/1996 = 100												
Faktoreinkommen je Jahresarbeitseinheit	100,0	84,7	81,3	87,6	102,1	99,4	100,0	87,3	84,4	92,2	109,3	107,7
Erwerbstätige zu Vollzeitäquivalenten (Jahresarbeitseinheiten)						Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen						
Anteil der Landwirtschaft in %	6,0	5,4	5,3	5,0	4,9	4,9	2,0	1,4	1,4	1,3	1,4	1,3

Q: Eurostat, Statistik Austria, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at

Übersicht 19: Markt- und Preisentwicklung

	Ø 1994/ 1996	1999	2000	2001	2002	2002				2003		2003					
			1.000 t			II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Jänner	Februar	März	April				
														Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Marktentwicklung</i>																	
Milchanlieferung	2.278,0	2.538,5	2.662,8	2.652,3	2.649,5	- 0,7	- 0,4	0,5	0,5	1,4	- 0,4	0,5	0,7				
Marktleistung Getreide ¹⁾		2.505,0	2.209,1	2.442,9	2.237,7												
Marktleistung Schlachtrinder	196,5	194,7	194,8	203,7	198,8	- 4,0	- 4,9	- 3,8	- 3,8	- 7,0	- 0,9	- 2,9	- 10,7				
Marktleistung Schlachtkälber	13,0	10,7	10,2	11,5	10,8	- 20,2	- 4,5	- 9,1	- 17,9	- 6,6	- 7,0	- 34,3	4,8				
Marktleistung Schlachtschweine	430,5	482,8	468,3	453,0	462,9	5,9	7,1	- 2,3	3,9	0,8	- 2,1	12,6	1,5				
Marktleistung Schlachtgeflügel ²⁾	84,2	94,8	94,5	99,6	100,7	- 2,7	- 2,1	1,8	- 1,0	6,1	- 2,7	- 6,2	.				
	€ je t ³⁾													Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Erzeugerpreise (ohne Umsatzsteuer)</i>																	
Milch (4% Fett, 3,3% EE)	311,5	283,1	283,8	324,5	307,0	- 4,6	- 11,7	- 13,6	- 11,0	- 11,0	- 12,0	- 10,1	.				
Qualitätsweizen	.	123,9	125,6	123,4	111,3	- 13,0	- 9,4	- 7,3	- 5,1	- 8,5	- 1,3	- 5,5	- 3,6				
Jungstiere (R3) ³⁾	.	2.778,8	2.824,2	2.456,7	2.680,0	7,7	6,1	6,3	8,0	7,8	7,8	8,3	7,4				
Schweine (Kl. E.) ³⁾	.	1.151,9	1.430,8	1.719,2	1.374,2	- 28,1	- 15,7	- 14,6	- 12,6	- 13,0	- 7,8	- 16,8	- 8,8				
Hühner bratfertig ³⁾	.	1.791,7	1.827,5	1.941,7	1.935,8	- 1,0	- 0,5	0,5	- 1,0	- 1,0	- 0,5	- 1,5	- 0,5				

Q: Agrarmarkt Austria, Statistik Austria, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Wirtschaftsjahr (Juli bis Juni); Körnermais: Oktober bis September. – ²⁾ Back-, Brat- und Truthühner. – ³⁾ € je t Schlachtgewicht. • E-Mail-Adresse: Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at

Sachgütererzeugung

Übersicht 20: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage

	2000	2001	2002	2002				2002						
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %													
<i>Produktionsindex (arbeitstägig bereinigt)</i>														
Vorprodukte	+ 9,9	+ 0,5	- 0,0	- 3,4	+ 2,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 2,0	- 3,6	+ 2,7	- 0,8	+ 1,7	+ 0,6	
Kfz	+ 10,5	- 1,6	- 2,2	- 5,5	- 3,1	- 0,6	+ 0,6	+ 0,6	- 6,1	+ 3,0	- 1,4	+ 1,7	+ 1,7	
Investitionsgüter	+ 18,6	+ 6,7	- 2,1	- 11,6	+ 5,7	- 2,6	+ 0,7	+ 9,3	- 8,6	- 8,9	+ 1,0	+ 5,5	- 4,9	
Dauerhafte	+ 10,6	+ 5,0	+ 7,5	+ 3,2	+ 15,8	+ 10,5	+ 1,2	+ 11,8	+ 9,1	+ 10,5	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,6	
Nichtdauerhafte	+ 5,7	- 0,9	- 0,3	- 1,1	+ 1,6	- 2,4	+ 0,5	- 2,2	- 6,0	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,6	- 0,9	
Nahrungs- und Genussmittel	+ 16,9	- 4,8	- 8,2	- 6,4	+ 4,1	- 20,8	- 8,5	- 25,6	- 21,2	- 15,7	- 10,8	- 5,9	- 8,8	
Beschäftigte	+ 2,1	- 0,3	- 1,3	- 5,5	- 1,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 4,5	- 6,2	+ 4,0	+ 5,3	+ 2,3	- 4,7	
Geleistete Stunden	+ 3,6	+ 0,6	+ 4,3	+ 5,3	+ 2,9	+ 4,8	+ 4,2	+ 7,1	+ 0,4	+ 7,0	+ 2,8	+ 4,4	+ 5,4	
Produktion je Beschäftigung	+ 0,1	+ 1,4	- 1,7	- 1,0	- 1,3	- 2,4	- 2,1	- 2,3	- 2,8	- 2,2	- 2,2	- 2,1	- 2,0	
Produktion (unbereinigt) je geleistete Stunde	- 0,0	+ 1,0	- 2,4	- 4,1	- 2,1	- 1,9	- 1,5	+ 0,1	- 4,8	- 1,2	- 0,8	- 3,1	- 0,4	
Auftragseingänge	+ 9,8	- 0,9	+ 1,7	- 2,4	+ 3,5	+ 3,0	+ 2,6	+ 4,4	- 0,9	+ 4,9	+ 1,5	+ 3,8	+ 2,6	
Inland	+ 9,3	- 0,5	+ 2,7	- 0,2	+ 4,3	+ 3,6	+ 3,0	+ 1,9	+ 1,5	+ 6,9	+ 2,5	+ 2,2	+ 4,6	
Ausland	+ 13,9	+ 2,2	- 2,4	- 1,8	+ 3,3	- 3,0	- 7,5	- 4,7	- 10,9	+ 5,8	+ 0,6	+ 3,6	- 22,8	
Auftragsbestand	+ 9,8	+ 2,7	- 10,5	- 3,4	- 1,8	- 6,9	- 25,3	- 6,0	- 15,8	+ 1,0	- 12,8	- 16,4	- 39,4	
Inland	+ 16,0	+ 2,0	+ 1,4	- 1,2	+ 5,7	- 1,3	+ 2,8	- 4,2	- 8,5	+ 7,8	+ 7,3	+ 13,9	- 11,1	
Ausland	+ 11,2	+ 8,7	+ 3,4	+ 3,0	+ 4,6	+ 0,3	+ 5,9	- 1,5	+ 0,2	+ 2,3	+ 8,0	+ 5,8	+ 4,0	
Inland	+ 11,3	+ 4,7	- 15,9	- 15,4	- 18,2	- 20,6	- 8,5	- 21,3	- 21,0	- 19,4	- 10,7	- 9,5	- 5,1	
Ausland	+ 11,2	+ 10,6	+ 12,1	+ 11,8	+ 15,3	+ 9,6	+ 11,5	+ 7,4	+ 9,8	+ 11,7	+ 15,9	+ 11,8	+ 7,3	

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Daten für 2003 laut Statistik Austria erst im September verfügbar. • E-Mail-Adresse: Traude.Novak@wifo.ac.at

Übersicht 21: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

	2000				2001				2002				2003	
	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	
	Salden aus positiven und negativen Meldungen, in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt													
<i>Österreich</i>														
Auftragsbestände	- 12,6	- 11,2	- 12,0	- 14,0	- 22,9	- 29,8	- 41,1	- 36,4	- 37,5	- 32,5	- 31,0	- 32,4	- 28,6	
Exportauftragsbestände	- 17,1	- 15,3	- 16,0	- 16,6	- 26,8	- 31,8	- 41,6	- 39,1	- 34,5	- 33,0	- 30,6	- 33,7	- 28,0	
Fertigwarenlager	+ 9,7	+ 11,1	+ 9,6	+ 13,0	+ 18,5	+ 20,0	+ 21,4	+ 20,4	+ 18,1	+ 18,2	+ 15,9	+ 13,9	+ 12,8	
Produktionserwartungen	+ 15,3	+ 14,3	+ 12,6	+ 11,1	+ 4,6	+ 2,8	- 3,8	+ 1,8	+ 8,3	+ 3,8	+ 7,6	+ 4,6	+ 3,0	
Verkaufspreiserwartungen	+ 4,2	+ 5,4	+ 8,6	+ 10,5	- 3,8	- 4,3	- 12,1	- 3,6	- 2,3	- 0,1	- 1,8	- 3,2	- 1,0	
<i>EU</i>														
Auftragsbestände	- 1,0	+ 1,0	+ 1,0	- 2,0	- 10,0	- 18,0	- 27,0	- 28,0	- 25,0	- 26,0	- 26,0	- 23,0	- 26,0	
Exportauftragsbestände	- 2,0	- 1,0	+ 2,0	- 2,0	- 10,0	- 19,0	- 26,0	- 30,0	- 24,0	- 21,0	- 20,0	- 22,0	- 24,0	
Fertigwarenlager	+ 4,0	+ 5,0	+ 6,0	+ 8,0	+ 12,0	+ 15,0	+ 17,0	+ 16,0	+ 13,0	+ 12,0	+ 11,0	+ 11,0	+ 11,0	
Produktionserwartungen	+ 14,0	+ 15,0	+ 16,0	+ 13,0	+ 4,0	+ 2,0	- 10,0	- 5,0	+ 6,0	+ 3,0	+ 7,0	+ 0,0	+ 0,0	
Verkaufspreiserwartungen	+ 10,0	+ 10,0	+ 11,0	+ 10,0	+ 1,0	- 2,0	- 5,0	- 9,0	- 1,0	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,0	+ 1,0	

Q: WIFO-Konjunkturtest, Europäische Kommission (DG-ECFIN). • E-Mail-Adresse: Eva.Jungbauer@wifo.ac.at

Bauwirtschaft

Übersicht 22: Produktion

	2000	2001	2002	2002				2002						
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %													
<i>Produktionswert</i>														
Hoch- und Tiefbau ¹⁾	+ 3,6	- 2,9	+ 1,7	+ 0,6	+ 6,4	+ 0,6	- 0,6	+ 2,5	- 3,8	+ 2,8	- 1,2	- 4,6	+ 5,1	
Hochbau	+ 4,4	- 4,0	- 0,6	- 1,9	+ 5,7	+ 1,0	- 6,5	+ 2,3	+ 0,5	+ 0,2	- 1,8	- 13,5	- 3,4	
Wohnhaus-, Siedlungsbau	- 1,0	- 9,7	- 1,8	+ 2,6	- 0,3	+ 1,1	- 8,8	- 0,4	- 2,1	+ 5,7	+ 0,3	- 10,2	- 16,4	
Tiefbau	+ 1,6	- 1,4	+ 5,7	+ 5,5	+ 7,8	+ 0,8	+ 9,0	+ 4,1	- 8,3	+ 6,5	- 0,5	+ 11,4	+ 22,0	
Bauwesen insgesamt ²⁾	+ 4,2	- 2,7	+ 0,8	+ 1,4	+ 4,0	- 0,7	- 0,7	+ 0,8	- 4,0	+ 1,1	- 1,6	- 1,5	+ 1,1	
Baunebengewerbe	+ 5,3	- 0,2	- 3,3	+ 1,1	- 0,1	- 4,2	- 7,1	- 2,9	- 5,7	- 3,9	- 7,5	- 9,7	- 4,7	
Auftragsbestände	+ 0,6	+ 2,0	- 2,6	- 3,2	- 4,6	- 2,2	- 0,1	- 1,5	- 2,2	- 3,0	- 1,3	- 1,3	+ 2,5	
Auftragseingänge	+ 4,3	- 3,7	+ 1,9	+ 0,2	+ 0,8	- 1,6	+ 8,2	+ 3,2	- 6,3	- 1,5	+ 8,1	+ 0,3	+ 16,1	

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Wert der technischen Gesamtproduktion nach dem Güteransatz (GNACE), charakteristische Produktion ohne Nebenleistungen. – ²⁾ Wert der abgesetzten Produktion nach dem Aktivitätsansatz (ÖNACE 1995), einschließlich Bauhilfsgewerbe, nach dem Schwerpunkt der Tätigkeit des Bauunternehmens. • E-Mail-Adresse: Monika.Dusek@wifo.ac.at

Übersicht 23: Preise und Arbeitsmarkt

	2000	2001	2002	2002				2002					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Baupreisindex (1996 = 100)													
Hoch- und Tiefbau	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,0
Hochbau	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,3
Tiefbau	+ 0,2	- 0,1	- 0,3	- 0,5	- 0,3	- 0,4	+ 0,0
Arbeitsmarkt													
Beschäftigung Hoch- und Tiefbau	- 2,0	- 4,1	- 2,8	- 3,4	- 2,5	- 2,4	- 2,8	- 2,7	- 2,6	- 2,0	- 2,5	- 2,0	- 4,2
Arbeitslose	- 7,7	+ 10,4	+ 8,0	+ 7,7	+ 16,9	+ 12,4	+ 0,7	+ 15,5	+ 12,5	+ 9,3	+ 3,9	- 1,9	+ 0,8
Offene Stellen	+ 12,9	- 30,9	- 11,0	- 23,3	- 23,7	+ 2,8	+ 8,8	- 6,0	+ 6,8	+ 8,0	+ 4,7	+ 4,1	+ 29,8

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Monika.Dusek@wifo.ac.at

Binnenhandel

Übersicht 24: Umsätze und Beschäftigung im Einzelhandel

	2000	2001	2002	2002				2003		2002			2003	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Nettoumsätze nominell	+ 5,7	- 2,0	+ 1,0	- 0,6	+ 2,7	+ 2,4	+ 3,6	+ 4,6	- 0,8	+ 3,3	+ 4,6	+ 3,6	+ 2,8	
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	+ 0,2	- 1,0	- 2,0	- 4,6	- 0,5	+ 1,7	+ 3,5	+ 4,8	- 6,3	+ 8,1	+ 5,7	+ 0,7	+ 4,0	
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	+ 8,9	- 3,4	+ 2,0	+ 0,9	+ 4,3	+ 2,9	+ 4,8	+ 5,0	- 0,1	+ 3,8	+ 4,0	+ 5,6	+ 4,9	
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 2,6	+ 0,4	+ 0,6	- 0,8	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,2	+ 3,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 4,7	+ 1,4	- 2,1	
Nettoumsätze real	+ 2,7	- 2,8	+ 1,1	+ 0,0	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,8	+ 4,2	- 1,5	+ 2,5	+ 3,2	+ 1,7	+ 0,8	
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	- 2,1	- 2,1	- 3,5	- 6,0	- 2,2	- 0,4	+ 0,4	+ 2,8	- 8,6	+ 5,9	+ 2,7	- 2,4	+ 0,8	
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	+ 4,6	- 4,0	+ 2,6	+ 2,1	+ 5,2	+ 2,4	+ 3,1	+ 4,8	- 0,6	+ 2,9	+ 3,0	+ 3,5	+ 2,7	
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 1,8	- 0,8	+ 0,8	- 0,5	+ 1,3	+ 1,7	+ 0,4	+ 3,8	+ 0,6	+ 0,9	+ 4,1	+ 0,7	- 3,1	
Beschäftigte ¹⁾	+ 1,2	+ 1,2	- 0,6	- 0,3	- 0,9	- 1,2	- 0,9	- 1,0	- 1,1	- 1,3	- 1,2	- 1,1	- 0,5	
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,1	- 0,9	- 0,2	- 0,7	- 0,8	- 1,3	- 0,2	- 0,3	- 0,2	
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	+ 1,0	+ 1,6	- 0,6	- 0,5	- 0,9	- 1,2	- 4,5	- 1,0	- 1,1	- 1,6	- 4,7	- 4,6	- 4,2	
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 1,3	+ 1,1	- 0,7	- 0,6	- 1,1	- 1,2	+ 1,3	- 1,1	- 1,2	- 1,1	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,9	

Q: Statistik Austria. – 1) Einschließlich im Betrieb tätiger Inhaber und mithelfender Familienmitglieder. • E-Mail-Adresse: Martina.Agwi@wifo.ac.at

Verkehr

Übersicht 25: Güter- und Personenverkehr

	2000	2001	2002	2002				2003		2002			2003	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Güterverkehr														
Straße (in tkm)	+ 1,9	+ 2,3	
Neuzulassungen Lkw (Nutzlast 1 t und darüber)	+ 4,5	- 13,2	- 7,4	- 13,3	- 6,1	+ 1,4	+ 5,5	- 1,1	+ 5,4	+ 9,0	+ 3,3	+ 8,4	+ 24,5	
Bahn (in tkm)	+ 10,0	+ 1,6	+ 1,4	+ 3,0	- 2,8	- 0,6	- 2,9	
Inlandverkehr	+ 10,3	- 1,0	+ 1,9	+ 2,8	+ 1,4	+ 4,7	- 10,4	
Ein- und Ausfuhr	+ 12,3	+ 1,3	+ 2,7	+ 1,6	- 3,3	- 1,5	- 0,7	
Transit	+ 4,3	+ 5,3	- 2,3	+ 6,7	- 5,5	- 4,3	- 0,4	
Personenverkehr														
Bahn (Personenkilometer)	+ 2,6	+ 0,4	+ 0,7	
Luftverkehr (Passagiere)	+ 7,2	- 0,3	+ 1,4	- 2,7	- 1,3	+ 16,3	+ 7,8	+ 17,5	+ 15,1	+ 10,0	+ 0,2	- 0,4	.	
Neuzulassungen Pkw	- 1,5	- 5,1	- 4,8	- 2,7	- 2,2	+ 4,7	+ 2,5	+ 15,1	+ 7,4	- 1,4	+ 1,3	+ 5,3	+ 8,4	

Q: Statistik Austria, ÖBB. • E-Mail-Adresse: Martina.Agwi@wifo.ac.at

Bankenstatistik

Übersicht 26: Einlagen und Kredite

	2000	2001	2002	2002			2003		2002		2003		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	November	Dezember	Jänner	Februar	März	April
	Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %												
Einlagen insgesamt	+ 2,3	+ 7,8	+ 1,1	+ 5,3	+ 4,4	+ 1,1	+ 2,6	+ 3,2	+ 1,1	+ 0,7	+ 2,6	+ 2,6	+ 3,1
Spareinlagen	- 2,1	+ 4,8	+ 1,8	+ 3,5	+ 3,0	+ 1,8	+ 2,8	+ 2,6	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,8	+ 3,1
Termineinlagen	+ 12,5	+ 31,8	- 13,8	+ 6,9	+ 1,9	- 13,8	- 10,5	+ 2,7	- 13,8	- 11,0	- 1,6	- 10,5	- 6,5
Sichteinlagen	+ 14,4	+ 8,2	+ 9,3	+ 11,4	+ 12,0	+ 9,3	+ 10,5	+ 6,9	+ 9,3	+ 4,9	+ 8,7	+ 10,5	+ 9,5
Fremdwährungseinlagen	+ 7,3	- 19,1	- 9,3	- 8,0	- 14,8	- 9,3	- 11,2	- 14,2	- 9,3	- 16,5	- 32,0	- 11,2	- 8,9
Direktkredite an inländische Nichtbanken	+ 6,7	+ 3,5	+ 1,2	+ 2,5	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,4	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,4	- 0,1

Q: OeNB. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Arbeitsmarkt

Übersicht 27: Saisonbereinigte Arbeitsmarktkindikatoren

	2002				2003		2002	2003					
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni
	Veränderung gegen die Vorperiode in %												
Unselbständig Beschäftigte	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0
Arbeitslose	+ 5,0	+ 3,0	+ 1,4	+ 0,1	- 0,0	+ 0,9	- 0,3	+ 0,7	- 0,8	+ 0,6	+ 0,5	- 0,2	+ 1,2
Offene Stellen	- 6,4	- 7,5	- 7,7	- 8,8	- 6,0	- 6,0	- 2,3	- 2,3	- 0,9	- 1,7	- 1,2	- 3,9	- 2,4
Arbeitslosenquote													
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	+ 6,7	+ 6,9	+ 7,0	+ 7,0	+ 7,0	+ 7,0	+ 7,0	+ 7,0	+ 6,9	+ 7,0	+ 7,0	+ 7,0	+ 7,1
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	+ 4,1	+ 4,3	+ 4,3	+ 4,3	+ 4,3	+ 4,3	+ 4,4	+ 4,3	+ 4,2	+ 4,3	+ 4,3	+ 4,3	+ 4,4

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Eurostat, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Christine.Braun@wifo.ac.at

Übersicht 28: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen

	2000	2001	2002	2002		2003		2003	2003				
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni
	In 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	3.134	3.148	3.155	3.225	3.149	3.123	3.188	3.105	3.115	3.149	3.167	3.188	3.208
Männer	1.757	1.748	1.731	1.777	1.722	1.677	1.742	1.660	1.667	1.704	1.728	1.744	1.754
Frauen	1.377	1.400	1.424	1.448	1.427	1.446	1.445	1.445	1.448	1.444	1.438	1.444	1.454
Ausländer	320	329	334	348	331	334	.	323	336	344	345	352	.
Sachgütererzeugung	612	614	599	606	592	582	.	581	582	585	585	587	.
Bauwesen	258	247	240	261	241	203	.	192	193	223	244	252	.
Private Dienstleistungen	1.231	1.250	1.257	1.286	1.244	1.256	.	1.258	1.260	1.251	1.238	1.244	.
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	251	267	278	286	283	277	.	276	277	279	281	284	.
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	3.064	3.078	3.064	3.127	3.044	3.013	.	2.995	3.006	3.038	3.053	3.074	.
Männer	1.745	1.735	1.718	1.763	1.710	1.665	.	1.648	1.655	1.692	1.714	1.730	.
Frauen	1.320	1.343	1.345	1.364	1.334	1.348	.	1.347	1.351	1.346	1.339	1.345	.
Arbeitslose	194	204	232	197	244	284	216	304	295	253	231	215	201
Männer	108	115	134	104	141	184	119	202	196	155	130	117	109
Frauen	87	89	98	93	104	100	97	102	99	98	101	98	92
Personen in Schulung ²⁾	29	32	35	33	41	44	44	42	45	46	45	45	42
Offene Stellen	35	30	23	24	21	21	24	21	21	22	24	25	23

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000

Unselbständig Beschäftigte	+ 25,8	+ 14,4	+ 7,0	+ 7,2	+ 15,0	+ 31,3	+ 32,1	+ 37,5	+ 30,2	+ 26,3	+ 38,3	+ 31,9	+ 25,9
Männer	+ 2,2	- 9,3	- 16,6	- 17,6	- 17,5	- 7,1	+ 0,5	- 6,0	- 9,4	- 6,0	+ 0,7	+ 1,4	- 0,7
Frauen	+ 23,7	+ 23,7	+ 23,7	+ 24,7	+ 32,5	+ 38,4	+ 31,6	+ 43,5	+ 39,6	+ 32,2	+ 37,6	+ 30,6	+ 26,7
Ausländer	+ 13,4	+ 9,5	+ 5,1	+ 4,7	+ 6,4	+ 11,9	.	+ 7,3	+ 14,3	+ 14,0	+ 16,8	+ 14,8	.
Sachgütererzeugung	+ 0,2	+ 1,3	- 15,1	- 18,5	- 18,2	- 14,5	.	- 15,3	- 14,6	- 13,7	- 13,3	- 11,6	.
Bauwesen	- 5,2	- 10,4	- 6,8	- 6,4	- 7,0	- 4,2	.	- 2,5	- 7,8	- 2,3	- 3,2	- 1,6	.
Private Dienstleistungen	+ 27,8	+ 19,3	+ 6,2	+ 5,4	+ 5,9	+ 3,9	.	+ 8,9	+ 5,8	- 3,0	+ 9,4	+ 1,1	.
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	+ 18,2	+ 16,3	+ 10,3	+ 11,7	+ 13,2	+ 11,1	.	+ 12,6	+ 10,6	+ 10,2	+ 9,2	+ 8,7	.
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 28,9	+ 13,6	- 14,6	- 19,8	- 21,1	- 3,4	.	- 0,7	- 3,5	- 6,0	+ 9,0	+ 6,4	.
Männer	+ 2,1	- 9,5	- 16,7	- 17,7	- 17,7	- 7,5	.	- 6,5	- 9,3	- 6,6	- 0,3	+ 0,8	.
Frauen	+ 26,8	+ 23,2	+ 2,1	- 2,1	- 3,4	+ 4,1	.	+ 5,9	+ 5,8	+ 0,6	+ 9,3	+ 5,7	.
Arbeitslose	- 27,4	+ 9,6	+ 28,5	+ 26,6	+ 14,8	+ 5,9	+ 5,4	+ 5,8	+ 7,8	+ 4,2	- 0,1	+ 7,1	+ 9,2
Männer	- 14,0	+ 7,8	+ 19,1	+ 17,7	+ 11,8	+ 6,2	+ 4,3	+ 5,7	+ 9,3	+ 3,7	+ 2,7	+ 4,6	+ 5,7
Frauen	- 13,4	+ 1,8	+ 9,5	+ 9,0	+ 3,0	- 0,3	+ 1,1	+ 0,1	- 1,5	+ 0,5	- 2,8	+ 2,5	+ 3,5
Personen in Schulung ²⁾	+ 2,0	+ 3,0	+ 3,8	+ 4,1	+ 7,5	+ 11,8	+ 8,6	+ 10,6	+ 11,9	+ 13,1	+ 9,8	+ 9,2	+ 7,0
Offene Stellen	+ 4,3	- 5,8	- 6,5	- 6,5	- 2,5	- 1,8	- 1,1	- 1,2	- 2,2	- 2,1	- 1,2	- 0,9	- 1,1

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienner. – ²⁾ Bezieher und Bezieherinnen von Individualbeihilfe des AMS. • E-Mail-Adresse: Christine.Braun@wifo.ac.at

Übersicht 29: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

	2000	2001	2002	2002		2003		2003	2003				
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni
	In %												
Arbeitslosenquote	5,8	6,1	6,9	5,8	7,2	8,3	6,3	8,9	8,6	7,4	6,8	6,3	5,9
Männer	5,8	6,2	7,2	5,5	7,6	9,9	6,4	10,9	10,5	8,3	7,0	6,3	5,9
Frauen	5,9	5,9	6,4	6,0	6,8	6,4	6,3	6,6	6,4	6,4	6,6	6,3	5,9
Unter 25-Jährige (in % der Arbeitslosen insgesamt)	14,4	15,2	15,8	16,6	16,6	15,4	16,1	15,5	15,2	15,5	16,0	16,2	16,1
Stellenandrang (Arbeitslose je 100 offene Stellen)	547	687	1.002	837	1.144	1.348	902	1.460	1.432	1.162	976	869	862

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Christine.Braun@wifo.ac.at

Preise und Löhne

Übersicht 30: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2000	2001	2002	II. Qu.	2002	2003	2002	2003	2003	2003	2003	2003	2003
				III. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Harmonisierter VPI	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,3	+ 0,9
Verbraucherpreisindex	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,1
Ohne Saisonwaren	+ 2,3	+ 2,6	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,1
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	.	+ 3,6	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	- 0,1	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,6
Alkoholische Getränke, Tabak	.	+ 4,2	+ 4,4	+ 3,4	+ 5,3	+ 5,6	+ 4,9	+ 5,7	+ 5,5	+ 5,5	+ 3,6	+ 3,4	+ 3,6
Bekleidung und Schuhe	.	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,3	+ 1,2	- 0,3	- 0,1	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,3
Wohnung, Wasser, Energie	.	+ 3,1	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,3
Hausrat und laufende Instandhaltung	.	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,7
Gesundheitspflege	.	+ 5,8	+ 1,8	+ 2,3	- 1,0	+ 1,8	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,7	- 0,5	- 2,6
Verkehr	.	+ 2,4	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,5	+ 3,4	+ 1,8	+ 4,2	+ 3,1	+ 2,9	+ 0,3	- 1,1
Nachrichtenübermittlung	.	- 1,0	- 1,0	- 0,8	- 1,0	- 1,9	- 2,1	- 3,2	- 2,4	- 2,0	- 1,8	- 1,6	- 1,6
Freizeit und Kultur	.	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,3	+ 1,0	+ 2,2	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,6
Erziehung und Unterricht	.	+ 10,0	+ 21,9	+ 29,9	+ 29,4	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,5	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,4
Restaurants und Hotels	.	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,4	+ 3,1	+ 2,7	+ 3,4	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,7	+ 3,0	+ 2,7
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	.	+ 2,6	+ 3,3	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,7
Großhandelspreisindex	+ 4,0	+ 1,5	- 0,4	- 1,0	- 0,6	+ 0,5	+ 1,8	+ 0,8	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 0,8	+ 0,6
Ohne Saisonprodukte	+ 4,1	+ 1,4	- 0,5	- 1,1	- 0,5	+ 0,5	+ 2,0	+ 0,8	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,1	+ 0,8	+ 0,5

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Annamaria.Rammel@wifo.ac.at

Übersicht 31: Tariflöhne

	2000	2001	2002	II. Qu.	2002	2003	2002	2003	2003	2003	2003	2003	2003
				III. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Beschäftigte	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1
Ohne öffentlichen Dienst	+ 2,1	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1
Arbeiter	+ 2,3	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2
Angestellte	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,1
Bedienstete													
Öffentlicher Dienst	+ 1,6	+ 2,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2	+ 2,2	+ 1,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2
Verkehr	+ 1,5	+ 1,6	+ 4,1	+ 5,4	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,0

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 32: Effektivverdienste

	2000	2001	2002	II. Qu.	2002	2003	2002	2003	2003	2003	2003	2003	2003
				III. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Gesamtwirtschaft ¹⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 3,8	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,4
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 4,4	+ 1,7	+ 1,0
Pro-Kopf-Einkommen													
Je Arbeitnehmer, brutto	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,6
Je Arbeitnehmer, netto	+ 3,0	+ 1,0	+ 1,3
Je Arbeitnehmer, netto real ²⁾	+ 1,5	- 1,0	- 0,5
Sachgütererzeugung													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 2,2	+ 4,1	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,2	- 0,4	.	+ 2,4	+ 0,0	+ 1,0	- 0,6	- 1,6	+ 1,6
Pro-Kopf-Einkommen je unselbständig Beschäftigten													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,5	+ 3,7	+ 1,7	.	+ 4,8	+ 2,9	+ 3,3	+ 1,6	+ 0,5	+ 3,6
Stundenverdienste je Arbeiter													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,5	+ 3,4	+ 1,9	.	+ 3,6	+ 4,9	+ 1,6	+ 1,4	+ 2,8	+ 2,0
Ohne Sonderzahlungen	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,3	.	+ 1,8	+ 4,2	+ 1,7	+ 2,1	+ 3,9	+ 0,8
Bauwesen													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 1,1	- 2,4	- 0,4	- 1,1	+ 0,2	- 0,4	.	+ 1,5	- 3,7	+ 3,0	- 0,3	- 2,9	+ 3,3
Pro-Kopf-Einkommen je unselbständig Beschäftigten													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,3	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,9	+ 2,3	.	+ 5,7	+ 0,0	+ 6,2	+ 2,8	- 0,2	+ 5,6
Stundenverdienste je Arbeiter													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,0	.	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,0	+ 0,5	+ 3,4
Ohne Sonderzahlungen	+ 2,4	+ 2,2	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,9	+ 3,0	.	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,9	+ 3,3

Q: Statistik Austria. – 1) Laut ESVG 1995. – 2) Zu Preisen von 1995. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Staatshaushalt

Übersicht 33: Staatsquoten

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	
	In % der Bruttoinlandsproduktes										
Staatsausgaben		57,9	57,4	57,3	56,8	54,1	54,2	54,2	52,4	52,1	52,4
Abgabenquote Staat und EU		43,2	41,9	42,4	43,9	44,7	44,4	44,4	43,5	45,6	44,7
Finanzierungssaldo ¹⁾		- 4,2	- 5,0	- 5,2	- 3,8	- 1,9	- 2,4	- 2,3	- 1,5	0,3	- 0,6
Schuldenstand		61,8	64,7	69,2	69,1	64,7	64,9	67,5	66,8	67,3	67,9

Q: Statistik Austria. Stand: 9. April 2003. – 1) Einschließlich Saldo der Währungstauschverträge. • E-Mail-Adresse: Brigitte.Schuetz@wifo.ac.at

Soziale Sicherheit

Übersicht 34: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern

	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Bestand insgesamt	1.894,0	1.914,4	1.944,5	1.978,4	1.993,3	2.008,0	679	697	718	740	754	771
Unselbständige	1.549,7	1.570,8	1.600,2	1.630,7	1.646,6	1.662,8	699	716	738	760	773	790
Arbeiter	952,0	958,1	966,7	975,1	976,3	978,0	571	582	595	609	616	626
Angestellte	557,8	573,3	590,5	612,6	627,8	642,8	911	934	962	989	1.008	1.029
Selbständige	344,3	343,6	344,3	347,7	346,6	345,2	588	607	626	646	663	681
Gewerbliche Wirtschaft	153,0	153,3	154,3	156,0	156,5	156,7	733	755	782	809	831	856
Bauern	191,0	190,1	189,6	191,4	189,8	188,1	469	484	496	509	519	531
Neuzuerkennungen insgesamt	110,7	105,1	116,6	120,0	97,1		709	737	804	846	783	
Unselbständige	94,4	89,6	99,6	100,9	83,5		716	746	816	863	786	
Arbeiter	56,0	52,4	55,4	54,8	45,7		556	577	611	638	565	
Angestellte	36,5	35,5	42,0	43,9	36,0		954	988	1.076	1.137	1.058	
Selbständige	16,3	15,5	17,0	19,0	13,6		669	684	738	754	763	
Gewerbliche Wirtschaft	8,3	8,0	8,7	9,2	7,6		839	849	909	974	952	
Bauern	8,0	7,5	8,2	9,8	6,1		492	508	557	548	528	

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 35: Pensionen nach Pensionsarten

	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Bestand insgesamt	1.894,0	1.914,4	1.944,5	1.978,4	1.993,3	2.008,0	679	697	718	740	754	771
Direkt pensionen	1.362,5	1.382,8	1.413,3	1.448,2	1.464,4	1.480,7	771	791	815	791	853	872
Invaliditätspensionen	385,9	382,5	378,3	377,4	381,2	385,5	658	675	692	710	731	752
Alle Alterspensionen ¹⁾	976,7	1.000,3	1.034,9	1.070,9	1.083,1	1.095,1	816	835	860	882	896	914
Normale Alterspensionen	763,9	777,3	801,9	831,0	860,8	885,4	760	774	789	803	816	832
Vorzeitige Alterspensionen	212,1	222,4	232,5	239,4	222,0	209,3	1.019	1.051	1.106	1.160	1.211	1.261
Lange Versicherungsdauer	124,5	127,6	131,4	132,2	123,2	120,9	1.110	1.137	1.192	1.257	1.314	1.370
Arbeitslosigkeit	20,8	19,8	18,6	17,3	15,4	14,7	629	648	672	698	716	729
Geminderte Arbeitsfähigkeit	65,7	74,0	81,7	89,2	82,9	73,4	968	1.011	1.067	1.107	1.151	1.190
Gleitpensionen	1,1	1,1	0,8	0,6	0,5	0,4	998	993	956	957	953	947
Witwen- bzw. Witwerpensionen	480,5	481,0	480,8	480,0	478,8	477,8	466	476	486	497	504	514
Waisenpensionen	51,0	50,6	50,5	50,1	49,7	49,5	222	228	234	240	246	253
Neuzuerkennungen insgesamt	110,7	105,1	116,6	120,0	97,1		709	737	804	846	783	
Direkt pensionen	75,9	72,9	84,7	89,2	67,4		841	875	945	985	933	
Invaliditätspensionen	14,5	15,0	15,3	17,8	21,7		765	794	784	860	900	
Alle Alterspensionen ¹⁾	61,4	57,9	69,3	71,3	45,6		859	897	980	1.016	949	
Normale Alterspensionen	15,5	14,7	17,0	18,0	18,2		428	413	450	482	473	
Vorzeitige Alterspensionen	45,9	43,2	52,3	53,3	27,4		1.004	1.061	1.153	1.197	1.264	
Lange Versicherungsdauer	28,0	26,9	34,0	33,1	21,5		1.095	1.142	1.252	1.329	1.366	
Arbeitslosigkeit	4,1	3,5	4,2	4,1	3,0		636	648	677	690	706	
Geminderte Arbeitsfähigkeit	13,3	12,4	14,0	15,9	2,8		926	1.010	1.059	1.054	1.094	
Gleitpensionen	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2		1.033	804	719	881	959	
Witwen- bzw. Witwerpensionen	29,0	26,6	26,4	25,3	24,5		466	471	480	494	493	
Waisenpensionen	5,8	5,6	5,5	5,5	5,3		198	203	201	204	207	

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Einschließlich Knappschaftssold. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 36: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung

	Männer						Frauen					
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Alle Pensionsversicherungsträger, Direkt pensionen	58,2	58,4	58,2	58,4	58,5	58,7	56,7	56,8	56,7	56,7	56,8	57,3
Invaliditätspensionen	60,2	61,0	60,9	60,6	60,5	62,2	57,9	58,2	58,2	58,0	58,3	59,4
Alle Alterspensionen	49,2	49,9	50,3	50,4	51,8	53,4	48,6	48,1	48,2	48,3	49,2	50,4

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 37: Beiträge des Bundes

	Mrd. €						In % des Pensionsaufwands					
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Unselbständige	2.064,4	2.218,7	2.356,7	2.625,0	2.211,5	2.377,4	14,4	15,0	15,4	16,3	13,1	13,6
Gewerbliche Wirtschaft	1.006,3	926,0	928,6	957,2	1.016,2	738,1	68,4	61,7	59,6	59,0	59,8	41,9
Bauern	841,4	833,6	839,2	878,4	929,4	989,3	82,0	80,1	78,8	79,8	81,0	84,8

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Umwelt

Übersicht 38: Energiebedingte CO₂-Emissionen

	1990	1995	1996	Emissionen			2000	Emissionsintensität			
				1997	1998	1999		2000	2000	2000	
	Mrd. €			Megatonnen			kg je BIP ¹⁾		t je Einwohner		
OECD	11.013,6	11.529,9	11.932,3	12.036,6	12.050,8	12.134,6	12.449,0	0,51	11,09		
EU	3.114,8	3.083,1	3.179,8	3.129,1	3.162,4	3.130,3	3.161,7	0,38	8,35		
Österreich	56,9	58,8	61,8	63,2	62,2	62,3	62,8	0,32	7,74		
Deutschland	964,1	870,0	908,4	879,7	861,9	830,7	833,0	0,44	10,14		
USA	4.825,7	5.108,7	5.290,0	5.395,4	5.432,4	5.488,0	5.665,4	0,63	20,57		

Q: OECD. – ¹⁾ Zu Preisen von 1995, auf Dollarbasis, kaufkraftbereinigt. • E-Mail-Adresse: Alexandra.Wegscheider@wifo.ac.at

Übersicht 39: Umweltrelevante Steuern im Sinne der VGR

	1997	1998	1999	2000	2001
			Mio. €		
Umweltsteuereinnahmen insgesamt	4.601	4.764	4.968	5.436	6.065
Energiesteuern ¹⁾	3.060	2.988	3.100	3.288	3.635
Umweltverschmutzungssteuern ²⁾	34	43	65	72	89
Ressourcensteuern ³⁾	407	421	441	452	451
Transportsteuern ⁴⁾	1.100	1.312	1.362	1.624	1.890

Anteile der Umweltsteuern in %

	1997	1998	1999	2000	2001
An den Steuereinnahmen insgesamt	5,6	5,6	5,7	6,0	6,3
Am BIP (nominal)	2,5	2,5	2,5	2,6	2,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Mineralölsteuer, Energieabgabe. – ²⁾ Altlastenbeitrag, Deponiestandortabgabe. – ³⁾ Grundsteuer, Jagd- und Fischereiabgabe, Abgabe gemäß Wiener Baumschutzgesetz, Landschaftsschutz- und Naturschutzabgabe. – ⁴⁾ Kfz-Steuer, Motorbezogene Versicherungssteuer, Normverbrauchsabgabe, Straßenbenützungsbetrag. • E-Mail-Adresse: Alexandra.Wegscheider@wifo.ac.at

Entwicklung in den Bundesländern

Übersicht 40: Bruttowertschöpfung

	1998	1999	2000	2001	2002	2001				2002			
						I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real, zu Preisen von 1995												
Wien	+ 3,0	+ 1,8	+ 5,2	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,2	- 0,3
Niederösterreich	+ 5,6	+ 2,1	+ 4,6	- 1,2	+ 0,2	+ 2,6	- 0,4	- 1,9	- 4,7	- 1,4	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,9
Burgenland	+ 3,4	+ 3,4	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,2	+ 2,6	+ 1,9	+ 2,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,6
Steiermark	+ 4,0	+ 3,1	+ 3,3	+ 1,2	+ 0,2	+ 4,2	+ 0,4	- 0,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,4	- 0,6	- 0,9
Kärnten	+ 3,4	+ 2,5	+ 2,7	- 0,0	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,4	- 0,6	- 0,4	- 1,5	- 0,4	+ 1,6	+ 0,2
Oberösterreich	+ 4,2	+ 1,5	+ 4,7	+ 1,5	+ 0,7	+ 3,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,1	- 0,0	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,5
Salzburg	+ 4,1	+ 0,3	+ 5,1	+ 0,7	+ 1,5	+ 2,5	- 0,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,4	+ 2,8	+ 1,9
Tirol	+ 5,2	+ 1,5	+ 3,2	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,6	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,7	+ 2,5	+ 1,5	+ 3,4	+ 1,5
Vorarlberg	+ 1,8	+ 4,5	+ 4,4	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,3	+ 0,1	+ 1,8	+ 0,5	+ 3,1	+ 1,1

Q: WIFO-Berechnungen, vorläufige Schätzwerte. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 41: Tourismus

	2000	2001	2002	2002				2002		2003			
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März	April
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Übernachtungen													
Wien	+ 2,0	- 0,4	- 0,6	+ 4,3	- 3,6	- 5,5	+ 6,3	+ 3,3	+ 7,9	+ 5,6	+ 0,6	- 7,5	+ 2,4
Niederösterreich	+ 0,9	- 1,5	- 3,9	- 1,7	- 4,0	- 6,2	- 1,5	- 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 3,1	- 7,8	+ 3,8
Burgenland	+ 3,8	+ 0,2	+ 1,3	+ 8,9	+ 1,7	+ 0,9	- 3,7	- 2,3	+ 0,1	+ 7,0	+ 0,7	- 15,2	+ 11,9
Steiermark	+ 0,8	+ 2,9	+ 0,9	+ 5,5	- 5,1	+ 0,3	+ 1,8	+ 3,7	+ 3,1	+ 1,0	+ 0,5	- 12,4	+ 21,2
Kärnten	- 1,9	+ 1,3	+ 2,7	+ 1,9	+ 3,0	+ 2,8	+ 3,7	+ 4,9	+ 4,0	+ 4,9	- 3,5	- 5,0	+ 47,7
Oberösterreich	- 1,1	- 1,2	- 1,7	+ 2,3	- 1,4	- 4,1	- 0,8	+ 0,3	- 2,6	- 5,4	- 4,6	- 9,3	+ 3,6
Salzburg	- 0,9	+ 2,8	+ 2,2	+ 6,4	- 6,0	+ 0,0	+ 2,6	+ 6,1	+ 2,1	- 1,0	- 4,8	- 6,6	+ 34,2
Tirol	+ 2,3	+ 1,3	+ 2,5	+ 5,4	- 9,5	+ 3,3	+ 4,1	+ 0,5	+ 4,3	+ 1,9	- 5,4	- 2,1	+ 42,8
Vorarlberg	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,6	+ 5,5	- 14,4	+ 0,5	+ 2,7	- 3,0	+ 5,5	- 0,9	- 8,2	- 0,2	+ 51,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 42: Sachgütererzeugung

	2000	2001	2002	2002				2002					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Wien	+ 2,3	- 4,7	+ 0,1	+ 2,9	+ 6,3	+ 5,5	- 11,3	+ 5,0	+ 4,3	+ 6,8	- 20,1	- 4,6	- 8,1
Niederösterreich	+ 14,3	- 0,1	+ 0,3	- 5,3	+ 2,8	- 2,2	+ 6,1	- 5,3	- 6,5	+ 5,4	+ 5,4	+ 1,8	+ 12,2
Burgenland	+ 13,0	+ 12,6	+ 1,7	+ 0,1	+ 3,8	- 1,0	+ 3,7	+ 1,1	- 10,1	+ 5,4	+ 6,6	- 1,9	+ 7,2
Steiermark	+ 8,8	+ 8,1	- 1,3	+ 2,7	+ 4,2	- 6,4	- 5,7	+ 0,6	- 13,9	- 6,5	- 3,5	- 8,2	- 5,4
Kärnten	+ 9,1	- 2,4	- 1,1	- 6,5	+ 0,8	+ 1,3	- 0,0	+ 1,2	- 4,2	+ 6,2	+ 1,4	- 5,0	+ 3,8
Oberösterreich	+ 14,1	+ 4,7	+ 1,2	- 2,9	+ 1,6	+ 2,2	+ 3,9	+ 3,9	- 4,8	+ 6,6	+ 3,7	+ 1,6	+ 6,8
Salzburg	+ 8,5	+ 4,0	+ 3,4	- 0,0	+ 4,1	+ 3,9	+ 5,4	+ 6,3	- 1,6	+ 6,6	+ 5,8	+ 2,9	+ 7,9
Tirol	+ 12,1	+ 3,9	+ 2,9	- 0,4	+ 0,0	+ 5,9	+ 5,8	+ 15,3	- 5,4	+ 6,8	+ 5,4	+ 5,4	+ 6,7
Vorarlberg	+ 11,2	+ 3,8	+ 2,0	+ 0,0	+ 0,9	+ 6,1	+ 1,1	+ 6,3	+ 3,3	+ 8,4	+ 3,4	- 3,4	+ 3,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Abgesetzte Produktion. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 43: Bauwesen

	2000	2001	2002	2002				2002					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Wien	+ 2,8	- 5,0	- 5,0	- 3,1	- 0,3	- 5,2	- 9,7	- 6,9	- 3,3	- 5,4	- 5,5	- 10,1	- 12,6
Niederösterreich	+ 5,3	- 2,8	+ 1,3	+ 2,4	+ 4,6	+ 0,0	- 0,9	- 1,0	- 6,1	+ 7,1	- 0,6	- 3,2	+ 1,2
Burgenland	+ 1,9	- 1,1	+ 11,5	+ 27,4	+ 9,1	+ 5,8	+ 11,2	+ 11,4	- 3,6	+ 9,0	+ 7,6	+ 21,7	+ 5,4
Steiermark	+ 9,6	- 3,9	+ 0,5	+ 0,0	+ 4,7	- 2,5	+ 0,1	+ 1,8	- 10,3	+ 1,1	+ 1,0	+ 3,3	- 4,5
Kärnten	+ 5,7	+ 4,3	+ 5,1	+ 1,4	+ 0,8	+ 9,2	+ 6,9	+ 15,1	+ 2,8	+ 9,3	- 0,5	+ 8,2	+ 14,1
Oberösterreich	+ 2,6	+ 0,1	+ 3,5	+ 1,4	+ 9,7	- 0,0	+ 2,9	+ 1,4	- 3,8	+ 2,1	- 1,5	- 1,5	+ 13,1
Salzburg	+ 2,1	- 5,8	- 0,6	- 6,9	- 3,7	- 5,0	+ 9,5	+ 1,3	- 2,8	- 12,5	+ 4,7	+ 6,1	+ 18,0
Tirol	+ 1,0	- 3,0	+ 6,5	+ 12,1	+ 8,6	+ 6,4	+ 2,2	+ 6,8	+ 5,9	+ 6,5	- 1,4	+ 1,6	+ 6,7
Vorarlberg	+ 8,1	- 5,9	- 4,8	+ 7,5	- 2,8	- 7,3	- 11,3	- 5,4	- 12,3	- 4,7	- 13,2	- 11,6	- 9,2

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Abgesetzte Produktion. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 44: Arbeitsmarkt

	2000	2001	2002	2002											
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April	Mai		
Veränderung gegen das Vorjahr in %															
<i>Unselbständig Beschäftigte¹⁾</i>															
Wien	- 0,6	- 0,6	- 1,9	- 1,1	- 1,5	- 2,2	- 2,8	- 3,0	- 1,6	- 1,7	- 1,7	- 1,2	- 0,8		
Niederösterreich	+ 1,1	- 0,3	- 0,9	- 0,9	- 0,9	- 1,0	- 0,8	- 0,7	- 0,5	- 0,4	- 0,2	- 0,2	- 0,1		
Burgenland	+ 1,8	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,5		
Steiermark	+ 1,5	+ 0,6	- 0,8	- 0,2	- 0,4	- 1,0	- 1,3	- 1,8	- 0,9	- 0,8	- 0,6	- 0,2	- 0,2		
Kärnten	+ 0,8	+ 0,3	- 0,6	- 1,0	- 0,7	- 0,5	- 0,5	- 1,0	- 0,0	- 0,1	- 0,3	- 0,0	- 0,2		
Oberösterreich	+ 1,5	+ 1,2	- 0,1	+ 0,2	+ 0,0	- 0,2	- 0,3	- 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7		
Salzburg	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 1,5	- 0,2	- 1,1	+ 0,5	- 0,1		
Tirol	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,2	+ 2,3	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	- 1,4	+ 1,3	+ 0,0		
Vorarlberg	+ 1,8	+ 0,8	+ 0,1	- 0,0	- 0,4	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	+ 1,7	+ 0,1		
<i>Arbeitslose</i>															
Wien	- 12,8	+ 6,4	+ 18,0	+ 29,0	+ 24,7	+ 14,4	+ 5,5	+ 4,6	+ 3,1	- 1,5	- 1,5	+ 1,8	+ 4,2		
Niederösterreich	- 10,5	+ 7,1	+ 12,5	+ 11,7	+ 17,1	+ 17,0	+ 6,4	+ 4,5	+ 1,7	+ 4,7	+ 1,4	+ 2,4	+ 1,6		
Burgenland	- 6,2	+ 5,8	+ 8,1	+ 4,4	+ 14,8	+ 11,9	+ 6,2	+ 0,6	- 0,8	+ 3,5	+ 3,7	+ 0,2	+ 2,8		
Steiermark	- 12,8	+ 2,4	+ 11,8	+ 11,6	+ 14,2	+ 15,2	+ 7,6	+ 7,6	+ 3,1	+ 5,3	+ 3,9	+ 3,5	+ 5,2		
Kärnten	- 10,9	+ 2,8	+ 8,3	+ 7,3	+ 11,3	+ 13,3	+ 4,8	+ 5,4	- 0,6	+ 3,1	+ 4,2	- 0,1	+ 0,0		
Oberösterreich	- 15,2	+ 2,2	+ 16,2	+ 16,6	+ 25,9	+ 18,4	+ 7,3	+ 4,4	- 0,5	+ 1,4	- 3,3	- 4,3	- 6,2		
Salzburg	- 10,7	+ 7,1	+ 15,0	+ 14,8	+ 18,6	+ 21,1	+ 8,7	+ 11,0	+ 1,8	+ 5,0	+ 4,2	- 4,2	+ 7,1		
Tirol	- 13,0	+ 6,3	+ 5,9	+ 4,4	+ 8,5	+ 10,6	+ 2,7	+ 4,1	- 1,4	+ 5,1	+ 12,0	- 9,9	+ 7,8		
Vorarlberg	- 16,5	- 0,2	+ 22,8	+ 27,7	+ 23,9	+ 22,9	+ 17,8	+ 21,9	+ 17,0	+ 16,3	+ 16,0	+ 3,2	+ 17,3		
In %															
<i>Arbeitslosenquote</i>															
Wien	7,2	7,6	9,0	10,0	8,7	8,3	9,0	10,0	10,3	10,1	9,7	9,2	8,9		
Niederösterreich	5,8	6,2	6,9	8,7	5,8	5,9	7,1	9,0	9,6	9,3	7,5	6,3	5,7		
Burgenland	7,9	8,2	8,6	12,6	6,7	6,4	8,9	12,3	13,9	13,7	10,2	7,2	6,5		
Steiermark	6,4	6,5	7,2	9,3	6,2	5,9	7,5	9,3	10,3	10,0	8,3	7,1	6,3		
Kärnten	7,5	7,6	8,2	11,3	6,6	5,7	9,3	11,4	12,5	11,9	9,7	8,0	6,4		
Oberösterreich	4,0	4,1	4,7	6,0	4,0	4,0	4,8	5,9	6,4	6,2	4,8	4,0	3,6		
Salzburg	4,1	4,3	4,9	5,4	4,9	3,7	5,6	5,1	5,9	5,7	4,9	5,5	5,1		
Tirol	4,9	5,1	5,3	5,4	5,8	3,5	6,6	5,5	6,0	5,7	5,3	6,4	6,4		
Vorarlberg	4,3	4,3	5,1	5,0	5,2	4,5	5,8	5,6	6,0	5,8	5,4	5,9	6,0		

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Bewerber und Bewerberinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenziener. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

II. Quartal 2003

Abgeschlossen am 30. Juni 2003 • E-Mail Adresse: Angelina.Keil@wifo.ac.at

Das Ende des Krieges im Irak und die Zinssenkungen in Amerika und Europa geben Hoffnung auf die Belebung der Konjunktur. Die Europäische Union setzt wirtschaftspolitische Maßnahmen um die bevorstehende Erweiterung umsetzen zu können. Eine Europäische Verfassung und die Agrarreform werden bereits in der erweiterten Union zur Anwendung kommen.

1. Mai: Nach sechs Wochen erklären die USA den Krieg gegen den Irak für beendet.

12. Mai: In Litauen entscheiden sich 91% der Bevölkerung für den Beitritt zur EU. Die Wahlbeteiligung liegt bei 64%

13. Mai: In Frankreich finden Streiks und Großdemonstrationen gegen die von der Regierung angekündigte Pensionsreform statt. Die Zahl der für öffentlich Bediensteten für die Höchstpension erforderlichen Beitragsjahre (derzeit 37,5) soll an die Regelung für den Privatsektor (40 Jahre) angeglichen werden. Bis 2012 soll die Beitragsdauer allgemein auf 41 Jahre und bis 2020 auf 42 Jahre angehoben werden. Eine Erhöhung der Beitragssätze um 2 bis 3 Prozentpunkte ist ab 2008 vorgesehen.

1. Juni: Nach dem Aussetzen der Begrenzung für die Erdölförderung aufgrund des Irakkriegs legt die OPEC die Obergrenze mit 25,4 Mio. Fass pro Tag fest.

2. Juni: In Evian findet das Treffen der G-8-Staaten statt. Gemeinsames Anliegen ist es, das Wachstum zu beschleunigen. Die Dauha-Welthandelsrunde soll bis Ende 2004 abgeschlossen sein.

6. Juni: Die Europäische Zentralbank senkt die Zinssätze um 50 Basispunkte. Der Satz der Einlagenfazilität beträgt nun 1%, der Mindestbietungssatz der Hauptrefinanzierungsgeschäfte 2% (mit Wirkung vom 9. Juni) und der Satz der Spitzenrefinanzierungsfazilität 3%.

8.-9. Juni: In Polen entscheiden sich 77,5% der Stimmberechtigten für den Beitritt zur EU. Die Wahlbeteiligung liegt bei 58%.

12. Juni: Der Europäische Konvent legt den Entwurf einer Europäischen Verfassung vor (<http://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/E0050.pdf>). Im ersten Teil werden Ziele, Grundrechte und Unionsbürgerschaft, Zuständigkeiten der Union, Organe, Ausübung der Zuständigkeiten, das demokratische Leben, Finanzen, die Beziehungen zu den Nachbarn sowie die Zugehörigkeit zur Union definiert. Zu ausschließlichen Zuständigkeitsbereichen der Union werden die Währungspolitik für die Mitgliedstaaten, die an der Währungsunion teilnehmen, gemeinsame Handelspolitik, Zollunion und die Erhaltung der biologischen Meeresschätze im Rahmen der gemeinsamen Fischereipolitik deklariert. Zu den Bereichen der geteilten Zuständigkeit zwischen Union und Mitgliedstaaten zählen der Binnenmarkt, der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechtes, die Landwirtschaft und Fischerei, Verkehr und transeuropäische Netze, Energie, Sozialpolitik, wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt, Umwelt, Verbraucherschutz, gemeinsame Sicherheitsanliegen im Bereich des Gesundheitswesens.

Ausland

Irak-Krieg

EU-Erweiterung Litauen

Frankreich: Streiks gegen
Pensionsreform

OPEC

G-8-Treffen

Leitzinsen EZB

EU-Erweiterung Polen

Europäischer Konvent:
Entwurf einer Verfassung für
die EU

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Reform der Institutionen. So soll der Präsident der Europäischen Kommission künftig vom Parlament gewählt werden. Ebenso soll der Europäische Rat seinen Präsidenten mit qualifizierter Mehrheit wählen. Dieser kann auch für eine zweite Periode wieder gewählt werden. Die Außenminister sollen mit qualifizierter Mehrheit und Zustimmung des Präsidenten der Kommission einen Außenminister der Union wählen, der mit den Außenbeziehungen betraut wird und stellvertretender Präsident der Kommission ist. Für das Europäische Parlament bedeutet der vorliegende Verfassungsentwurf eine gravierende Stärkung im Mitentscheidungsverfahren.

Den zweiten Teil bildet die Charta der Grundrechte. Zwei Protokolle ergänzen den Verfassungsvorschlag. Sie behandeln die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union sowie die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit.

Die Regierungskonferenz wird ab Herbst bis zum Frühjahr 2004 eine endgültige Fassung erstellen.

EU-Erweiterung Tschechien

15. Juni: 77% der tschechischen Bevölkerung stimmen für einen Beitritt zur EU. Die Wahlbeteiligung liegt bei 55%.

Europäischer Rat Thessaloniki

19.-20. Juni: Der Europäische Rat tagt in Thessaloniki. Die Vorlage des Konvents über eine Europäische Verfassung wird als Ausgangsbasis für die Regierungskonferenz angenommen. Diese wird eine endgültige Verfassung erarbeiten, die am 1. Mai 2004 von den Mitgliedstaaten der erweiterten Union unterzeichnet werden soll. Weitere Schwerpunkte des Treffens sind die Einwanderungs- und Asylpolitik sowie die Annäherung der westlichen Balkanstaaten an die EU.

Leitzinsen USA

25. Juni: Die Notenbank der USA senkt die Leitzinsen um 25 Basispunkte. Die Federal Funds Rate beträgt nun 1% und die Discount Rate 2%. Damit erreichen die Zinsen den niedrigsten Stand seit 45 Jahren.

EU-Agrarreform

26. Juni: Die Landwirtschaftsminister der EU-Länder legen die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik fest. Den Schwerpunkt bildet die Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion. Ab 2005 wird dieses System durch eine pauschale Betriebsförderung ersetzt. Einige Ausnahmen bleiben jedoch bestehen. So können die Mitgliedstaaten bis zu 25% der derzeitigen Hektarzahlungen für Getreide, Ölsaaten und Eiweißpflanzen oder 40% der Hartweizenprämie beibehalten. Für die Fleisch- und Milchproduktion können sie zwischen der Beibehaltung von 100% der Mutterkuhprämie und 40% der Schlachtprämie oder 100% der Schlachtprämie oder 75% der Sonderprämie für männliche Rinder wählen. Die einzelnen Staaten können 10% der einzelbetrieblichen Zahlungen zur Förderung "spezifischer Arten der Landwirtschaft" einsetzen. Im Rahmen der "Modulation" werden die Direktzahlungen nach der Betriebsgröße abgestuft; größere Betriebe erhalten demnach ab 2005 um 3%, ab 2006 um 4% und ab 2007 um 5% weniger an Direktzahlungen, abgesehen von einem Freibetrag von 5.000 €. Die freiwerdenden Mittel werden für die zweite Säule der Agrarpolitik ("Entwicklung des Ländlichen Raumes") verwendet.

2007 bis 2013 werden die Agrarausgaben (ohne die Mittel für die zweite Säule) auf dem Niveau von 2006 mit einem jährlichen Inflationsausgleich von 1% eingefroren. Bei Überschreitung beschließt der Ministerrat eine weitere Kürzung der Direktunterstützung. 2004/2006 wird der Interventionspreis für Butter schrittweise um 25% und für Magermilchpulver um 15% gekürzt. Milchproduzenten erhalten als Ausgleich eine Direktzahlung, die zur pauschalen Betriebsprämie dazugezählt wird. Die Milchquotenregelung bleibt bis 2015 erhalten, wobei die Quote für Griechenland auf 120.000 t aufgestockt wird.

Österreich

Die Vorschläge zu einer Pensionsreform lösen großen Widerstand aus, die Gewerkschaft ruft zu Streiks auf. Dennoch wird eine "entschärfte" Pensionsreform vom Nationalrat als Budgetbegleitgesetz verabschiedet – nicht jedoch vom Bundesrat. Das Paket der Budgetbegleitgesetze umfasst auch die erste Etappe einer Steuerreform, die mit 2004 wirksam wird.

1. April: Der Fachverband der Reisebüros und die GPA schließen eine bis 30. September 2003 geltende Vereinbarung zur Kurzarbeit. Demnach ist eine Verkürzung der Arbeitszeit um 10% bis 50% über mindestens 4 Wochen und höchstens 3 Monate bei Aufrechterhaltung des Beschäftigungsstands möglich. Das der tatsächlichen Arbeitszeit entsprechende Entgelt und die vom AMS erbrachte Kurzarbeitsunterstützung müssen mindestens 85% des letzten Monatsbezugs betragen.

Kurzarbeit Reisebüros

6. Mai: Der ÖGB initiiert einen Streik gegen die von der Bundesregierung angekündigte Pensionsreform.

Streik gegen Pensionsreform

13. Mai: Zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage wird in Österreich gestreikt. In Wien findet eine Großdemonstration statt.

11. Juni: Die Europäische Kommission genehmigt den Zusammenschluss der österreichischen Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbund) mit der Energie Allianz unter der Auflage, den Großkundenvertrieb "Austrian Power" (APC) an einen unabhängigen Dritten zu verkaufen.

Elektrizitätswirtschaft

11. Juni: Die endgültige Fassung der Pensionsreform wird als Teil der Budgetbegleitgesetze 2003 im Nationalrat beschlossen.

Pensionsreform

Folgende Änderungen gegenüber dem Gesetzesentwurf wurden berücksichtigt!):

- Die durch die neuen Regelungen entstehenden Einbußen bei Pensionsantritt sind mit 10% (ohne Berücksichtigung der verzögerten Valorisierung) begrenzt.
- Das Antrittsalter für die vorzeitige Alterspension wird beginnend mit 1. Juli 2004 um 4 Monate pro Jahr bis auf das Regelpensionsalter angehoben. Diese Maßnahme läuft somit 2017 aus.
- Der Steigerungsbetrag wird in 5 Jahresschritten (2004/2008) von 2% auf 1,78% gesenkt.
- Gemäß der "Hacklerregelung" werden die Abschläge nicht vom Regelpensionsalter, sondern vom jeweils gültigen Frühpensionsalter berechnet.
- Männer, die vor dem 1. Jänner 1947, und Frauen, die vor dem 1. Jänner 1952 geboren wurden und 45 bzw. 40 Beitrittsjahre (bzw. Ersatzzeiten von höchstens 60 Monaten für Kindererziehung bzw. 30 Monaten für Präsenzdienst) erworben haben, können weiterhin mit 60 bzw. 55 Jahren in den vorzeitigen Ruhestand treten. Für diese Personengruppen beträgt der Steigerungsbetrag unverändert 2%. Ergibt sich jedoch aufgrund längerer Versicherungszeit und des Steigerungsbetrags von 1,78% ein höherer Wert als 80% der Bemessungsgrundlage, so wird von diesem der Abschlag von 4,2% pro Jahr berechnet.
- Für die Jahrgänge 1947 bis 30. Juni 1948 für Männer bzw. 1952 bis 30. Juni 1953 für Frauen beträgt die Altersgrenze für den frühestmöglichen Pensionsantritt 61½ bzw. 56½ Jahre.
- Gemäß der "Schwerarbeiterregelung" können Männer der Jahrgänge 1947 bis 1958 und Frauen der Jahrgänge 1952 bis 1963, die 45 bzw. 40 Beitragsjahre erworben haben, mit 60 bzw. 55 Jahren die Alterspension antreten. Sie müssen jedoch mehr als die Hälfte der Beitragsmonate in einer "besonders belastenden Tätigkeit" gesammelt haben. Eine solche Liste wird vom Sozialressort erstellt.
- Der Ausgleichszulagenrichtsatz für Ehepaare wird von 965 € auf 1.000 € angehoben. Dazu wird im Sozialressort ein Härtefonds mit 10 Mio. € dotiert.
- Die Höchstbemessungsgrundlage wird um 30 € auf 3.390 € pro Monat angehoben.
- Zusätzlich zur Erhöhung der pensionsbegründenden Kindererziehungszeiten auf 24 Monate pro Kind wird der Durchrechnungszeitraum um 3 Jahre pro Kind verkürzt.

¹⁾ Vgl. Keil, A., "Wirtschaftschronik. I. Quartal", WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(4), http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23874.

Steuerreform: erste Etappe

Im Budgetbegleitgesetz ist auch die erste Etappe der nächsten Steuerreform geregelt. Sie umfasst folgende Neuerungen:

- Bruttojahreseinkommen bis 14.500 € sind durch die Anhebung des allgemeinen Absetzbetrags steuerfrei.
- Eine begünstigte Besteuerung nicht entnommener Gewinne für einkommensteuerpflichtige Unternehmen soll zur Erhöhung des Eigenkapitals beitragen. Im Unternehmen belassene Gewinne bis höchstens 100.000 € werden mit dem halben durchschnittlichen Steuersatz besteuert.
- Die 13. Umsatzsteuervorauszahlung wird abgeschafft.
- Abgaben auf Energie ("Ökoabgaben") werden eingeführt oder erhöht.
- Die Erdgasabgabe wird von 0,0434 € auf 0,066 € je m³ angehoben.
- Neu eingeführt wird eine Kohleabgabe von 0,05 € je kg.
- Die Mineralölsteuersätze waren seit 1995 unverändert, sie werden wie folgt erhöht: für Benzin um 0,01 € auf 0,0507 € je Liter, für Dieseltreibstoff um 0,02 € auf 0,0482 € je Liter, für Heizöl extra leicht um 0,029 € auf 0,0359 € je Liter und für Heizöl um 0,024 € auf 0,0276 € je kg. Für Benzin und Dieseltreibstoff mit mehr als 10 mg Schwefel pro kg wird die Mineralölsteuer um 0,015 € je Liter angehoben.

Die Straßenverkehrsabgabe für Lkw wird aufgehoben, wenn die Lkw-Maut ("Road Pricing") 2004 in Kraft tritt.

Bundesvoranschlag

18. Juni: Der Nationalrat beschließt das Bundesfinanzgesetz. Es umfasst die Bundesvoranschläge für 2003 und 2004. 2003 werden die Ausgaben mit 61,35 Mrd. € und die Einnahmen mit 57,41 Mrd. € veranschlagt. Der administrative Abgang wird mit 3,94 Mrd. € 1,8% des BIP ausmachen, nach Maastricht-Kriterien 1,3% des BIP. 2004 werden die Ausgaben voraussichtlich 62,67 Mrd. € und die Einnahmen 59,24 Mrd. € betragen; daraus ergibt sich ein administrativer Abgang von 3,43 Mrd. €. Dies entspricht 1,5% des BIP bzw. 0,7% nach den Maastricht-Kriterien.

Budgetbegleitgesetze

23. Juni: Im Bundesrat werden der Antrag, gegen das Budgetbegleitgesetz Einspruch zu erheben, sowie der Antrag, keinen Einspruch zu erheben, abgelehnt. Das Gesetz wird voraussichtlich mit einer Verzögerung von acht Wochen wirksam.

Österreich-Konvent

30. Juni: Der "Österreich-Konvent" konstituiert sich. Unter der Präsidentschaft von Franz Fiedler sollen 70 Mitglieder bis 2005 Vorschläge für die Staats- und Verfassungsreform erarbeiten (<http://www.konvent.gv.at>).

Wolfgang Pollan

Der Verbraucherpreisindex als Deflationsindikator

Fast die gesamte Nachkriegszeit war vom Bestreben gekennzeichnet, inflationäre Tendenzen zu bekämpfen. In letzter Zeit wird allerdings der Begriff "Deflation" – ein Sinken des allgemeinen Preisniveaus – wieder diskutiert. Ist es denkbar, dass in den fortgeschrittenen Industrieländern eine tiefe Rezession eine Deflation auslösen könnte? Die Fokussierung der Debatte auf das Sinken des Preisniveaus – in der Regel definiert durch den Verbraucherpreisindex – verstellt allerdings den Blick auf die Ursachen des Preisrückgangs, die in nachfrageseitigen oder angebotsseitigen Schocks liegen können.

Begutachtung: Franz R. Hahn • Wissenschaftliche Assistenz: Annamaria Rammel • E-Mail-Adressen: Wolfgang.Pollan@wifo.ac.at, Annamaria.Rammel@wifo.ac.at

Die Bekämpfung der Inflation galt mehr als fünfzig Jahre lang als eine der Hauptaufgaben der Wirtschaftspolitik; nun aber scheint die Vermeidung einer Deflation die Wirtschaftspolitik zu beschäftigen. Bereits vor etwa fünf Jahren wurden die Risiken einer Deflation in der Öffentlichkeit diskutiert; Überkapazitäten und abbröckelnde Preise in Japan, China und anderen asiatischen Ländern prägten damals das Bild. Die rasche Verteuerung der Rohstoffe, insbesondere die Aufwärtsbewegung der Rohölnotierungen, im Jahr 1999 sowie die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in den OECD-Ländern und die Aktienhausse drängten dieses Thema bald in den Hintergrund. In den Ländern der Wirtschafts- und Währungsunion, in welchen das Bargeld von den nationalen Währungen auf den Euro umgestellt wurde, beherrschte die Frage, wieweit die Währungsumstellung inflationäre Tendenzen auslösen würde, mehr als zwei Jahre lang die wirtschaftspolitische Diskussion.

Im Frühjahr 2003, als sich die Konjunkturschwäche beharrlicher als erwartet erwies und der Rückgang der Rohölpreise eine Verflachung des Preisauftriebs bewirkte, stellte sich allerdings ein Wechsel ein: Die Deflationsgefahr wurde wieder ein Hauptthema der wirtschaftspolitischen Diskussion. Wie vor fünf Jahren gibt es unausgelastete Produktionskapazitäten und Preisrückgänge auf einigen asiatischen Märkten; dazu kommt nun allerdings der starke Verfall der Preise auf den Aktienmärkten.

In der öffentlichen Diskussion gilt häufig eine einfache Definition der Deflation¹⁾: Wenn Inflation ein anhaltender Anstieg des allgemeinen Preisniveaus ist, dann ist Deflation ein anhaltender Rückgang der Preise.

NationalökonomInnen hingegen verbinden mit dem Begriff "Deflation" häufig eine andere Bedeutung. Sie bezeichnen als Deflation bzw. Inflation Phänomene des Ungleichgewichtes zwischen Nachfrage und Angebot. Deflation tritt in diesem Sinne (definitorisch) dann auf, wenn die aggregierte Nachfrage (bei gleichbleibendem Angebot) schrumpft bzw. – in einer wachsenden Wirtschaft – wenn die aggregierte Nachfrage schwächer wächst als das aggregierte Angebot²⁾. Ob eine so definierte

Die verschiedenen Bedeutungen des Begriffes "Deflation"

¹⁾ Zur Deflationsdiskussion aus der Sicht österreichischer Experten siehe die Beiträge von Baumgartner, Chaloupek, Hahn, Guger, Marterbauer, Lamel, Mooslechner, Schulmeister und Walterskirchen in *Guger et al.* (1999).

²⁾ Wenn das monetäre Gleichgewicht im Vordergrund steht, kann man als deflationäre Erscheinungen jene Phasen bezeichnen, in denen (bei unveränderten Zahlungsbedingungen) die Rate der Geldmengenexpansion längere Zeit hinter der Wachstumsrate des potentiellen gesamtwirtschaftlichen Angebotes zurückbleibt (*Feldsieber*, 1980, S. 133).

Deflation von einem Rückgang des allgemeinen Preisniveaus begleitet wird, hängt vom Grad der Flexibilität der Preise und Löhne ab³⁾.

Nicht jeder Preisrückgang bedeutet eine Deflation (Ungleichgewicht); und nicht jede Deflation bedeutet einen Preisrückgang: Die keynesianische deflatorische Lücke hat Produktions- und Beschäftigungseinbußen zur Folge, setzt aber – dies entspricht der kurzfristigen Betrachtungsweise – nach unten hin starre Preise oder sogar – bei "Cost-Push"-Inflation – steigende Preise (Stagflation) voraus.

Die Interpretation von Deflation bzw. von Inflation als Phänomen des Ungleichgewichtes lässt allerdings offen, von welcher Seite – der Nachfrage- oder der Angebotsseite – vorwiegend Impulse zur Deflation bzw. Inflation ausgehen. In der empirischen Literatur zur Inflation und Deflation spricht man daher von Nachfrage- bzw. Angebotschocks. Nachfrageschocks im Sinne einer Deflation können etwa durch eine restriktive Geld- oder Fiskalpolitik oder durch den Ausfall von Exportmärkten bewirkt werden.

Zu den Angebotschocks, die ein deflationäres Ungleichgewicht zwischen den makroökonomischen Größen auslösen, zählen Produktivitätsschübe sowie eine Verbilligung der Produktionsfaktoren (Rohstoffe, Arbeitskräfte, Kapital). Dazu kommen die Auswirkungen von Änderungen der Marktstruktur. Aber auch Änderungen von Steuern und Tarifen können zu den Angebotschocks gerechnet werden.

Die Preiseffekte von Angebotschocks unterscheiden sich wesentlich von jenen der Nachfrageschocks. Für eine Diagnose und Therapie der Deflation (im Sinne eines Phänomens des makroökonomischen Ungleichgewichtes) ist daher eine Unterscheidung der Ursachen von großer Bedeutung. Wenn dagegen als Deflation einfach jeder Rückgang des allgemeinen Preisniveaus definiert wird (bzw. wenn die Verlangsamung der Inflation unter eine gewisse Schwelle als Deflationsrisiko bezeichnet wird), liegt das Hauptaugenmerk auf dem Phänomen sinkender Preise. Die Frage nach den Ursachen des Preisrückgangs wird in den Hintergrund geschoben; dies kann zur Folge haben, dass eine niedrige Inflationsrate bzw. ein Rückgang der Preise unzulässigerweise mit einem (negativen) Nachfrageschock in Verbindung gebracht wird.

Preiseffekte als Folge von Angebotschocks treten in der Regel rasch auf; die Verteuerung von Rohstoffen, die Anhebung von indirekten Steuern, von Tarifen sowie eine Abschwächung des Wechselkurses werden meist rasch an die Verbraucher weitergewälzt. Aber auch in der umgekehrten Richtung sind Preiseffekte, wenngleich mitunter etwas verzögert, häufig zu beobachten.

Ob dagegen Nachfrageschocks kurzfristig vorwiegend Preiseffekte oder Mengeneffekte haben, ist nicht eindeutig. Hier stellt sich die Frage nach dem Grad der Flexibilität von Preisen und Löhnen.

Risiken von niedriger Inflation bzw. eines anhaltenden Preisverfalls

Ein anhaltender Preisanstieg bewirkt, soweit er nicht vorausgesehen wurde, eine Umverteilung von Gläubigern zu Schuldnern, ein anhaltender Preisrückgang eine Umverteilung von Schuldnern zu Gläubigern. Ein weiteres Argument, das unter den Risiken einer Deflation (Preisverfall) angeführt wird, betrifft die Schwächung bzw. die Störung der Kreditintermediation: Mit dem Preisverfall könnten die Sicherungsgegenstände in einem besicherten Darlehen an Wert verlieren, sodass bei Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers auch der Kreditgeber in Schwierigkeiten gerät.

Eine niedrige Inflation nährt die Befürchtung, dass die Geldpolitik an Wirksamkeit verlieren könnte. Da nominelle Zinssätze im Allgemeinen nicht negativ werden können, gibt es eine untere Grenze für Zinssenkungen. Bei einem allgemeinen Preisrückgang steigen somit die Realzinssätze.

Eine niedrige Inflationsrate könnte Anpassungen im Lohngefüge, die etwa im Rahmen von Strukturveränderungen angebracht wären, erschweren. Dahinter steht die Vorstellung, dass Reallohnverluste als Folge des Preisauftriebs für die Beschäftigten

³⁾ Ob Preise und Löhne flexibel oder starr sind, hängt freilich vom Zeithorizont ab, welcher der Analyse zugrunde liegt.

eher hingenommen werden als gleich starke Rückgänge bei stabilen Preisen (Akerlof – Dickens – Perry, 1996).

Als größtes Risiko eines Preistrückgangs, auch wenn dieser nur auf temporäre Phänomene zurückgeht, gilt freilich die Gefahr, dass er in eine anhaltende und selbstverstärkende deflationäre Spirale mündet. Diese Gefahr besteht insbesondere dann, so wird argumentiert, wenn sich die Erwartung eines anhaltenden Preistrückgangs herausbildet und die daraus resultierende Kaufzurückhaltung eine weitere Abschwächung der Gesamtnachfrage auslöst (siehe Kasten "Die Rolle der Erwartungen in der Deflationsdebatte").

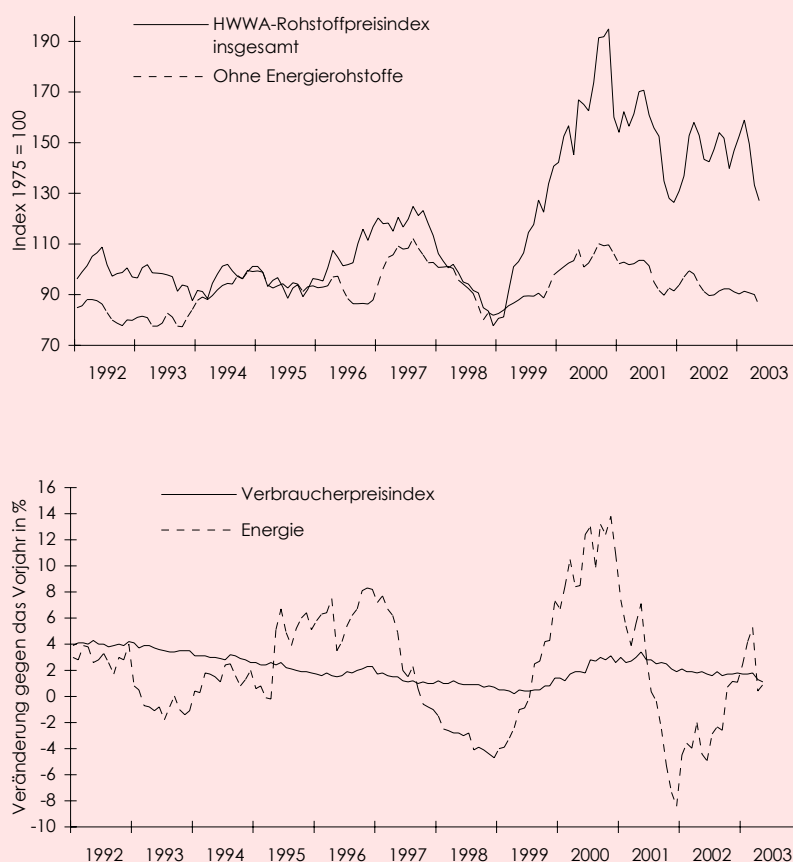
Für die Interpretation der Preisentwicklung ist die Unterscheidung zwischen Angebots- und Nachfrageschocks von großer Bedeutung. In der Deflationsdiskussion wird die Angebotsseite im Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage in der Regel eher vernachlässigt; daher wird im Folgenden dieser Aspekt hervorgehoben und für die österreichische Wirtschaft dargestellt.

Unter den Angebotsschocks sind die Fluktuationen der Preise international gehandelter Rohstoffe hervor zu heben (erste und zweite Erdölpreiskrise, Kollaps der Rohölpreise 1986, beträchtliche Schwankungen in den neunziger Jahren, insbesondere 1998 und in jüngster Vergangenheit). Die Schwankungen der Rohstoffpreise, verstärkt oder gemildert durch Wechselkursschwankungen, bestimmen zu einem großen Teil die Entwicklung der Verbraucherpreise: Rund zwei Drittel der Schwankungen der Inflation auf der Ebene der Verbraucherpreise werden durch die Bewegung der Rohstoffpreise erklärt.

Angebotschocks in Österreich

Rohstoffpreise

Abbildung 1: Rohstoffpreise und Verbraucherpreise



Q: Statistik Austria.

So ging etwa ein Gutteil der Beschleunigung der Inflation in den Jahren 2000 und 2001 auf die Verteuerung von Rohöl zurück (1999 +42%, 2000 +89%). Auch die darauf folgende Abschwächung des Preisauftriebs in den Jahren 2002 und 2003 ist zum Teil der Abwärtsbewegung der Erdölpreise zuzuschreiben. Es wäre daher falsch, diesen Teil der Verlangsamung des Preisauftriebs als Folge eines negativen Nachfrageschocks in Österreich zu interpretieren⁴⁾.

Die Fluktuation der Rohstoffpreise hat aber nicht nur Preiseffekte: Indem der Anstieg der Rohölpreise Kaufkraft von den Verbrauchsländern in die erdölproduzierenden Länder verlagert, schwächt er die Gesamtnachfrage nach anderen Gütern und schmälert somit auf kurze Frist das Wirtschaftswachstum. Der umgekehrte Effekt tritt ein, wenn die Preise sinken. So mag sich dem Betrachter ein (freilich nur vordergründig) widersprüchliches Bild bieten: Der Rückgang der Rohölpreise verlangsamt den Preisauftrieb und löst damit eine Diskussion um die Deflation aus, gleichzeitig aber werden die durch den vorhergehenden Preisanstieg ausgelösten negativen Nachfrageeffekte (und Struktureffekte) aufgelöst und – wenn auch möglicherweise mit einer gewissen Verzögerung – ins Gegenteil verkehrt.

Ähnliches wie für die Rohstoffpreise gilt für landwirtschaftliche Produkte: Deren Preise werden von Ernteergebnissen und wirtschaftspolitischen Entscheidungen bestimmt, jedoch kaum von Schwankungen der Gesamtnachfrage. Diese Abhängigkeit etwa vom Wetter ist für die Preise von Obst und Gemüse besonders stark ausgeprägt. In den letzten Jahren lösten auch Angebotsreduktionen auf dem Fleisch- und Gemüsemarkt als Folge von Tierseuchen große Preissprünge aus.

Österreichs EU-Beitritt bewirkte in vielen Teilen der österreichischen Wirtschaft eine Intensivierung des Wettbewerbs. Die Auswirkungen auf das Preisniveau wurden zuerst im Bereich der landwirtschaftlichen Produkte, dann der Industrieprodukte und schließlich der Dienstleistungen sichtbar. Für die gesamte Volkswirtschaft bedeuteten diese Änderungen der Marktstrukturen eine Strukturverbesserung (Wohlfahrtsgewinne) und keine Schwächung der Gesamtnachfrage, auch wenn einzelne Erzeuger einen Ausfall der Nachfrage nach ihren Produkten verzeichneten und in der Folge in einigen Branchen Arbeitsplätze verloren gingen.

In ähnlicher Weise könnte die Einführung der einheitlichen Währung in der Euro-Zone wirken, wenn die Erhöhung der Transparenz der Preise und der Wegfall verschiedener Kostenelemente den Auftrieb der Preise in manchen Wirtschaftsbereichen verlangsamen bzw. die Preise sogar sinken lassen.

In einzelnen Wirtschaftsbereichen wurden Wettbewerbsbeschränkungen ganz oder teilweise aufgehoben. Auswirkungen auf der Ebene der Konsumenten waren vor allem im Telekommunikationssektor zu verzeichnen. Der Index der Preise von Telefondienstleistungen sank zwischen 1999 und 2002 um 6,7%.

Änderungen der Sätze von Verbrauchssteuern sowie von Preisen, die von der öffentlichen Hand festgelegt werden, bestimmen zu einem erheblichen Teil die Entwicklung der Verbraucherpreise. So wurden etwa Anfang 2002 und neuerlich Anfang 2003 in einer Reihe von Ländern der Euro-Zone die Energie- und Tabaksteuern angehoben; diese Änderungen bewirkten nicht nur, dass sich die Inflation schwächer als erwartet verlangsamte, sondern erhöhten auch die Unterschiede zwischen den Inflationsraten der einzelnen Länder.

In Österreich waren die Preiseffekte der Anhebungen von administrierten Preisen und Steuersätzen in den vergangenen Jahren in einigen Monaten stark ausgeprägt. Sie schwankten von null zur Jahreswende 1999/2000 bis nahezu +1 Prozentpunkt im Mai 2001 (Beisteiner – Holzer – Schimper, 2003, S. 173).

Umgekehrt mag auch der (eher seltene) Fall auftreten, dass Steuersätze oder Tarife gesenkt werden. So verringerte sich die Inflationsrate in Österreich als Folge der Rücknahme der Ambulanzgebühr im April 2003 um 0,1 Prozentpunkte. Wenn Tariferhöhungen im Vorjahresvergleich aus der Vergleichsbasis herausfallen, könnte für

⁴⁾ Eine andere Frage ist, ob die Schwankungen der Rohstoffpreise durch Schwankungen der weltweiten Nachfrage nach Rohstoffen ausgelöst werden. So dürfte etwa die Halbierung der Rohölpreise im Jahr 1986 weitgehend durch die restriktive Geldpolitik der USA in den Jahren zuvor ausgelöst worden sein.

Änderungen der Marktstruktur

Intensivierung des Wettbewerbs als Folge des EU-Beitritts

Liberalisierung in einzelnen Wirtschaftsbereichen

Veränderung von Steuern und Tarifen

den oberflächlichen Betrachter der kurzfristigen Entwicklung (aktuelle Jahresveränderungsraten) der Eindruck entstehen, dass sich die "Deflationsgefahr" erhöht habe⁵⁾.

Ist die Geldpolitik bei niedriger Inflation weniger wirksam?

Bei niedriger Inflation könnte die Wirksamkeit der Geldpolitik beschränkt sein, da im Allgemeinen der Nominalzinssatz nicht unter null gesenkt werden kann. Dieses Risiko wurde in der Literatur unter dem Schlagwort "Liquiditätsfalle" diskutiert.

Die monetäre Politik besteht jedoch nicht allein in der Regelung der Zinssätze am unteren Ende des Zinsspektrums. In den USA ist die Federal Funds Rate, in der Europäischen Währungsunion der Repo-Satz zentrales Instrument der Geldpolitik. Darüber hinaus verfügen aber die Notenbanken über ausreichend Instrumente, um die Wirtschaft von der monetären Seite her zu stimulieren (Reinhart, 2003; siehe dazu auch Hahn, 1999, Buiter, 2003, Yates, 2002).

Die Notenbank könnte die mittelfristigen (bzw. langfristigen) Zinserwartungen dadurch stabilisieren, dass sie sich verpflichtet, die kurzfristigen Zinssätze (etwa in Abhängigkeit von der Inflationsentwicklung) für längere Zeit niedrig zu halten. Dieser Effekt könnte auch dadurch erreicht werden, dass die Notenbank dazu übergeht, längerfristige Staatsanleihen bzw. – wenn das Funktionieren des Kreditmarktes gestört ist – auch Privatschuldverschreibungen in der Form von Offen-Markt-Operationen zu kaufen. Letztlich biete eine Kombination von Geld- und Fiskalpolitik in der Form von Steuersenkungen bzw. von Transferzahlungen, die von der Notenbank finanziert werden, weitere, wenn auch unkonventionelle Methoden zur Lösung eines bereits bestehenden Deflationsproblems. "Die Verhinderung oder Bekämpfung der Deflation stellt die Notenbanken vor einige einzigartige Schwierigkeiten – Schwierigkeiten, die in der Vermeidung bzw. Bekämpfung der Inflation nicht auftreten. Dennoch kann die Deflation, falls sie bereits die Wirtschaft erfasst hat, durch koordinierte Maßnahmen der Geld- und Fiskalpolitik verhindert bzw. besiegt werden" (Buiter, 2003, S. 53).

Das Augenmerk auf der Entwicklung von Globalgrößen der Preise – sei es nun der Verbraucherpreisindex oder der Deflator des Bruttoinlandsproduktes, wie es von der Definition der Deflation als Preisrückgang suggeriert wird – verstellt den Blick auf die Entwicklung von Einzelpreisen und erschwert damit auch die Unterscheidung zwischen angebotsinduzierten und nachfrageinduzierten Preisveränderungen. Die Entwicklung der im Verbraucherpreisindex erfassten Einzelpreise kann beträchtlich vom Verlauf der Durchschnittspreise abweichen.

Seit Jahrzehnten liegt die Teuerungsrate der Nahrungsmittel unter der Inflationsrate des gesamten Verbraucherpreisindex. Ebenfalls unterdurchschnittlich fällt der Preisauftrieb der industriellen und gewerblichen Waren aus. Dagegen verteuern sich Dienstleistungen erheblich stärker als der Durchschnitt; diese schon seit langem anhaltende Entwicklung ist Folge des im Allgemeinen relativ geringen Produktivitätsfortschritts im Dienstleistungssektor und lässt sich in allen Industrieländern beobachten. Die Teuerungsrate der Dienstleistungen spiegelt daher mittelfristig vor allem die Entwicklung der Lohnkosten wider.

Kurzfristig können sich allerdings erhebliche Abweichungen ergeben. Etwa die Hälfte der Dienstleistungspreise wird in irgendeiner Form von der öffentlichen Hand kontrolliert (vor allem im Bereich Verkehr, Erziehung und Unterricht, Gesundheitspflege und Sozialschutz). Anpassungen in diesem Bereich erfolgen in der Regel in größeren Sprüngen. In einem internationalen Vergleich der Inflationsraten muss dieser Umstand berücksichtigt werden; dies ist umso wichtiger, als der Dienstleistungsbereich nahezu die Hälfte des Gewichtes im Verbraucherpreisindex der Industrieländer ausmacht⁶⁾.

⁵⁾ Die Einbeziehung der Studiengebühren im Oktober 2001 in den Verbraucherpreisindex erhöhte die Inflationsrate in diesem und den nachfolgenden 11 Monaten um 0,2 Prozentpunkte. Mit dem Wegfall dieses Effekts aus dem Vergleich mit dem Vorjahresmonat sank die Inflationsrate um 0,2 Prozentpunkte.

⁶⁾ Dasselbe Problem der Vergleichbarkeit ergibt sich für Telekommunikationsleistungen zwischen Ländern, die die Liberalisierung des Telekom-Sektors (und den damit einhergehenden Rückgang der Telefentarife) gerade durchführen, und Ländern, die diesen Schritt schon getan oder erst geplant haben.

Große Unterschiede in der Entwicklung der Preise

Die Rolle der Erwartungen in der Deflationsdebatte

Eine der größten Gefahren, die mit der Deflation (im Sinne einer Nachfrageschwäche) verbunden werden, besteht darin, dass sich die Erwartungen über künftige Preissenkungen verfestigen und sowohl Unternehmen als auch Konsumenten zu Kaufzurückhaltung bewegen. Dies wiederum setzt eine deflationäre Spirale in Gang. Der Vergleich mit der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre, auf welche in diesem Zusammenhang oft Bezug genommen wird, ist jedoch unpassend. Deflation (im Sinne des Preisrückgangs) war damals das Ergebnis eines katastrophalen Zusammenbruchs der Gesamtnachfrage, nicht dessen Ursache (Buiter, 2003, S. 5); heute besteht weitgehend Übereinstimmung darüber, dass eine restriktive Geldpolitik die Wirtschaftskrise verlängert und vertieft hat.

Die Fokussierung der Deflationsdebatte auf Preisaggregate erschwert nicht nur die Unterscheidung der Ursachen der Deflation, sondern verdrängt auch die Wahrnehmung, dass sich hinter dem Durchschnittspreis bzw. hinter der durchschnittlichen Inflationsrate eine große Vielfalt der Preisbewegung verbirgt.

Seit mehr als 30 Jahren gehören große Preisfluktuationen sowie anhaltend negative bzw. positive Preistrends zur Standarderfahrung sowohl der Unternehmen als auch der Konsumenten.

Übersicht 2 führt jene 20 Positionen an, die sich im Mai 2003 gegenüber dem Mai 2002 jeweils am stärksten verbilligten bzw. am stärksten verteuerten.

Ernteabhängige Preise (Preise von Obst und Gemüse) schwanken nahezu monatlich stark, lassen jedoch keinerlei systematische Erwartungen über eine Preisentwicklung in die eine oder andere Richtung entstehen. Neben einigen Sonderfällen (Krankenschein- oder Ambulanzgebühren, Bekleidungsstücke) scheinen in dieser Liste eine Reihe von Waren auf – vor allem technische Artikel –, deren Preise schon seit Jahrzehnten sinkende Tendenz haben. Die Konsumenten werden freilich in ihrer Kaufentscheidung abwägen, ob sie noch zuwarten sollen und den Artikel in Zukunft billiger (bzw. in höherer Qualität, etwa die nächste Generation der Computer) erwerben sollen; von einer allgemeinen Kaufzurückhaltung als Folge der Erwartung weiterer Preisrückgänge kann aber in diesem Bereich nicht gesprochen werden¹⁾.

Einkäufer von Unternehmen sind mit dieser Problematik wohl noch enger vertraut. Die Preise von Rohstoffen sowie Halbfertigwaren schwanken beträchtlich; aber auch die Preise von Waren, die aus anderen Währungsgebieten eingeführt werden, unterliegen Fluktuationen (Wechselkursrisiko). Andere Produkte hingegen in Bereichen, in denen der technische Fortschritt stark ausgebildet ist (z. B. IT-Branche), zeigen einen anhaltenden negativen Preistrend.

Die Betonung der Preisentwicklung in der Deflationsdiskussion mag auch den Eindruck hervorrufen, dass rückläufige Produzentenpreise die Produzenten veranlassen, den Kauf von Inputs einzuschränken, insbesondere Investitionsausgaben zurückzustellen. Für Produktionsentscheidungen aber sind nicht die erzielbaren Preise allein entscheidend, sondern die Preise im Zusammenhang mit den Kosten; was zählt, sind die erzielbaren Gewinne. Wenn der Rückgang der Preise auf einen raschen technischen Fortschritt zurückzuführen ist, bewirkt der damit einhergehende starke Anstieg der Arbeitsproduktivität nicht nur eine Erhöhung der realen Kapitalrendite, sondern in der Regel auch des Wachstums der Reallöhne, was wiederum in weiterer Folge dazu beitragen kann, die Konsumnachfrage zu stärken.

¹⁾ Wie Befragungen während der Euro-Umstellung gezeigt haben, neigen viele Konsumenten eher dazu, die Teuerung zu überschätzen.

In der Zehnjahresperiode, die für Österreich in Übersicht 1 dargestellt wird, beträgt die Inflationsrate der Nahrungsmittel 1,0%, jene der industriellen und gewerblichen Waren ebenso 1,0%, aber jene der Dienstleistungen 2,9%. Energie verteuerte sich in dieser Periode im Durchschnitt um 1,9% pro Jahr; Mieten weisen mit +4,0% die höchste Steigerungsrate auf. Eine genauere Aufgliederung der Positionen des Verbraucherpreisindex lässt noch größere Unterschiede in der Preisentwicklung erkennen (Übersicht 2).

Übersicht 1: Entwicklung der Verbraucherpreise

	Ø 1992/2002 Jährliche Veränderung in %	2001 Veränderung gegen das Vorjahr in %	2002 Veränderung gegen das Vorjahr in %	I. Quartal 2003
Nationaler Verbraucherpreisindex	+ 2,0	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,7
Nahrungsmittel ¹⁾	+ 1,0	+ 3,1	+ 1,4	+ 0,5
Industrielle und gewerbliche Waren	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,2
Dienstleistungen	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,1	+ 1,8
Energie	+ 1,9	+ 0,5	- 2,4	+ 4,0
Mieten	+ 4,0	+ 2,8	+ 1,7	+ 6,4

Q: Statistik Austria. – 1) Einschließlich alkoholfreier Getränke.

Übersicht 2: Preisveränderungen einiger Positionen im Verbraucherpreisindex

Mai 2003

Verbilligungen	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Verteuerungen	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Krankenschein- bzw. Ambulanzgebühr	- 52,0	Bienenhonig	+ 46,3
Flugticket	- 25,8	Gas, Grundgebühr	+ 40,6
Tomaten	- 22,7	Friseurtrainingskurs	+ 27,9
PC-Computer	- 21,9	Elektrischer Strom, Grundgebühr	
CD-ROM für Schüler bzw. Studenten	- 20,6	Zähler	+ 23,0
Weißkraut	- 19,6	Tennisracket	+ 21,7
Herren-Lodenmantel	- 19,4	Heilbehelfe	+ 20,9
Mobiltelefongerät	- 19,3	Häuptelsalat	+ 20,7
DVD-Player	- 16,1	Trachtenkleid	+ 20,4
PC-Drucker	- 15,6	Paprika	+ 18,3
Brillenfassung	- 13,4	Rindfleisch, Hinteres	+ 16,5
Heimhilfe	- 13,4	Lack	+ 15,3
PC-CD-ROM-Spiel	- 12,8	Zucchini	+ 14,6
Digitalkamera	- 12,7	Goldkette	+ 14,2
Gipskartonplatte	- 11,3	Sweatshirt	+ 13,3
Kinderkrippe öffentlich	- 11,2	Bleistift, Schulstift	+ 13,3
Grundgerät für Videospiele	- 11,1	Vollmilchschokolade	+ 12,5
Karfiol	- 9,5	Fahrschule	+ 12,0
Golddukaten	- 8,9	Bestseller	+ 11,9
Damenschianzug	- 8,7	Metallmodellauto	+ 11,8
		Internetgebühr	+ 11,1

Industrieerzeugnisse (ohne Energie) sind jene Komponenten des Verbraucherpreisindex, deren Preise am wenigsten von der Bewegung der Rohstoffpreise bzw. der Preise landwirtschaftlicher Produkte bestimmt werden. Soweit allerdings Verteuerungen und Verbilligungen dieser Waren auf die Konsumenten überwältigt werden, spiegeln sich solche Schwankungen auch in den Preisen von Industrieerzeugnissen. Auch eine Erhöhung indirekter Steuern (wie im Fall der Niederlande in den letzten Jahren) schlägt sich in den Preisen der Industrieerzeugnisse nieder.

Der Durchschnitt der Preise der Industrieerzeugnisse schwankt von Jahr zu Jahr nur wenig. Dennoch ist diese Gruppe nicht homogen, was die Preisentwicklung ihrer Komponenten betrifft. Die mäßige Entwicklung des Preisindex der Industrieerzeugnisse ist ein statistisches Artefakt. Übersicht 3 führt die stärksten positiven und negativen Preisänderungen gegenüber dem Vorjahresmonat (Mai 2003 gegenüber Mai 2002) an. Die Verteuerungen und Verbilligungen heben einander allerdings weitgehend auf: Im Durchschnitt ergibt sich eine Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahresmonat von 0,9% (laut nationalem Verbraucherpreisindex).

Abbildung 2 stellt die Entwicklung der Preise von Industrieerzeugnissen in Österreich jener in Deutschland und der Euro-Zone gegenüber (auf der Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex). Allerdings ist fraglich, ob die Entwicklung der Preise zwischen den Ländern tatsächlich "vergleichbar" ist. Allein der Umstand, dass die einzelnen Positionen der Industrieerzeugnisse sehr unterschiedliche Preisveränderungsraten zeigen, weist darauf hin, dass die Gewichtung der Preise im Index eine große

Die Entwicklung der Preise von Industrieerzeugnissen

Rolle spielt⁷⁾). Werden etwa technische Güter, deren Preise im Allgemeinen sinkende Tendenz haben, höher gewichtet, so wird der Index der Preise der Industrieerzeugnisse eher eine niedrige oder negative Inflationsrate aufweisen.

Übersicht 3: Preisveränderungen einiger Industrieerzeugnisse im Verbraucherpreisindex

Mai 2003

Verbilligungen	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Verteuerungen	Veränderung gegen das Vorjahr in %
PC-Computer	- 21,9	Tennisracket	+ 21,7
CD-ROM für Schüler bzw. Studenten	- 20,6	Heilbehelfe	+ 20,9
Herren-Lodenmantel	- 19,4	Trachtenkleid	+ 20,4
Mobiltelefongerät	- 19,3	Lack	+ 15,3
DVD-Player	- 16,1	Goldkette	+ 14,2
PC-Drucker	- 15,6	Sweatshirt	+ 13,3
Brillenfassung	- 13,4	Bleistift, Schulstift	+ 13,3
PC-CD-ROM-Spiel	- 12,8	Bestseller	+ 11,9
Digitalkamera	- 12,7	Metallmodellauto	+ 11,8
Gipskartonplatte	- 11,3	Taschenbuch	+ 10,1
Grundgerät für Videospiele	- 11,1	Stickgarn	+ 9,5
Golddukat	- 8,9	Kristalltiere	+ 9,5
Damenschlangez	- 8,7	CD-Rohling	+ 9,4
Sportshirt	- 8,5	Kunststoffbaukasten	+ 9,3
Strickwolle	- 8,0	Blumenerde	+ 8,8
Komforttelefon	- 8,0	Rasierapparat	+ 8,0
Mikrowellenherd	- 7,5	Duschgel	+ 7,6
Videorecorder	- 7,0	Düngemittel	+ 7,2
Tennisbälle	- 6,7	Geschenkpapier	+ 7,1
Zwirn	- 6,6	Sitzgarnitur	+ 7,0

Q: Statistik Austria.

Die großen Schwankungen der Indexwerte für Österreich und für die Euro-Zone weisen auf eine weitere Problematik hin: Bekleidung und Schuhe haben im Preisindex der Industrieerzeugnisse ein Gewicht von rund einem Viertel. Die Frage, ob bzw. wie weit die (in der Regel stark ermäßigten) Preise von Waren in Schlussverkäufen in den Verbraucherpreisindex aufgenommen werden, hat somit erhebliche Bedeutung für die Vergleichbarkeit dieser Indizes. Diese Saisonschwankungen schlagen sich in einigen Jahren sogar in den Vorjahresveränderungen nieder – ein Hinweis darauf, dass dieses Problem nicht zufriedenstellend gelöst wurde. Diese Problematik hängt mit einer anderen eng zusammen: Die Messung der Preise in einer Branche, die von Halbjahr zu Halbjahr modischen Neuerungen unterliegt, ist äußerst schwierig. Soweit diesbezüglich die Praxis der Länder voneinander abweicht, ist die internationale Vergleichbarkeit gestört.

Die Indizes der Preise von Industrieerzeugnissen zeigen für Österreich und Deutschland eine flache und (bis auf die Saisonschwankungen) ähnliche Entwicklung. Erst seit dem Frühjahr 2002 weicht die Entwicklung in Österreich von jener in Deutschland merklich ab. Dies wird noch deutlicher anhand der Veränderungsdaten: Während die Inflationsraten in diesem Bereich in Österreich in den ersten Monaten des Jahres 2003 um 0,5% schwanken⁸⁾, lagen die Werte für Deutschland um nahezu 1 Prozentpunkt darunter.

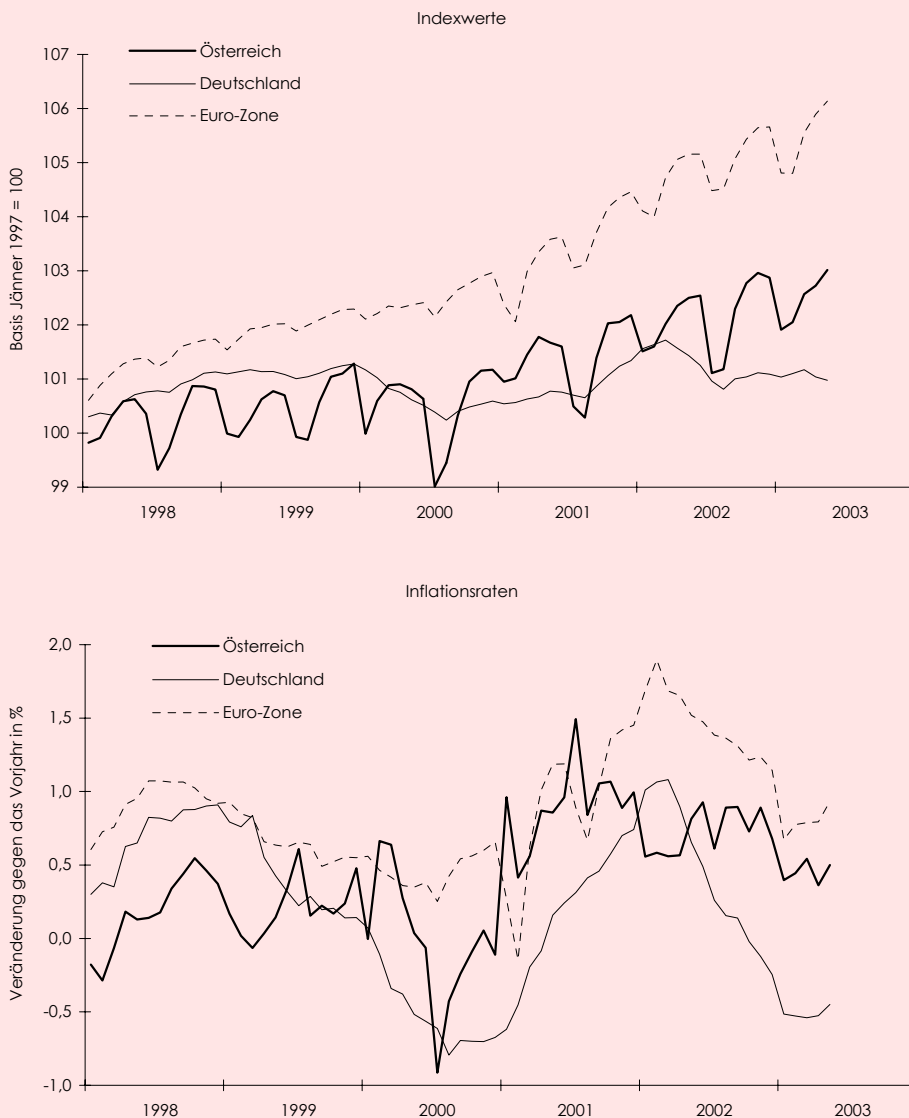
Angesichts der Deflationsbefürchtungen stellt sich hier die Frage, welche Entwicklung als positiv, welche als negativ zu betrachten ist. Ist es weiterhin erstrebenswert, zu jenen Ländern zu zählen, die ein großes Maß an Preisstabilität aufweisen? Eine Teilantwort ergibt sich für jene Beobachter, die noch die Diskussion um die preistreibenden Effekte der Euro-Einführung in Erinnerung haben. Wenn sich diese Effekte in Deutschland vorwiegend während der Umstellungsphase einstellten, in Österreich

⁷⁾ Wenn die Veränderungsdaten aller Preise innerhalb einer schmalen Spanne liegen, spielen die Gewichte, mit denen die Preise in den Index eingehen, eine untergeordnete Rolle.

⁸⁾ Dieser Wert ergibt sich laut Harmonisiertem Verbraucherpreisindex; der nationale Verbraucherpreisindex weist dagegen eine Rate von +0,5% auf (Pollan, 2002).

aber – freilich in unterschiedlichem Ausmaß – möglicherweise schon vor bzw. nach der Umstellungsphase, so kann die negative Veränderungsrate in Deutschland seit Ende des Jahres 2002 als Korrektur der Euro-Effekte ein Jahr zuvor gewertet werden. Somit erweist sich das Preisniveau in Deutschland – anders als in Österreich – im Frühjahr 2003 gegenüber dem Frühjahr 2001 nur leicht erhöht.

Abbildung 2: Industrieerzeugnisse (ohne Energie) laut Harmonisiertem Verbraucherpreisindex



Q: Statistik Austria.

In den vergangenen Jahrzehnten haben eine Reihe von Notenbanken die Inflation auf Verbraucherebene als offizielle Richtgröße ihrer wirtschaftspolitischen Entscheidungen angenommen (Inflation Targeting) oder messen der Stabilität des Geldwertes auf der Konsumentenebene doch große Bedeutung bei⁹⁾.

Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist im Prinzip ein Lebenshaltungskostenindex und misst Veränderungen des Lebensstandards der Konsumenten¹⁰⁾. Er ist wohl eine der am besten empirisch fundierten Wirtschaftskennzahlen und mit geringer zeitlicher Verzögerung verfügbar. Dennoch ist es fragwürdig, ob dieser Index, dessen Zusam-

**Ist die Inflationsrate
laut VPI eine
geeignete Zielgröße
der Geldpolitik?**

⁹⁾ Siehe dazu die Ausführungen von Hahn (1999).

¹⁰⁾ Siehe dazu Pollan (2002).

mensetzung sich nach den Konsumanteilen richtet, ein geeigneter Maßstab für die Geldpolitik sein kann; diese Frage erhebt sich insbesondere dann, wenn die Aufgabe der Geldpolitik darin besteht, die Entwicklung der Wirtschaft (dies schließt freilich die Preisentwicklung mit ein) zu stabilisieren und die Preisentwicklung auf der Ebene der Verbraucher nicht per se wichtig ist, sondern nur als ein Indikator für Konjunkturschwankungen dient.

Selbst wenn die Preisstabilität auf der Verbraucherebene als vorrangiges Ziel der Wirtschaftspolitik oder sogar als einziges Ziel der Geldpolitik anerkannt wird, gelten die im Folgenden angeführten Punkte in leicht abgewandelter Form.

Große Ungenauigkeiten in der Messung der Inflation – geringe internationale Vergleichbarkeit

Die Diskussion über die Deflationsgefahr wird von der Debatte überlagert, wie genau die Inflationsrate durch die Verbraucherpreisindizes gemessen wird. Diese Frage ist freilich auch bezüglich der Vergleichbarkeit der nationalen Preisindizes relevant.

Dies kann am Beispiel der Wohnkosten illustriert werden: In einer viel beachteten Rede wies Alan Greenspan, Präsident des Federal Reserve Board, Ende 1997 darauf hin (und zwar als Begründung für die Unterlassung einer Zinserhöhung), dass in der EU die Wohnkosten von Eigenheimen nur unvollständig erfasst werden: Die Inflationsrate wäre in den USA um 0,3 bis 0,4 Prozentpunkte niedriger, würde das EU-Schema angewandt.

Die Erfassung der Wohnkosten ist auch der wichtigste Punkt, der eine Vergleichbarkeit der Preisentwicklung zwischen Österreich und Deutschland erschwert. In jenen Jahren, als die Mietzinse ("Wohnungsaufwand") im Ausmaß von 5% bis 8% stiegen, hätte eine Anwendung des deutschen Gewichtsschemas (das dieser Position ein viel höheres Gewicht zuweist als das österreichische) eine um rund ½ Prozentpunkt erhöhte Inflationsrate ergeben. In den letzten Jahren hat dieser Punkt an Bedeutung verloren, spielt jedoch seit Mitte 2002 wieder eine gewisse Rolle.

Unterschiede in dieser Größenordnung dürfen in internationalen Vergleichen nicht interpretiert werden. Auch zwischen den Verbraucherpreisindizes Deutschlands und Frankreichs etwa können Unterschiede zwischen der Gewichtung und der Erfassung der Preise durchaus 0,5 bis 1 Prozentpunkt der Inflationsrate ausmachen. Das Statistische Amt der EU in Luxemburg strebt seit einigen Jahren eine Vereinheitlichung der Methoden (auch bezüglich der kritischen Frage der Behandlung von Qualitätsänderungen) an.

Die Beschränkungen des VPI in dieser Hinsicht werden implizit anerkannt, indem für die Beurteilung der Frage der Geldentwertung die "volatilen Komponenten" aus dem VPI herausgerechnet werden (unverarbeitete Nahrungsmittel wie Obst, Gemüse und Fleisch sowie Energie) – Änderungen der Inflation, welche auf diese Komponenten zurückzuführen sind, sind temporär und können daher außer Acht gelassen werden. Die Veränderung des so bereinigten Verbraucherpreisindex ist die Kerninflationsrate und eignet sich eher, mittelfristige Tendenzen der Preisentwicklung anzuzeigen. Diese Bereinigung ist einfach durchzuführen, bleibt aber insofern nur Stückwerk, als die Fluktuationen der Energiepreise (bzw. der Rohstoffpreise insgesamt) und der unverarbeiteten Nahrungsmittel als Inputs sich auf andere Produkte übertragen und somit die Preisentwicklung nahezu aller sonstigen Komponenten beeinflussen. Ein anderer Überwälzungsmechanismus läuft über die Lohnentwicklung.

Ein vielleicht noch schwerwiegender Einwand gegen die Verwendung der Inflationsrate laut Verbraucherpreisindex – selbst in der Form der Kerninflation – als Konjunkturindikator liegt in der Bedeutung jener Komponenten der Preisentwicklung, die auf staatliche Maßnahmen – Änderungen der indirekten Steuern oder Abgabenänderungen – zurückzuführen sind. Diese Änderungen werden häufig losgelöst von Überlegungen zum Konjunkturverlauf durchgeführt und stören somit den sonst bestehenden (lockeren) Zusammenhang zwischen Preis- und Konjunkturentwicklung. In Österreich wird etwa die Hälfte der Preise von Dienstleistungen im VPI (gemessen am

Gewicht) in irgendeiner Form vom Staat (auf Gemeinde-, Länder- und Bundesebene) administriert.

Auch Maßnahmen zur Änderung der Marktstruktur (wie etwa die Liberalisierung des Telekommunikationsbereichs) werden nur selten in Hinblick auf die Konjunkturentwicklung getroffen. Etwaige sich daraus ergebende Preisrückgänge treten dann weitgehend unabhängig vom Konjunkturverlauf ein.

Eine Beurteilung des Konjunkturverlaufs hinsichtlich der Deflationsrisiken anhand der Entwicklung des VPI wird daher auch aus diesem Grunde zu einer Fehleinschätzung gelangen¹¹⁾. Solche Strukturmaßnahmen ebenso wie Änderungen der Steuersätze und der Abgaben stören auch die Aussagekraft und Vergleichbarkeit der Inflationsraten zwischen den einzelnen Ländern.

Die bisherige Diskussion beschränkte sich hauptsächlich auf die Preisentwicklung des Produktionssektors (gewichtet nach den Verbrauchsausgaben der Konsumenten) und klammerte damit die Entwicklung der Preise im Finanzsektor aus.

Spekulative Auswüchse und Finanzkrisen, die von großen Unternehmens- und Bankkonkursen begleitet waren, kennzeichneten bereits im 19. Jahrhundert einige ernste Wirtschaftsrückschläge. Im 20. Jahrhundert war es vor allem die Finanzkrise 1929/1933, die eine weltweite Wirtschaftskrise auslöste. Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die sechziger Jahre war dagegen weitgehend frei von Turbulenzen auf den Finanzmärkten; in dem Maße allerdings, als die sich die Inflation beschleunigte und die Zinssätze erheblichen Schwankungen unterworfen waren, wurden auch die Finanzmärkte instabiler.

Diese Instabilität kehrte in letzter Zeit insbesondere *Minsky* (1986) wieder als Ursache von zyklischen Schwankungen hervor; er verbindet die Schuldendeflationstheorie von *Fisher* (1932, 1933) mit einer Interpretation der Arbeiten von Keynes. Demnach sind finanzielle und wirtschaftliche Krisen miteinander verflochten und im Grunde endogene Prozesse. Lange Perioden der Prosperität nähren ein Klima des Optimismus und fördern eine exzessive kurzfristige Finanzierung von langfristigen Investitionsprojekten, wachsende Überschuldung und Liquiditätsengpässe. Diese langen Expansionsperioden enden, wenn die Ungewissheit über Realkapitalinvestitionen wächst, die Kreditfinanzierung gekürzt wird und scharfe Zinserhöhungen die Liquidierung von Vermögenswerten erfordern. Eine Deflation der Vermögenspreise ist die Folge. Alan Greenspan, Präsident des Federal Reserve Board, betonte in den Jahren der Aktienhaube wiederholt diese Gefahren, indem er auf die Überhitzung der Aktienmärkte hinwies.

Wenn nun die Geldpolitik nicht nur die Entwicklung des realen Sektors, sondern auch jene des Finanzsektors beeinflusst, erhebt sich die Frage, ob eine Zinssenkung nicht nur den realen Sektor stimuliert, sondern auch mit geringer zeitlicher Verzögerung einen vielleicht ohnehin schon stark erhitzten Finanzsektor noch weiter anheizt. Beispiele dafür, wieweit eine Vermögensdeflation in einer Seifenblasenökonomie das Finanzsystem und die realwirtschaftliche Entwicklung beeinflussen kann, bieten Japan und einige andere asiatische Länder¹²⁾.

Wenn es tatsächlich so ist, dass die Instabilität der Finanzmärkte sehr hoch ist und das Platzen der spekulativen Blasen verheerende Wirkungen auf die Realwirtschaft hat, stellt sich für die Wirtschaftspolitik die Frage, von welchen Indikatoren sie sich leiten lassen soll: von Indikatoren aus der Finanzwelt oder aus der Realwirtschaft. Dahinter steht das Dilemma, dass eine restriktivere Geldpolitik zwar die Konjunktur dämpfen, aber die Finanzwirtschaft stabilisieren könnte. In diesem Sinne kann man auch Greenspans Warnungen interpretieren: Um einen möglichen Kurssturz der Aktienmärkte, der in weiterer Folge eine weltweite Deflation auslösen könne, zu vermei-

¹¹⁾ Soweit allerdings die Wirtschaftssubjekte (und die Wirtschaftspolitik) auf die globale Inflationsrate (und nicht auf deren Bestimmungsgründe) achten und ihre Entscheidungen danach ausrichten, hat diese praktische Bedeutung. Es wäre dann für die wirtschaftspolitischen Instanzen einfach, die "Deflation zu bekämpfen" – sie könnten bisher steuerfinanzierte Leistungen des Staates in abgabenfinanzierte Leistungen umwandeln und die Inflation, da solche Änderungen im Verbraucherpreisindex berücksichtigt werden müssen, schlagartig erhöhen.

¹²⁾ Freilich spielen in allen diesen Ländern auch eine Reihe von anderen Faktoren eine wichtige Rolle.

Preise der Produktions- sphäre oder der Finanz- sphäre als Zielgröße im Kampf gegen die Deflation?

den, müsse man schon frühzeitig gegensteuern. Dies spricht für die Einbeziehung von Immobilienpreisen und Finanzanlagen in einen Verbraucherpreisindex, soweit ein solcher als Zielgröße für die Notenbanken dient. Dagegen spricht allerdings der Umstand, dass ein solcher Index große Schwankungen aufweisen könnte (Goodhart, 2001).

Die Notenskala des Internationalen Währungsfonds

Angesichts des Umstands, dass sich konventionelle Preisindizes nur schlecht zur Abschätzung der Deflationsgefahren eignen, entwickelt der Internationale Währungsfonds (IMF, 2003) einen empirischen Rahmen für die Beurteilung der Deflationsrisiken für eine Reihe von Ländern. Dieser Index umfasst neben drei Preisindizes die Output-Lücke, Indikatoren der Kredit- und Geldmärkte sowie die Lage auf den Märkten für Finanzanlagen. Er ermöglicht freilich nur eine grobe Abschätzung der Deflationsgefahren, da die einzelnen Kategorien für die verschiedenen Länder nur die Werte von null oder eins annehmen können. In der allgemeinen Abschätzung der Deflationsrisiken werden auch Strukturfaktoren sowie die Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik berücksichtigt.

Demnach hat sich für einige Länder das Deflationsrisiko erhöht. An der Spitze jener Länder, die der Deflationsgefahr ausgesetzt sind, liegen Japan, Hongkong und Taiwan. Für die USA wird die Deflationsgefahr als niedrig angegeben. Eine Ausnahme bildet Deutschland, wo eine Nachfrageschwäche vorherrscht und Probleme im Kredit- und Finanzsektor zu orten seien. Überdies sei der Spielraum für wirtschaftspolitische Gegenmaßnahmen begrenzt. Laut dieser Studie ist Österreich ebenso wie die USA einem geringen Deflationsrisiko ausgesetzt.

Ein Vorschlag zur Lösung des Problems, welcher Preisindex den Notenbanken als Richtlinie dienen sollte, kommt von Mankiw – Reis (2003): Als Alternative zum VPI, dessen Gewichte die Anteile im privaten Konsum widerspiegeln, würde ein "Stabilitätspreisindex" ein größtmögliches Maß an Stabilität der Wirtschaft sichern und den gewichteten Durchschnitt der Preise aller Wirtschaftssektoren wiedergeben, wobei die Gewichte von den Eigenschaften der Sektorpreise abhängen. Wenn auch ein solcher Index noch nicht operationalisiert werden kann, so lenkt dieser Vorschlag doch von der Fixierung auf den VPI als Richtlinie für die Geldpolitik ab und lässt Grundzüge eines künftigen, für die Geldpolitik geeigneten Preisindex erkennen. Um die Stabilität der Wirtschaft bestmöglich zu gewährleisten, müssten die Gewichte der Sektoren umso größer sein, je stärker die Sektorpreise auf die Konjunktur reagieren. Je sektorspezifischer allerdings die Schocks sind, desto geringer das Gewicht¹³⁾. Eine Simulation mit Daten für die USA legt es nahe, dem Wachstum der Nominallöhne ein großes Gewicht zu geben: Zum einen reagieren Geldlöhne stärker als viele andere Preise auf Konjunkturschwankungen, zum anderen sind sie kaum großen, von der Konjunktur losgelösten Schocks unterworfen. In der Einschätzung dieses Charakteristikums dürfte es allerdings erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Volkswirtschaften geben.

Zusammenfassung und Schluss- folgerungen

Jahrelang galt die Vermeidung der Inflation als eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik. Seit einigen Monaten jedoch wird, da die Konjunkturerholung auf sich warten lässt und der Rückgang der Rohölpreise eine Verlangsamung der Inflation bewirkt, wie schon vor fünf Jahren die Gefahr einer Deflation erörtert. In der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur wird Deflation als Ungleichgewichtsphänomen bezeichnet und zwischen zweierlei Schocks, die eine Deflation auslösen können, unterschieden: Angebotschocks und Nachfrageschocks. Während Angebotschocks (etwa in der Form von erhöhtem Produktivitätsfortschritt oder Rückgang der Rohstoffpreise) von der Wirtschaft leicht verarbeitet werden können, da sie in der Regel von einem raschen Anstieg der Produktion und der Reallöhne begleitet werden, kann eine Nachfrageschwäche eine nachhaltige Unterauslastung von Kapital und Arbeit zur Folge haben.

¹³⁾ In diesem Sinne würden Veränderungen von administrierten Preisen ein Gewicht von nahezu null erhalten.

Eine Interpretation der Deflation als Sinken der Verbraucherpreise bzw. eine Interpretation, die Deflationsgefahr mit niedriger Inflation gleichsetzt, wie dies in der öffentlichen Diskussion gelegentlich geschieht, verstellt den Blick auf die Ursachen eines geringen Preisauftriebs oder Rückgangs des allgemeinen Preisniveaus. Die Fokussierung der Deflationsdebatte auf die Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus erschwert auch die Wahrnehmung, dass sowohl Konsumenten als auch Unternehmen vielfältigen Preisbewegungen ausgesetzt sind; diese Fokussierung lässt mitunter auch die ökonomische Grundregel vergessen, wonach für Unternehmensentscheidungen nicht die Entwicklung der Produktionspreise, sondern jene der Gewinne entscheidend ist. Der Blick auf gängige Kennzahlen wie den Verbraucherpreisindex kann makroökonomische Analysen nicht ersetzen.

Die Entwicklung der Verbraucherpreise wird seit langem vor allem von angebotsseitigen Ereignissen bestimmt; dies ist auch derzeit der Fall. Die Inflationsrate gemäß Verbraucherpreisindex ist kein guter Indikator für nachfrageseitige Schocks. Die Gefahr, dass die aktuelle Phase niedrigen Preisauftriebs in eine Deflationsphase münden könnte, ist äußerst gering, zumal den Währungsbehörden im Verein mit der Fiskalpolitik ausreichend Instrumente zur Verfügung stehen, um die Inflation anzukurbeln.

- Akerlof, G., Dickens, W., Perry, W., "The Macroeconomics of Low Inflation", Brookings Papers on Economic Activity, 1996, (1).
- Beisteiner, A., Holzer, E., Schimper, I., "Verbraucherpreisindex 2000 im Jahr 2002", Statistische Nachrichten, 2003, (3), S. 172-190.
- BIZ, 73. Jahresbericht, Basel, 2003.
- Buiter, W., "Deflation: Prevention and Cure", NBER, Working Paper, 2003, (9623).
- Fisher, I., Booms and Depression, Adelphi Company, New York, 1932.
- Fisher, I., "The Debt-Deflation Theory of Great Depressions", Econometrica, 1933, S. 337-357.
- Feldsieper, M., "Deflation", Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, 2. Band, Stuttgart-Tübingen-Göttingen, 1980.
- Goodhart, Ch., "What Weight Should Be Given to Asset Prices in the Measurement of Inflation", Economic Journal, 2001, (111), S. F335-F356.
- Guger, A., et al., "Wirtschaftspolitisches Forum: Deflationsgefahr und Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik", WIFO-Monatsberichte, 1999, 72(9), http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=8326.
- Hahn, F. R., "Geldpolitik bei Preisstabilität", in Guger et al. (1999), S. 630-631.
- International Monetary Fund (IMF), Deflation: Determinants, Risks, and Policy Options – Findings of an Interdepartmental Task Force, Washington DC, 2003.
- Mankiw, G., Reis, R., "What Measure of Inflation Should A Central Bank Target?", European Central Bank Working Paper Series, Research Paper, 2003, (170).
- Minsky, H., Stabilizing an Unstable Economy, Yale University Press, New Haven-London, 1986.
- Pollan, W., "Zur Messung der Verbraucherpreise: Lebenshaltungskostenindex oder Preisindex?", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(12), http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23245.
- Reinhart, V., "Should We Be Worried About 'Deflation'?", IMF Economic Forum, Washington DC, 2003.
- Yates, T., "Monetary Policy and The Zero Bound to Interest Rates: A Review", European Central Bank, Working Paper, 2002, (190).

Literaturhinweise

The Consumer Price Index as a Deflation Indicator – Summary

Throughout most of the post-war period, the fight against inflation was one of the most important tasks of economic policymakers. For some months now, with ample spare capacity in major advanced industrial countries and inflation receding in the wake of the fall of oil prices, some commentators worry more about deflation than inflation, and draw parallels to the Great Depression. If inflation is defined as a persistent rise in the aggregated price level, then deflation can be defined as a persistent decline in the price level. For analytical purposes, however, it is useful to distinguish between the determinants of a decline in prices: supply-side and demand-side shocks. As a rule, supply-side shocks (a rapid increase in labour productivity or a fall in raw material prices) can easily be absorbed by the economy, because such shocks normally result in increases in output and real wages. Unexpected weakness in demand may, however, result in a serious underutilisation of labour and capital.

The focus on a decline in the overall price level in the current debate impedes the analysis of the causes of low inflation or of the decline in prices. It also contributes to neglecting the economic insight that what is relevant for investment decisions is not the development of prices but of profits.

Since the 1970s the major determinants of consumer prices have been supply shocks; this is also the case in the present situation, and the current rate of inflation is not a good indicator for demand-side shocks. The danger that the present economic malaise might result in a deflationary spiral is very remote.

- 191/2002 **Die Rolle zivilgesellschaftlicher Institutionen und des Gender Mainstreaming bei der Bekämpfung von sozial- und gesellschaftspolitischer Benachteiligung**
Gudrun Biffl
- 192/2002 **Why Did Central Banks Intervene in the EMS? The Post-1993 Experience**
Peter Brandner, Harald Grech
- 193/2003 **The Household Labour Supply and the Labour Market of the Future**
Gudrun Biffl
- 194/2003 **The Role of Migrants in the Production of Tradeables and Non-tradables. The Case of Austria**
Gudrun Biffl
- 195/2003 **Structural Funds, EU Enlargement, and the Redistribution of FDI in Europe**
Fritz Breuss, Peter Egger, Michael Pfaffermayr
- 196/2003 **Risk-Averse Monopolist with Aspiration**
Serguei Kaniovski
- 197/2003 **Should High-tax Countries Pursue Revenue-neutral Ecological Tax Reforms? A Comment**
Kurt Kratena
- 198/2003 **Financial Development and Macroeconomic Volatility. Evidence from OECD Countries**
Franz R. Hahn
- 199/2003 **Long-run Homogeneity of Labour Demand. Panel Evidence from OECD Countries**
Franz R. Hahn
- 200/2003 **Österreich, Finnland und Schweden in der EU: Wirtschaftliche Auswirkungen**
Fritz Breuss
- 201/2003 **On the Determinants of Cross Border Co-operation of Austrian Firms with Central and Eastern European Partners**
Peter Huber
- 202/2003 **Inter-Cultural and other Forces in the Transfer of Human Resource Management and Industrial Relations Practices under Globalization**
Joseph E. Isaac
- 203/2003 **Fully-Funded Public Old Age Pension Programs – Stranger Than Paradise?**
Franz R. Hahn
- 204/2003 **The Role of Technology in Interfuel Substitution: A Combined Cross-Section and Time Series Approach**
Kurt Kratena, Michael Wüger

Michael Böheim

Wettbewerbspolitik in Österreich unter neuen Rahmenbedingungen

Zwischenbilanz und Ausblick

Mit der Kartellrechtsnovelle 2002 wurde die Wettbewerbspolitik in Österreich auf eine neue institutionelle Basis gestellt. Auf innerstaatlichen und europäischen Reformdruck schlug der Gesetzgeber mit der Etablierung von Bundeswettbewerbsbehörde und Bundeskartellanwalt als staatlichen Aufgriffsbehörden einen Weg zur institutionellen Professionalisierung der österreichischen Wettbewerbspolitik ein. Eine erste Zwischenbilanz nach einem Jahr fällt allerdings widersprüchlich aus: Während sich entgegen den ursprünglichen Erwartungen die neue Institutionenstruktur mit zwei Amtsparteien trotz rechtsdogmatischer Bedenken an der Konstruktion und Ressourcenknappheit in der Praxis zu bewähren scheint, erweist sich das Zusammenwirken zwischen Bundeswettbewerbsbehörde und Wettbewerbskommission als problematisch. Eine Umsetzung der anspruchsvollen Vorgaben der europäischen Wettbewerbspolitik erscheint unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen in Österreich gefährdet, da die inhaltliche, methodische und strategische Ausrichtung der österreichischen Wettbewerbspolitik nach wie vor gravierende Defizite aufweist.

Begutachtung: Norbert Knoll, Michael Pfaffermayr, Gunther Tichy • Wissenschaftliche Assistenz: Sonja Patsios • E-Mail-Adressen: Michael.Boeheim@wifo.ac.at, Sonja.Patsios@wifo.ac.at

Mit Wirkung vom 1. Juli 2002 trat in Österreich eine umfassende institutionelle Reorganisation der wettbewerbspolitischen Institutionenstruktur in Kraft. Die Kartellgesetznovelle 2002 ist als unmittelbare Reaktion des Gesetzgebers auf innerstaatlichen und europäischen Reformdruck zu interpretieren¹⁾. Wichtigste Intention war die längst überfällige institutionelle Professionalisierung der wettbewerbspolitischen Praxis in Österreich.

Gekennzeichnet ist das Reformwerk primär durch eine weitgehende Zurückdrängung des vielfach kritisierten umfassenden Einflusses der Sozialpartner auf die kartellrechtliche Entscheidungsfindung. Während das Antragsrecht der Sozialpartner im Fall von Kartellen und Marktmachtmissbrauch erhalten blieb, gingen jenes in der Prüfung von Unternehmenszusammenschlüssen durch den Verlust der Amtsparteienstellung auf zwei neu eingerichtete staatliche Institutionen – die Bundeswettbewerbsbehörde und den Bundeskartellanwalt – über²⁾. Weiters wurde in den Senaten des Kartellgerichts und des Kartellobergerichts die Mehrheit der von den Sozialpartnern entsandten fachkundigen Laienrichter beseitigt, indem zusätzliche Berufsrichter eingesetzt wurden.

In der neuen institutionellen Ordnung ist die *Bundeswettbewerbsbehörde* als zentrale wettbewerbspolitische Institution positioniert. Sie ist zwar organisatorisch beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit angesiedelt, aber hinsichtlich ihrer Aufgaben per Verfassungsbestimmung (§ 1 Abs. 3 WettbG) weisungsfrei und unabhängig gestellt. Ihre Hauptaufgabe ist die Untersuchung und Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen aller Art (vgl. § 2 Abs. 1 WettbG). Zu diesem Zweck wurde ihr der Status

Die Veränderung der wettbewerbspolitischen Landschaft in Österreich

¹⁾ Eine ausführliche Diskussion der innerstaatlichen und supranationalen Entwicklungen, die zur Kartellrechtsreform 2002 geführt haben, bietet Böheim (2002B), S. 54ff.

²⁾ Vgl. § 25 Abs. 3 bzw. § 37 KartG und § 42b Abs. 1 iVm § 44 KartG.

einer Amtspartei mit Parteienstellung in allen kartellrechtlichen Verfahren mit umfassenden Ermittlungs- und Aufgriffsrechten zugestanden.

Ergänzend zur Bundeswettbewerbsbehörde wurde beim Bundesministerium für Justiz der *Bundeskartellanwalt* eingerichtet. In konsequenter Umsetzung des Anklageprinzips ist der Bundeskartellanwalt (ähnlich einem Staatsanwalt im Strafverfahren) zur Vertretung der öffentlichen Interessen in Angelegenheiten des Wettbewerbsrechts beim Kartellgericht berufen (§ 112 KartG). Der Bundeskartellanwalt ist unmittelbar dem Bundesminister für Justiz unterstellt und an dessen Weisungen gebunden. Als (zweite) Amtspartei verfügt er über die gleichen Aufgriffskompetenzen wie die Bundeswettbewerbsbehörde. Obwohl beide Amtsparteien zum Zusammenwirken verhalten sind (§ 117 KartG), sind Prüfungsanträge an das Kartellgericht nicht an eine übereinstimmende Vorgangsweise gebunden. Eine gegenseitige Blockade der beiden Institutionen ist somit nicht möglich, da beide Amtsparteien unabhängig voneinander agieren können.

Diese Parallelkonstruktion von Bundeswettbewerbsbehörde und Bundeskartellanwalt wurde wegen der Duplizierung von Zuständigkeiten treffend als "One-Stop-Shop auf Österreichisch" karikiert (*Ablasser – Hemetsberger, 2002*). Die Vorgabe des Gesetzgebers, dass die beiden Behörden "keine parallel agierenden, einander konkurrierenden Eichrichtungen sein, sondern sich in ihrer Aufgabenerfüllung ergänzen sollen"³⁾, ist zumindest in Fällen von großem öffentlichen Interesse, die selbstverständlich von beiden Amtsparteien untersucht werden, bloße Makulatur. Inhaltlich könnte die Existenz des Bundeskartellanwalts am besten durch die Wahrung der Interessen der Konsumenten bei der Beurteilung von Wettbewerbsfällen argumentiert werden⁴⁾, was allerdings eine Zuständigkeit des Justizministers (als "politischer Vorgesetzter" des Bundeskartellanwalts) für Konsumentenschutz voraussetzen würde⁵⁾.

Eine solche Institutionenstruktur, die sich zwei staatliche Amtsparteien leistet, könnte auf den ersten Blick als (unnötige) Ressourcenverschwendung bezeichnet werden, doch erweist sich diese Konstruktion bei näherer Betrachtung als (theoretisch mögliche) subtile implizite politische Kontrolle der unabhängigen Bundeswettbewerbsbehörde durch den Bundesminister für Justiz über den weisungsabhängigen Bundeskartellanwalt.

Im Extremfall könnte sich diese als "Doppelgleisigkeit" kritisierte Aufbauorganisation als "wettbewerbspolitischer Glücksfall" erweisen. Da der Bundeskartellanwalt mit den gleichen Aufgriffsrechten wie die Bundeswettbewerbsbehörde ausgestattet ist, könnte er (vom Bundesminister für Justiz dazu veranlasst) die Wettbewerbsbehörde "vor sich hertreiben" – wenn in einem Fall "von öffentlichem Interesse" der Bundeskartellanwalt einen Prüfungsantrag stellt, die Bundeswettbewerbsbehörde aber einen Prüfungsverzicht abgibt, wäre dies jedenfalls erklärungsbedürftig⁶⁾. Diese seltsame Rechtskonstruktion, die die implizite politische Kontrolle einer per Verfassungsgesetz weisungsunabhängig gestellten Behörde erlaubt, könnte sich in Grenzfällen wettbewerbspolitisch äußerst positiv auswirken, da eine untätige Bundeswettbewerbsbehörde unter Zugzwang geriete. Andererseits kann aber die Politik die Stellung eines Prüfungsantrags per Weisung nicht verhindern, da ein allfälliger (vielleicht durch

³⁾ Vgl. EB 1005 d.B. (XXI. GP), Allg. Teil lit b, 17f.

⁴⁾ Mit dieser Begründung würde man das wettbewerbstheoretische Konzept der Chicago School aufgreifen, das das Zielbündel der Wettbewerbspolitik auf die Steigerung der Konsumentenwohlfahrt reduziert (vgl. Böheim, 2002A). Die im Rahmen der Reform der EU-Fusionskontrollverordnung in der Generaldirektion Wettbewerb neu geschaffene Position des Consumer Liaison Officer ist ein deutliches Indiz dafür, dass Konsumenteninteressen bei der Beurteilung von Wettbewerbsfällen in Zukunft auch in Europa (wie schon jetzt in den USA) eine prominenter Rolle spielen werden.

⁵⁾ Tatsächlich lag zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Kartellrechtsreform 2002 die Kompetenz für Konsumentenschutzbelange beim Bundesministerium für Justiz. In der aktuellen Legislaturperiode (XXII. Gesetzgebungsperiode) wurde der Konsumentenschutz dem Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen zugeschlagen (vgl. § 1 BundesministerienG BGBl. ...Nr. 76/1986 idF BGBl. I Nr. 17/2003). Angeblich geht dies auf Interventionen von einflussreichen Wirtschaftskreisen angesichts des "zu engagierten" Auftretens des Justizministers in Konsumentenschutzbelangen zurück (z. B. Prozesse gegen Banken wegen Zinsgleitklausel für Privatkredite; vgl. das Interview mit Justizminister Böhmndorfer "Verlust als Auszeichnung", *Der Standard*, 12. März 2003).

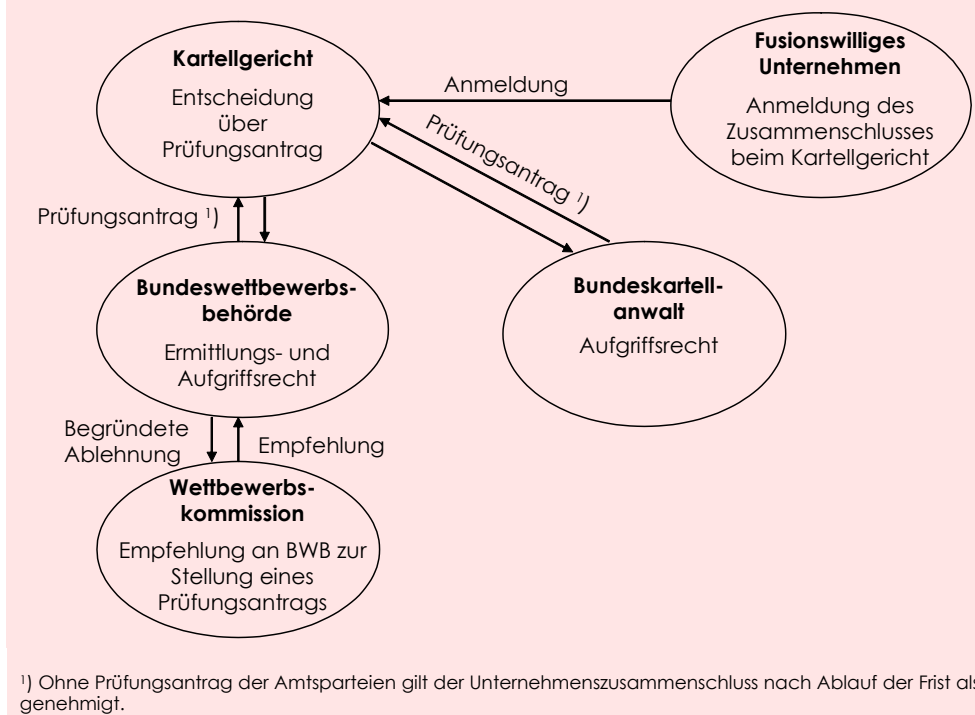
⁶⁾ Bisher ist dieser Fall nicht eingetreten. In der Praxis gehen Bundeswettbewerbsbehörde und Bundeskartellanwalt fast ausnahmslos gemeinsam vor; das ist besonders gut an der Parallelität der Stellung (auch Zurückziehung und Verzicht) von Prüfungsanträgen beim Kartellgericht zu beobachten.

Weisung erzwingener) Prüfungsverzicht des Bundeskartellanwalts die Bundeswettbewerbsbehörde nicht bindet.

Der Bundeswettbewerbsbehörde wurde vom Gesetzgeber die *Wettbewerbskommission* als beratendes Organ beigegeben (§ 16 WettbG). Jeweils vier ihrer acht Mitglieder werden vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit bzw. von den sozialpartnerschaftlichen Institutionen nominiert. In Fusionskontrollfällen kann die Wettbewerbskommission Empfehlungen an die Bundeswettbewerbsbehörde zur Stellung eines Prüfungsantrags abgeben. Eine solche Empfehlung ist für die Wettbewerbsbehörde allerdings nicht bindend, sondern kann begründet abgelehnt werden. Darüber hinaus kann die Wettbewerbskommission Gutachten zu allgemeinen wettbewerbspolitischen Fragestellungen erstatten.

Die Wettbewerbskommission, die anders als z. B. die deutsche Monopolkommission über keinen Mitarbeiterstab und kein eigenes Budget verfügt, wurde vom Gesetzgeber mit einer äußerst schwachen Rechtsstellung ausgestattet und ist in ihrem Wirken vollkommen vom "guten Willen" der Bundeswettbewerbsbehörde abhängig. In der Praxis gibt die Wettbewerbskommission ihre Empfehlung zur Stellung eines Prüfungsantrags bei Unternehmenszusammenschlüssen aufgrund der ihr zur Verfügung gestellten Anmeldeunterlagen ab. Ein darüber hinausgehender umfassender Informationsaustausch und eine vertiefte Einbindung der Wettbewerbskommission in die Untersuchung von Fusionsfällen erfolgen in der Praxis selbst in Fällen von großem öffentlichen Interesse (wie z. B. der österreichischen Gaslösung "Econgas") nicht. Dass die Wettbewerbsbehörde auf eine fundierte Beratung und einen regen Meinungsaustausch mit dem ihr zugeordneten Expertengremium verzichtet, steht in erklärungsbedürftigem Widerspruch zu dem (oftmals zu Recht beklagten) Mangel an Expertenwissen in der Wettbewerbsbehörde.

Abbildung 1: Die Prüfung von Fusionen in Österreich



Die Entscheidung in Wettbewerbsfällen liegt auch nach der Kartellrechtsreform 2002 in erster und zweiter Instanz beim *Kartellgericht* bzw. beim *Kartellobergericht*. Geändert wurden die Zusammensetzung der Richtersenaten des Kartellgerichts und die Einleitung von Prüfungsverfahren. In den Senaten des Kartellgerichts und des Kartellobergerichts haben nun die von den Sozialpartnern nominierten fachkundigen Laienrichter keine Mehrheit mehr, sodass ein Überstimmen der Berufsrichter nun nicht mehr möglich ist. Die aus rechtsdogmatischen Gründen (Identität von Ankläger und Richter) heftig kritisierte amtswegige Einleitung eines Prüfungsverfahrens (vormals

§ 44a KartG) wurde wieder abgeschafft. Die Aufgriffskompetenz aus öffentlichem Interesse ging auf den Bundeskartellanwalt über.

Die einschneidendsten Änderungen ergaben sich durch die Kartellrechtsnovelle 2002 in der Fusionskontrolle – hier verloren die Sozialpartner ihr Recht auf Stellung eines Prüfungsantrags. Sie sind nun auf die Abgabe von Stellungnahmen (§ 49 KartG) und die Mitwirkung in der Wettbewerbskommission über die von ihnen nominierten Mitglieder beschränkt. Den neuen institutionellen Rahmen für die Prüfung von Fusionen zeigt zusammengefasst Abbildung 1.

Erneut Handlungsbedarf durch Entwicklungen auf europäischer Ebene

Mit der Kartellrechtsnovelle 2002 wurde ein institutioneller Aufholprozess gegenüber europäischen Standards begonnen. Dennoch hinkt Österreich dem State of the Art der europäischen Wettbewerbspolitik noch immer bzw. schon wieder substantiell nach, weil die Europäische Kommission inzwischen weitreichende Reformvorhaben eingeleitet hat. Die gravierenden österreichischen Defizite betreffen dabei weniger die institutionellen Rahmenbedingungen als vielmehr die inhaltliche und methodische Ausrichtung der Wettbewerbspolitik.

Die Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission verfolgt seit den neunziger Jahren eine konsequente *Ökonomisierung der Wettbewerbspolitik*, da die traditionelle Methode der Marktanalyse im Wettbewerbsrecht zunehmend obsolet wurde angesichts einer rasanten technologischen Entwicklung, globalisierter Märkte sowie dynamischer Strukturverschiebungen, von denen ganze Wirtschaftssektoren betroffen sind. Der – im Gegensatz zum Antitrust Law der USA, das seit jeher auf einer gemeinsamen Anwendung von juristischer und ökonomischer Analyse basiert⁷⁾ – traditionell stärker juristisch ausgerichtete Ansatz der europäischen Wettbewerbspolitik war unter diesen geänderten Rahmenbedingungen an die Grenzen seiner Analysemacht gestoßen.

Mit den Initiativen des damaligen Wettbewerbskommissars van Miert und dann des Kommissars Monti leitete die Europäische Kommission einen Modernisierungsprozess der Wettbewerbspolitik ein, der gekennzeichnet ist durch eine Forcierung der ökonomischen Analyse in der Behandlung von Wettbewerbsfällen (*Hildebrand, 2000*). Ökonomische Analysemethoden haben sowohl bei der Ausgestaltung und Interpretation der wettbewerbsrechtlichen Normen als auch bei der Beurteilung konkreter Fälle verstärkte Bedeutung.

Als theoretische Grundlage ihrer ökonomischen Analysen entwickelte die Europäische Kommission einen eigenen "more economics based approach", der auch als *Europäische Schule* bezeichnet wird (*Hildebrand, 1998*).

Der verstärkte Einsatz ökonomischer Methoden in der Wettbewerbspolitik wird allgemein als nicht nur höchst wünschenswert, sondern als prinzipiell unverzichtbar angesehen (*van Miert, 1998*). Besonders deutlich wird dieser Ansatz in den aktuellen Dokumenten, die explizit die Vorstellungen der Europäischen Kommission hinsichtlich der Herangehensweise und Bewertung von wettbewerbsrelevanten Sachverhalten offenlegen. Beispiele dafür sind die "De-minimis"-Bekanntmachung⁸⁾ und die Bekanntmachung über die Definition des relevanten Marktes⁹⁾, die verschiedenen Gruppenfreistellungsverordnungen (GVO)¹⁰⁾ sowie die Leitlinien für horizontale und vertikale Vereinbarungen¹¹⁾.

Obwohl die durch diese Dokumente eingeforderte verstärkte ökonomische Analyse zweifellos die Komplexität der Entscheidungsfindung erhöht, ist der Ansatz der Europäischen Kommission von pragmatischen Gesichtspunkten geleitet. Im Sinne einer möglichst breiten Problemerkennung werden sowohl qualitative als auch quantitative

⁷⁾ Der U.S. Sherman Act aus dem Jahr 1890 wird allgemein als das erste Wettbewerbsgesetz angesehen, das sowohl eine juristische als auch eine ökonomische Sichtweise bei der Analyse von Wettbewerbsfällen einfordert.

⁸⁾ Bekanntmachung der Kommission über Vereinbarungen von geringer Bedeutung, Abl. C 368, 22. Dezember 2001.

⁹⁾ OJ C 372, 9. Dezember 1997.

¹⁰⁾ Die aktuellste GVO wurde für den Kfz-Sektor erlassen: VO (EC) No. 1400/2002, OJ L 203, 1. August 2002.

¹¹⁾ Leitlinien für vertikale Beschränkungen, OJ. C 291, 13. Oktober 2000.

Methoden eingesetzt; das ist besonders gut an der Abgrenzung des sachlich und räumlich relevanten Marktes zu beobachten. Erst aus der Gesamtschau von qualitativer und quantitativer Analyse wird eine umfassende Beurteilung eines Sachverhalts abgeleitet.

Substantielle Auffassungsunterschiede mit den Wettbewerbsbehörden der USA über rivalisierende Konzepte zur Prüfung von Unternehmenszusammenschlüssen¹²⁾ beim von der Kommission untersagten Unternehmenszusammenschluss von General Electric/Honeywell (Comp/M. 2220) im Jahr 2001 und Berufungsurteile des Gerichtshofs erster Instanz, die Einwendungen fusionswerbender Unternehmen im Jahr 2002 stattgaben (Case T-342/99 – Airtours vs. Commission; Case T-310/01 – Schneider Electric SA vs. Commission; Case T-5/02 – Tetra Laval BV vs. Commission), belegen, wie das wettbewerbstheoretische Fundament der europäischen Wettbewerbspolitik ins Wanken geraten ist.

Als Reaktion auf diese wohlbegründete Kritik des Gerichtshofs und der Wissenschaft (Neven – Nuttall – Seabright, 1993, Kühn, 2003) entwickelte die Kommission "die weitreichendste Reform der EU-Fusionskontrolle seit Inkrafttreten der Fusionskontrollverordnung (FKVO) im Jahr 1990"¹³⁾.

Das FKVO-Reformpaket besteht aus drei Hauptteilen: 1. einem Vorschlag zur Revision der FKVO begleitet von 2. einem Bündel von legislativen und nichtlegislativen Maßnahmen zur Verbesserung des Entscheidungsprozesses in Fusionsverfahren (siehe Kasten) und schließlich 3. einem Entwurf von Leitlinien zur Beurteilung von horizontalen Unternehmenszusammenschlüssen.

Eckpunkte der Reform der EU-Fusionskontrollverordnung

Legislative Maßnahmen

(Änderungen der EU-Fusionskontrollverordnung)

- Präzisierung des Marktbeherrschungstests hinsichtlich der Anwendung auf Oligopol-Situationen
- Lockerung der zeitlichen Vorgaben für die Anmeldung von Zusammenschlüssen
- Vereinfachung der Verweisung von Fällen von der Kommission an die nationalen Wettbewerbsbehörden und umgekehrt (Vermeidung von "Mehrfachanmeldungen")
- Flexibilisierung des Zeitrahmens zugunsten einer tiefgehenden Prüfung von Zusammenschlüssen
- Stärkung der Untersuchungsbefugnisse der Kommission

Nichtlegislative Maßnahmen

(Optimierung des Entscheidungsprozesses)

- Schaffung des Postens eines Chefökonom in der Generaldirektion Wettbewerb
- Bestellung eines Kontrollforums ("devil's advocate panel") bei allen umfassenden Prüfungsverfahren (Phase II)
- Akteneinsicht für die zusammenschlusswerbenden Unternehmen zu einem früheren Zeitpunkt
- "State-of-Play"-Meetings zwischen der Kommission und den zusammenschlusswerbenden Unternehmen an zentralen Punkten des Verfahrens
- Einsetzung eines Verbindungsbeamten für Verbraucherfragen (Consumer Liaison Officer)
- Aufstockung des Mitarbeiterstabs des Anhörungsbeauftragten (Hearing Officer)

Die Reform der FKVO ist als integraler Bestandteil der umfassenden Reform der Verordnung 17/1962 zu verstehen, die das gesamte europäische Wettbewerbsregime auf eine zeitgemäße Grundlage stellte. Der Mitteilungsentwurf über die Beurteilung von Zusammenschlüssen zwischen Konkurrenzunternehmen ("horizontale Zusammenschlüsse"), der Transparenz, Nachvollziehbarkeit, Berechenbarkeit und Rechtssicherheit erhöhen soll, kann als direkte Reaktion auf die Einwendungen des Gerichtshofs erster Instanz zur mangelhaften ökonomischen Bewertung von (oben zitierten) Wettbewerbsfällen interpretiert werden.

¹²⁾ Während die Europäische Kommission den Marktdominanztest verwendet, stützen sich die Federal Trade Commission und das US Department of Justice auf den "Substantial Lessening of Competition Test" (SLC-Test). Auch das österreichische Wettbewerbsrecht legt der Beurteilung von Unternehmenszusammenschlüssen den Marktdominanztest zugrunde (§ 42b Abs. 2 Zif. 2 KartG). Während demnach Unternehmenszusammenschlüsse zu untersagen sind, wenn sie die Entstehung oder Verstärkung einer marktbeherrschenden Stellung zur Folge haben, stellt der SLC-Test darauf ab, ob der Wettbewerb wesentlich eingeschränkt wird ("substantial lessening of competition"). In den meisten Fällen liefern beide Tests dasselbe Ergebnis, in Grenzfällen sind allerdings unterschiedliche Ergebnisse denkbar (vgl. Bundeskartellamt, 2001).

¹³⁾ "Kommission beschließt umfassende Reform der EU-Fusionskontrolle", IP/02/1856, 11. Dezember 2002.

Wettbewerbstheoretisches Kernstück der Reform der FKVO ist die Verbesserung der ökonomischen Beurteilung bei Entscheidungen über Fusionen; im Diskussionsprozess wird die Kommission insbesondere ihre Vorstellung von Marktbeherrschung (Dominanz) auf Oligopolmärkten sowie die Bewertung von Effizienzargumenten präzisieren müssen. Die Reform soll nach Abschluss des Diskussionsprozesses am 1. Mai 2004 in Kraft treten.

Ausgeprägte Wettbewerbskultur fehlt in Österreich

"Competition is not considered the best guarantee to consumers of choice and value, and a spur to business to be dynamic and innovative. Free markets are still regarded, it seems, with some suspicion in Austria" (Global Competition Review, 2003, S. 12).

Der Nutzen funktionierender Wettbewerbs für eine Volkswirtschaft und die Umweltrentabilität einer effektiven Wettbewerbspolitik über höheres Wirtschaftswachstum werden von den wirtschaftspolitischen Verantwortträgern in Österreich auch noch fast 10 Jahre nach dem EU-Beitritt generell unterschätzt.

Eine lebendige Wettbewerbskultur hat sich in Österreich bisher nie entwickelt. In einem Umfeld von amtlichen Preisregelungen und (geduldeten) Kartellen verwundert es nicht, dass Absprachen zwischen Wettbewerbern bestenfalls als "Kavaliersdelikt" betrachtet wurden und zum Teil noch immer werden. Dementsprechend spielte die Wettbewerbspolitik in Österreich immer nur eine untergeordnete Rolle.

Mit EU-Beitritt im Jahr 1995 und der damit verbundenen Übernahme des gesamten Gemeinschaftsrechts (*acquis communautaire*) haben sich die wettbewerbsrechtlichen Spielregeln für die österreichischen Unternehmen und damit die Rahmenbedingungen für die österreichische Wettbewerbspolitik grundlegend geändert. Offensichtliche wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen, wie z. B. der "Lombard-Klub", die lange Zeit unter den Augen der österreichischen Wettbewerbspolitik und der Öffentlichkeit auch nach dem EU-Beitritt unwidersprochen blieben, belegen, dass das Unrechtsbewusstsein der beteiligten Unternehmen und die Sensibilität der Wettbewerbspolitik gegenüber solchen Verstößen in Österreich nach wie vor nicht besonders ausgeprägt sind.

Statt ein wettbewerbsfreundliches Umfeld ("*level playing field*") mit fairen Marktbedingungen für alle Wettbewerber zu schaffen, setzt sich die österreichische Wirtschaftspolitik bevorzugt für "österreichische Lösungen" ein, auch wenn die Europäische Kommission diesen Tendenzen ablehnend gegenübersteht und sie gegebenenfalls auch unterbindet. Besonders deutlich wurde die unterschiedliche Vorgangsweise von europäischen und österreichischen Wettbewerbsbehörden bei der Beurteilung der beiden thematisch verwandten und strukturell ähnlichen "österreichischen Energielösungen" (Strom- und Gasmarkt).

Der als "österreichische Stromlösung" bekannt gewordene Unternehmenszusammenschluss zwischen Verbund und Energie Allianz wurde von der Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission geprüft (Comp/M. 2947). Dieser Fall ist ein prototypisches aktuelles Beispiel für eine verfehlte Einschätzung der rigorosen Wettbewerbsorientierung der Europäischen Kommission durch an die laxen österreichische Wettbewerbspolitik gewöhnte frühere Monopolunternehmen¹⁴⁾, die unterstützt durch die Politik über Fusionen ihre Monopolstellung auch auf liberalisierten Märkten verteidigen wollen.

Nach dem bei der Europäischen Kommission zur wettbewerbsrechtlichen Genehmigung vorgelegten Unternehmenszusammenschluss würden Energie Allianz und Verbund ihre jeweiligen Aktivitäten im Elektrizitätshandel und in der Belieferung von Großkunden mit einem Jahresverbrauch von über 4 GWh zusammenlegen und in der Folge über zwei neu gegründete Gemeinschaftsunternehmen (APT und E&S) Energie handeln und vertreiben. Durch die Zusammenführung des größten Stromerzeugers in Österreich (Verbund) mit fünf seiner regionalen Verteilungsunternehmen (zusammengefasst in der Energie Allianz) würden die gemeinsamen Marktanteile in der Erzeugung und Lieferung von Strom sowohl an gewerbliche Abnehmer als auch an private Verbraucher in Österreich erheblich steigen. Neben der neuen Einheit (Energie Austria) blieben in Österreich dann nur noch fünf regionale Stromvertriebsunternehmen; an drei von ihnen (in Kärnten, Salzburg und der Steiermark) halten aber die Zusammenschlusswerber auch Anteile, und sie hängen für ihre Stromlieferungen in hohem Maße von der Energie Austria ab.

Nach Ansicht der Kommission würde deshalb die Energie Austria eine solche Marktmacht auf dem österreichischen Strommarkt erlangen, dass sie die Strompreise für

¹⁴⁾ Die marktbeherrschende Energie Allianz (Marktanteil über 50%) ist selbst Ergebnis einer von der österreichischen Wettbewerbspolitik zu verantwortenden Fusion von Bewag, Energie AG OÖ, EVN, Linz AG und Wiener Stadtwerken.

die österreichischen Unternehmen und Haushalte bestimmen könnte. Entscheidend für die Begründung bzw. Verstärkung einer marktbeherrschenden Stellung waren insbesondere der Wegfall des Verbund als derzeit wichtigster aktiver und potenzieller Wettbewerber der Energie Allianz, die führende Stellung der beiden Unternehmen in der Stromerzeugung sowie bestehende Verflechtungen mit Wettbewerbern. Im Verlauf der vertiefenden Prüfung zeigt sich bald, dass die Europäische Kommission diesen Unternehmenszusammenschluss – wenn überhaupt – nur unter sehr strengen Auflagen zur Sicherstellung des Wettbewerbs auf dem österreichischen Strommarkt genehmigen würde. Es wäre bei realistischer Einschätzung der Lage absehbar gewesen, dass die Kommission zumindest bis zur vollen Liberalisierung der europäischen Strommärkte im Jahr 2007 als relevanten Markt ganz Österreich heranziehen und deshalb die österreichische Stromlösung mit strengen Auflagen und Übergangsfristen belegen wird.

Die bedeutendste Auflage ist sicher die Verpflichtung zum Verkauf des Verbund-Anteils von 55% an der gemeinsamen Großkundengesellschaft APC mit dem steirischen Landesversorger Steweag/Steg, wobei die steirische Energieholding Estag ihr Vorkaufsrecht an der APC nicht ausüben darf¹⁵⁾. Mit dieser eigentumsrechtlichen Entflechtung kann ein unabhängiges Konkurrenzunternehmen als Käufer des APC-Anteils ein wirksames Gegengewicht zur Marktmacht der Energie Austria bilden.

Die Tatsache, dass die Europäische Kommission eine eigentumsrechtliche Entflechtung als Auflage vorschreibt, ist als eindeutiges Bekenntnis zur Bedeutung der Marktstruktur für einen funktionsfähigen Wettbewerb zu werten. Vergleichbare eigentumsrechtliche Entflechtungen zur Erhaltung einer kompetitiven Marktstruktur forderte die E-Control auch anlässlich des Zusammenschlusses der Erdgassparten von OMV, Energie Allianz und Oberösterreichischer Ferngas zur "österreichischen Gaslösung" (24 Kt 184/02 – Econgas). So sollte sich nach Meinung der Energieregulatoren die EVN von ihrem Anteil von 40% an der RAG (Rohöl-Aufsuchungs AG), neben der OMV dem einzig nennenswerten österreichischen Gasproduzenten, trennen. Gefordert wurde auch der Verkauf des Anteils der OMV von 50% an der OÖ Ferngas sowie des Anteils der Energie OÖ AG von 26% an der Salzburg AG. Obwohl auf Jahre hinaus die Bildung eines europäischen Gasmarktes nicht zu erwarten ist und Econgas den Import von Gas mit einem Marktanteil von 86%, den Kleinkundenmarkt mit 80%, die Speicherung von Erdgas mit 78% und die Versorgung der Großkunden mit 70% beherrschen wird¹⁶⁾, schrieb die österreichische Wettbewerbsaufsicht für den Zusammenschluss keine eigentumsrechtlichen Entflechtungen als Auflagen vor.

Das im Zusammenwirken zwischen Bundeswettbewerbsbehörde, Bundeskartellanwalt und Bundesarbeitskammer¹⁷⁾ mit den Fusionswerbern abgestimmte Auflagenpaket sieht zwar "Verhaltensmaßregelungen" vor¹⁸⁾; das wird allerdings die aus der hohen Anbieterkonzentration auf dem österreichischen Erdgasmarkt resultierenden wettbewerbspolitischen Probleme der Marktstruktur (Quasi-Monopol) nicht lösen können.

Die "österreichische Gaslösung" zeigt (einmal mehr), dass die österreichische Wettbewerbspolitik selbst noch immer zu schwach ist, um das Entstehen volkswirtschaftlich schädlicher Marktkonzentrationen zu verhindern. Wenn aber im Konflikt zwischen Industrie- bzw. Energiepolitik und Wettbewerbspolitik grundsätzlich erstere Vorrang erhält, kann sich trotz Liberalisierung kaum funktionierender Wettbewerb auf den Märkten einstellen.

¹⁵⁾ Sollte keine Einigung zwischen Verbund und Estag hinsichtlich der finanziellen Ablöse des Vorkaufsrechts zustande kommen, würde die Kommission nach gesonderter Prüfung auch andere äquivalente Maßnahmen (d. h. Abgabe von Großkundenanteilen der Energie Allianz) akzeptieren.

¹⁶⁾ Vgl. http://www.diepresse.com/services/archiv/archiv_print.asp?id=301477.

¹⁷⁾ Der Zusammenschlussfall "Econgas" war gleichzeitig einer der letzten unter dem alten und der erste unter dem neuen Kartellrechtsregime, weshalb unter dieser besonderen Konstellation sowohl die Bundesarbeitskammer als "alte" Amtspartei als auch die Bundeswettbewerbsbehörde und der Bundeskartellanwalt als "neue" Amtsparteien zur Stellung von Prüfungsanträgen beim Kartellgericht berechtigt waren.

¹⁸⁾ So kann z. B. kein Versorger mehr verpflichtet werden, Erdgas exklusiv von der OMV importieren zu lassen, da alle Gasverteiler die Möglichkeit haben, die Verträge mit der OMV zu kündigen; für Details zum Auflagenpaket siehe <http://www.bwb.gv.at/BWB/Aktuell/zusaengas.htm>.

Besondere wettbewerbspolitische Probleme ergeben sich zudem aus dem Zusammenspiel von Energie Austria und Ecomgas, da über die Beteiligung der Energie Allianz an beiden Quasi-Monopolisten nicht nur die vertikale Konzentration der Wertschöpfungskette (Erzeugung – Vertrieb), sondern auch die horizontale Konzentration der beiden wichtigsten Energieträger (Strom – Gas) verwirklicht wurde. Eine Lösung kann hier wahrscheinlich nur durch eine strikte eigentumsrechtliche Trennung von Netz und Vertrieb ("Unbundling") gefunden werden.

Bausteine einer österreichischen Wettbewerbspolitik

Der österreichischen Wettbewerbspolitik fehlt vor allem – die öffentlichen Diskussionen um die österreichische Strom- und Gaslösung haben es deutlich gezeigt – ein grundlegendes Verständnis über den Wert des Wettbewerbs für eine Volkswirtschaft im Allgemeinen und den diesbezüglichen Nutzen der Wettbewerbspolitik im Besonderen.

Grundsätzliche wettbewerbstheoretische Erkenntnisse und abgesicherte empirische Ergebnisse zur Fundierung wettbewerbspolitischer Maßnahmen müssten die Basis für die Formulierung eines "Grand-Design der österreichischen Wettbewerbspolitik" bilden¹⁹⁾.

In einem marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaftssystem bedürfen staatliche Eingriffe in die Handlungen privater Wirtschaftssubjekte einer wohl fundierten ökonomischen Begründung. Demnach sind auch wettbewerbspolitische Interventionen des Staates grundsätzlich nur bei Auftreten von *Marktversagen* gerechtfertigt – also nur dann, wenn durch das freie Wirken der Marktkräfte eine gesamtwirtschaftlich suboptimale Ressourcenallokation entstünde.

Im ökonomischen Modell verbessert eine Intensivierung des Wettbewerbs die Allokationseffizienz, indem der Preis eines Gutes gegen die Grenzkosten seiner Erzeugung konvergiert. Bei *vollständiger Konkurrenz* resultiert modellgemäß ein gewinnloser Zustand (mit marktüblicher Verzinsung), in dem die Preise mit den Grenzkosten übereinstimmen (vgl. *Borrmann – Finsinger, 1999*). Wettbewerbspolitik hätte in dieser idealen Welt keinen Platz, da "durch die unsichtbare Hand des Wettbewerbs" eine optimale Ressourcenallokation hergestellt würde.

Im Interventionsszenario der Wettbewerbspolitik resultiert aus dem freien Wettbewerb der Marktkräfte durch strategisches Verhalten der Unternehmen eine gesamtwirtschaftlich suboptimale Ressourcenallokation.

Für die Produzenten besteht der Anreiz, ihre Gewinne zulasten der Konsumenten durch wettbewerbsbeschränkende Maßnahmen zu erhöhen. Eine Politik des *laissez-faire* hätte dieser strategischen Option nichts entgegenzusetzen. "In the absence of a competition policy that makes the expected cost of strategic behavior sufficiently great, strategic behavior will occur in equilibrium in imperfectly competitive markets" (*Martin, 1994, S. 538*). Eine für die Produzenten individuell gewinnmaximierende Strategie zeitigt für die Gesamtwirtschaft schwerwiegende Nachteile, die mit den Schlagworten *Machtkonzentration*, *Kollusionsgefahr* und *Wohlfahrtsverluste* zusammengefasst werden können (vgl. *Tichy, 2000*).

Empirische Analysen bestätigen, dass *Marktkonzentration* generell preis- und gewinnsteigernd wirkt, wenn auch der Zusammenhang keineswegs linear ist (*Bain, 1951, Collins – Preston, 1969, Geroski, 1981, Utton, 1986, Scott, 1989*). Die eigentliche Gefahr für wettbewerbsfähige Märkte ist aber nicht die Marktkonzentration selbst – die ja nur ein Indikator für das Bestehen von Marktmacht ist –, sondern die mit zunehmender Konzentration erhöhte *Kollusionsgefahr*. Der Anreiz zu Absprachen zwischen den wenigen Marktteilnehmern ist groß, zumal dadurch Gewinnsteigerungen (auf Kosten der Konsumenten oder Lieferanten) realisiert werden können.

Die *Kollusionsgefahr* ist umso größer einzuschätzen, je kleiner die Zahl der Marktteilnehmer ist. *Selten (1973)* zeigt anhand der Spieltheorie, dass die Kollusionsgefahr erst bei mehr als fünf Konkurrenten deutlich abnimmt, weil ein Outsider in einer solchen Situation seinen Marktanteil (und seinen Gewinn) durch kartellabweichendes Verhalten (niedrigere Preise) erhöhen kann: So beträgt im Modell die Wahrscheinlichkeit für eine Kollusion bei vier oder weniger Konkurrenten 100%, für fünf aber nur noch 22%; für mehr als fünf Konkurrenten liegt sie bei nur mehr 1%. Empirische Untersuchungen

¹⁹⁾ Eine ausführliche Darstellung der Grundlagen der Wettbewerbspolitik bietet *Böheim (2002A)*.

haben diese theoretischen Überlegungen mehrfach bestätigt (Hay – Kelley, 1974, Bresnahan – Reiss, 1991).

Ein vielfach unterschätzter Effekt ist weiters die *Machtkonzentration* auf private Unternehmen, die über den rein wirtschaftlichen Bereich hinaus in die politische Sphäre hineinreichen kann. Dass große Unternehmen mittels Lobbying Einfluss auf die Politik nehmen, ist eine ebenso demokratiepolitisch bedenkliche wie weitverbreitete Praxis. "Big firms represent a concentration of power in private hands rather than democratically chosen governments. Such private power can cross economic boundaries and poses the threat of an extra-market power which can change the rules of the game in favour of the dominant corporations" (Jacquemin – de Jong, 1977, S. 198).

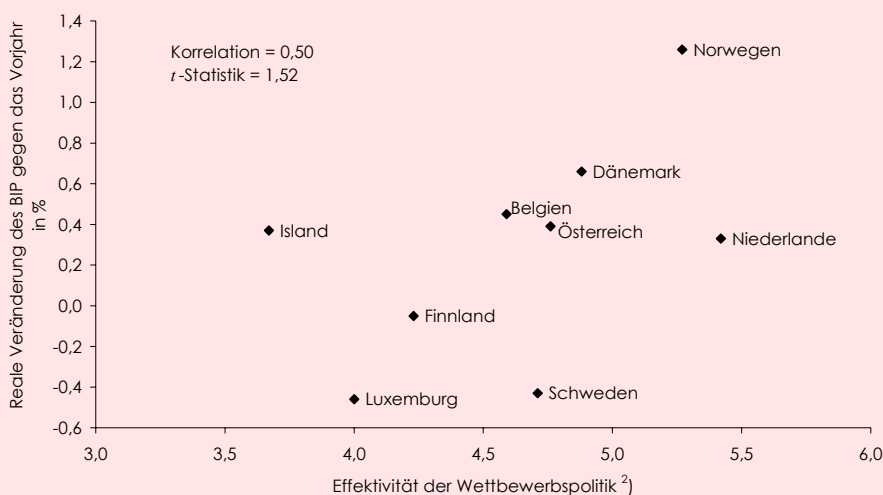
Die konkreten Auswirkungen einer Einschränkung des Wettbewerbs durch Missbrauch von Marktmacht können vielfältig sein: etwa höhere Preise, Qualitätseinbußen, eingeschränkte Produktauswahl, Verdrängung von Mitbewerbern, Entstehen von Markteintrittsbarrieren, Preisdruck auf Lieferanten, Lohndruck auf Beschäftigte oder Verlust von Arbeitsplätzen. Allen Auswirkungen ist gemeinsam, dass aufgrund von Ressourcenfehlallokationen Wohlfahrtsverluste entstehen.

Nach Studien für die USA (Harberger, 1954, Leibenstein, 1966, Cowling – Müller, 1978, 1981) ist die kurzfristige, auf den Mangel an Wettbewerb zurückzuführende *statische Ressourcenfehlallokation* (d. h. Ressourcen werden im Produktionsprozess nicht effizient genutzt) nicht besonders groß (höchstens 1% des BIP). Aktuelle OECD-Studien (Ahn, 2002) zufolge sollten aber die durch wettbewerbsfördernde Maßnahmen längerfristig zu lukrierenden *dynamischen Effizienzgewinne* – obwohl gesamtwirtschaftlich schwierig zu quantifizieren – deutlich größer ausfallen.

Dynamische Effizienzgewinne entstehen in Form von Produktivitätssteigerungen (Prozessinnovationen) und/oder Qualitätsverbesserungen (Produktinnovationen) und bewirken Wohlfahrtsgewinne und eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums. Ausgelöst werden sie durch eine verstärkte Innovationstätigkeit der Unternehmen ("Wettbewerb zwingt zu Innovation"): Können Marktteilnehmer ihre Marktposition nicht mehr durch wettbewerbswidriges Verhalten verbessern, dann müssen sie dazu innovativer und produktiver als die Konkurrenten sein.

Funktionierender Wettbewerb hat kurzfristig eine Dämpfung der Preise, Steigerung der Qualität und der Produktvielfalt zur Folge sowie langfristig eine Zunahme von Innovationen und Wachstum der Gesamtwirtschaft.

Abbildung 2: Wettbewerbspolitik und Wirtschaftswachstum

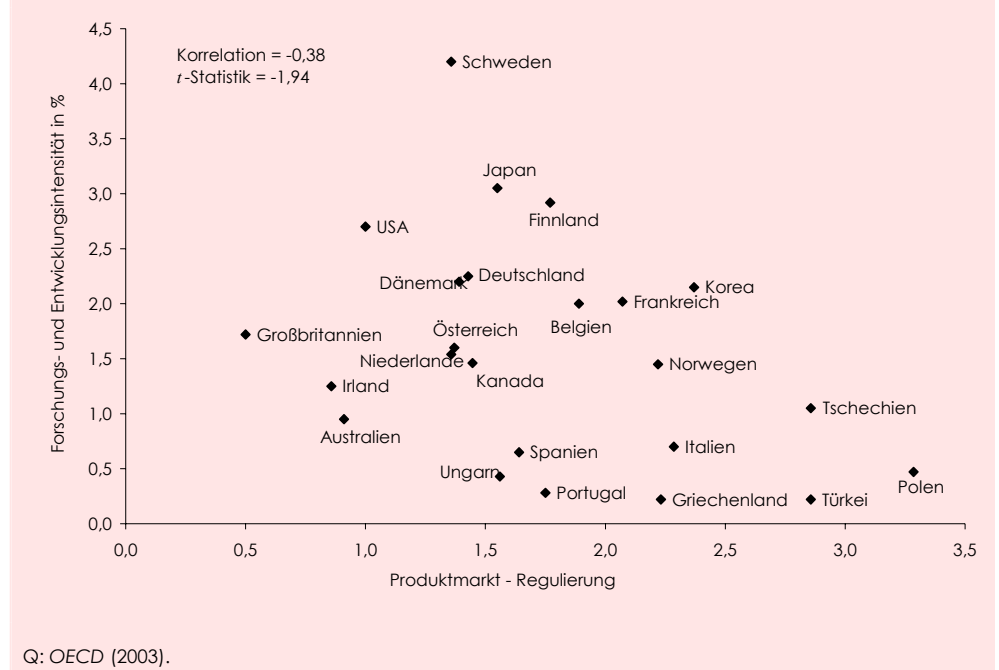


¹⁾ Residual-Wachstum des BIP (real pro Kopf, 1986/1995, pro Jahr), das in einem traditionellen Wachstumsmodell nicht durch die Variablen Konvergenz, Offenheit, Humankapital und Investitionen erklärt wird. – ²⁾ Skala laut Dutz – Hayri (1999): 1 (sehr schwach) bis 7 (sehr stark).

Empirisch lässt sich die These, dass eine Intensivierung des Wettbewerbs eine (gesamtwirtschaftlich erwünschte) Steigerung von Innovationen und Wirtschaftswachstum bewirkt, am (robusten) positiven Zusammenhang zwischen Wettbewerbsintensität und Produktivitätswachstum belegen (vgl. Nickell – Nicolitsas – Dryden, 1997, Aghion – Howitt, 1998, Grosfeld – Tressel, 2001, Januszewski – Köke – Winter, 2002).

Empirisch konnte zudem ein inverser Zusammenhang zwischen (wettbewerbsbeschränkender) Produktmarktregulierung und der Forschungs- und Entwicklungsintensität nachgewiesen werden (Abbildung 2). Gerade für kleine offene Volkswirtschaften wie Österreich zeigen sich die wachstumsfördernden Wirkungen einer effektiven Wettbewerbspolitik besonders deutlich (Dutz – Hayri, 1999; Abbildung 3).

Abbildung 3: Forschungs- und Entwicklungsintensität und Produktmarktregulierung



Schlussfolgerungen

Nach der institutionellen Reform des Jahres 2002 zeigt sich die österreichische Wettbewerbspolitik in weiten Bereichen als "Potemkinsches Dorf", dessen neue Institutionenstruktur nicht über gravierende inhaltliche, methodische, operative und strategische Defizite hinwegtäuschen kann.

Inhaltliche Defizite

Die wettbewerbsökonomische Beurteilung von Fusionen unter dem neuen Kartellrechtsregime hat (am Beispiel Ecomgas) gezeigt, dass die österreichische Wettbewerbsaufsicht (Bundeswettbewerbsbehörde, Bundeskartellanwalt) der Missbrauchskontrolle einen wichtigeren Stellenwert einräumt als der Fusionskontrolle²⁰). Dieser Ansatz widerspricht nicht nur der Praxis der europäischen Wettbewerbspolitik, sondern auch dem State of the Art der wettbewerbsökonomischen Theorie, wonach im Rahmen eines erweiterten Structure-Conduct-Performance-Paradigmas Marktstruktur, Marktverhalten und Marktergebnis als drei gleich wichtige Teile eines integrierten Konzepts zur Beurteilung der Auswirkungen wettbewerbsbeschränkender Aktivitäten auf den Wettbewerb dienen (Abbildung 4; vgl. Böheim, 2002A).

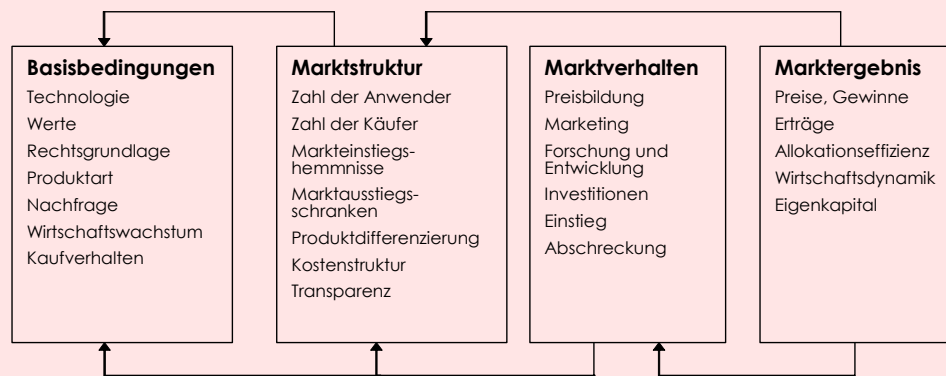
In der Vernachlässigung der Fusionskontrolle, indem die Entstehung hochkonzentrierter Marktstrukturen zugelassen wird, und der damit einhergehenden Annahme, dass solche Marktstrukturen durch bloße Missbrauchsaufsicht zu beherrschen wären, liegt ein folgenschwerer wettbewerbspolitischer Irrtum.

Im Gegensatz zur Missbrauchsaufsicht haben die Wettbewerbsbehörden in der Fusionskontrolle eine sehr starke Position: Die fusionierenden Unternehmen müssen die Wettbewerbsbehörden davon überzeugen, dass der Zusammenschluss nicht die Entstehung bzw. Verstärkung einer marktbeherrschenden Stellung zur Folge hat. In einem Fusionsverfahren können substantielle eigentumsrechtliche Entflechtungen zur Aufrechterhaltung des Wettbewerbs auf dem relevanten Markt auferlegt werden. Sobald die Fusion aber genehmigt ist, sind die Wettbewerbsbehörden auf die Missbrauchsaufsicht beschränkt. Die anlässlich der Fusionskontrolle nicht behobenen Probleme eines hochkonzentrierten Marktes (Marktmacht, Kollisionsgefahr) treffen deshalb unweigerlich die Missbrauchsaufsicht – allerdings hat nun die Wettbe-

²⁰) Vgl. http://www.diepresse.com/services/archiv/archiv_print.asp?id=315815.

werksbehörde eine ungleich schwächere Position gegenüber dem Unternehmen. Da Marktmachtmissbrauch äußerst schwierig aufzudecken und zu beweisen ist, sollte die Wettbewerbsbehörde das mächtige Instrument der Fusionskontrolle nicht leichtfertig aus der Hand geben, indem sie ihre Aktivitäten auf die Missbrauchsaufsicht beschränkt und diese Absicht den Unternehmen überdies ex ante signalisiert²¹⁾.

Abbildung 4: Erweitertes Structure-Conduct-Performance-Modell



Q: Faull – Nikpay (1999).

Die letzten Jahre waren international durch eine zunehmende Ökonomisierung des Wettbewerbsrechts auf allen drei Ebenen (rechtliche Grundlagen, Leitlinien und Fallbeurteilung) gekennzeichnet. Dieser europäischen Entwicklung eines "more economics based approach" wird sich auch die österreichische Wettbewerbspolitik nicht entziehen können, zumal die Neuordnung der im EG-Vertrag niedergelegten Wettbewerbsregeln eine umfassende Dezentralisierung des europäischen Wettbewerbsrechts vorsieht. Um die einheitliche Anwendung des gemeinschaftlichen Wettbewerbsrechts sicherzustellen, sind einheitliche Standards bei der Fallbeurteilung unabdingbar.

Die österreichische Wettbewerbspolitik wird deshalb möglichst rasch den "more economics based approach" verinnerlichen und umsetzen müssen. Mit den derzeit verfügbaren Ressourcen (1 Mio. €) wird die erforderliche Rekrutierung qualifizierten ökonomischen Personals in ausreichender Zahl nicht möglich sein. Sowohl im nationalen Vergleich mit den Regulatoren, die über eigene gut ausgestattete ökonomische Abteilungen verfügen, als auch im internationalen Vergleich mit anderen nationalen Wettbewerbsbehörden ist die Bundeswettbewerbsbehörde sowohl in qualitativer als auch quantitativer Hinsicht für die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags, funktionierenden Wettbewerb sicherzustellen, unzureichend mit Ressourcen ausgestattet.

Anlässlich seiner Amtsübernahme im Juli 2002 nahm der Generaldirektor der Bundeswettbewerbsbehörde in Interviews zur kartellrechtlichen Genehmigung der Fusion der Nachrichtenmagazine News/Format und Profil kritische Stellung: "Man²²⁾ hat in intransparenter Weise im Hintergrund eine gemeinsame Auffassung gefunden, und damit ist die Sache gelaufen"²³⁾.

Ein Jahr später hat sich aber offenbar an dieser Tendenz, Wettbewerbspolitik unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu machen, auch unter dem neuen Kartellrechtsregime wenig verändert. Auch wie die österreichische Gaslösung von Bundeswettbewerbsbehörde und Bundeskartellanwalt durch Rückzug des Prüfantrags beim Kartellgericht "abgesegnet" wurde, erscheint höchst intransparent²⁴⁾. Eine solche Informationspolitik – die international heftig kritisiert wird (*Global Competition Review*, 2003) –

Methodische Defizite

Operative Defizite

²¹⁾ Vgl. diesbezüglich http://www.diepresse.com/services/archiv/archiv_print.asp?id=322327.

²²⁾ Gemeint sind hier die Sozialpartner und die politischen Verantwortungsträger.

²³⁾ "Formil: Man wollte das nicht verhindern", Interview mit Generaldirektor Barfuß, Der Standard, 4. Juli 2002.

²⁴⁾ Die einzige offizielle Veröffentlichung der Bundeswettbewerbsbehörde zur österreichischen Gaslösung betrifft das ausgehandelte, um vertrauliche Informationen bereinigte Auflagenpaket (<http://www.bwb.gv.at/BWB/Aktuell/zusagengas.htm>).

dient offenbar auch der Intention, sich gegen fundierte Kritik an schwach begründeten Entscheidungen zu immunisieren.

Gerade einer weisungsfreien und unabhängigen Verwaltungsbehörde würde ein Höchstmaß an Transparenz gut anstehen, da die einzig wirksame Kontrolle ihrer Tätigkeit nur über die (interessierte) Öffentlichkeit laufen kann. Die Bundeswettbewerbsbehörde (und wohl auch der Bundeskartellanwalt)²⁵⁾ zeigt hingegen eine ausgeprägte Präferenz für Absprachen und Klärungen im Vorfeld (d. h. vor einem allfälligen Verfahren vor dem Kartellgericht) und im Hintergrund²⁶⁾. Solche "Verhandlungslösungen" bergen mitunter die offenbar unterschätzte Gefahr einer allzu engen Verbundenheit zwischen Regulierern und Regulierten ("regulatory capture").

So erscheint die Öffentlichkeitsarbeit (Presseausendungen, Homepage) der Bundeswettbewerbsbehörde im Vergleich zur Europäischen Kommission und dem deutschen Bundeskartellamt sehr eingeschränkt – teils wohl auch eine Folge der angesprochenen Ressourcenknappheit. Zu erwarten und wohl auch vom Gesetzgeber beabsichtigt wäre, dass zumindest zu den wichtigsten Fällen Stellungnahmen und Hintergrundinformationen auf der Homepage veröffentlicht würden. Selbst im ersten (jährlichen) Tätigkeitsbericht der Bundeswettbewerbsbehörde²⁷⁾ sucht man aussagekräftige Informationen dieser Art vergeblich.

Nur durch ein Höchstmaß an Transparenz kann die Bundeswettbewerbsbehörde ihre Unabhängigkeit demokratisch rechtfertigen. Gerade für die Förderung der Wettbewerbskultur ("competition advocacy") ist eine umfassende öffentliche Darstellung der Wettbewerbspolitik unabdingbare Voraussetzung. "Geheimdiplomatie" einer unabhängigen, nicht der politischen Kontrolle unterliegenden Verwaltungsbehörde ist diesem Ziel äußerst abträglich und in einem demokratischen Rechtsstaat jedenfalls inakzeptabel.

Eine wettbewerbspolitische Gesamtstrategie ist in Österreich derzeit nicht zu erkennen. Die Wirtschaftspolitik scheint sich nicht dafür zu interessieren, und den staatlichen Wettbewerbsbehörden bleibt wegen Ressourcenmangels neben der Einzelfallbearbeitung offenbar keine Zeit für strategische Überlegungen. Eine bloß kasuistisch agierende Wettbewerbspolitik läuft allerdings Gefahr, wesentliche gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zu übersehen, weshalb mit Nachdruck ein "Grand-Design" für die österreichische Wettbewerbspolitik ("Wettbewerbspolitik in kleinen offenen Volkswirtschaften") zu entwickeln wäre.

Strategische Defizite

Schlusswort

In das neue Wettbewerbsrechtsregime wurden anlässlich seiner Etablierung große Hoffnungen projiziert. Wie die oben angeführten persistenten Defizite zeigen, wurden die hochgesteckten Erwartungen – nicht zuletzt aufgrund Ressourcenmangels – partiell enttäuscht. Im aktuellen jährlichen Rating der renommierten Fachpublikation *Global Competition Review* wurde das österreichische Wettbewerbsregime deshalb auch noch weiter herabgestuft²⁸⁾. Der neu etablierten Wettbewerbsaufsicht ist zwar ein Lernprozess zuzubilligen; dennoch setzt sie sich durch ihre Vorgangsweise dem berechtigten Vorwurf aus, bei wichtigen Entscheidungen eine überkommene wettbewerbspolitische Praxis fortgeschrieben statt die Basis für einen wettbewerbspolitischen Richtungswechsel gelegt zu haben.

²⁵⁾ Im Gegensatz zur Bundeswettbewerbsbehörde steht der Bundeskartellanwalt aber unter der politischen Kontrolle des Justizministers.

²⁶⁾ "Bloß in jenen - relativ wenigen - Fällen, in denen es nicht gelang, bereits im 'Vorfeld' für die notwendigen Modifizierungen, Klarstellungen, Berichtigungen usw. zu sorgen, wurde auf Grund eines förmlichen Prüfungsantrages auch noch ein Prüfungsverfahren vor dem Kartellgericht durchgeführt" (*Bundeswettbewerbsbehörde*, 2003, S. 6).

²⁷⁾ *Bundeswettbewerbsbehörde* (2003), S. 3f.

²⁸⁾ Während das alte österreichische Wettbewerbsregime auf einer inversen Schulnotenskala noch als durchschnittlich (3) bewertet wurde, beurteilt die Bewertungsgruppe das neue Wettbewerbsregime trotz verbesserter Institutionenstruktur schlechter (2,5). Da die institutionellen Rahmenbedingungen nach einhelliger Expertenmeinung verbessert wurden, kann die herabgestufte Bewertung deshalb nur als deutliche Kritik an der Wettbewerbspolitik von Bundeswettbewerbsbehörde und Bundeskartellanwalt interpretiert werden. Nur vier Wettbewerbsregime (Brasilien, Mexiko, Griechenland und Argentinien) werden im internationalen Vergleich schlechter als Österreich eingestuft. Das deutsche Bundeskartellamt und die Europäische Kommission werden etwa mit 4,25 (2. Platz) bzw. 4 (4. Platz) bewertet. Spitzenreiter sind die USA mit einer inversen Schulnote von 4,5.

Das erste Jahr unter neuen wettbewerbsrechtlichen Rahmenbedingungen zeigt deutlich, dass es noch ein weiter Weg zu einer tragfähigen österreichischen Wettbewerbspolitik ist. Vor dem Hintergrund der Weiterentwicklung des europäischen Wettbewerbsrechts und des damit einhergehenden Anpassungsbedarfs für Österreich kommt der Beseitigung der Defizite besondere Priorität zu.

- Ablasser, A., Hemetsberger, W., "Fusionskontrolle neu oder One-Stop-Shop auf Österreichisch", *ecolex*, 2002, (6), S. 412-416.
- Aghion, P., Howitt, P., *Endogenous Growth Theory*, London-Cambridge, MA, 1998.
- Ahn, S., "Competition, Innovation and Productivity Growth: A Review of Theory and Evidence", OECD Economics Department Working Paper, 2002, (317).
- Bain, J. S., "Relation of the Profit Rate to Industry Concentration: American Manufacturing 1936-1940", *Quarterly Journal of Economics*, 1951, 65, S. 293-324.
- Böheim, M. (2002A), Wettbewerbspolitik in Österreich, Studie des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, Wien, 2002.
- Böheim, M. (2002B), "Austrian Competition Policy: Quo Vadis?", *Austrian Economic Quarterly*, 2002, 7(4), S. 176-190.
- Borrmann, J., Finsinger, J., *Markt und Regulierung*, München, 1999.
- Bresnahan, T. F., Reiss, P. C., "Entry and Competition in Concentrated Markets", *Journal of Political Economy*, 1991, 99(5), S. 977-1009.
- Bundeskartellamt, *Das Untersagungskriterium in der Fusionskontrolle – Marktbeherrschende Stellung versus Substantial Lessening of Competition*, Tagungspapier des Arbeitskreises Kartellrecht, Bonn, 2001.
- Bundeswettbewerbsbehörde, *Tätigkeitsbericht 2002/2003*, Wien, 2003. <http://www.bwb.gv.at/BWB/Aktuell/bericht.htm>.
- Collins, N., Preston, L., "Price Cost Margins and Industry Structure", *Review of Economics and Statistics*, 1969, 51, S. 271-286.
- Cowling, K., Müller, D., "The Social Cost of Monopoly Power", *Economic Journal*, 1978, 88, S. 727-748.
- Cowling, K., Müller, D., "The Social Cost of Monopoly Power Revisited", *Economic Journal*, 1981, 91, S. 721-725.
- Dutz, M., Hayri, A., "Does More Intense Competition Lead to Higher Growth?", *CEPR Discussion Paper*, 1999, (2249).
- Faull, J., Nikpay, A., *The EC Law of Competition*, Oxford–New York, 1999.
- Geroski, P. A., "Specification and Testing of the Profit-Concentration, Price and Critical Concentration Ratios", *Economica*, 1981, 48, S. 279-288.
- Global Competition Review, "Rating Enforcement Survey", 2003, 6(6).
- Grosfeld, I., Tressel, T., "Competition and Corporate Governance: Substitutes or Compliments? Evidence from Warsaw Stock Exchange", *The University of Michigan Business School, Davidson Institute Working Paper Series*, 2001, (369).
- Harberger, A. C., "Monopoly and Resource Allocation", *American Economic Review*, 1954, 44(2), S. 77-87.
- Hay, G. A., Kelley, D., "An Empirical Survey of Price Fixing Conspiracies", *Journal of Law and Economics*, 1974, 17, S. 13-38.
- Hildebrand, D., *The Role of Economic Analysis in the EC Competition Rules*, Den Haag–London–Boston, 1998.
- Hildebrand, D., "The European School", in "The European Antitrust Review 2000", *Global Competition Review Special Report*, 2000, S. 11-14.
- Jacquemin, A., de Jong, H. W., *European Industrial Organization*, London, 1977.
- Januszewski, S., Köke, J., Winter, J., "Product Market Competition, Corporate Governance and Firm Performance: An Empirical Analysis for Germany", *Research in Economics*, 2002, 56(3), S. 299-332.
- Kühn, K.-U., "Reforming European Merger Review: Targeting Problem Areas in Policy Outcomes", *Journal of Industry, Competition & Trade*, 2003, 3(1) (erscheint demnächst).
- Leibenstein, H., "Allocative Efficiency Versus X-efficiency", *American Economic Review*, 1966, 56, S. 392-415.
- Martin, St., *Industrial Economics: Economic Analysis and Public Policy*, 2nd Edition, Englewood Cliffs, 1994.
- Neven, D., Nuttall, R., Seabright, P., *Mergers in Daylight – The Economics and Politics of Merger Control*, London, 1993.
- Nickell, S., Nicolitsas, D., Dryden, N., "What Makes Firms Perform Well?", *European Economic Review*, 1997, 41, S. 783-796.
- OECD, "Product Market Competition and Economic Performance", *OECD Journal of Competition Law and Policy*, 2003, 4(4), S. 25-34.
- Scott, J. T., "Purposive Diversification as a Motive for Merger", *International Journal of Industrial Organization*, 1989, 7, S. 35-47.

Literaturhinweise

- Selten, R., "A Simple Model of Imperfect Competition where Four are Few and Six are Many", *International Journal of Game Theory*, 1973, 2, S. 141-201.
- Sleuwaegen, L., "Cross-border Mergers and EC Competition Policy", *The World Economy*, 1998, 21(8), S. 1077-1094.
- Tichy, G., *Fusionen und Übernahmen: Erfolgsaussichten von Fusionen*, Wien, 2000.
- Tichy, G., "What Do We Know about the Success and Failure of Mergers", *Journal of Industry, Competition & Trade*, 2001, 1(4), S. 347-394.
- Utton, M. A., *Profits and the Stability of Monopoly*, Cambridge, 1986.
- van Miert, K., "Foreword", in *Hildebrand* (1998), S. V-VI.

New Framework for Austrian Competition Policy

Interim Report and Outlook – Summary

With the amendment to the cartel law in 2002, a new institutional basis had been established for competition policy in Austria. Responding to domestic and European pressure to reform, legislators provided the groundwork for setting up the Federal Competition Authority and Federal Cartel Prosecutor as government agencies entitled to take action, thereby directing Austrian competition policy into the proper channels of institutional professionalisation.

A first report after one year nevertheless points at contradictions and inconsistencies: while there is no doubt that the reform improved the institutional framework per se, it must not be forgotten that Austrian competition policy is still very much a "Potemkin village", a structure of new institutions which cannot disguise serious deficits in its contents, methods, operation and strategies.

When we look at mergers under the new cartel law from a competition policy point of view, we see that the Austrian guardians of fair competition (Federal Competition Authority, Federal Cartel Prosecutor) accord more attention and importance to the task of checking abuses than to monitoring mergers.

Their approach is inconsistent not only with the practice of competition policy in Europe, but also with the state-of-the-art theory in the competition economics which uses market structure, market conduct and market performance as three equally important components of an integrated concept within the scope of an extended structure-conduct-performance paradigm in assessing the effects of activities that restrict competition.

In recent years, competition law has increasingly veered towards more attention to economic principles at an international level (legal foundations, guidelines, and case law). This development at European level, known as "more economics-based approach", will not pass by Austrian competition policy, especially since European competition law is undergoing large-scale decentralisation under the new Regulation (EC) 1/2003.

For Austria's competition policy this means that this approach needs to be implemented as rapidly as possible. Compared nationally with regulatory authorities and internationally with other national competition authorities, the Federal Competition Authority is inadequate by equipped both in qualitative and quantitative terms to meet its legal brief of ensuring functioning competition within the new framework.

The new cartel regime has not had any great impact on the bad Austrian habit of making competition policy behind closed doors. The method of having the Federal Competition Authority and Federal Cartel Prosecutor decide major cases in camera certainly suffers from a substantial shortage of transparency.

A federal competition authority charged with deciding independently and without instructions from the government would do well to aspire to maximum transparency, as the only way to effectively check its activities is through an (interested) public. Yet, the Austrian Authority (and probably also the Federal Cartel Prosecutor) shows a decided preference for arriving at arrangements and understandings long before a case is liable to reach the cartel court. The risk of an excessively close bond between regulators and regulated ("regulatory capture") associated with such "negotiated solutions" is rarely appreciated.

At present, no overall competition policy strategy can be discerned in Austria. Economic policy appears to be disinterested and the state authorities appear to have no time for strategic consideration, suffering, as they do, from a shortage of resources all of which need to be directed to handling individual cases. Yet, a competition policy working solely on a case-to-case basis runs the risk of overlooking essential economic connexes, and it would thus be urgently necessary to develop a "grand design" for Austrian competition policy (along the lines of a policy designed specifically for small and open economies).

The great expectations projected into the new competition regime have been at least partly disappointed. The newly established guardians of competition, who naturally are only at the beginning of their learning experience, must still be chided for failing to get the best out of an – admittedly difficult – initial situation but rather opted to continue previous bad practice in several of their key decisions instead of laying the foundations for a long overdue change of course in the practice of Austrian competition policy.

Fritz Breuss

Österreich, Finnland und Schweden in der EU

Wirtschaftliche Auswirkungen

Die Integration der EU machte in den letzten zehn Jahren große Fortschritte. Nach der Schaffung des Binnenmarktes 1993 erreichte die EU 1999 mit der Wirtschafts- und Währungsunion und der einheitlichen Währung Euro die höchstmögliche Stufe der wirtschaftlichen Integration. Österreich, Finnland und Schweden traten der EU 1995 bei; Schweden nimmt noch nicht an der WWU teil. Nach einer umfassenden Analyse der Entwicklung der Wirtschaft vor diesem Hintergrund werden mit einem Integrationsmodell die gesamtwirtschaftlichen EU-Integrationseffekte der drei Länder geschätzt. Finnland dürfte demnach von der EU-Mitgliedschaft am meisten profitiert haben vor Österreich und Schweden.

Begutachtung: Wolfgang Pollan, Michael Wüger • Wissenschaftliche Assistenz: Christine Kaufmann • E-Mail-Adressen: Fritz.Breuss@wifo.ac.at, Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Mit der vierten Erweiterung traten Finnland, Österreich und Schweden am 1. Jänner 1995 der Europäischen Union bei, die damit auf 15 Mitglieder angewachsen ist. Diese Erweiterung umfasste durchwegs "reiche" Staaten, nachdem die EU in den zwei vorangegangenen Erweiterungsrounden mit Griechenland (1981) sowie Portugal und Spanien (jeweils 1986) "arme" Staaten aufgenommen hatte. Der Beitrittsprozess dieser jüngsten Runde dauerte von der Antragstellung auf EU-Mitgliedschaft (Österreich 17. Juli 1989, Finnland 18. März 1992, Schweden 1. Juli 1991; Norwegen 25. November 1992, Schweiz 20. Mai 1992) drei bis über fünf Jahre. Die Beitrittsverhandlungen mit Finnland, Österreich und Schweden begannen am 1. Februar 1993 (Norwegen 5. April 1993) und wurden mit Beitrittsverträgen am 30. März 1994 abgeschlossen. Als erstes Land sprach sich Österreich in einer Volksabstimmung am 12. Juni 1994 mit 66,6% der Stimmen für den Beitritt aus. Es folgten am 16. Oktober 1994 Finnland (Zustimmung 57%) und am 13. November 1994 Schweden (Zustimmung 52%). In Norwegen votierte die Bevölkerung (schon zum zweiten Mal nach 1972) gegen einen Beitritt zur EU (Ablehnung 53%). Die feierliche Unterzeichnung der Beitrittsakte erfolgte auf der Tagung des Europäischen Rates unter der griechischen EU-Präsidentschaft auf Korfu am 24. und 25. Juni 1994.

Die ehemals sieben Mitglieder umfassende EFTA schrumpfte durch den EU-Beitritt von Finnland, Österreich und Schweden auf vier Länder; von ihnen gehören nur drei (Island, Liechtenstein und Norwegen) dem seit 1. Jänner 1994 bestehenden Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) an, nachdem sich die Schweiz in einem Referendum 1992 gegen eine Teilnahme ausgesprochen hat. Die drei neuen Mitgliedstaaten traten in die EU auf der Basis des Vertrags von Maastricht ein: Der Binnenmarkt war per 1. Jänner 1993 bereits verwirklicht und die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) für 1999 geplant. Finnland und Österreich nehmen seit Beginn an der WWU teil, während Schweden aus politischen Gründen die gemeinsame Währung bisher nicht eingeführt hat. Die nächste Herausforderung für die EU ist die für 2004 geplante fünfte Erweiterung um zehn Länder – acht Staaten in Ost-Mitteuropa sowie Malta und Zypern.

Der vorliegende Beitrag untersucht die bisherigen Erfahrungen Finnlands, Österreichs und Schwedens vorrangig auf wirtschaftlichem Gebiet. Dazu wird zunächst ein Überblick über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gegeben. Die neuen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sowie die Stellung zur WWU und zur neuen

EU-Erweiterung werden ebenso diskutiert wie die Schwierigkeiten der Isolierung von Integrationseffekten. Abschließend werden mit neuen Schätzungen die unterschiedlichen Integrationseffekte in den drei Ländern isoliert und quantifiziert.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung seit dem EU-Beitritt

Drei kleine, aber reiche Mitgliedsländer

Die vierte EU-Erweiterung um Finnland, Österreich und Schweden im Jahre 1995 machte die EU "reicher", da alle drei Länder – obwohl Kleinststaaten mit Einwohnerzahlen von 5 bis knapp 9 Mio. – zu den europäischen Ländern mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen zählen (Übersicht 1): Ihr BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten liegt deutlich über dem EU-Durchschnitt. Ihre Industriestruktur ist stark auf Dienstleistungen ausgerichtet. Entsprechend ihrer Kleinststaatenposition ist der Öffnungsgrad für den Außenhandel größer als im EU-Durchschnitt. Die Ausgangslage beim Eintritt in die Zollunion der EU war unterschiedlich: In Finnland waren die Zollsätze für Industriewaren 1994 ähnlich hoch wie in der EU, in Schweden um 1 Prozentpunkt niedriger, und Österreichs Zölle waren um 5 Prozentpunkte höher. Der Eintritt in die Zollunion der EG mit einem einheitlichen Gemeinsamen Zolltarif bedeutete daher eine Anpassung Schwedens nach oben und Österreichs nach unten mit der Konsequenz, dass dadurch die Drittstaaten in Schweden leicht benachteiligt und in Österreich begünstigt wurden.

Übersicht 1: Wirtschaftsindikatoren für Finnland, Österreich und Schweden

	Bevölkerung 2002 Mio.	BIP, real (zu Preisen von 1995) 2002 Mrd. \$	BIP pro Kopf 2001 KKP ¹⁾	Beschäftigung In % von insgesamt			Privater Konsum pro Kopf 2000 KKP ¹⁾	Außenhandel 2001 In % des BIP		Industrie- warenzölle vor Uruguay- Runde In %
				Land- wirtschaft	Industrie	Dienst- leistungen		Exporte	Importe	
Finnland	5,2	167,8	26.500	6,2	28,0	66,8	11.897	35,2	26,5	5,5
Österreich	8,1	274,0	28.200	6,1	30,0	63,9	14.910	35,1	37,2	10,5
Schweden	8,9	300,4	26.000	2,9	24,4	72,7	12.073	34,7	28,9	4,6
EU 15	381,0	10.062,8	25.500	4,3	29,0	66,8		13,0 ²⁾	12,0 ²⁾	5,7

Q: OECD; Eurostat; WIFO; GATT (1994). OECD, Main Economic Indicators, Mai 2003; OECD, Economic Surveys, Finnland, Vol.2003/3-March. – ¹⁾ Zu Kaufkraftparitäten, auf Dollarbasis. – ²⁾ 1999.

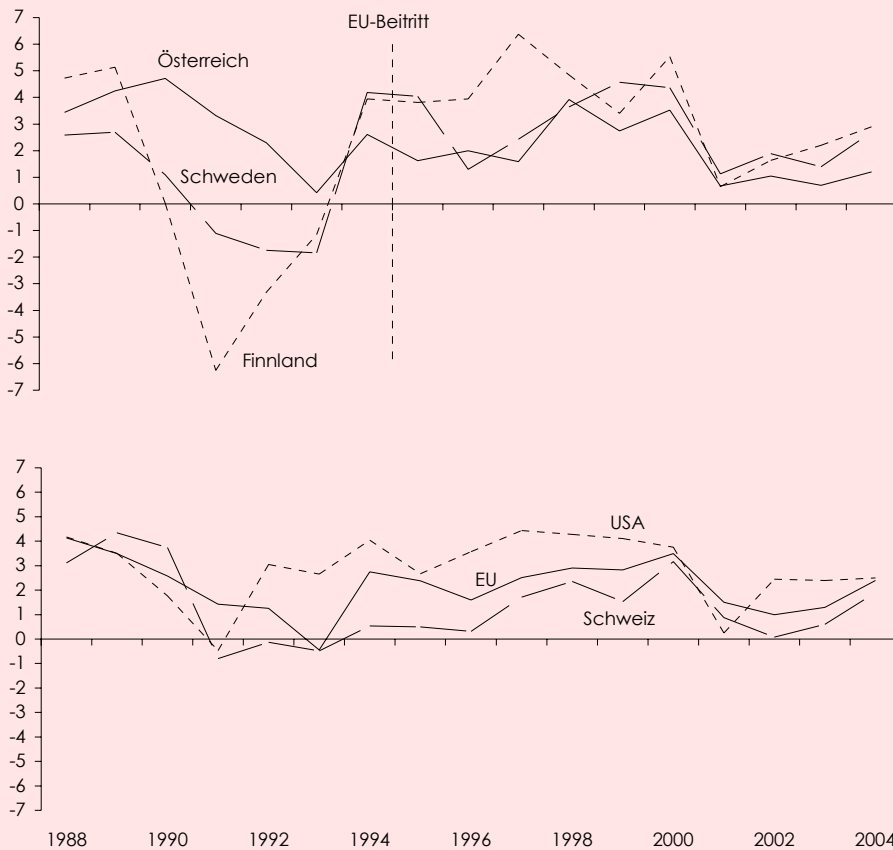
Makroökonomische Indikatoren

Eine Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der drei neuen EU-Mitgliedstaaten seit 1995 ist nur vor dem Hintergrund der allgemeinen Entwicklung der Weltwirtschaft und jener Europas sinnvoll. Daher werden in der Folge – wo es möglich ist – die wichtigsten makroökonomischen Indikatoren Finnlands, Österreichs und Schwedens mit den USA, die von der EU-Integration nicht betroffen sind, sowie dem EFTA-Land Schweiz, das noch weit vor einem EU-Beitritt steht, verglichen. Ein Vergleich mit dem Durchschnitt der EU 15 liefert zwar Hinweise darauf, ob sich die Volkswirtschaft der neuen Mitglieder besser oder schlechter entwickelt hat, echte Integrationseffekte kann man daraus aber nicht ableiten. Zum anderen macht der Vergleich mit Referenzländern außerhalb der EU Abweichungen von allgemeinen weltwirtschaftlichen Trends sichtbar (Abbildung 1).

Ob sich die Wirtschaft seit dem EU-Beitritt grundlegend anders entwickelt als zuvor, zeigt ein Vergleich der Periode seither (1995/2001) mit einer Siebenjahresperiode zuvor (1988/1994). Durch die Definition dieser Perioden über jeweils fast zwei Konjunkturzyklen werden zufällige Schwankungen ausgeschaltet. Allerdings fallen in die erste Periode die Umwälzungen im Zusammenhang mit der Ostöffnung (seit 1989), die den Integrationsprozess der EU in vielerlei Hinsicht überlagerten. Die Daten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (BIP, Außenhandel, Verbraucherpreise, Beschäftigung, Staatshaushalt usw.) spiegeln daher nicht nur "Integrationseffekte" wider, sondern auch die Effekte der Weltkonjunktur und in Europa insbesondere die dramatische Änderung der Beziehungen zu den ostmitteleuropäischen Staaten (MOEL) seit der Ostöffnung, die ja letztlich zu einer Erweiterung der EU um 10 Länder im Jahre 2004 führt.

Abbildung 1: Wirtschaftswachstum

BIP, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: OECD; WIFO; Europäische Kommission, "Spring 2003 Economic Forecasts", European Economy, 2003, (2).

Der Start des EG-Binnenmarktes am 1. Jänner 1993 war ökonomisch gesehen keineswegs geglückt, man ist sogar geneigt ihn einen "Fehlstart" zu nennen (Abbildung 1): Er fiel mit einer Rezession in Europa zusammen, das reale BIP schrumpfte in den meisten EU-Mitgliedstaaten. Finnland geriet im Gefolge der Ostöffnung (Zusammenbruch des Russlandhandels) in die schwerste Rezession der Nachkriegszeit (reales BIP 1991 –6,3%, 1992 –3,3%, 1993 –1,2%). Nach dem Tiefpunkt 1991 setzte aber ein steiler Wachstumspfad ein, seit 1995 betragen die Wachstumsraten 4% bis 6%. Auch Schweden kämpfte zwischen 1991 und 1993 – ausgelöst durch eine Bankenkrise (Liberalisierung des Bankensektors) – mit einer Rezession, die 1993 den Tiefpunkt erreichte (reales BIP 1991 –1,1%, 1992 –1,7%, 1993 –1,8%). Seither hat sich die Wirtschaft erholt, wenn auch mit geringeren Wachstumsraten als in Finnland. Österreichs Wirtschaft entwickelte sich wesentlich ruhiger, obwohl auch sie von der Rezession 1993 erfasst wurde. Allerdings schrumpfte das reale BIP nicht (1993 +0,4%). 1994 war auch Österreich am Aufschwung beteiligt.

Gemäß einem Vergleich der Siebenjahresperioden vor und nach dem EU-Beitritt 1995 war das Wirtschaftswachstum (gemessen an der durchschnittlich jährlichen Veränderungsrate des realen BIP; Übersicht 2) nach 1995 in Finnland um 3,9 Prozentpunkte, in Schweden um 2 Prozentpunkte höher als in der Siebenjahresperiode zuvor. In Österreich war es nach 1995 um 0,7 Prozentpunkte schwächer als in der Periode zuvor. Ein ähnliches Muster ergibt sich anhand der Einkommensentwicklung. Ein Maßstab für die Entwicklung der Gesamtwohlfahrt ist das reale BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten. Auch hier führen Finnland (nach 1995 +4 Prozentpunkte) und Schweden (+2,5 Prozentpunkte) vor Österreich (–0,1 Prozentpunkte). Misst man die Entwicklung an der Wohlfahrt der Konsumenten (verfügbares persönliches Einkommen, re-

al), so liegt Finnland (+3,9 Prozentpunkte) voran, während Schweden (-0,2 Prozentpunkte) und Österreich (-0,4 Prozentpunkte) zurückfielen.

Übersicht 2: Makroökonomische Entwicklung seit 1988

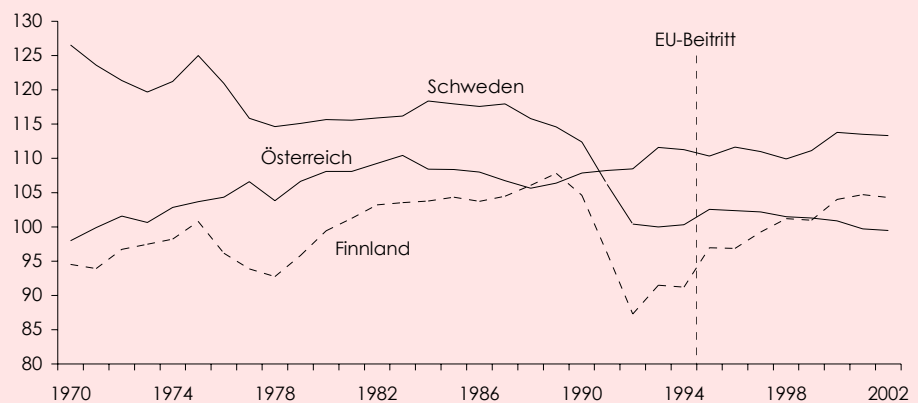
Jahresdurchschnittswerte

	Finnland			Österreich			Schweden			EU 15			
	1988/ 1994	1995/ 2001	Veränderung in %	1988/ 1994	1995/ 2001	Veränderung in %	1988/ 1994	1995/ 2001	Veränderung in %	1988/ 1994	1995/ 2001	Veränderung in %	
BIP, real	+ 0,45	+ 4,34	+ 3,89	+ 3,01	+ 2,29	- 0,72	+ 0,83	+ 2,82	+ 1,99	+ 2,33	+ 2,48	+ 0,15	
BIP, real pro Kopf (KKS) ¹⁾	+ 0,01	+ 3,95	+ 3,95	+ 2,16	+ 2,11	- 0,05	+ 0,19	+ 2,67	+ 2,48				
Verfügbares persönliches Einkommen, real	- 0,76	+ 3,15	+ 3,92	+ 1,57	+ 1,20	- 0,37	+ 1,18	+ 1,03	- 0,15				
BIP, nominell pro Kopf (KKS) ¹⁾	EU = 100	97,81	100,57	+ 2,76	108,50	111,61	+ 3,11	107,10	101,51	- 5,60	100,00	+ 100,00	+ 100,00
Gesamte Faktorproduktivität (TFP)	+ 1,78	+ 2,46	+ 0,68	+ 1,33	+ 0,93	- 0,40	+ 1,52	+ 1,43	- 0,09				
Arbeitsproduktivität	+ 2,45	+ 2,15	- 0,30	+ 2,36	+ 1,84	- 0,51	+ 2,41	+ 1,70	- 0,71				
Arbeitslosenquote	in %	8,89	11,89	+ 3,00	4,57	5,32	+ 0,75	4,19	6,36	+ 2,18	9,14	9,44	+ 0,30
Verbraucherpreise	+ 4,36	+ 1,57	- 2,80	+ 2,88	+ 1,45	- 1,43	+ 5,88	+ 1,53	- 4,35	+ 4,48	+ 2,13	- 2,35	
Langfristiger Zinssatz	in %	11,06	5,99	- 5,07	7,56	5,59	- 1,97	10,63	6,48	- 4,16	9,54	6,04	- 3,50
Finanzierungssaldo des Staates	in % BIP	- 0,39	+ 0,95	+ 1,34	- 3,31	- 2,46	+ 0,85	- 2,98	- 0,07	+ 2,91	- 4,64	- 2,03	+ 2,61
Staatsschuld	in % BIP	+ 31,87	+ 50,22	+ 18,35	+ 59,40	+ 65,51	+ 6,11	+ 58,68	+ 67,51	+ 8,83	+ 58,92	+ 68,52	+ 9,59
Leistungsbilanz	in % BIP	- 3,28	+ 5,61	+ 8,90	- 0,29	- 2,70	- 2,41	- 1,35	+ 3,42	+ 4,77	- 0,39	+ 0,48	+ 0,86
Handelsbilanz	in % BIP	+ 3,15	+ 9,79	+ 6,64	- 4,15	- 2,02	+ 2,13	+ 2,75	+ 6,98	+ 4,23	+ 0,27	+ 1,30	+ 1,03
Real-effektiver Wechselkurs ²⁾	+ 3,10	+ 3,47	+ 0,37	- 0,18	+ 3,84	+ 4,01	+ 0,96	+ 4,41	+ 3,45				

Q: WIFO-Berechnungen mit Daten von OECD, Eurostat, WIFO. – 1) KKS ... Kaufkraftstandards. – 2) Anstieg ... real-effektive Abwertung, Rückgang ... real-effektive Aufwertung.

Abbildung 2: Einkommen relativ zur EU 15

BIP pro Kopf zu Kaufkraftstandards, EU 15 = 100



Q: Eurostat.

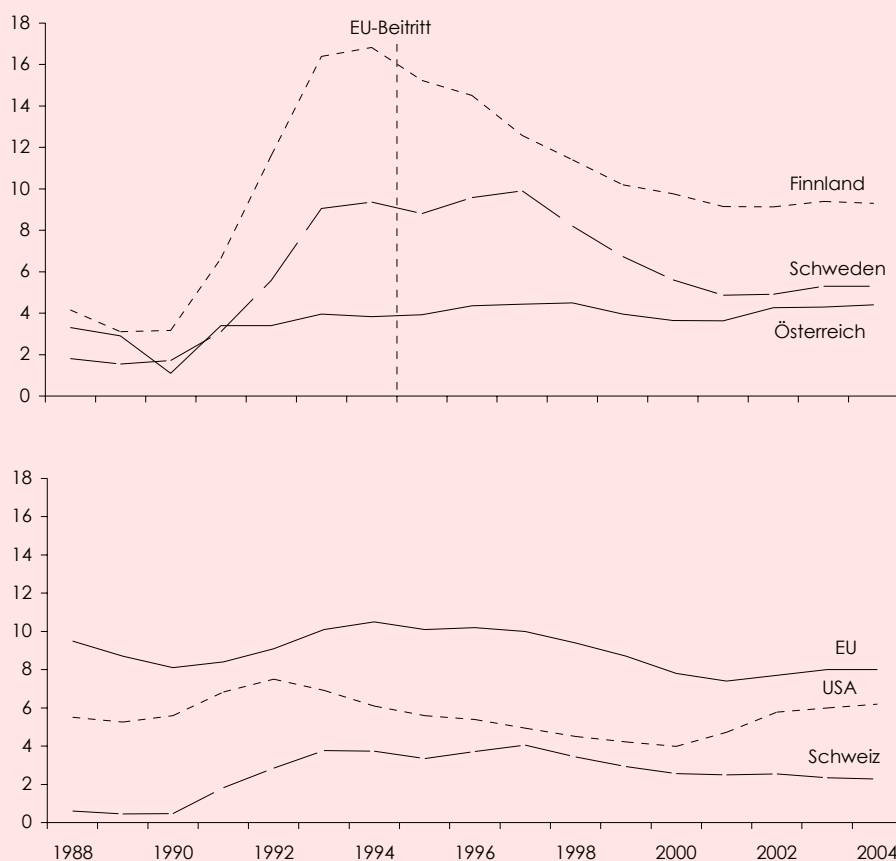
Relativ zum EU-Durchschnitt ergibt sich ein anderes Bild. Gemessen am BIP pro Kopf nominell (zu Kaufkraftparitäten) schneidet Österreich am besten ab (Abbildung 2). Seit 1995 verbesserte sich seine Position um 3,1 Prozentpunkte, jene von Finnland um 2,8 Prozentpunkte, während Schweden relativ zurückfiel (-5,6 Prozentpunkte). Von der Verschärfung der Konkurrenz im EG-Binnenmarkt erwartet man eine Zunahme der Produktivität. Tatsächlich sank die Arbeitsproduktivität in allen drei Ländern gegenüber der Vorperiode (Übersicht 2). Lediglich gemessen an der gesamten Faktorproduktivität (gewichtete Kapital- und Arbeitsproduktivität) verbesserte sich die Position Finnlands, Österreich und Schweden verloren hingegen an Boden. In Österreich entwickelte sich allerdings der Arbeitsmarkt günstiger als in Finnland und Schweden. Die Arbeitslosenquote stieg in allen drei Ländern seit 1995 leicht, am stärksten in Finnland und am schwächsten in Österreich. Auch absolut ist die Arbeitslosenquote in Österreich am niedrigsten. In den USA und in der Schweiz schlug sich die Rezession

1991/92 ebenfalls in einem Anstieg der Arbeitslosenquote nieder; sie sank jedoch in den USA rasch wieder, in der Schweiz nur verzögert (Abbildung 3).

Die anderen Indikatoren (Inflation, Zinssätze und Staatshaushalt) weisen auf eine deutliche Verbesserung in Finnland, Schweden und Österreich seit 1995 hin (Übersicht 2). Die Inflationsrate sank in allen drei Ländern, in Schweden am stärksten. Dies entsprach aber dem allgemeinen Trend: Auch in den USA und in der Schweiz ging die Inflation kräftig zurück (Abbildung 4). Der langfristige Zinssatz sank unter den drei neuen EU-Ländern in Finnland am stärksten. Er verringerte sich aber auch in Schweden, obwohl Schweden nicht der Wirtschafts- und Währungsunion angehört. Teilweise bedingt durch die Teilnahme an der WWU (Notwendigkeit der Erfüllung der Konvergenzkriterien in Finnland und Österreich), teilweise dank des verstärkten Wirtschaftswachstums (Schweden) konnten die öffentlichen Haushaltsdefizite entweder gesenkt werden (Österreich und Schweden) oder verkehrten sich sogar in Überschüsse (Finnland). Dadurch ergab sich ein erstaunlicher Abbau der Staatsschuldenquote im jährlichen Verlauf seit 1995, der in den Siebenjahresdurchschnitten in Übersicht 2 nicht zum Ausdruck kommt. Am stärksten ausgeprägt war diese Entwicklung in Finnland vor Schweden und Österreich.

Abbildung 3: Arbeitslosenquoten

In %



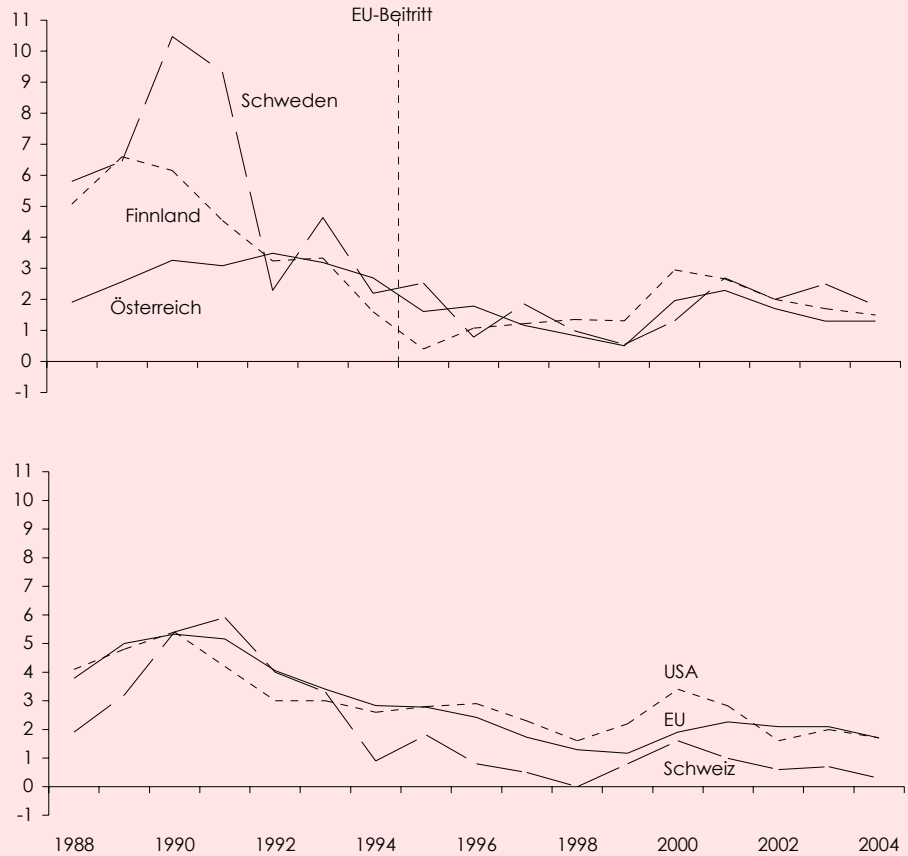
Q: OECD; WIFO; Europäische Kommission, "Spring 2003 Economic Forecasts", European Economy, 2003, (2).

Die außenwirtschaftliche Entwicklung war zum einen bestimmt durch die Mitgliedschaft in der EU, zum anderen durch die Ostöffnung. Während sich der Leistungsbilanzsaldo von Finnland und Schweden von einem Defizit in einen Überschuss drehte, nahm das Defizit in Österreich in der zweiten Siebenjahresperiode seit 1995 (vor allem durch die strukturelle Verschlechterung der Reiseverkehrsbilanz) stark zu (Übersicht 2). In allen drei Ländern verbesserte sich der Handelsbilanzsaldo. Auch Österreich, dessen Handelsbilanzsaldo traditionell negativ war, verringerte dieses Defizit

deutlich und erzielte im Jahr 2002 erstmals einen Überschuss. Alle drei Länder werteten seit 1995 ihre Währungen real-effektiv ab – am wenigsten Finnland.

Abbildung 4: Inflationsentwicklung

Verbraucherpreisindex, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: OECD; WIFO; Europäische Kommission, "Spring 2003 Economic Forecasts", European Economy, 2003, (2).

Die drei Länder unterscheiden sich – obwohl durchwegs reiche und hochentwickelte Kleinstaat – deutlich hinsichtlich der Industrie- und Unternehmensstruktur. Während in Finnland und Schweden multinationale Unternehmen angesiedelt sind, ist Österreichs Wirtschaftsstruktur von Klein- und Mittelbetrieben dominiert. In der von der Financial Times aufgestellten Liste der – gemessen am Marktwert – 500 größten Unternehmen der Welt (Financial Times, The world's largest companies, 10. Mai 2002) ist Schweden mit fünf multinationalen Konzernen vertreten, Finnland mit zwei. Österreich scheint in dieser Liste nicht auf. Diese unterschiedliche Wirtschaftsstruktur spiegelt sich auch in der Einschätzung der globalen Wettbewerbsfähigkeit durch internationale Manager, deren Ergebnisse jährlich vom World Economic Forum im Global Competitiveness Report zusammengefasst werden. Nach dem jüngsten Bericht liegt hier Finnland unter 80 Ländern im Jahr 2002 an 2. Stelle (2001 an 1. Stelle), Schweden an 5. Stelle (zuvor Rang 9) und Österreich in beiden Jahren an 18. Stelle. Damit rangieren alle drei Länder über dem EU-Durchschnitt (2002 23. Rang, 2001 19. Rang; Übersicht 3). Österreich schneidet in der Unterkategorie "öffentliche Institutionen" und "mikroökonomische Wettbewerbsfähigkeit" relativ am besten ab, während Schweden bezüglich der makroökonomischen Rahmenbedingungen relativ schlecht eingestuft wird.

Übersicht 3: Einschätzung der globalen Wettbewerbsfähigkeit

Reihung von 80 Ländern

	Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum Gesamtreihung		Technologie	Öffentliche Institutionen	Makroökonomische Rahmenbedingungen 2002	Mikroökonomische Wettbewerbsfähigkeit
	2002	2001	2002	2002	2002	2002
	Rang					
Finnland	2	1	3	1	14	2
Österreich	18	18	23	11	23	12
Schweden	5	9	4	15	34	6
<i>Referenzländer</i>						
USA	1	2	1	16	2	1
Schweiz	6	15	6	8	5	5
Norwegen	9	6	10	12	7	21
Island	12	16	16	3	24	17
<i>Andere EU-Länder</i>						
Dänemark	10	14	11	2	31	8
Großbritannien	11	12	15	6	16	3
Deutschland	14	17	12	14	22	4
Niederlande	15	8	19	10	19	7
Spanien	22	22	24	26	15	25
Portugal	23	25	13	21	40	36
Irland	24	11	31	18	9	20
Belgien	25	19	22	22	26	13
Frankreich	30	20	28	29	28	15
Griechenland	38	36	30	44	47	43
Italien	39	26	39	37	27	24
Durchschnitt	23	19	22	21	25	18

Q: WEF (2002).

Die Integration in einen bestehenden Handelsblock löst in der Regel eine Zunahme des Handels aus (Handelsschaffung) und eine Umlenkung des Handels zu den Binnenmarktpartnern (Handelsumlenkung). Der EU-Beitritt von Finnland, Schweden und Österreich hatte folgende Implikationen:

Die drei Länder traten in die bestehende Zollunion der EU ein, die Zölle waren somit an den Gemeinsamen Zolltarif (GZT) der EU anzupassen. In Finnland ergab sich daraus (im Durchschnitt der Industriewaren; Übersicht 1) kein Anpassungsbedarf, Schweden musste die Zölle im Durchschnitt um rund 1 Prozentpunkt anheben, während Österreich sie um rund 5 Prozentpunkte senken musste. Importe aus Drittstaaten nach Österreich wurden dadurch billiger, jene nach Schweden etwas teurer. In allen drei Ländern war der bilaterale Industriewarenhandel mit der EG aufgrund der Freihandelsabkommen zwischen EFTA und EG von 1972 seit Mitte 1977 von Zöllen befreit (EG-EFTA-Freihandelszone). Die Drittlandimporte umfassten vor 1995 in Schweden rund 28% der Gesamtimporte, in Österreich 25% und in Finnland 36%. Für Schweden dürfte der handelsumlenkende Effekt durch die Anpassung an den GZT der EG daher nur rund ¼% der Gesamtimporte betragen haben, während er in Österreich rund 1¼% der Gesamtimporte ausgemacht haben dürfte. In Finnland fielen keine solchen Effekte an, weil die Zölle nicht verändert werden mussten.

Der Eintritt in den Binnenmarkt bedeutete somit zum einen keine Zollsatzänderung zwischen den drei Ländern und der EG 12, zum anderen allerdings durch den Wegfall der Grenzkontrollen (freier Warenverkehr) eine Senkung der Handelskosten im Ausmaß von etwa 2,5% bis 5% des Handelsvolumens (Schätzung). Nimmt man den Effekt des Handelskostenabbaus mit der Untergrenze von 2,5% an und interpretiert ihn als Zollabbau der drei neuen Mitgliedsländer gegenüber der EG 12 sowie der EG 12 gegenüber den drei Ländern bzw. zwischen den drei Ländern, so ergeben sich in einem allgemeinen Gleichgewichtsmodell¹⁾ folgende theoretische Handelseffekte:

¹⁾ Diese Berechnungen erfolgten mit dem numerischen allgemeinen Gleichgewichtsweltmodell GTAP5, spezifiziert für 8 Regionen (Finnland, Österreich, Schweden, EU 12, NAFTA, MOEL, GUS, übrige Länder), 10 Sektoren und 5 Produktionsfaktoren auf Basis von Daten aus dem Jahr 1997.

Förderte der EU-Beitritt den Intra-EU-Handel?

- Die Exporte und Importe von Finnland (jeweils +8%), Österreich (+10%) und Schweden (+9%) in die bzw. aus der EG 12 und – etwas schwächer – der Handel mit den jeweiligen Drittlandpartnern der drei Länder müssten sich erhöhen.
- Dadurch müsste sich die Handelsbilanz der drei neuen EU-Länder mit der EG 12 leicht verschlechtern, mit den anderen Weltregionen verbessern. Durch die Umlenkung der Handelsströme in den Binnenmarkt müsste der Handel mit den Nicht-EU-Ländern sinken.
- Der Wegfall der Grenzkontrollen (Senkung der Handelskosten) würde mit Wohlfahrtseffekten von rund ½% des BIP in allen drei Ländern zu Buche schlagen. Das reale BIP würde um rund 0,1% steigen.

Für den Vergleich mit der tatsächlichen Entwicklung werden wieder die Daten vor dem EU-Beitritt (Durchschnitt der Periode 1988/1994) jenen nach dem EU-Beitritt (Durchschnitt der Periode 1994/2001) in Siebenjahresperioden gegenübergestellt, um Zufallsschwankungen in einzelnen Jahren auszuschalten (Übersicht 4). Dabei werden die Gesamtexporte und -importe in fünf Weltregionen unterteilt (übrige 14 EU-Länder, MOEL 10 und GUS, EFTA 4, NAFTA, übrige Länder).

- Der Anteil der Exporte in die anderen 14 EU-Länder verringerte sich in allen drei Ländern, am stärksten in Finnland. Der Anteil der Importe aus den anderen 14 EU-Ländern sank in Finnland und Österreich und erhöhte sich in Schweden. Die theoretisch erwartete Handelsschaffung durch den EU-Beitritt ist also nicht eingetreten. Lediglich 1994/95 nahm der Handel mit der EU (Exporte und Importe) kräftig zu. Die Zölle für Industriewarenimporte der EU aus den MOEL wurden aufgrund der Europaabkommen seit 1993 schrittweise bis 1997, die Zölle für Importe der MOEL aus der EU bis 2002 abgebaut (asymmetrischer Zollabbau). Österreichs Handel mit den MOEL wurde in der Periode seit 1995 beträchtlich ausgeweitet (exportseitig stärker als importseitig), jener von Finnland und Schweden etwas weniger. In allen drei Ländern schrumpfte der Handel mit den verbliebenen EFTA-Ländern (Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz) erwartungsgemäß. Allerdings entwickelten sich die Importe aus den übrigen Ländern nicht theoriekonform (sie schrumpften); in Schweden ging nicht nur der Handel mit den übrigen Ländern, sondern auch mit der NAFTA zurück.
- Als Ergebnis dieser Entwicklung verbesserte sich die Handelsbilanz mit der EU in Finnland und Schweden, in Österreich verschlechterte sie sich. Misst man die Veränderung am Anteil des Handelsbilanzsaldos mit der EU an der gesamten Bilanz, so ergab sich in Österreich relativ zu den Handelsbilanzsalden gegenüber anderen Weltregionen eine Verbesserung, in den beiden anderen Ländern aber eine Verschlechterung.

Die moderne Außenhandelstheorie postuliert, dass mit zunehmender Integration von Industrieländern mit ähnlicher Faktorausstattung immer ähnlichere Produkte gehandelt werden. Die Anbieter versuchen, durch Produktdifferenzierung ihre Marktposition zu halten bzw. auszubauen, zum einen um sich von den Konkurrenten zu unterscheiden, zum anderen um den immer differenzierteren Geschmack der Konsumenten zu treffen. Dieses Phänomen wird als "intraindustrieller" Handel bezeichnet. Anhand des "Grubel-Lloyd-Index" (Übersicht 5) ergibt sich für die drei neuen EU-Mitgliedsländer folgendes Bild: Finnland weist unter den drei Ländern den niedrigsten Index auf, weil seine Wirtschaftsstruktur relativ stark auf zwei Gütersegmente (Holz und High-Tech-Produkte) konzentriert ist. Dennoch nahm der Anteil des interindustriellen Handels mit der EU bis zum EU-Beitritt zu und seither interessanterweise ab. In Österreich und Schweden nahm er nach einer kurzen Stagnation nach dem EU-Beitritt wieder zu.

Übersicht 4: Außenhandelsentwicklung in Finnland, Österreich und Schweden

Finnland						
	1988/1994	Exporte 1995/2001	Veränderung Prozent- punkte	1988/1994	Importe 1995/2001	Veränderung Prozent- punkte
	Anteile in %			Anteile in %		
EU 14	61,86	54,98	- 6,88	58,78	56,29	- 2,49
MOEL 10	4,95	7,09	+ 2,14	3,28	4,33	+ 1,05
MOEL 10 und GUS	11,57	13,10	+ 1,53	12,16	12,59	+ 0,43
EFTA 4	5,05	4,25	- 0,80	5,66	5,37	- 0,29
NAFTA	7,60	8,72	+ 1,12	7,52	8,04	+ 0,52
Übrige Länder	13,93	18,95	+ 5,02	15,88	17,71	+ 1,83
Insgesamt	100,00	100,00		100,00	100,00	
Handelsbilanz						
	1988/1994	1995/2001	Veränderung	1988/1994	1995/2001	Veränderung
	Mio. \$		Mio. \$	Anteile in %		Prozent- punkte
EU 14	1.924	5.409	+ 3.485	93,94	51,28	-42,67
MOEL 10	489	1.618	+ 1.130	23,86	15,34	- 8,52
MOEL 10 und GUS	94	1.528	+ 1.434	4,60	14,48	+ 9,88
EFTA 4	- 23	98	+ 122	- 1,14	0,93	+ 2,07
NAFTA	177	1.139	+ 962	8,65	10,80	+ 2,15
Übrige Länder	- 124	2.375	+ 2.499	- 6,05	22,51	+28,56
Insgesamt	2.048	10.549	+ 8.501	100,00	100,00	
Österreich						
	1988/1994	Exporte 1995/2001	Veränderung Prozent- punkte	1988/1994	Importe 1995/2001	Veränderung Prozent- punkte
	Anteile in %			Anteile in %		
EU 14	67,22	62,96	- 4,25	70,18	68,87	- 1,31
MOEL 10	8,32	12,95	+ 4,63	5,29	8,85	+ 3,56
MOEL 10 und GUS	10,39	14,60	+ 4,21	6,99	10,88	+ 3,89
EFTA 4	7,21	6,34	- 0,88	4,51	3,69	- 0,82
NAFTA	4,06	4,99	+ 0,93	4,52	5,68	+ 1,16
Übrige Länder	11,12	11,11	- 0,01	13,80	10,88	- 2,92
Insgesamt	100,00	100,00		100,00	100,00	
Handelsbilanz						
	1988/1994	1995/2001	Veränderung	1988/1994	1995/2001	Veränderung
	Mio. \$		Mio. \$	Anteile in %		Prozent- punkte
EU 14	- 6.973	- 7.908	- 935	84,12	127,90	+43,78
MOEL 10	795	1.979	+ 1.184	- 9,59	- 32,01	-22,42
MOEL 10 und GUS	785	1.616	+ 830	- 9,47	- 26,13	-16,66
EFTA 4	675	1.407	+ 733	- 8,14	- 22,76	-14,62
NAFTA	- 587	- 750	- 163	7,08	12,12	+ 5,05
Übrige Länder	- 2.190	- 548	+ 1.641	26,42	8,87	-17,55
Insgesamt	- 8.289	- 6.183	+ 2.106	100,00	100,00	
Schweden						
	1988/1994	Exporte 1995/2001	Veränderung Prozent- punkte	1988/1994	Importe 1995/2001	Veränderung Prozent- punkte
	Anteile in %			Anteile in %		
EU 14	61,19	55,97	- 5,22	63,47	66,90	+ 3,43
MOEL 10	1,90	3,85	+ 1,95	2,13	3,92	+ 1,79
MOEL 10 und GUS	2,47	4,94	+ 2,48	3,18	4,67	+ 1,49
EFTA 4	10,82	10,10	- 0,72	8,84	9,80	+ 0,96
NAFTA	10,52	10,66	+ 0,13	9,18	6,60	- 2,59
Übrige Länder	15,00	18,32	+ 3,32	15,33	12,03	- 3,29
Insgesamt	100,00	100,00		100,00	100,00	
Handelsbilanz						
	1988/1994	1995/2001	Veränderung	1988/1994	1995/2001	Veränderung
	Mio. \$		Mio. \$	Anteile in %		Prozent- punkte
EU 14	2.119	2.418	+ 299	40,13	14,37	-25,76
MOEL 10	- 8	598	+ 605	- 0,15	3,55	+ 3,70
MOEL 10 und GUS	- 213	1.000	+ 1.213	- 4,04	5,94	+ 9,98
EFTA 4	1.523	1.888	+ 365	28,84	11,22	-17,62
NAFTA	1.193	4.396	+ 3.203	22,60	26,12	+ 3,53
Übrige Länder	658	7.127	+ 6.468	12,46	42,35	+29,89
Insgesamt	5.281	16.828	+ 11.547	100,00	100,00	

Q: WIFO-Berechnungen mit Daten der OECD: FIMS – Monthly Statistics of Foreign Trade. MOEL 10 ... Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn.

Übersicht 5: Intra-industrieller Handel mit der EU

SITC-Dreisteller

	1970	1980	1990	1994	1995	1996	2000
	Grubel-Lloyd-Index						
Finnland	34,3	48,3	48,3	48,2	47,2	47,4	41,8
Österreich	61,8	70,9	70,2	71,2	67,9	73,1	76,3
Schweden	65,4	65,8	66,0	65,7	63,1	62,4	69,2
EU 15	58,8	60,9	62,0	63,1	62,8	63,3	64,1

Q: WIFO-Berechnungen mit Daten der UNO-Welthandelsdatenbank. Der Grubel-Lloyd-Index für den intra-industriellen Handel (IIT) für ein Gut i lautet: $IIT_i = 100 - \frac{|X_i - M_i|}{(X_i + M_i)} \cdot 100$, X_i ... Exporte an Gut i , M_i ...

Importe an Gut i .

Das Leben im und mit dem Binnenmarkt

Das Ziel, einen "gemeinsamen Markt" zu schaffen, ist bereits im EWG-Vertrag von 1957 in Art. 2 festgeschrieben. Tatsächlich wurde der Binnenmarkt erst mit 1. Jänner 1993 – vor 10 Jahren – verwirklicht. Eckpfeiler des Binnenmarktprogramms sind die "vier Freiheiten": freier Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sowie die Freizügigkeit der Arbeitskräfte²⁾. Abgesichert wird das Funktionieren des Binnenmarktes durch ein einheitliches Wettbewerbsrecht. Im Laufe der Zeit wurden viele Bereiche, die vormals unter staatlichem Einfluss standen (öffentliche Versorgungsbetriebe wie Telekommunikation, Energieversorgung – Strom und Gas, Bahn, Post usw.) privatisiert. Dazu war eine umfangreiche Anpassung von EU-Gesetzen (Richtlinien) notwendig. Deren Umsetzung in nationales Recht nahm viel Zeit in Anspruch und wurde erst allmählich verwirklicht. Am Beginn betrug das "Umsetzungsdefizit" von EU-Recht laut Binnenmarktanzeiger rund 21,4%, innerhalb von 10 Jahren sank es auf 2,1%. Trotz großer Fortschritte besteht noch Liberalisierungsbedarf im Bereich des Binnenmarktes für Dienstleistungen (Europäische Kommission, 2002J) und der Integration der Finanzmärkte (Europäische Kommission, 2003).

Defizit in der Umsetzung sinkt stark

Die drei neuen Mitgliedsländer traten der EU aufgrund des bereits seit 1993 bestehenden Binnenmarktes bei. In der Umsetzung waren sie unterschiedlich ambitioniert. Während in Österreich das Defizit noch 2,9% beträgt, waren Finnland (0,6%) und Schweden (0,4%) wesentlich ambitionierter in der Umsetzung von EU-Recht (Europäische Kommission, 2002A, S. 5-7). Um das von der Europäischen Kommission angestrebte Ziel, 2004 ein Defizit von 1,5% zu erreichen, muss Österreich noch 57 Richtlinien umsetzen (zur vollständigen Umsetzung 79 Richtlinien), Finnland und Schweden nur je 24 (bzw. 46).

Werden EU-Richtlinien unvollkommen oder gar nicht umgesetzt, dann initiiert die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren. Die Gesamtzahl dieser Verfahren war mit zuletzt über 1.500 offenen Fällen überaus hoch. In Österreich sind 79 Verfahren offen, in Finnland 39 und in Schweden nur 32 (siehe Binnenmarktanzeiger der Europäischen Kommission, November 2002).

Harmonisierung versus gegenseitige Anerkennung von Normen und Standards

Generell basiert das Binnenmarktprogramm auf dem Prinzip der gegenseitigen Anerkennung von Industrienormen und -standards. Für das Funktionieren des Binnenmarktes und damit gleiche, faire Bedingungen wäre natürlich eine völlige Harmonisierung der zahlreichen Standards wünschenswert. In der Praxis war dies jedoch nicht umzusetzen. Neben dem Konzept der gegenseitigen Anerkennung³⁾, das in der EU durch die Rechtsprechung des EuGH im Fall Cassis de Dijon (Rs. 120/78) ein-

²⁾ Alle drei hier untersuchten Länder sind dem Schengen-Abkommen beigetreten, das freien Personenverkehr bzw. den Wegfall der Grenzkontrollen sowie eine strenge Kontrolle der Außengrenzen vorsieht und mit der Integration in den Vertrag von Amsterdam (in Kraft seit 1. Mai 1999) zum EU-Primärrecht wurde. Finnland und Schweden traten am 25. März 2001 zusammen mit den anderen skandinavischen Ländern (Norwegen und Island als assoziierte Mitglieder) dem Schengen-Abkommen bei; dadurch konnte die Passunion des Nordischen Rates (Island, Norwegen, Dänemark, Schweden, Finnland), der heuer sein 50-jähriges Bestehen feiert, beibehalten werden. In Österreich ist das Abkommen seit 28. April 1995 in Kraft (die Grenzkontrollen fielen in zwei Schritten am 1. Dezember 1997 und am 1. April 1998 weg).

³⁾ Der Verkauf eines Produktes, welches in einem Mitgliedstaat rechtmäßig hergestellt und in Verkehr gebracht wurde, kann von einem anderen Mitgliedstaat nicht verboten werden, wenn er dasselbe Schutzniveau gewährleistet.

geführt wurde, gibt es zudem sowohl Anreize der Kommission zur Harmonisierung als auch Bestrebungen innerhalb der für Standardisierung zuständigen Institutionen (CEN, CENELEC, ETSI, ENO usw.; *Paparella, 2002*), die Harmonisierung voranzutreiben. In den letzten 10 Jahren nahmen sowohl die von der Europäischen Kommission vorgegebene Harmonisierung als auch – und vor allem – die von der Industrie autonom vorangetriebene Standardisierung der Industrieprodukte stetig zu (*Europäische Kommission, 2002A, S. 15*). In der Regel werden Standardisierungen von den europäischen Normungsinstituten CEN, ETSI, CENELEC vorgenommen (*Paparella, 2002*). Die theoretisch erwarteten positiven Effekte einer stärkeren Harmonisierung auf die Wettbewerbsposition konnten bisher allerdings nicht eindeutig nachgewiesen werden (*Paparella, 2002*).

In Meinungsumfragen ("Eurobarometer") stehen große Unternehmen dem Binnenmarktprogramm meist positiver gegenüber als Klein- und Mittelbetriebe (*Europäische Kommission, 2002A, S. 19*). Alle Unternehmen sehen einen starken Einfluss des Binnenmarktes auf die Produktivität, weniger positive Auswirkungen auf die Gewinne und die Beschäftigung. Dem Binnenmarkt werden sehr positive Effekte auf die Möglichkeiten zum Verkauf der Produkte innerhalb der EU zugeschrieben.

Die Bürger der EU sehen das Positive des Binnenmarktes darin, dass ihre Wohlfahrt steigt (*Europäische Kommission, 2002A, S. 27-28*). Sie finden niedrigere Preise vor (41%), die Qualität der angebotenen Produkte ist gestiegen (67%), und insgesamt hat das Angebot an Produkten zugenommen (80%).

Hinsichtlich der Zustimmung zur EU bzw. der Einschätzung der Vorteile aus der EU-Mitgliedschaft unterscheiden sich Finnland, Schweden und Österreich deutlich: Traditionell war und ist die Skepsis gegenüber der EU in Schweden am größten – dies spiegelt sich nicht zuletzt in einer Nichtteilnahme an der Währungsunion. Laut Eurobarometer (*Europäische Kommission, 2002F*) bezeichnen 40% der Finnen, 37% der Österreicher und 38% der Schweden die EU-Mitgliedschaft als "eine gute Sache". Von der EU-Mitgliedschaft glauben 41% der Finnen, 40% der Österreicher, aber nur 29% der Schweden zu profitieren.

Seit 2001 publiziert die Europäische Kommission einen "Binnenmarktindex" (BMI, "Internal Market Index"), der das Funktionieren des Binnenmarktes in einer Maßzahl ausdrücken soll. Im Jahr 2002 wurde der Index revidiert und erweitert (*Europäische Kommission, 2002A, S. 32ff*). Er besteht aus einem gewichteten Durchschnitt von 12 Indikatoren⁴⁾, die vom Beratergremium der Kommission in Binnenmarktfragen (IMAC – Internal Market Advisory Committee) als repräsentativ für das Funktionieren des Binnenmarktes ausgewählt wurden (Übersicht 6).

Für die EU insgesamt stieg der Binnenmarktindex⁵⁾ von 100 im Jahr 1992 (1995 111) auf 143 im Jahr 2001; das deutet auf eine stetige Verwirklichung der Grundgedanken des Binnenmarktes hin. Für die neuen Mitgliedstaaten wurde der Index ebenfalls bereits ab 1992 berechnet, obwohl sie erst 1995 der EU beitraten. Insgesamt stieg der BMI in den drei neuen EU-Ländern viel rascher als im EU-Durchschnitt. Das gilt vor allem für Finnland: Von 100 im Jahr 1992 erhöhte er sich auf 162 im Jahr 1995 und 225 im Jahr 2001 (1999 trat eine Pause ein: 196). In Schweden erhöhte sich der Index von 100 im Jahr 1992 auf 155 im Jahr 1995 und 176 im Jahr 2001; mit 184 erreichte er im Jahr 2000 einen Höchstwert. Auch in Österreich ging die Verwirklichung des Binnenmarktes, gemessen am BMI, rascher vor sich als im EU-Durchschnitt: Von 100 im Jahr 1992 stieg der Index auf 121 im Jahr 1995 und 163 im Jahr 2001; im Jahr 2000 war er mit 165 noch etwas höher.

Einschätzung durch die Bürger

Binnenmarktindex steigt stark

⁴⁾ Eine detaillierte Darstellung der Methodik bieten *Tarantola – Saisana – Saltelli (2002)*.

⁵⁾ Die Daten wurden freundlicherweise von der Europäischen Kommission zur Verfügung gestellt. Die grafische Darstellung enthält *Europäische Kommission (2002A)*.

Übersicht 6: Binnenmarktindex – Variable und Quellen

Variable	Quelle	Gewicht	Vorzeichen	Proxy
Sektorale und Ad-hoc-Subventionen, in % des BIP	Eurostat	14%	–	Fairness im Wettbewerb
Wert der publizierten öffentlichen Auftragsvergabe, in % des BIP	Eurostat	13%	+	Transparenz und Marktzugang
Kosten von Telekommunikation (10 Minuten, lokale, nationale und internationale Gespräche)	Eurostat	9%	–	Marktöffnung im Telekommunikationssektor
Strompreise (Industrie und private Haushalte)	Eurostat	12%	–	Marktöffnung auf dem Strommarkt
Gaspreise (Industrie und private Haushalte)	Eurostat	7%	–	Marktöffnung auf dem Gasmarkt
Relatives Preisniveau von Privatkonsum einschließlich Umsatzsteuer (EU 15 = 100)	Eurostat	10%	–	Preisdivergenz vom EU-Durchschnitt
Intra-EU-Direktinvestitionen (Einstrom), in % des BIP	Eurostat	12%	+	Freiheit des Kapitalverkehrs
Intra-EU-Handel, in % des BIP	Eurostat	14%	+	Freiheit des Güterverkehrs
Aktive Bevölkerung (15 bis 64 Jahre) aus einem anderen Mitgliedstaat, in % der Gesamtbevölkerung	Eurostat	3%	+	Freiheit des Personenverkehrs
Vermögen der Pensionsfonds, in % des BIP	Europäische Kommission, GD Binnenmarkt	1%	+	Umstellung des traditionellen Pensionssystems zu einem mit 2. Säule
Verhältnis von Kreditzinsen zu Sparzinsen	EZB http://www.ecb.int/stats/	4%	–	Effizienz des Bankensektors
Posttarif Standardbrief, (20 g)	Europäische Kommission	1%	–	Marktöffnung im Postwesen

Q: Europäische Kommission (2002A), S. 39.

Binnenmarkt für Strom und Gas

Einen wichtigen Beitrag zum besseren Funktionieren des Binnenmarktes leistet die Vollendung des Elektrizitäts- und Erdgasbinnenmarktes. Strom und Gas sind nicht nur wichtige Inputs für die Industrie, sondern auch Komponenten des Verbraucherpreisindex der privaten Haushalte. Wenn infolge der Zulassung von Wettbewerb durch Liberalisierung des vormals verstaatlichten Strom- und Gasmarktes die Preise sinken, schlägt sich das nicht nur in einer Dämpfung der Produktionskosten der Unternehmen nieder, sondern auch in einer Entlastung der privaten Haushalte.

Der jüngste Benchmarking-Bericht der Europäischen Kommission (2002B) untersucht diese Märkte bezüglich ihrer Öffnung und der Implikationen für die Preise. Die "Elektrizitätsrichtlinie" zur Öffnung des Strommarktes wurde in den drei hier untersuchten Ländern bereits umgesetzt (Finnland 1997, Schweden 1998, Österreich 2001). Die "Gasrichtlinie" zur Öffnung des Gasmarktes haben bisher erst drei EU-Länder zu 100% umgesetzt (Österreich mit 1. Oktober 2002⁶⁾, Deutschland seit 2000 und Großbritannien seit 1998). In Schweden ist die Liberalisierung erst für 2006 geplant, in Finnland gibt es noch keinen Zeitplan für die vollständige Öffnung.

Bisher hatte die Liberalisierung durchaus unterschiedliche Auswirkungen auf die Preisentwicklung. Einer Verbilligung von Strom steht ein Anstieg der Gaspreise gegenüber. Die Einzelhandelspreise von Strom sanken in Finnland für industrielle Großverbraucher (bei 24 GWh pro Jahr) und für gewerbliche Kleinverbraucher (bei 50 GWh pro Jahr) von 44 € bzw. 61 € je MWh im Jänner 1995 um 18% bzw. 8% auf 36 € bzw. 56 € im Jänner 2002. Für private Haushaltskunden (bei 3,5 GWh pro Jahr) kostete Strom im Jänner 2002 wie 1995 70 € je MWh, nachdem der Preis im Jahr 2000 bereits bei 64 € je MWh gelegen war.

In Österreich sanken die Strompreise für industrielle Großverbraucher von 69 € je MWh 1995 auf 60 € im Juli 1999 (–13%; seither fehlen Daten), für gewerbliche Kleinverbraucher von 172 € auf 96 € je MWh (–44%) und für private Haushalte von 103 € (Jänner 1996) auf 93 € (–10%). In Schweden wurde Strom für industrielle Großverbraucher um 21% billiger (von 33 € je MWh im Jänner 1996 auf 26 € im Jänner 2002), für gewerbliche Kleinverbraucher um 49% (von 70 € auf 36 € je MWh) und für Haushalte um 6% teurer (von 66 € auf 70 € je MWh).

Auf dem Gasmarkt stiegen die Preise (Daten fehlen teils, vor allem für Finnland) für alle Abnehmerkategorien in allen drei Ländern in der Vergleichsperiode (nur der Großabnehmerpreis sank in Schweden zwischen Jänner 2001 und Jänner 2002 leicht). Die privaten Haushalte realisierten also in den meisten Fällen sowohl bezüglich Strom als auch bezüglich Gas bisher noch keine Entlastung und damit keine Wohlfahrtseffekte.

⁶⁾ Siehe dazu im Detail Schwarzbichler (2003).

Die Europäische Union basiert (noch) auf einer komplizierten Kompetenzverteilung zwischen EU- oder Gemeinschaftsebene und nationalstaatlicher Ebene (Breuss, 2002A). Viele Politikbereiche sind bereits "vergemeinschaftet". Dazu zählen die Wettbewerbspolitik, die Gemeinsame Agrarpolitik, die Gemeinsame Handelspolitik sowie die Struktur- oder Regionalpolitik. Im Entwurf für eine EU-Verfassung, die der "Konvent über die Zukunft Europas" im Juni 2003 dem Europäischen Rat von Thessaloniki vorlegte, werden die Kompetenzen klarer aufgeteilt. Unterschieden wird dort zwischen einer ausschließlichen Zuständigkeit der EU (z. B. Währungspolitik, Gemeinsame Handelspolitik, Zollunion), einer geteilten Zuständigkeit von Union und Mitgliedstaaten (z. B. Binnenmarkt, Gemeinsame Agrarpolitik, Verkehr, Energie, Sozialpolitik) und der Koordination der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.

Der Europäische Binnenmarkt mit seinen vier Freiheiten kann nur dann funktionieren, wenn als begleitende Kontrolle ein gemeinsames Wettbewerbsrecht für Chancengleichheit im Wettbewerb sorgt (Martin, 2001, S. 125-142, Sauter, 2001, S. 187ff). Diese Kompetenz nimmt die Europäische Kommission wahr. Sie wacht zum einen über die korrekte Vergabe von Beihilfen im Sinne der Gemeinsamen Regeln betreffend den Wettbewerb (Art. 81 bis 86 EGV über Kartelle und Art. 87 bis 89 EGV über staatliche Beihilfen). Zudem gibt die Fusionskontrollverordnung (FK-VO) der Europäischen Kommission das Recht, Unternehmenszusammenschlüsse auf ihre Marktbeherrschung hin zu untersuchen.

Die Zahl der internationalen Zusammenschlüsse nimmt in der EU seit Anfang der neunziger Jahre (1992: 1.434) ständig zu und erreichte 2002 4.247 Fälle (2001: 3.028 Fälle; Europäische Kommission, 2001B, S. 9). Bis Ende 2001 wurden bei der Kommission im Rahmen der seit 21. September 1990 geltenden Fusionskontrollverordnung⁷⁾ insgesamt 1.908 Fusionen angemeldet. Davon entfielen 53 nur teilweise oder gar nicht in den Anwendungsbereich der Verordnung, und 77 wurden später zurückgezogen. Nur 18 Fusionen – weniger als 1% aller Fälle – wurden untersagt (Europäische Kommission, 2001, S. 16). Insgesamt ist auch in den drei hier untersuchten Ländern die Zahl von Verbotsentscheidungen sehr gering (Europäische Kommission, 2002E, S. 65): in Österreich 1 Fall (0,8% der Fälle), in Finnland 1 Fall (1,2%) und in Schweden 4 Fälle (1,5%).

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) besteht schon seit 1962; sie steuert nahezu planwirtschaftlich den Agrarmarkt der EU. Ein EU-Beitritt bedeutet, dass die vormals national finanzierten öffentlichen Agrarmarktausgaben aus dem EU-Haushalt bestritten werden. Dazu gelten für alle Produktkategorien Agrarmarktordnungen, die jeweils nach Reformüberlegungen angepasst werden (zuletzt nach dem Beschluss des Europäischen Rates vom März 1999 in Berlin über die Agenda 2000). Weitere Reformschritte wurden von der Europäischen Kommission im Juli 2002 in ihrem Midterm-Review-Bericht (Europäische Kommission, 2002G) andiskutiert, vom Europäischen Rat in einer Sondersitzung zur Vorbereitung der EU-Erweiterung am 25. bis 26. Oktober 2002 in Brüssel zunächst vertagt und letztlich mit Kompromissen bezüglich der Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion vom Rat am 26. Juni 2003 in Luxemburg beschlossen (zu den Konsequenzen für Österreich siehe Sinabell – Schmid, 2003).

In den hier untersuchten Ländern Finnland, Schweden und Österreich weist die Landwirtschaft einen relativ geringen Anteil an der Gesamtwirtschaft auf; sie erhalten daher relativ geringe Agrarmittel aus dem EU-Haushalt. Obwohl in Finnland und Österreich der Anteil der Landwirtschaft mit rund 6% der Gesamtbeschäftigten etwa gleich hoch ist, bezog Österreich seit 1995 mehr Mittel aus dem EU-Haushalt. Das liegt auch daran, dass Österreich im Gegensatz zu Finnland und Schweden in großem Umfang von der neuen Mittelkategorie "ländliche Entwicklung" profitiert (Übersicht 7). Österreich schöpfte 2,5% aller Ausgaben aus dem EU-Haushalt für die Landwirtschaft für das Jahr 2001 aus (Europäische Kommission – Eurostat, 2002, S. 115), Finnland 2% und Schweden 1,9%. Der Anteil an den direkten Einkommensbeihilfen ist für die drei Länder recht ähnlich (Österreich und Schweden jeweils 1,9%, Finnland 1,4%). Bezüglich der Ausfuhrerstattungen liegen Finnland (2,3%) und Schweden (2%)

⁷⁾ VO (EWG) Nr. 4064/89 des Rates vom 21. Dezember 1989, Abl. L 395 vom 30. Dezember 1989, geändert durch VO (EG) Nr. 1310/97 des Rates vom 30. Juni 1997, Abl. L 180 vom 9. Juli 1997.

Grundlegende Änderungen in der Wirtschaftspolitik durch den EU-Beitritt

Wettbewerbsrecht

Gemeinsame Agrarpolitik

vor Österreich (1,4%). 10,4% der EU-Ausgaben für den ländlichen Raum fließen nach Österreich, 7,5% nach Finnland und 3,5% nach Schweden. Der Anteil Österreichs an den Mitteln für die Lagerhaltung (2,2%) ist ebenfalls wesentlich höher als der Schwedens (0,6%) und Finnlands (0,2%).

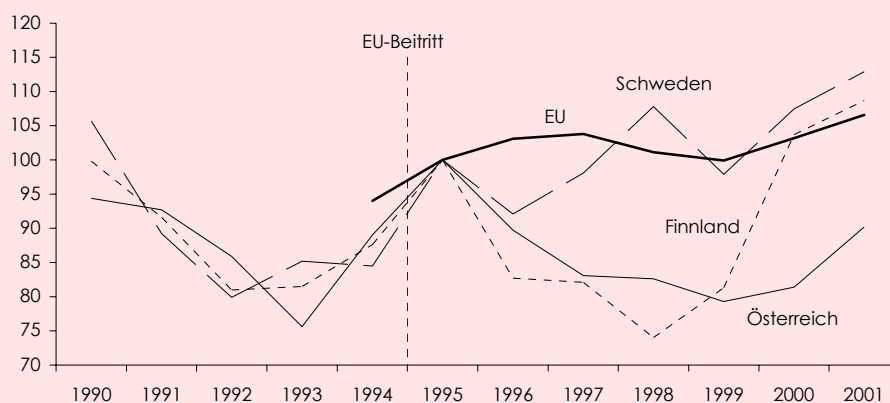
Übersicht 7: Beziehungen zum EU-Haushalt

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
		Mio. €						
Eigenmittel ¹⁾	Finnland	887,4	964,0	1.061,9	1.145,8	1.210,7	1.225,7	1.233,2
	Österreich	1.762,9	1.874,0	2.110,4	2.085,8	2.053,7	2.093,6	2.091,0
	Schweden	1.658,3	1.969,0	2.326,0	2.382,7	2.348,8	2.632,9	2.337,7
Operative Ausgaben insgesamt ²⁾	Finnland	753,4	1.052,0	1.118,0	975,1	936,4	1.396,3	1.020,1
	Österreich	902,3	1.660,5	1.386,8	1.329,5	1.242,0	1.398,4	1.403,3
	Schweden	760,7	1.312,5	1.196,6	1.343,7	1.164,6	1.214,5	1.092,9
Gemeinsame Agrarpolitik (GAP): EAGFL – Abteilung Garantie	Finnland	63,3	649,2	570,6	576,4	560,0	727,8	815,8
	Österreich	87,5	1.214,1	861,3	843,2	844,4	1.018,7	1.052,6
	Schweden	76,5	624,1	747,0	770,9	734,8	798,1	780,1
Strukturpolitische Maßnahmen	Finnland	173,8	155,9	379,9	256,8	252,7	542,6	83,6
	Österreich	175,1	270,6	364,0	340,7	296,3	260,8	206,4
	Schweden	125,6	132,7	230,6	375,8	287,4	232,2	135,6
Netto: operativer Haushaltssaldo ³⁾	Finnland	- 70,6	72,6	39,8	- 102,4	- 194,8	274,5	- 150,4
	Österreich	- 788,0	- 264,5	- 779,8	- 629,2	- 628,8	- 447,8	- 536,4
	Schweden	- 673,6	- 587,9	- 1.097,7	- 779,9	- 897,3	- 1.059,5	- 973,3
In % des BIP	Finnland	- 0,08	0,08	0,04	- 0,09	- 0,17	0,22	- 0,12
	Österreich	- 0,44	- 0,15	- 0,43	- 0,34	- 0,32	- 0,22	- 0,26
	Schweden	- 0,38	- 0,30	- 0,54	- 0,38	- 0,41	- 0,45	- 0,44

Q: Europäische Kommission (2002C). – ¹⁾ Zahlungen an den EU-Haushalt: Traditionelle Eigenmittel (Zölle, Agrarabschöpfungen, Zuckerabgaben, Erhebungskosten), MWSt-Eigenmittel, BSP-Eigenmittel. – ²⁾ Neben GAP- und Strukturpolitik: interne Politikbereiche, Verwaltungsausgaben. – ³⁾ Positiv ... Nettoempfänger, negativ ... Nettozahler.

Abbildung 5: Landwirtschaftliche Einkommen

Reales Faktoreinkommen je Arbeitskraft, 1995 = 100



Q: Europäische Kommission – Eurostat (2002).

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie sich die landwirtschaftlichen Einkommen der drei Länder seit der Übernahme der GAP entwickelten. Eine Auswertung der Europäischen Kommission ergibt folgendes Bild (Abbildung 5): Der Index der Realeinkommen pro Kopf (Faktoreinkommen) stieg im Durchschnitt 1995/2001 gegenüber der Periode 1990/1994 in Schweden um 13% und in Finnland um 2%. In Österreich sank der Index im selben Zeitraum hingegen um rund 1%. Zwischen 1995 und 2001 ergab sich in Schweden ein Realeinkommenszuwachs von 13% und in Finnland von 9% (+2% bzw. +1,5% pro Jahr). In Österreich sank der Index dagegen um 10% oder 1,6% pro Jahr. Im selben Zeitraum erhöhte sich der Index in der EU 15 um

7% (oder 1% pro Jahr). Die drei neuen Mitgliedsländer profitierten somit von der Integration in die GAP sehr unterschiedlich.

Die Strukturpolitik der EU hat zum Ziel, den "... wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern" (Art. 2 EGV). Im Rahmen der Strukturpolitik fließen Mittel daher vorrangig an die ärmeren Länder. Finnland, Schweden und Österreich sind reiche Länder mit relativ geringen Strukturproblemen. Dennoch strebten sie in den Beitrittsverhandlungen unter dem Titel Strukturpolitik ein optimales Ergebnis an. In Österreich wurde das Burgenland zum Ziel-1-Gebiet mit höchster Förderwürdigkeit erklärt (Kriterium ist ein BIP pro Kopf von weniger als 75% des EU-Durchschnitts). Finnland und Schweden erreichten (zusammen mit Norwegen) die Definition eines neuen Ziels (Ziel 6: subarktische Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte). Nach der Reform der Strukturpolitik im Rahmen der Agenda 2000 wurde der Zielkatalog ab 2000 von sechs auf drei Ziele reduziert: Ziel 1 blieb für einkommenschwache Regionen erhalten, Ziel 2 gilt für industrieschwache Regionen und Ziel 3 für Arbeitsmarktaufgaben. Ziel 6 wurde in Finnland und Schweden in das Ziel 1 übergeführt.

Die Auswertung der operativen Ausgaben ergibt, dass die drei Länder die Transfers aus dem EU-Haushalt unter dem Titel "strukturpolitische Maßnahmen" recht gleichmäßig ausschöpften. In den einzelnen Jahren lag jeweils ein anderes Land voran, zuletzt im Jahr 2001 erhielt Österreich relativ am meisten Mittel (Übersicht 7).

Finnland partizipierte an den EU-Mitteln für strukturpolitische Maßnahmen (für das Jahr 2001) mit 0,4%, Österreich mit 0,9% und Schweden mit 0,6% (*Europäische Kommission*, 2002C, S. 115). Aufgeschlüsselt nach Zielgebieten liegt Österreich bezüglich der Ausgaben für Ziel 2 voran (2,7% gegenüber 0,7% in Finnland und 0,9% in Schweden), Schweden bezüglich Ziel 3 (4,4%; Österreich 3,9%, Finnland 1%). Mit je 0,2% der gesamten Ziel-1-Förderungen erhalten Finnland und Österreich gleich viel (Schweden 0,1%). Für innovative Maßnahmen und technische Hilfen bezieht hingegen Schweden (3,7%) wesentlich mehr EU-Mittel als Finnland (2%) und Österreich (1,7%). An Gemeinschaftsinitiativen ist Österreich stärker beteiligt (1,8%) als Finnland und Schweden (jeweils 0,9%).

Aus der Differenz zwischen Eigenmitteln, die die Mitgliedstaaten im Ausmaß von höchstens 1,27% des BSP an den EU-Haushalt leisten müssen (Übersicht 7), und operativen Ausgaben (vor allem für die GAP und die Strukturpolitik) ergibt sich der operative Haushaltssaldo. Österreich und Schweden sind demnach Nettozahler im Ausmaß von rund ½% des BIP, während Finnland im Durchschnitt eine ausgeglichene Position aufweist. Die Nettohaushaltsposition ist Bestandteil der gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtsrechnung. Für Nettozahler verringert sich dementsprechend die Wohlfahrt, für Nettoempfänger steigt sie.

Von den drei hier untersuchten Ländern nehmen nur Finnland und Österreich an der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) seit Inkrafttreten der dritten Stufe am 1. Jänner 1999 teil. Schweden führte die gemeinsame Währung aus politischen Überlegungen und auch basierend auf einer ökonomischen Studie nicht ein – *Calmfors et al.* (1997) argumentieren, dass der Konjunkturzyklus in Schweden stärker mit Großbritannien und den USA korreliert als mit den anderen EU-Ländern. Voraussetzung für den Eintritt in die WWU war die Erfüllung der Konvergenzkriterien, wie sie der Vertrag von Maastricht festlegte: Inflationsrate, Budgetkriterien (Defizit und Schuldenstand), Zinssätze und Teilnahme am Wechselkursmechanismus (WKM)⁸⁾ des EWS ohne Abwertungen gegenüber Mitgliedstaaten.

Nach Überprüfung durch die *Europäische Kommission* (1998) und das *EWI* (1998) im März 1998 erfüllten Finnland und Österreich alle Kriterien. Im Gegensatz zu Österreich (seit dem 9. Jänner 1995) und Finnland (seit dem 14. Oktober 1996) nahm Schweden nie am WKM teil und erfüllte daher eines der fünf Konvergenzkriterien nicht. Schweden ist auch nicht dem Wechselkursmechanismus II (WKM II) beigetreten, in dessen Rahmen die nicht an der WWU teilnehmenden Länder (anfangs vier EU-Länder, seit

⁸⁾ Mit dem alten Wechselkursmechanismus verpflichteten sich die Teilnehmer, bei über die vereinbarten Bandbreiten hinausgehenden Wechselkursschwankungen gemeinsam auf dem Devisenmarkt zu intervenieren.

Strukturpolitik

EU-Budget – Nettozahler

In und außerhalb der WWU

Finnland, Schweden und Österreich: zwei "Ins" und ein "Pre-In"

dem WWU-Eintritt Griechenlands am 1. Jänner 2001 nur noch Dänemark, Großbritannien und Schweden) ihre Wechselkurse in relativ engen Bandbreiten (höchstens $\pm 15\%$) an die Entwicklung des Euro binden; die Teilnahme am WKM II ist auf Wunsch Großbritanniens nicht verpflichtend. Der WKM II soll verhindern, dass über unfaire Abwertungen der WWU-"Ours" der EG-Binnenmarkt gestört würde.

Die schwedische Krone wertete gegenüber dem Euro zunächst auf (von Anfang 1999 bis Frühjahr 2000 um rund 15%), danach ab (bis Herbst 2001 um rund 18%) und wieder auf (bis Ende 2002 um rund 8%); seit Anfang 2003 ist eine Abwertung zu verzeichnen. Insgesamt wertete die schwedische Krone seit Anfang 1999 gegenüber dem Euro um rund 4% auf. Die relative Wettbewerbsfähigkeit Schwedens war, gemessen am real-effektiven Wechselkurs (relative Lohnstückkosten auf Dollarbasis gegenüber 22 Industrieländern) seit Inkrafttreten der WWU großen Schwankungen unterworfen. Sie verbesserte sich laut *Europäischer Kommission* (2002D) 1999 um 4,1% (reale Abwertung), im folgenden Jahr verschlechterte sie sich um 3,3% (reale Aufwertung); 2001 trat eine deutliche Verbesserung ein (um 6,9%; reale Abwertung). In den beiden WWU-Ländern Finnland und Österreich entwickelte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit einheitlicher. In Österreich verbesserte sie sich in allen drei Jahren seit Inkrafttreten der WWU (reale Abwertung; 1999 -1,7%, 2000 -4,5%, 2001 -0,5%); in Finnland wurde in den ersten zwei Jahren eine Verbesserung verzeichnet (1999 -2,5%, 2000 -6,8%) und im Jahr 2001 eine Verschlechterung (reale Aufwertung; +3,4%).

Wirtschaftspolitik in der WWU

Die WWU ist ein wirtschafts- und währungspolitisches System, das auf einer ausgeprägten Asymmetrie basiert (Breuss, 2002A): Für die Geldpolitik ist die Europäische Zentralbank (EZB), für die anderen Bereiche der Wirtschaftspolitik (vor allem die Fiskalpolitik) sind nach wie vor die Mitgliedstaaten zuständig. Das macht eine Koordination notwendig. Die Koordination der Wirtschaftspolitik läuft auf verschiedenen Ebenen und im Rahmen zahlreicher Prozesse ab. Ein wichtiges Instrument der Koordination und Überwachung ist der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP). WWU-Teilnehmer (z. B. Finnland und Österreich) haben die Kompetenz in der Geld- und Wechselkurspolitik an die EZB übertragen, d. h. an Freiheit eingebüßt. Die Nicht-WWU-Länder (z. B. Schweden) können weiterhin eine eigenständige Geld- und Wechselkurspolitik betreiben. Die EU-Länder verstehen die Wirtschaftspolitik (darunter wird vorwiegend Fiskalpolitik verstanden) allerdings als "... eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse und koordinieren sie im Rat ..." (Art. 99 Abs. 1 EGV). Auch die Nichteilnehmer der WWU sind demnach gemeinsamen Zielen verpflichtet. So müssen im Rahmen des multilateralen Überwachungsprozesses der Fiskalpolitik die Euro-Teilnehmerländer jährlich Stabilitätsprogramme und die Nichteilnehmer Konvergenzprogramme vorlegen; die in dieser Form der Europäischen Kommission übermittelten mittelfristigen Budgetpläne müssen vom Ecofin-Rat genehmigt werden.

Allerdings gibt es im institutionellen Gefüge der Euro-Zone Unterschiede für die "Ins", d. h. die WWU-Teilnehmer, und "Pre-Ins", d. h. jene Länder, die die gemeinsame Währung noch nicht eingeführt haben. Erstere sind im provisorischen Euro-Rat vertreten, der dem offiziellen Ecofin-Rat vorgeschaltet ist und alle wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Eurozone vorweg abklärt. Die "Pre-Ins" sind auch nicht im Rat der EZB vertreten, der die Geldpolitik zentral für die Eurozone bestimmt, sondern nur im Erweiterten EZB-Rat (Art. 45 des Protokolls des EU-Vertrags über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank), der eine eingeschränkte Mitentscheidungsbefugnis hat (z. B. bezüglich der Statistik). Dem Vorteil der Autonomie in der Geld- und Wechselkurspolitik steht der erhebliche Nachteil des Ausschlusses von wesentlichen Entscheidungsgremien der Eurozone gegenüber.

Nach dem erfolgreichen Start mit der Einführung des Euro als gesetzliches Zahlungsmittel am 1. Jänner 2002 überlegen die "Pre-Ins" neuerlich, an der Währungsunion teilzunehmen. In Schweden stimmte die sozialdemokratische Regierung mit großer Mehrheit für ein Referendum über Einführung des Euro am 14. September 2003.

Es ist noch zu früh für ein Urteil darüber, ob und wieweit die WWU zu einer Vereinheitlichung des europäischen Konjunkturzyklus geführt hat⁹⁾. Wenn dies zutrifft, fällt ein ökonomisches Argument des Calmfors-Berichts (*Calmfors et al., 1997*) weg: Vorbedingung für die erfolgreiche Teilnahme an der WWU wäre das Vorliegen einer engen Verflechtung der Konjunkturzyklen, denn die WWU-Teilnahme würde diese zwangsläufig herbeiführen (Hypothese der "endogenen Optimum Currency Area"; *Frankel – Rose, 1998*). Allerdings erscheinen auch die von *Rose (2000)* postulierten Handelsgewinne aus einer Teilnahme an einem Fixwechselkurssystem (Währungsunion) stark übertrieben. Die von ihm mit einem Gravitätsschätzansatz für 186 Länder für die Periode 1870/1990 abgeleitete Zunahme des Intra-Eurozone-Handels um das Drei- oder Vierfache scheinen jedenfalls (bisher) in der Eurozone ausgeblieben zu sein. Die *Rose-Schätzungen* wurden von *Persson (2001)* heftig kritisiert (eine Replik darauf von *Rose, 2001*); er kommt auf – gleichwohl enorme – Handelseffekte der Schaffung einer Währungsunion von +40%.

Eine makroökonomische Untersuchung der Vor- und Nachteile der Teilnahme an der WWU mit Simulationen mit einem Weltmakromodell von Oxford Economic Forecasting brachte folgende Ergebnisse (*Breuss, 1997*)¹⁰⁾: Für Hartwährungsländer sind die Vorteile einer Teilnahme an der WWU größer als für die Weichwährungsländer¹¹⁾. Demnach würde der Zuwachs des realen BIP in Österreich nach fünf Jahren in der WWU kumuliert 2,2 Prozentpunkte ausmachen (Hartwährungsländer insgesamt +1,9%, Weichwährungsländer +1,4%, EU-Durchschnitt +1,7%). Dahinter stehen mehrere WWU-Effekte: zum einen die Reduktion der Transaktionskosten (Wegfall des Währungsumtausches), zum anderen die Zunahme des Wettbewerbs im Finanzsektor (Wegfall der nationalen Segmentierung), Vorteile aus der Wechselkursstabilität und ein Wachstumseffekt nach Baldwin (Anstieg der gesamten Faktorproduktivität).

Die europäische Integration ist kein eindimensionaler Prozess. Die EU-Integration schreitet voran und hat mit der Schaffung der Währungsunion und der gemeinsamen Währung Euro einen hohen ökonomischen Reifegrad erreicht; zugleich stehen neue Erweiterungsschritte bevor. Im Jahr 2004 werden 10 neue Mitgliedsländer – vorwiegend aus Ost-Mitteuropa – aufgenommen, dann könnten die Balkanstaaten folgen und letztlich die Türkei. Diese zeitliche Komplexität macht es schwierig, Integrationseffekte für einzelne Mitgliedstaaten der EU zu isolieren.

Seit dem EU-Beitritt Finnlands, Österreichs und Schwedens liefen innerhalb und außerhalb der EU folgende Entwicklungen ab:

- Innerhalb der EU wurde 1993 der Binnenmarkt geschaffen, dessen Umsetzung erst schrittweise erfolgte.
- Im Jahr 1998 zwang die Prüfung der Teilnahmefähigkeit der EU-Mitgliedstaaten für die kommende WWU (Erfüllung der Konvergenzkriterien) zu einer Harmonisierung der Zinspolitik und einer generellen Anstrengung zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die erhebliche Auswirkungen auf den realen Sektor der Volkswirtschaften hatte.
- 1999 begann die WWU mit 11 EU-Mitgliedstaaten, Griechenland trat im Jahr 2001 in die Währungsunion ein.
- Außerhalb der EU intensivierte sich seit der Ostöffnung 1989 der Handel mit den MOEL stark – vorrangig in jenen Staaten, die schon zuvor enge Handelsbeziehungen mit den MOEL hatten wie Finnland und Österreich, etwas weniger in Schweden. Die handelspolitischen Integrationseffekte durch den EU-Beitritt wurden somit von einer beträchtlichen Zunahme der Handelsaktivität mit den MOEL überlagert.

⁹⁾ Entsprechende Argumente stellt *Breuss (2000B)* gegenüber.

¹⁰⁾ Eine umfassende Analyse der Folgen der WWU für Österreich bieten *Baumgartner – Breuss – Kramer – Walterskirchen (1997)*.

¹¹⁾ Als Hartwährungsländer gelten jene Länder, die ihre Währung in der Vergangenheit teils eng an die DM gebunden hatten wie z. B. Österreich. Zu den Weichwährungsländern zählten auch Finnland und Schweden, da sie bis Mitte der neunziger Jahre große Wechselkursschwankungen aufwiesen; damals wurde angenommen, dass sowohl Finnland als auch Schweden an der WWU teilnehmen würden.

Euro-Dividende?

Integrationseffekte ex ante und ex post

Von der Schwierigkeit, Integrationseffekte zu isolieren

**Erwartungen ex ante –
Integrations­theorie**

- Unter dem Einfluss des weltweiten Konjunkturabschwungs trat 1993 in der EU eine Rezession auf; seither erholte sich die Konjunktur, allerdings schwächer als in den USA. Seit 1991 verharrt Japan in einer Deflationskrise.

Angesichts dieser komplexen ökonomischen Realität wird deutlich, dass schon eine Prognose (Ex-ante-Evaluierung) von Integrationseffekten aufgrund von theoretischen Erwartungen schwierig ist, dass aber eine nachträgliche Quantifizierung der Effekte eines Beitritts zu einer Integrationsgemeinschaft (ex post) noch viel ambitionärer ist.

Die Theorie der regionalen Integration ist gut entwickelt und erlaubt mit numerischen allgemeinen Gleichgewichtsmodellen (CGE-Modellen) oder makroökonomischen Modellen ex ante relativ konkrete Schätzungen. Baldwin – Venables (1995, S. 1601) leiten eine Prototyp-Gleichung ab, die alle denkbaren Effekte einer regionalen Integration (Beitritt zu einer Integrationsgemeinschaft) abbildet (Ableitung der Wohlfahrtseffekte aus einer indirekten Nutzenfunktion). Hier wird diese Gleichung hinsichtlich der Integrationseffekte in Finnland, Österreich und Schweden anlässlich des EU-Beitritts interpretiert:

$$(1) \quad \frac{dV}{V_E} = \alpha t dm - m d[t - \alpha t] - m dp + \\ + [p + t - \alpha] dX - X a_x + \frac{V_n}{V_E} dn + \\ + (\tilde{r}/\rho - 1) dI .$$

Die Veränderung der Wohlfahrt (dV , $d \dots$ Differenzoperator) eines repräsentativen Konsumenten relativ zum Grenznutzen der Konsumausgaben (V_E) hängt theoretisch von folgenden Teilintegrationseffekten ab:

- *Traditionelle Handelseffekte* bei vollständiger Konkurrenz: Der rechte Teil in der ersten Zeile von Gleichung (1) enthält die Handelseffekte, bestehend aus drei Untereffekten: einem *Handelsvolumeneffekt (HV)* $\alpha t dm$, wobei $t \dots$ Vektor der Handelskosten (Zölle, nichttarifäre Handelshemmnisse), $m \dots$ Vektor der Nettoimporte ($+ =$ Importe), $\alpha \dots$ Parameter ($\alpha = 1$ wenn Zolleinnahmen im Inland anfallen, $\alpha = 0$ wenn keine Renten, d. h. Zolleinnahmen im Inland anfallen); einem *Handelskosteneffekt (HK)* $- m d[t - \alpha t]$ und einem *Terms-of-Trade-Effekt (TOT)* $- m dp$, wobei $p \dots$ Vektor der Preise an der Grenze.

Die HV-Effekte kämen nur zum Tragen, wenn zwischen den drei neuen Mitglieds­ländern und der EU vor Eintritt in die EU noch Zölle bestünden (durch den Eintritt in eine Zollunion mit gemeinsamem Außenzoll würden handelsschaffende und handelsumlenkende Effekte auftreten). Tatsächlich waren die Zölle bereits vorher durch die Freihandelsabkommen von 1972 (EFTA-EG) eliminiert ($t = 0$). Daher spielen beim Eintritt in den Binnenmarkt nur mehr die HK-Effekte in Form des Wegfalls von Handelsbarrieren und nichttarifären Hemmnissen eine Rolle (daher gilt $\alpha = 0$), und es ist nur noch der Ausdruck $- m dt$ relevant. Durch den EU-Beitritt steigt die Wohlfahrt, weil die (zolläquivalenten) Handelsbarrieren (Handelskosten durch Grenzkontrollen) wegfallen. Da die drei neuen Mitglieder kleine Länder sind, die die Weltmarktpreise und damit die Terms-of-Trade nicht beeinflussen können, fällt auch der TOT-Effekt weg (dritter Ausdruck auf der rechten Seite in der ersten Zeile von Gleichung (1): $dp = 0$).

- *Moderne Integrationseffekte* bei unvollständiger Konkurrenz: Die zweite Zeile von Gleichung (1) enthält drei Integrationseffekte aus der modernen Außenhandels­theorie: einen *Produktionseffekt (PE)* $[p + t - a] dX$ (der Klammerausdruck entspricht dem Gewinn, also Erlös $p + t$ minus Kosten a , $dX \dots$ Veränderung des Produktionsvektors), einen *Economies-of-Scale-Effekt (EOS)* $- X a_x dx$ ($a_x \dots$ Durchschnittskosten, d. h. Faktorpreise für Kapital und Arbeit im Sektor x) und einen *Produktvariationseffekt (VE)* $(V_n/V_E) dn$ ($V_n \dots$ Grenznutzen einer Produktvariante n).

Der Beitritt zum Binnenmarkt kann theoretisch alle drei Untereffekte aufweisen. Zum einen bewirkt er eine Produktionsausweitung (PE-Effekt), zum anderen initiiert

die Verstärkung des Handels im Binnenmarkt den intraindustriellen Handel, der wiederum durch unvollständige (monopolistische) Konkurrenz erklärt werden kann. Integration in einen größeren Markt erlaubt die Nutzung von EOS-Effekten. Einem Ausbau marktbeherrschender Stellungen könnte der Effekt einer Intensivierung des Wettbewerbs durch die Verstärkung des Intra-EU-Handels entgegenwirken (Verlust von Monopolstellungen). Würde im Binnenmarkt das Ideal eines vollständig fairen Marktes verwirklicht, so wären allerdings im Industriegleichgewicht die Kosten gleich den Preisen; sowohl der PE- als auch der EOS-Effekt fielen weg, sodass nur der VE-Effekt übrig bliebe. Die Teilnahme am großen Binnenmarkt kann zum einen eine Produktionsverlagerung in den Binnenmarkt nach sich ziehen und zum anderen die Aufrechterhaltung produktbezogener Monopolstellungen zur verstärkten Produktdifferenzierung und daher zur Ausweitung der Produktvarianten (VE-Effekt). Wie hoch dieser Effekt ist, ist empirisch schwer festzustellen. Die Hypothese von Casella (1996), dass kleine Länder mehr von Eintritt in eine Integrationsgemeinschaft gewinnen als große Länder, weil erstere größere Skaleneffekte lukrieren sollten, ist zwar plausibel, empirisch aber nicht eindeutig zu beweisen (Badinger – Breuss, 2002).

- *Akkumulations- oder Wachstumseffekte (AE):* $(\tilde{r}/\rho - 1) dI$, wobei \tilde{r} ... soziale Ertragsrate des Faktors Kapital, ρ ... Diskontsatz, I ... Investitionen (dritte Zeile von Gleichung (1)). Die wichtigste Frage im Zusammenhang mit Integrations-schritten ist, ob sie das Wirtschaftswachstum beschleunigen. Dies ist der Fall, wenn die Integration die Erträge von Investitionen in Sach- oder Humankapital erhöht. Eine weitere Frage ist, ob die dynamischen oder Wachstumseffekte nur kurzfristig oder langfristig (permanent) sind. Im ersten Fall ergibt sich anlässlich des Beitritts zu einer Integrationsgemeinschaft ein schockartiger Anstieg des Niveaus z. B. des realen BIP (einmaliger Wachstumsschub), dem eine normale Entwicklung folgt. Im zweiten Fall wären die Wachstumsraten des realen BIP permanent höher als zuvor (höheres "Steady-State"-Wachstum). Die Teilnahme am Binnenmarkt bewirkt auch Investitionsbeschaffung und -ablenkung: Während neue Mitglieder attraktiv für ausländische Direktinvestitionen (FDI) werden, verzeichnen die verbliebenen EFTA-Länder eine Investitionsablenkung. Langfristig könnte ein EU-Beitritt über technische Spill-overs das Wachstum verstärken (Coe – Helpman, 1995) – entweder als Folge der Zunahme des Intra-EU-Handels oder weil der wissenschaftliche Austausch staatlich gefördert wird (EU-Rahmenprogramme) und dadurch in Forschung und Entwicklung investiert wird, was indirekt das Wachstum langfristig stimuliert. Die Frage von Standorteffekten durch einen EU-Beitritt könnte auch mit dem modernen Ansatz der Economic Geography (Krugman, 1991, Baldwin – Venables, 1995, S. 1619) analysiert werden; dieser Zweig der Handelstheorie ist empirisch noch wenig ausgelotet.

Die wenigsten CGE- und Makromodelle erlauben die Quantifizierung aller dieser theoretisch denkbaren Integrationseffekte. Am nächsten kommt diesem theoretischen neoklassischen Idealbild das dynamische CGE-Modell von Keuschnigg – Kohler (1996). Vor und kurz nach dem EU-Beitritt zur EU wurden in den drei neuen Mitgliedstaaten zahlreiche Studien über die möglichen Integrationseffekte dieses Schrittes vorgelegt¹²⁾. Zugleich wurden mit CGE-Modellen die Integrationseffekte in der EFTA untersucht (z. B. Norman, 1989) oder jene von EU und EFTA verglichen (Haaland, 1993). Die wichtigsten Ergebnisse für Finnland, Österreich und Schweden fasst Übersicht 8 zusammen.

Alle diese Studien erwarteten vom EU-Beitritt der drei Länder relativ viel, die quantitativen Ergebnisse waren aber recht unterschiedlich. Während die Analyse für Österreich von Breuss – Kratena – Schebeck (1994) mit einem verknüpften Makro-Input-Output-Modell und von Keuschnigg – Kohler (1996) mit einem dynamischen Mehrsektoren-CGE-Modell durchsimuliert wurde, sind die Ergebnisse für die anderen Länder relativ einfache Ableitungen aus vermuteten Handels-, Preis- und Konkurrenzeffekten (z. B. Flam, 1995; auch Keuschnigg – Kohler, 1996, für Finnland und Schweden nur abgeleitet aus den Modellelastizitäten des Österreich-Modells).

¹²⁾ Einen Überblick geben Widgrén (1999) für Finnland, Breuss (1995, 1996, 1999A) für Österreich und Dahl (1999) sowie Kokko (1994) für Schweden.

Übersicht 8: Schätzung der Integrationseffekte ex ante

	Finnland	Österreich	Schweden
	Nettowohlfahrtseffekte in % des BIP		
<i>Flam</i> (1995, S. 465)	+0,86	+0,08	+0,22
<i>Keuschnigg – Kohler</i> (1996, S. 187)	+1,00	+1,18	+0,59
	Kumulierte Abweichung des realen BIP von der Basislösung ohne EU-Beitritt		
Permanente Effekte (<i>Alho – Erkkilä – Kotilainen</i> , 1996, <i>Widgrén</i> , 1999, S. 83)	+ 4,2		
Effekte nach 6 Jahren (<i>Breuss – Kratena – Schebeck</i> , 1994, S. S27)		+ 2,8	
Langfristige Effekte (<i>Keuschnigg – Kohler</i> , 1996, S. 169)		+ 1,9	

Erfahrungen ex post – ein Integrationsmodell

Obwohl die Integrationstheorie eine Vielzahl an Effekten für möglich hält, erscheint es wie erwähnt einfacher, ex ante Integrationseffekte zu behaupten als sie ex post zu verifizieren oder zu falsifizieren. Ein erster Versuch, die ökonomischen Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft für Österreich zu quantifizieren und mit Ex-ante-Schätzungen zu vergleichen (*Breuss*, 1999B, 2000A), ergab, dass die Erwartungen nahezu eingetroffen sind.

Nach der Beschreibung der Wirtschaftsentwicklung der drei neuen Mitgliedsländer anhand wichtiger Eckdaten und dem Versuch, aus Vergleichen der Vor- und Nachbeitrittsperioden Schlüsse auf Integrationswirkungen zu ziehen, wird nun mit einem einheitlichen Modellansatz geschätzt, wie sich die verschiedenen Kanäle der Integration in den drei Ländern ausgewirkt haben. Für alle drei Länder wird das gleiche Modell (ein stark angebotsseitiges kleines Makromodell) entwickelt, die notwendigen Gleichungen werden jeweils ökonomisch für jedes Land geschätzt (siehe Anhang). Die Integrationseffekte werden dann mit Simulationen ermittelt.

Das Integrationsmodell geht von der Schaffung des EG-Binnenmarktes im Jahr 1993 aus und lässt im zeitlichen Verlauf die Quantifizierung folgender Effekte zu:

- *Beschleunigung des BIP-Wachstums in der EU*: Die Annahme, dass der Binnenmarkt in den letzten zehn Jahren das Wachstum des realen BIP in der EU um jährlich 0,2 Prozentpunkte gesteigert hat, wird aus den Arbeiten von *Badinger* (2001, 2003) abgeleitet. Die *Europäische Kommission* (2002H, S. 2-3) kommt in ihrer Ex-post-Evaluierung "10 Jahre Binnenmarkt" mit Simulationen mit dem Makromodell QUEST II zum Schluss, dass seit 1992 in der EU 2,5 Mio. Arbeitsplätze geschaffen wurden und das Niveau des realen BIP der EU im Jahre 2002 um 1,8 Prozentpunkte oder 164,5 Mrd. € höher war als ohne Schaffung des Binnenmarktes¹³). Dies entspricht ebenfalls den hier getroffenen Annahmen einer jährlichen Beschleunigung des realen BIP-Wachstums der EU um rund 0,2 Prozentpunkte. Die Europäische Kommission unterstellte in ihrem *Cecchini-Bericht* etwas höhere BIP-Effekte. *Catinat – Donni – Italianer* (1988) ermitteln einen kumulierten Zuwachs des realen BIP der EU nach sechs Jahren von 4,5%¹⁴). Durch diese Annahme erhöhen sich im vorliegenden Modell lediglich die Exporte in die EU.
- *Verschärfung des Wettbewerbs im Finanzsektor seit 1993*: Der Binnenmarkt, stärker erst die WWU hatten eine Verschärfung des Wettbewerbs im Finanzsektor zur

¹³ Den simulierten BIP-Effekten einer Teilnahme am EU-Binnenmarkt über 10 Jahre liegen folgende Inputs im QUEST-II-Modell zugrunde: ein Rückgang der Preisaufschläge auf die Kosten (Mark-up) um rund 0,9 Prozentpunkte aufgrund der Wirkungen des Preiswettbewerbs auf dem integrierten Binnenmarkt und ein Anstieg der gesamten Faktorproduktivität (TFP) um ungefähr 0,5% wegen der Effizienzsteigerung auf dem Binnenmarkt infolge von Liberalisierung bzw. Deregulierung und Privatisierung (*Roeger – Sekkat*, 2002). Der TFP-Modellinput resultiert aus den Erkenntnissen verschiedener Untersuchungen des Einflusses der Öffnung der Märkte (Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung) auf Sektorebene und für die Gesamtwirtschaft – etwa *Nicoletti – Scarpetta* (2003) sowie *Salgado* (2002), die beide die Effekte von Liberalisierung (Reform der Produkt- und Arbeitsmärkte) auf die Entwicklung der gesamten Produktivität (TFP) auf Sektor- und Volkswirtschaftsebene mit Panel-Schätzungen für die Industrieländer der OECD untersuchen.

¹⁴ In einer Zwischenbewertung durch die *Europäische Kommission* (1996) wurden die Ergebnisse des *Cecchini-Berichts* weitgehend bestätigt.

Folge¹⁵). Hier wird unterstellt, dass dadurch die langfristigen Nominalzinssätze in Deutschland jährlich um 0,1 Prozentpunkt sanken. Dies bedeutet im vorliegenden Modell auch einen Rückgang der Zinssätze in den drei neuen EU-Ländern; er begünstigte die Kapitalbildung und hatte einen leicht positiven Impuls auf das reale BIP.

- *Allgemeine Intensivierung des Wettbewerbs im Binnenmarkt seit 1993:* Der Cecchini-Bericht (*Catinat – Donni – Italianer*, 1988) unterstellt, dass der verstärkte Wettbewerbsdruck im Binnenmarkt die Inflation der Verbraucherpreise über sechs Jahre kumuliert um 6 Prozentpunkte verlangsamt; das würde sich auch in einer Dämpfung der Exportpreise um 5½ Prozentpunkte niederschlagen¹⁶). Hier wird unterstellt, dass diese Exportpreisdämpfung in den drei neuen Mitgliedsländern einen Effekt auf die Importpreise von –0,5 Prozentpunkten pro Jahr hatte. Durch die Verringerung der importierten Inflation wird das Preisniveau im Inland gedämpft; das schlägt sich in einer Verlangsamung der Inflation der Verbraucherpreise nieder.

Die drei hier untersuchten Länder nahmen bereits 1994 als Mitglieder der EFTA am EWR teil. Neben den vom EWR-Abkommen postulierten vier Freiheiten (die aber nur unvollständig verwirklicht wurden) wurde vor allem die Wettbewerbspolitik vereinheitlicht. Hier wird unterstellt, dass dies bereits vor dem EU-Beitritt eine Verschärfung des Preiswettbewerbs zur Folge hatte. Dieser Effekt wird durch eine Anpassung des Monopolaufschlags (Mark-up) in der Preisgleichung berücksichtigt. Daraus ergibt sich eine Veränderung der relativen Faktorpreise. Die resultierende Senkung der Inlandspreise wirkt sich positiv auf die real verfügbaren Einkommen (Konsumentenwohlstand) aus. Wie groß dieser Konkurrenzeffekt ist, ist empirisch schwer zu erfassen¹⁷). Hier wird eine Verringerung des Mark-up seit 1994 um 15 Prozentpunkte angenommen.

- *Handelseffekte:* Sowohl 1994 als auch 1995 ergaben sich im Handel der drei Beitrittsländer mit der EU sowohl auf der Export- als auch auf der Importseite kräftige Zuwächse, die sich dann rasch auf "normale" Wachstumsraten zurückbildeten, sodass daraus nur zu Beginn leicht positive BIP-Effekte resultierten. Hier geht sowohl in die Gleichung für die realen Exporte in die EU als auch in jene für die realen Importe aus der EU eine Integrationsvariable ein, die *Badinger* (2001) für seine Wachstumsschätzungen verwendet. Eine Dämpfung der Handelskosten um rund 5% durch den Wegfall der Grenzkontrollen wird dabei seit 1994 teilweise und seit 1995 voll berücksichtigt. Die Simulationen gehen davon aus, dass die Handelskosten ohne Binnenmarktrealisierung nicht gesenkt worden wären. So kann der sprunghafte Anstieg von Exporten und Importen kurz nach dem EU-Beitritt abgebildet werden.
- *Endogenes Wachstum durch eine Steigerung der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung:* Das hier konzipierte Integrationsmodell mit einer Produktionsfunktion endogenisiert den technischen Fortschritt nach der Methode von *Coe – Helpman* (1995): Die Entwicklung der gesamten Faktorproduktivität wird durch jene der Arbeitsproduktivität und der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung im eigenen Land sowie durch Spill-overs von Forschungsaktivitäten aus der EU erklärt. Die Spill-overs ergeben sich dadurch, dass die Forschungs- und Entwicklungsquote der EU mit dem modellendogen bestimmten Anteil der Importe aus der EU multipliziert wird. In den Simulationen wird nun unterstellt, dass durch die Teilnahme an den Rahmenprogrammen der EU die Forschungs- und Entwicklungsquote in den drei neuen Mitgliedsländern um 0,1% des BIP mehr gesteigert werden konnte als ohne EU-Mitgliedschaft (Abbildung 6). Gemäß dieser Annah-

EWR-Effekte seit 1994

EU-Beitritt 1995

¹⁵) Der Wachstumseffekt einer vollen Integration der europäischen Finanzmärkte wird für die meisten EU-Mitgliedstaaten auf rund 1 Prozentpunkt (Beschleunigung des BIP-Wachstums pro Jahr) geschätzt (*Gianetti et al.*, 2002).

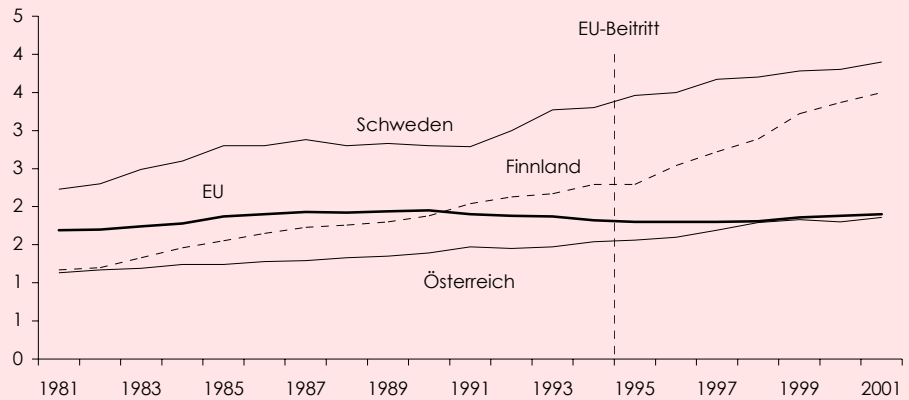
¹⁶) *Allen – Gasiorek – Smith* (1998) untersuchen die Auswirkungen der Vollendung des Binnenmarktes auf die Preis-Kosten-Spannen (Monopolaufschläge – Mark-up) für eine Vielzahl von Industriesektoren und stellen im Durchschnitt der EU eine Verringerung um 3½% fest.

¹⁷) Entsprechende erste Schätzungen legten *Allen – Gasiorek – Smith* (1998) nach Inkrafttreten des Binnenmarktes – allerdings nur für die Industrie – vor.

me wäre der Zuwachs außerhalb der EU geringer gewesen, als er tatsächlich war. Daraus resultieren kräftige Integrationseffekte für das BIP.

Abbildung 6: Forschungs- und Entwicklungsausgaben

In % des BIP



Q: OECD, Main Science and Technology Indicators; <http://www.sourceoecd.org>.

Übersicht 9: Ausländische Direktinvestitionen (Ströme)

	1990	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
In % des BIP									
Finnland									
FDI-Exporte									
EU laut OECD	4,17	12,14	3,84	7,90	11,48	54,25	14,00	.	.
Insgesamt laut OECD	7,14	13,21	3,85	9,72	16,15	58,63	21,72	91,25	.
Insgesamt laut UNCTAD	2,32	4,30	1,16	2,82	4,31	1,45	5,15	19,87	6,01
FDI-Importe									
EU laut OECD	1,82	3,56	1,62	3,43	5,12	36,37	14,45	.	.
Insgesamt laut OECD	2,17	4,85	2,73	3,00	6,46	38,18	15,14	33,54	.
Insgesamt laut UNCTAD	0,70	1,58	0,82	0,87	1,73	9,41	3,59	7,31	2,99
Österreich									
FDI-Exporte									
EU laut OECD	0,54	0,45	0,32	0,50	0,84	1,37	1,04	0,66	.
Insgesamt laut OECD	1,38	1,02	0,85	1,52	1,81	2,53	3,17	3,72	.
Insgesamt laut UNCTAD	1,01	0,60	0,48	0,84	0,97	1,30	1,57	3,04	1,57
FDI-Importe									
EU laut OECD	0,37	0,50	0,82	3,02	1,53	4,48	2,14	9,44	.
Insgesamt laut OECD	0,55	1,12	1,43	3,49	2,41	4,18	2,86	10,43	.
Insgesamt laut UNCTAD	0,40	0,66	0,81	1,91	1,29	2,15	1,42	4,68	3,13
Schweden									
FDI-Exporte									
EU laut OECD	12,08	4,47	2,08	1,04	2,07	15,57	10,55	34,91	0,58
Insgesamt laut OECD	16,01	9,48	14,67	5,74	17,71	35,53	33,23	68,18	14,51
Insgesamt laut UNCTAD	6,19	3,24	4,67	1,78	5,29	10,17	9,04	17,72	3,42
FDI-Importe									
EU laut OECD	1,75	4,00	1,31	3,44	7,89	21,13	77,16	18,01	16,67
Insgesamt laut OECD	2,14	8,99	18,90	6,24	15,36	28,52	92,21	39,26	23,95
Insgesamt laut UNCTAD	0,83	3,07	6,02	1,94	4,59	8,16	25,08	10,20	6,07

Q: 1996-2001: UNCTAD, World Investment Report 2002, Washington D.C., 2002. 1988-1995: OECD, International Direct Investment Statistics Yearbook, 1980/2000-2001, Paris, 2002, <http://www.sourceoecd.org>.

- *Einstrom an ausländischen Direktinvestitionen (FDI) aus der EU:* Der EU-Beitritt verbesserte die Standortqualität der drei neuen Mitgliedsländer deutlich. Seit 1995 ergab sich ein massiver Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen (nicht nur) aus der EU. Die FDI-Statistiken der OECD und der UNCTAD unterscheiden sich hier erheblich; für die vorliegenden Berechnungen wurden die OECD-Daten verwendet (Übersicht 9). Annahmegemäß beschleunigte der FDI-Zustrom die Kapitalbildung und löste daher Wachstumseffekte aus. Es wird unterstellt, dass ohne EU-

Beitritt die FDI-Dynamik schwächer gewesen wäre bzw. sich im bisherigen Trend weiterentwickelt hätte. Die Folge des FDI-Zustroms sind erhebliche positive BIP-Effekte, vor allem in Finnland.

- *Nettozahlerposition gegenüber dem EU-Haushalt:* Die Zahlungen an den EU-Haushalt (in Prozent des BIP; Übersicht 7) werden hier als Wohlfahrtseffekte mit der Steigerung des BIP pro Kopf saldiert. Sie sind immer negativ für die Nettozahler Österreich und Schweden und nahezu null für Finnland.

Die Gesamteffekte für die drei Länder zeigt Übersicht 10 für die wichtigsten Makrovariablen: Finnland verzeichnete demnach die stärksten positiven BIP-Effekte durch den EU-Beitritt vor Österreich und Schweden. Die hier ex post ermittelten Wirkungen sind sehr ähnlich jenen von Breuss (1999B, 2000A). Die ausgewiesenen Änderungen der durchschnittlichen Wachstumsraten wirken nicht permanent, sondern nur temporär (Abbildung 7; dies deckt sich mit den Ergebnissen von Badinger, 2001, 2003). Nach den anfänglichen Mitnahmeeffekten durch Schaffung des EG-Binnenmarktes im Jahr 1993 und den Konkurrenzeffekt des EWR im Jahr 1994 kamen die eigentlichen EU-Beitritts-Effekte zum Tragen; sie klangen nach fünf bis sechs Jahren ab. Der EU-Beitritt erhöhte also nicht das "Steady-State"-Wachstum des realen BIP, sondern löste lediglich einen Niveaueffekt aus: Das reale BIP der drei neuen Mitgliedsländer sprang nach dem EU-Beitritt einmal nach oben¹⁸⁾. Seither wächst es mit "normalen" Raten weiter.

Gesamteffekte

Übersicht 10: Integrationseffekte durch den EU-Beitritt

	Finnland	Österreich	Schweden
	Durchschnittliche zusätzliche jährliche Veränderung 1995/2001 in %		
BIP, real	+ 0,83	+ 0,42	+ 0,30
Gesamte Faktorproduktivität (TFP)	+ 0,26	+ 0,24	+ 0,20
Kapitalstock	+ 0,12	+ 0,09	+ 0,04
Beschäftigte	+ 0,70	+ 0,20	+ 0,11
Arbeitslosenquote (Prozentpunkte)	- 0,83	- 0,14	- 0,16
Inflationsrate (HVPI)	- 0,32	- 0,32	- 0,52
Lohnstückkosten	- 0,12	- 0,27	- 0,29
Exporte in die EU, real	+ 1,91	+ 1,33	+ 0,79
Importe aus der EU, real	+ 3,86	+ 1,64	+ 0,82
Verfügbares persönliches Einkommen, real	+ 0,82	+ 0,55	+ 0,49
BIP, real pro Kopf	+ 0,83	+ 0,42	+ 0,30
Einschließlich Nettozahlungen an den EU-Haushalt	+ 0,81	+ 0,38	+ 0,23

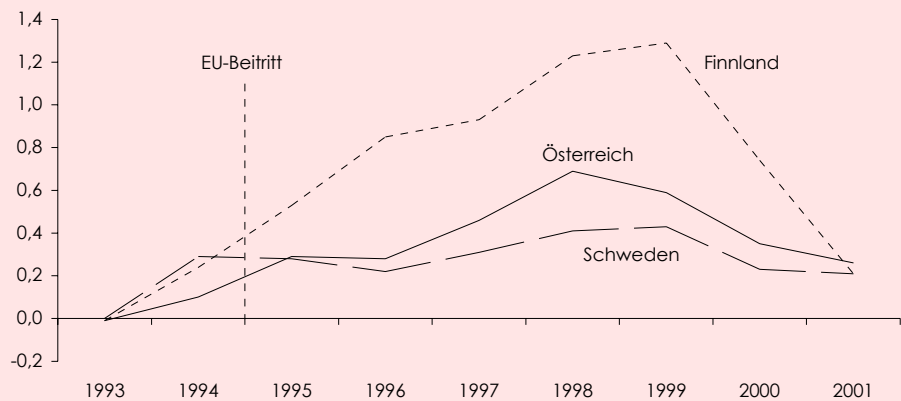
Q: WIFO-Berechnungen mit dem Integrationsmodell (siehe Anhang).

Die wichtigsten Einflüsse auf das Wirtschaftswachstum gehen von den "modernen" Integrationseffekten aus (Forschung und Entwicklung, ausländische Direktinvestitionen). Ihr Ausmaß ist niemals exakt zu ermitteln, weil die Situation des "anti-monde", also die Entwicklung aller Variablen ohne Integration immer unbekannt ist. Die Ergebnisse sind aber vor dem Hintergrund der Ex-ante-Schätzungen nicht ganz unplausibel. Kein ökonomisches Modell kann alle theoretisch denkbaren Integrationseffekte abbilden; noch weniger sind diese ex post überhaupt jemals exakt zu erfassen. Eine nicht modellmäßige Methode zur Ermittlung von Integrationseffekten würde darin bestehen, die Entwicklung der drei neuen Mitgliedsländer mit ausgewählten Referenzländern (solchen, die nicht der EU beigetreten sind) zu vergleichen – wie dies am Beginn des vorliegenden Beitrags in Vergleichen mit den USA und der Schweiz erfolgte. Auch hier können nie die vollen Unterschiede zwischen den EU-"Ins" und den EU-"Outs" als Integrationseffekte identifiziert werden.

¹⁸⁾ Das Niveau des realen BIP stieg durch Mitnahmeeffekte des EU-Binnenmarktes und den EU-Beitritt von 1993 bis 2001 kumuliert in Finnland um 6%, in Österreich um 3% und in Schweden um nur 2½%. Dagegen errechnete die Europäische Kommission (Roeger – Sekkat, 2002) für die EU insgesamt einen kumulierten Niveauanstieg des realen BIP aufgrund der Binnenmarktintegration innerhalb von 10 Jahren von 1,4% (mit einer Spannweite von +0,76% bis +2,05%). Allerdings sind hier nicht alle Binnenmarkteffekte berücksichtigt, insbesondere nicht jene der Liberalisierung des Dienstleistungssektors. Die Liberalisierung verschiedener Netzwerkbranchen (Strom, Gas, Telekommunikation) dürfte das BIP innerhalb von 10 Jahren zusätzlich um etwa 0,6% gesteigert haben (Europäische Kommission, 2002), Chapter 3).

Abbildung 7: Integrationseffekte durch den EU-Beitritt

BIP real, zusätzliche Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIFO-Berechnungen mit dem Integrationsmodell (siehe Anhang).

Ausblick auf die Zukunft

Die EU ist in mehrfacher Hinsicht im Umbruch begriffen. Zum einen wird sie durch die Aufnahme von 10 neuen Mitgliedern auf 25 Länder anwachsen; dies wird den inneren Zusammenhalt der Integrationsgemeinschaft auf eine harte Probe stellen. Ob die im Nizza-Vertrag vorgesehene Neuorganisation der EU-Institutionen (Kommission, Rat, Europäisches Parlament) den neuen Anforderungen angemessen ist, bleibt abzuwarten. Die neue EU-Verfassung wird nicht vor 2009 in Kraft treten.

Die EU wird durch die Erweiterung um großteils "arme" Länder im Durchschnitt "ärmer", gewinnt aber durch die Erweiterung nach Osteuropa einen enormen neuen Markt (emerging markets) mit niedrigen Lohnkosten dazu. Berechnungen der Effekte dieser nächsten EU-Erweiterung (Breuss, 2001) lassen für Österreich die relativ größten Wachstumschancen erwarten (kumulierter Anstieg des BIP in 10 Jahren +1/2%) vor Finnland (+0,3%) und Schweden (+0%). Ob die Erweiterung die makroökonomische Stabilität gefährdet oder sich die neuen Mitgliedsländer rasch in das strenge wirtschaftspolitische Korsett der Eurozone einfügen können, ist offen (Breuss, 2002B).

Anhang: Einheitliches Integrationsmodell für Finnland, Österreich und Schweden

- Produktionsfunktion (Cobb-Douglas):

$$BIP = TFP K^\alpha L^{1-\alpha}$$

BIP ... reales BIP, *TFP* ... gesamte Faktorproduktivität (technischer Fortschritt), *K* ... Kapitalstock, real, *L* ... Beschäftigte, α ... Faktoranteile am Volkseinkommen (Nettonationalprodukt).

- Gesamte Faktorproduktivität (TFP):

$$\log(TFP) = f((\log(AP), \log(F \& E_i), m_i \cdot \log(F \& E_{EU}), \log(TFP_{-1})))$$

F&E ... Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Prozent des BIP, *AP* ... Arbeitsproduktivität, *m_i* ... Anteile der Importe des Landes *i* der EU an den Gesamtimporten, *i* ... Länder (Finnland, Österreich und Schweden).

- Inlandspreis (Deflator des privaten Konsums):

$$d \log(PK) = f(mu \cdot d \log(ULC), d \log(PM), d \log(PK_{-1}))$$

PK ... Deflator des privaten Konsums, *mu* ... Mark-up (Dummy für den Preiswettbewerb), *ULC* ... Lohnstückkosten (Lohnsumme in Prozent des BIP, real), *PM* ... Deflator der Importe.

- Verbraucherpreise (harmonisiert):

$$d \log(HVPI) = f(d \log(PK))$$

HVPI ... harmonisierter Verbraucherpreisindex.

- BIP-Deflator:

$$d \log (PBIP) = f (d \log (PK), d \log (PX), d \log (PM)) ,$$

$PBIP$. . . Deflator des BIP, PX . . . Deflator der Exporte.

- Pro-Kopf-Löhne (Phillips-Kurve):

$$d \log (LB) = f (d \log (HVPI), d \log (AP), (1/U), d \log (LB_{-1})) ,$$

LB . . . Löhne je Beschäftigten, U . . . Arbeitslosenquote.

- Kapitalnachfrage (privater Sektor):

$$d \log (K) = f (Bud, d \log (BIP), d \log (FDI), R, LB) ,$$

Bud . . . Finanzierungssaldo des öffentlichen Sektors in Prozent des BIP, FDI . . . Ein-
strom von FDI aus der EU in Prozent des BIP, R . . . langfristiger nomineller Zinssatz.

- Zinssatz, langfristig:

$$R = f (BIPN, R_D, R_{-1}) ,$$

R_D . . . Zinssatz in Deutschland.

- Nachfrage nach Beschäftigten:

$$d \log (L) = f (d \log (BIP), d \log (LB), d \log (L_{-1})) .$$

- Arbeitsproduktivität:

$$AP = BIP/L .$$

- Lohnstückkosten:

$$ULC = LB/(BIP/L) = LB/BIP .$$

- Arbeitslosenquote (Okun-Beziehung):

$$U = f (d \log (BIP), U_{-1}) .$$

- Exporte in die EU, real:

$$d \log (X_{EU}) = f (d \log (BIP_{EU}), d \log (REER), PROT) ,$$

BIP_{EU} . . . reales BIP der EU, $REER$. . . real-effektiver Wechselkurs (relative
Verbraucherpreise in einheitlicher Währung), $PROT$. . . Protektionismus-Dummy
(Zoll- und Handelskostenabbau).

- Importe aus der EU, real:

$$d \log (M_{EU}) = f (d \log (BIP), d \log (REER), PROT, d \log (M_{EU-1})) .$$

- Anteil der Importe aus der EU:

$$m_i = M_{EU} / M_W .$$

M_W . . . reale Gesamtimporte.

- Gesamtexporte, real:

$$d \log (X_W) = f (d \log (X_{EU}), d \log (X_{W-1})) .$$

- Gesamtimporte, real:

$$d \log (M_W) = f (d \log (M_{EU}), d \log (M_{W-1})) .$$

- Verfügbares persönliches Einkommen, nominell:

$$YD = f (BIPN, YD_{-1}) ,$$

$BIPN$. . . BIP, nominell.

- Verfügbares persönliches Einkommen, real:

$$YDR = YD/PK .$$

- BIP, nominell:

$$BIPN = BIP \cdot PBIP .$$

- BIP, real (zu Kaufkraftparitäten) pro Kopf:

$$BIP_{pc} = BIP / BEV .$$

BEV . . . Bevölkerung.

- BIP, real (zu Kaufkraftparitäten) pro Kopf einschließlich Nettozahlungen an den EU-Haushalt:

$$BIP_{pc_{EU}} = (BIP + NZ) / BEV ,$$

NZ . . . Nettozahlungen an den EU-Haushalt.

Alle Gleichungen wurden mit dem Programm EVIEWS 4.0 OLS ökonometrisch geschätzt, mit Jahresdaten (wenn verfügbar) von 1960 bis 2001 (OECD Economic Outlook, verschiedene Jahrgänge bzw. <http://www.sourceoecd.org>). Die dabei für die drei Länder unterschiedlich notwendigen Dummy-Variablen für Sondereffekte sind hier nicht ausgewiesen; *d log* . . . Veränderungsrate.

Literaturhinweise

- Alho, K., Erkkilä, M., Kotilainen, M. (Hrsg.), *The Economics and Policies of Integration – A Finnish Perspective*, auch Kluwer, Dordrecht, 1996.
- Allen, Ch., Gasiorek, M., Smith, A., "The Competition Effects of the Single Market in Europe", *Economic Policy*, 1998, (27), S. 439-486.
- Badinger, H., "Growth Effects of Economic Integration – The Case of EU Member States (1950-2000)", *Wirtschaftsuniversität Wien, Forschungsinstitut für Europafragen, IEF Working Paper*, 2001, (40).
- Badinger, H., *Wachstumseffekte der Europäischen Integration*, Springer-Verlag, Wien–New York, 2003.
- Badinger, H., Breuss, F., "Do Small Countries of a Trade Bloc Gain More of its Enlargement?", *Forschungsinstitut für Europafragen, Working Paper*, 2002, (46).
- Baldwin, R. E., Venables, A. J., "Regional Economic Integration", in Grossman, G., Rogoff, K. (Hrsg.), *Handbook of International Economics*, Vol. III, Elsevier Science, Amsterdam, 1995, S. 1597-1644.
- Baumgartner, J., Breuss, F., Kramer, H., Walterskirchen, E., *Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion*, WIFO, Wien, 1997.
- Breuss, F., "Die vierte EU-Erweiterung – um Österreich, Finnland und Schweden", *WIFO-Monatsberichte*, 1995, 68(2), S. 105-125.
- Breuss, F., *Austria's Approach towards the European Union*, *Wirtschaftsuniversität Wien, Forschungsinstitut für Europafragen, IEF Working Paper*, 1996, (18).
- Breuss, F., "The Economic Consequences of a Large EMU – Results of Macroeconomic Model Simulations", *European Integration online Papers*, 1997, 1(10), <http://eiop.or.at/eiop/texte/1997-010.htm>.
- Breuss, F. (1999A), "Three Years in the EU: Expectations and Experiences in the Case of Austria", in Luif, P., Oberegelsbacher, K. (Hrsg.), *Austria, Finland and Sweden: The Initial Years of EU Membership*, *Verwaltungsakademie des Bundes, Österreichisches Institut für Internationale Politik*, Wien, 1999, S. 17-50.
- Breuss, F. (1999B), "Gesamtwirtschaftliche Evaluierung der EU-Mitgliedschaft Österreichs", *WIFO-Monatsberichte*, 1999, 72(8), S. 551-575, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=8280.
- Breuss, F. (2000A), "An Evaluation of the Economic Effects of Austria's EU Membership", *Austrian Economic Quarterly*, 2000, 5(4), S. 171-196, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=19525.
- Breuss, F. (2000B), "Die Wirtschafts- und Währungsunion und ihre Folgen", in Breuss, F., Fink, G., Griller, St. (Hrsg.), *Vom Schuman-Plan zum Vertrag von Amsterdam: Entstehung und Zukunft der EU*, Springer-Verlag, Wien–New York, 2000, S. 273-309.
- Breuss, F., "Makroökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf alte und neue Mitglieder", *WIFO-Monatsberichte*, 2001, 74(11), S. 655-666, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=20937.
- Breuss, F. (2002A), "Die wirtschaftspolitische Architektur der WWU", *WIFO-Monatsberichte*, 2002, 75(9), S. 581-607, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22726.
- Breuss, F. (2002B), "Benefits and Dangers of EU Enlargement", *Empirica*, 2002, 29(3), S. 245-274.
- Breuss, F., Kratena, K., Schebeck, F., "Effekte eines EU-Beitritts für die Gesamtwirtschaft und für die einzelnen Sektoren", *WIFO-Monatsberichte, Sonderheft*, Mai 1994, S. S18-S33.
- Calmfors, L., Flam, H., Gottfries, N., Jerneck, M., Lindahl, R., Haaland Matlary, J., Nordh Bertsson, Ch., Rabinowicz, E., Vredin, A., *EMU – A Swedish Perspective*, Kluwer Academic Publishers, Amsterdam, 1997.
- Casella, A., "Large Countries, Small Countries and the Enlargement of Trade Blocs", *European Economic Review*, 1996, 40(2), S. 389-415.
- Catinat, M., Donni, E., Italianer, A., "The Completion of the Internal Market: Results of Macroeconomic Model Simulations", *Europäische Kommission, Economic Papers*, 1988, (65).

- Coe, D. T., Helpman, E., "International R&D Spillovers", *European Economic Review*, 1995, 39(5), S. 859-887.
- Dahl, L., "Effects of the Internal Market and EU Membership on Sweden", in Luif, P., Oberegelsbacher, K. (Hrsg.), *Austria, Finland and Sweden: The Initial Years of EU Membership*, Verwaltungsakademie des Bundes, Österreichisches Institut für Internationale Politik, Wien, 1999, S. 51-76.
- Europäische Kommission, "Economic Evaluation of the Internal Market", *European Economy, Reports and Studies*, 1996, (4).
- Europäische Kommission, Euro 1999 – Bericht über den Konvergenzstand mit Empfehlungen für den Übergang zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, Brüssel, 25. März 1998.
- Europäische Kommission, "Fusionen und Übernahmen", *Europäische Wirtschaft, Beiheft A: Wirtschaftsanalysen*, 2001, (12).
- Europäische Kommission (2002A), "10 Years Internal Market without Frontiers", *Internal Market Scoreboard, Special Edition*, 2002, (11).
- Europäische Kommission (2002B), Zweiter Benchmarkingbericht über die Vollendung des Elektrizitäts- und Erdgasbinnenmarktes, Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen, SEK(2002 1038), Brüssel, 2002.
- Europäische Kommission (2002C), Aufteilung der operativen EU-Ausgaben 2001 nach Mitgliedstaaten, Brüssel, 2002.
- Europäische Kommission (2002D), "Autumn 2002 Economic Forecasts", *European Economy*, 2002, (5).
- Europäische Kommission (2002E), Die Wettbewerbspolitik der Europäischen Union: XXXI. Bericht über die Wettbewerbspolitik 2001, Generaldirektion Wettbewerb, Brüssel, 2002.
- Europäische Kommission (2002F), Eurobarometer 57 – Spring 2002, EU15 Report, Brüssel, 2002.
- Europäische Kommission (2002G), Mid-term Review of the Common Agricultural Policy, Communication from the Commission to the Council and the European Parliament, COM(2002) 394 final, Brüssel, 2002.
- Europäische Kommission (2002H), "Der Binnenmarkt – 10 Jahre ohne Grenzen", *Special Edition*, 2002, (11).
- Europäische Kommission (2002I), *The EU Economy: 2002 Review*, ECFIN/475/02-EN, Brüssel, 2002.
- Europäische Kommission (2002J), Der Stand des Binnenmarktes für Dienstleistungen. Bericht im Rahmen der ersten Stufe der Binnenmarktstrategie für den Dienstleistungssektor, Bericht der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, KOM (2002) 441 endg., Brüssel, 2002.
- Europäische Kommission, *Finanzdienstleistungen. Achter Fortschrittsbericht*, Brüssel, 2003.
- Europäische Kommission, Eurostat, *Einkommen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit im Jahr 2001: Europäische Union und Beitrittsländer, Themenkreis 5: Landwirtschaft und Fischerei*, Brüssel, 2002.
- Europäisches Währungsinstitut (EWI), *Konvergenzbericht. Nach Artikel 109j des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vorgeschriebener Bericht*, Frankfurt, 1998.
- Flam, H., "From EEA to EU: Economic Consequences for the EFTA Countries", *European Economic Review*, 1995, 39(3-4), S. 457-466.
- Frankel, J., Rose, A. K., "The Endogeneity of Optimum Currency Area Criteria", *The Economic Journal*, 1998, 108(2), S. 1009-1025.
- GATT, *The Results of the Uruguay Round of Multilateral Trade Negotiations: Market Access for Goods and Services. Overview of the Results*, Genf, 1994.
- Gianetti, M., Guiso, L., Jappelli, T., Padula, M., Pagano, M., "Financial Market Integration, Corporate Financing and Economic Growth", *European Economy, Economic Papers*, 2002, (179).
- Haaland, J. I., "Welfare Effects of 1992: A General Equilibrium Assessment for EC and EFTA Countries", *Empirica*, 1993, 20(2), S. 107-127.
- Keuschnigg, Ch., Kohler, W., "Austria in the European Union: Dynamic Gains from Integration and Distributional Implications", *Economic Policy*, 1996, (22), S. 155-211.
- Kokko, A., "Sweden: Effects of EU Membership on Investment and Growth", *The World Economy*, 1994, 17(5), S. 667-677.
- Krugman, P. R., *Geography and Trade*, M.I.T. Press, Cambridge, MA, 1991.
- Martin, St., "Competition Policy", in Artis, M., Nixon, F. (Hrsg.), *The Economics of the European Union: Policy and Analysis, Third Edition*, Oxford University Press, Oxford–New York, 2001.
- Nicoletti, G., Scarpetta, St., "Regulation, Productivity and Growth: OECD Evidence", *Economic Policy*, 2003, (36), S. 9-72.
- Norman, V., "EFTA and the Internal European Market", *Economic Policy*, 1989, (9), S. 423-465.
- Paparella, D., *Internationale Standardisierung: Eine Analyse u. a. anhand der Entwicklungen in der EU, den USA und in der WTO*, Dissertation an der Wirtschaftsuniversität Wien, Wien, 2002.
- Persson, T., "Currency Unions and Trade: How Large is the Treatment Effect?", *Economic Policy*, 2001, (33), S. 435-448.
- Roeger, W., Sekkat, K., *The Macroeconomic Effects of the Single Market Program after 10 Years*, Hintergrundpapier der Europäischen Kommission, II-A-1/W D(2002) Brüssel, 2002, http://europa.eu.int/comm/internal_market/10years/background_en.htm.
- Rose, A. K., "One Money, one Market: The Effect of Common Currencies on Trade", *Economic Policy*, 2000, (30), S. 8-43.

- Rose, A. K., "Currency Unions and Trade: the Effect is Large", *Economic Policy*, 2001, (33), S. 449-461.
- Salgado, R., "Impact of Structural Reforms on Productivity Growth in Industrial Countries", IMF Working Paper, 2002, (WP/02/10).
- Sauter, W., "Competition Policy", in El-Agraa, A. M. (Hrsg.), *The European Union: Economics & Policies*, Sixth Edition, Pearson Education Ltd., Financial Times, Prentice Hall, Harlow, 2001.
- Schwarzbichler, M., *Die österreichische Gaswirtschaft im Rahmen der europäischen Liberalisierung*, Dissertation an der Wirtschaftsuniversität Wien, 2003.
- Sinabell, F., Schmid, E., "Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Wichtige Konsequenzen für Österreichs Landwirtschaft", *WIFO-Monatsberichte*, 2003, 76(6), S. 425-440, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24272.
- Tarantola, S., Saisana, M., Saltelli, A., *Internal Market Index 2002: Technical Details of the Methodology*, Joint Research Centre European Kommission, Institute for the Protection and Security of the Citizen Technological and Economic Risk Management Unit, Ispra, 2002.
- Widgrén, M., "EU Membership's Consequences for the Finnish Economy: Estimates before Membership and First Experiences", in Luif, P., Oberegelsbacher, K. (Hrsg.), *Austria, Finland and Sweden: The Initial Years of EU Membership*, Verwaltungsakademie des Bundes, Österreichisches Institut für Internationale Politik, Wien, 1999, S. 77-84.
- World Economic Forum (WEF), *Global Competitiveness Report 2002-2003*, Genf, 2002.

Austria, Finland and Sweden in the European Union

Economic impacts

The European Union is faced with the most extensive enlargement in its history. Economic integration has made rapid progress over the past decade. After establishing its single market in 1993, the EU achieved the highest feasible level of economic integration by introducing its single currency (the euro) within the scope of economic and monetary union (EMU) in 1999. Austria, Finland and Sweden joined the EU in 1995. Whereas both Finland and Austria are members of the single market and EMU, Sweden has so far held back in introducing the euro. Generally seen, the three countries have experienced different courses in their economic development. Since 1995, real GDP has grown faster in Finland and Sweden than in Austria. Finland and Sweden profited from a strong catching-up process following a major recession in the early 1990s. On the other hand, Austria could boost its per capita GDP at a greater rate than the two other countries. Measured as per capita GDP at purchasing power parities, Austria is the fourth-richest country among the EU-15, following Luxembourg, Denmark and Ireland, with Finland ranking seventh and Sweden twelfth. At over 9 percent, unemployment in Finland is still double that of Austria and Sweden, in spite of its high growth rate in recent years. In all the three countries, inflation has approached the EU average of about 2 percent. Economic structures differ greatly between the three countries: whereas Austria is still dominated by medium- and small-scale enterprises, both Sweden and Finland can boast of multinationals of global standing. Interestingly enough, neither of the three countries has experienced the trade-generating effects expected from EU membership. Both exports into and imports from the EU have actually declined when measured against figures previous to 1995. What did rise was trade with Central and Eastern European countries.

The extent to which citizens are satisfied with membership in the European Union is also mirrored in its effect on the economy. According to a Eurobarometer poll, Swedes are least convinced of the benefits of EU membership, whereas a large and similar number of Finns and Austrians approve of membership. An integration model is used to estimate the overall economic effects of EU integration in the three countries. According to this model, Finland appears to have profited most from EU membership in economic terms (0.8 percent greater annual GDP growth since 1995), followed by Austria (+0.4 percent) and Sweden (+0.3 percent). Competitive pressure has contributed to a slowdown of inflation in all three countries.

55th Euroconstruct Conference – Budapest, 6-7 June 2003: The Outlook for the European Construction Sector 2003-2005

Summary Report

261 pages, 740 €, Download 590 €:

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24324

Country Reports

446 pages, 940 €, Download 750 €:

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24325

Prognose der österreichischen Bauwirtschaft 2003 bis 2005

60 Seiten, 200 €, Download 160 €:

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24326

Please send your orders to the Austrian Institute of Economic Research, Mrs Christine Kautz, P.O. Box 91, A-1103 Vienna – Austria, Tel. (+43 1) 798 26 01/282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at

Thomas Url

■ Die Entwicklung der betrieblichen Altersvorsorge in Österreich

Die betriebliche Altersvorsorge weist in Österreich eine im europäischen Vergleich geringe Verbreitung auf. Während im europäischen Durchschnitt etwa die Hälfte der Erwerbspersonen in eine betriebliche Altersvorsorge einbezogen ist, hat in Österreich nur etwa ein Sechstel der unselbständig Erwerbstätigen einen betrieblichen Pensionsanspruch. Anhand der Ergebnisse einer Unternehmensbefragung untersuchte das WIFO Durchführungswege, Verbreitung, Leistungsvolumen, Ausgestaltung und die Motive zur betrieblichen Altersvorsorge. Die Hochrechnung für die Gesamtwirtschaft zeigt, dass in Österreich im Jahr 2000 etwa 31.200 Betriebe rund 430.000 unselbständig Beschäftigten eine betriebliche Altersvorsorge anboten. Insgesamt erhielten 103.000 Personen Leistungen aus einer betrieblichen Altersvorsorge. Der Aufwand für Beitragszahlungen und die Nettodotierung der Pensionsrückstellung betragen 2000 insgesamt etwa 745 Mio. € oder 0,9% der Bruttolohn- und -gehaltssumme. Die Leistungen für Pensionisten, d. h. die Zahlungen an Pensionisten aus den vier möglichen Durchführungsweisen (direkte Leistungszusage, Pensionskasse, Gruppenlebensversicherung und Höherversicherung im ASVG) erreichten insgesamt 1.216 Mio. €. Die Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge hat seit der letzten WIFO-Hochrechnung für das Jahr 1996 stark zugenommen.

- **Die Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge im internationalen Umfeld**
- **Die Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge in Österreich**
Gesetzliche Regelung – Entwicklung der Pensionskassen seit 1990 – Betriebliche Altersvorsorge in den vom Rechnungshof kontrollierten Unternehmen – Auswertung veröffentlichter Unternehmensbilanzen in der Wiener Zeitung – Auswertung der BACH-Datenbank der Oesterreichischen Nationalbank – Daten für das Kredit- und Versicherungswesen – Beschreibung und Auswertung des Fragebogens – Der Fragebogen
- **Hochrechnung der Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge in Österreich für 2000**
Ausgangslage – Hochrechnung der Anwartschaftsberechtigten und Leistungsempfänger – Hochrechnung des Aufwands für betriebliche Altersvorsorge und der Pensionsrückstellungen – Verteilung auf die drei Finanzierungsarten
- **Zusammenfassung und Schlussfolgerungen**

Im Auftrag des Jubiläumsfonds
der Oesterreichischen National-
bank und des Fachverbandes der
Pensionskassen • März 2003 •
140 Seiten • 80,00 € • Download
64,00 €

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23649

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Frau Christine Kautz,
A-1103 Wien, Postfach 91, Tel. (+43 1) 798 26 01/282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at

**Peter Mayerhofer
(Koordination)**

■ Wirtschaftsraum Südösterreich

Eine detaillierte Analyse der Standortbedingungen im Süden Österreichs mit Schwerpunkt auf der Steiermark und dem südlichen Burgenland liefert die Basis für den Entwurf von Strategielinien für eine Positionierung der Großregion in einem veränderten internationalen Wettbewerbsumfeld. Dabei werden vor allem die Möglichkeiten ausgelotet, welche die Öffnung der nahen Märkte der Transformationsländer im Südosten für eine Verbesserung des internationalen Marktzugangs und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Unternehmen bietet. Im Vordergrund der Analysen stehen daher die Ausgangsposition Südösterreichs bezüglich Internationalisierung und grenzüberschreitender Kooperation sowie die für Erfolge im internationalen Wettbewerb notwendigen Voraussetzungen in Innovationsorientierung, Humankapital und materieller Infrastruktur. Auf dieser Basis wird ein strategisches Grundkonzept entworfen, das die verstärkte wirtschaftliche Integration der Regionen Südösterreichs und der angrenzenden Regionen Italiens, Sloweniens, Kroatiens und Ungarns im Rahmen der "EU-Zukunftsregion Süd-Ost" zum Inhalt hat.

- **Teil I: Analyse**

Struktur und Entwicklung der südösterreichischen Wirtschaft im nationalen und internationalen Vergleich

Entwicklungspotenziale in den Nachbarregionen Südösterreichs

Arbeitsmarkt

Stellung und Perspektiven Südösterreichs in der internationalen Arbeitsteilung

Kooperationsverhalten südösterreichischer Unternehmen mit den mittel- und osteuropäischen Ländern

Technologiestandort Südösterreich

Standortbedingungen in Südostösterreich

- **Teil II: Konzeptionelle Überlegungen**

Strategische Grundsätze zur Positionierung Südösterreichs in Europa

Maßnahmenvorschläge nach Konzeptbereichen

Autoren: Oliver Fritz, Peter Huber, Peter Mayerhofer, Gerhard Palme (WIFO), Christoph Adamez, Helmut Gassler, Markus Gruber, Christian Hartmann, Raimund Kurzmann, Michael Ploder, Simon Pohn Weidinger, Martin Payer, Franz Prettenhaler (Joanneum Research)

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24099

Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung, Joanneum
Research GmbH • Im Auftrag von:
Bundeskanzleramt, Amt der Steier-
märkischen Landesregierung,
Amt der Burgenländischen
Landesregierung • Mai 2003 •
380 Seiten • 50 €, Download 40 €

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Frau Christine Kautz,
A-1103 Wien, Postfach 91, Tel. (+43 1) 798 26 01/282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at

Die letzten 12 Hefte

- 7/2002 Ewald Walterskirchen, Aufschwung mit Risiken. Prognose für 2002 und 2003 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. II. Quartal 2002 • Marcus Scheiblecker, Konjunkturzyklen der österreichischen Wirtschaft • Daniela Kletzan, Angela Köppl, Kurt Kratena, Michael Wüger, Nachhaltiger Konsum: Methodische Konzepte und Fallstudien • Daniela Kletzan, Angela Köppl, Kurt Kratena, Michael Wüger, Nachhaltiger Konsum: Ökonomische Modellierung • Daniela Kletzan, Angela Köppl, Umwelt- und energierelevante Aspekte der Wohnbauförderung
- 8/2002 Margarete Czerny, Michael Pfaffermayr, Gerhard Schwarz, Robert Wieser, Kürzung der Investitionspläne angesichts der Konjunkturlaute. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2002 • Stephan Schulmeister, Aktienmärkte dämpfen das Wachstum in den USA. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2006 • Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Markus Marterbauer, Konjunkturaufschwung bei anhaltenden Strukturproblemen. Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2006 • Gudrun Biffli, Ausländische Arbeitskräfte auf dem österreichischen Arbeitsmarkt
- 9/2002 Alois Guger, Internationale Lohnstückkostenposition 2001 unverändert • Fritz Breuss, Die wirtschaftspolitische Architektur der WWU
- 10/2002 Ewald Walterskirchen, Konjunkturerholung verzögert. Prognose für 2002 und 2003 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. III. Quartal 2002 • Wolfgang Pollan, Die Preisentwicklung vor dem Hintergrund der Euro-Bargeldeinführung • Matthias Schneider, Zur Diskussion um neue Reformen der EU-Agrarpolitik • Thomas Url, Privatversicherungswirtschaft 2001: Rückkehr zur Normalität • Michael Peneder, Robert Wieser, Der österreichische Markt für Private Equity und Venture Capital 2001. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung
- 11/2002 Ulrike Huemer, Helmut Mahringer, Gerhard Streicher, Berufliche und sektorale Beschäftigungsprognose für Oberösterreich. Methoden und Ergebnisse des regionalen Berufs- und Sektormodells für Oberösterreich • Josef Baumgartner, Die Wirtschaftsprognosen von WIFO und IHS. Eine Analyse für die achtziger und neunziger Jahre • Franz Sinabell, Das Landwirtschaftsgesetz der USA von 2002
- 12/2002 Michael Wüger, Mäßige Konsumsteigerung – Handel hofft auf gutes Weihnachtsgeschäft • Norbert Knoll et al., Der österreichische Forschungs- und Technologiebericht 2002 • Wolfgang Pollan, Zur Messung der Verbraucherpreise. Lebenshaltungskostenindex oder Preisindex?
- 1/2003 Ewald Walterskirchen, Schleppende Erholung im Jahr 2003. Prognose für 2003 und 2004 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2002 • Felix Butschek, Vom Wirtschaftsforscher zum Wirtschaftshistoriker – Hans Seidel zum achtzigsten Geburtstag • Christine Mayrhuber, Die Ausgaben für soziale Sicherheit im Jahr 2000 • Gudrun Biffli, Implikationen eines Freiwilligenheeres für den österreichischen Arbeitsmarkt • Wilfried Puwein, Erfolg der Ausgliederung von Bundesbetrieben – das Beispiel der Österreichischen Bundesforste
- 2/2003 Serguei Kaniovski, Markus Marterbauer, Mittelfristig gedämpftes Wachstum. Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2006 • Margarete Czerny, Martin Falk, Gerhard Schwarz, Investitionsklima auch 2003 getrübt. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests von Ende 2002 • Franz R. Hahn, Die neue Basler Eigenkapitalvereinbarung ("Basel II") aus makroökonomischer Sicht • Markus Marterbauer, Ewald Walterskirchen, Bestimmungsgründe der Lohnquote und der realen Lohnstückkosten
- 3/2003 Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Mäßige Ertragsentwicklung im Jahr 2002. Cash-Flow und Eigenkapital der österreichischen Sachgütererzeugung • Margarete Czerny, Verzögerte Erholung der Baukonjunktur in Europa – Wachstumsaussichten für 2004/05 gedämpft • Franz R. Hahn, Aktienmarkt und langfristiges Wirtschaftswachstum. Gibt es einen Nexus in den OECD-Ländern? • Hedwig Lutz, Auswirkungen der Kindergeldregelung auf die Beschäftigung von Frauen mit Kleinkindern. Erste Ergebnisse
- 4/2003 Markus Marterbauer, Anhaltend geringes Wirtschaftswachstum. Prognose für 2003 und 2004 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. I. Quartal 2003 • Marcus Scheiblecker et al., Österreichs Wirtschaft im Jahr 2002: Neuerlich ungenügendes Wachstum • Thomas Url, Die Entwicklung der betrieblichen Altersvorsorge in Österreich
- 5/2003 Josef Pöschl (WIW), Internationale Konjunkturlaute stellt Wirtschaft der MOEL auf die Probe • Gerhard Palme, 2002 weitere Wachstumsabschwächung im Osten und Süden Österreichs • Daniela Kletzan, Thomas Url, Wirtschaftliche Kennzahlen und Effizienz in der österreichischen Siedlungswasserwirtschaft
- 6/2003 Franz Sinabell, Erwin Schmid, Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Wichtige Konsequenzen für Österreichs Landwirtschaft • Gudrun Biffli, Fördersysteme der Universitätsausbildung und Mobilität der Studierenden in Europa

Franz Sinabell
Erwin Schmid

■ Entkopplung der Direktzahlungen Konsequenzen für Österreichs Landwirtschaft

Die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik sehen insbesondere die Stärkung der Wettbewerbskraft und Umweltfreundlichkeit des Agrarsektors, die Verbesserung der Markt- und Qualitätsorientierung und neben der Sicherung der Agrareinkommen auch die Vereinfachung der Agrarverwaltung vor. Als Instrumente werden pauschale Flächenprämien anstelle flächen- und tierbezogener Produktsubventionen ("Entkopplung"), die Kürzung von Förderungen an größere Betriebe ("Modulation"), Produktionsauflagen ("Cross-Compliance") und ergänzende Maßnahmen im Programm der ländlichen Entwicklung vorgeschlagen.

Zur Untersuchung der Auswirkungen der "Entkopplung" auf den österreichischen Agrarsektor hat das WIFO ein regionales partielles Agrarsektormodell entwickelt. Die geplante "Entkopplung" verändert die Einkommen auf Sektorebene – je nach Preisszenario – um $\pm 0\%$ bis -4% , dämpft die Pflanzenerzeugung geringfügig und die Produktion von Rind- und Kalbfleisch deutlich. Damit ist eine erhebliche Freisetzung des Faktors Arbeit verbunden. Die Flächenprämie stützt den Wert von Flächen "in gutem landwirtschaftlichen Zustand", und das Agrarumweltprogramm wirkt als stabilisierendes Element in der pflanzlichen Erzeugung. Die Verteilungswirkungen der Reformvorschläge innerhalb des Sektors Landwirtschaft hängen von den Details der Übertragbarkeit von Prämienrechten ab.

- **Modellkonzept, Modellstruktur und Implementation**

Methode – Quellen – Güter – Nachfrage und Preise – Räumliche Gliederung – Faktor Boden und Bewirtschaftungsverfahren – Faktor Arbeit – Andere Faktoren und Ressourcen

- **Szenarien**

Forschungsleitende Fragen – Die Szenarien im Detail

- **Ergebnisse der quantitativen Modellanalyse**

Hauptergebnisse – Erzeugung auf dem Ackerland – Nutzung des Ackerlandes – Tierproduktion – Kulturartenverteilung – Rentabilität von Produktionskapazitäten

- **Zusammenfassung und Schlussfolgerungen**

Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik – Effekte der Entkopplung der GAP-Direktzahlungen in Österreich

Im Auftrag des Bundes-
ministeriums für Land- und
Forstwirtschaft, Umwelt und
Wasserwirtschaft • März 2003 •
70 Seiten • 40 € • Download 32 €

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23706